



Deutsches Institut für Urbanistik



Jahresbericht 2010



Impressum

Jahresbericht 2010

© 2011 Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13–15,
11069 Berlin

Telefon: 030/39 001-0
Telefax: 030/39 001-100
E-Mail: difu@difu.de
Internet: <http://www.difu.de>

Redaktion:

Klaus J. Beckmann, Klaus-Dieter Beißwenger, Sybille Wenke-Thiem

Coverfotos:

Doris Reichel, Wolf-Christian Strauss,
Sybille Wenke-Thiem (großes Foto: Berlin, Teilansicht Marie-Elisabeth-Lüders-Haus im »Band des Bundes«)

Teamfotos:

David Ausserhofer, Doris Reichel, Wolf-Christian Strauss, Anna Hogrewe-Fuchs, Pia Hettinger, Maic Verbücheln

Satz und Gestaltung:

Elke Postler, Berlin

Gestaltungskonzept:

hawemannundmosch
Agentur für Werbung und Designentwicklung, Berlin

Druck:

AZ Druck und Datentechnik GmbH, Berlin

Dieser Band ist auf hochweißem Recycling-Papier mit »Blauem Engel« gedruckt.

Inhalt

Vorwort	5
A Einleitung	
Das Difu 2010: Konsolidiert und aktiv am neuen Standort	9
B Forschung	
Städtebau und Stadtentwicklung	15
Wohnen	23
Bevölkerung und Soziales	25
Politik, Verwaltung und Recht	29
Wirtschaft	33
Finanzen und Investitionen	37
Infrastruktur	42
Mobilität	47
Kommunaler Umweltschutz	54
Nachhaltige Ressourcenwirtschaft	59
Steuerung und Aufgabenorganisation	62
C Fortbildung	
Difu-Veranstaltungen	69
Fahrradakademie	72
Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)	73
D Wissensmanagement	
Veröffentlichungen/Redaktion	77
Internet, Datenbanken und IuK-Technik	80
E Organisation, Personal und Finanzen	
Organisation/Organigramm	84
Institutsleitung und Geschäftsführung	85
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	86
Personal	87
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	88
Finanzen, Finanzierungsstruktur, Interne Services	92
F Kontakte und Kooperationen	
Difu-Zuwender	97
Wissenschaftlicher Beirat	98
Mitgliedschaften, Gremien und weitere Aktivitäten	99
G Daten und Fakten	
Forschungsprojekte im Überblick	102
Veröffentlichungen	106
Veranstaltungen	110
Vorträge	112

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Jahresbericht 2010 des Difu:

Anregungen zu – auch kritischer – Reflexion!



Letztes Jahr hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) seinen Jahresbericht erstmalig »im neuen Gewand« vorgelegt. Die mit der Neugestaltung verbundene thematische Umstrukturierung war tiefgreifend und betraf nicht nur Details.

Unsere Hoffnung, mit einer informativen und attraktiven Berichtsform unsere Partnerinnen und Partner, unsere Kundinnen und Kunden besser zu erreichen, hat sich erfüllt, wie die vielen positiven Rückmeldungen zeigen. Dies freut uns und bestätigt den eingeschlagenen Weg.

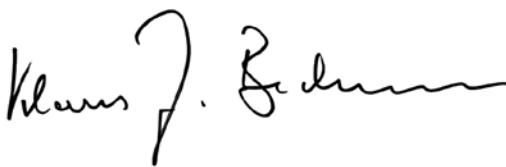
Der Jahresbericht 2010 stellt wieder in großer Breite die verschiedenen Arbeiten und Aktivitäten des Difu in Forschung, Fortbildung, Information und Beratung vor. Mit ihm verbinden wir den Anspruch, zu Rückmeldungen und inhaltlichen Nachfragen anzuregen.

Mit den Themen, die wir aufgreifen und bearbeiten, unterstützen wir die deutschen Städte und Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der Bewältigung von Problemen – in großer Aktualität und Praxisnähe, aber auch mit perspektivischem Charakter. Dabei sind auch die Bundesländer und die mit kommunalen Themen befassten Bundesministerien gleichermaßen Partner wie Adressaten. Sie unterstützen unsere Arbeit.

Im Rückblick auf das Jahr 2010 möchten wir uns bei allen Förderern und Kooperationspartnern des Instituts herzlich bedanken: für konstruktive und kollegiale Zusammenarbeit, für die Chance zur gegenseitigen Befruchtung und für viele gute Ideen, vor allem aber für das in uns gesetzte Vertrauen.

Liebe Leserin, lieber Leser, auch für das Jahr 2011 sehen wir Ihrer kritischen Begleitung und Ihren reichlichen Anregungen mit großem Interesse entgegen.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen.



Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer



Einleitung

Das Difu 2010:
Konsolidiert und aktiv am neuen Standort

Das Difu 2010: Konsolidiert und aktiv am neuen Standort

Mit dem Jahreswechsel 2009/2010 zog das Difu mit seinem Berliner Hauptsitz vom alten Standort Ernst-Reuter-Haus (Straße des 17. Juni 112) in das neue Domizil in der Zimmerstraße 13–15. Der Umzug war durch ein kleines internes Team bestens vorbereitet worden und konnte so ohne nennenswerte Störungen für die Arbeit im Difu über die Bühne gehen. Der neue Standort wurde schnell »angenommen«: durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst wie auch durch all jene, die uns besuchen – sei es, um an Difu-Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen, sei es als Referenten oder Kontaktpartner. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fühlen sich wohl. Das Difu wird inzwischen mit dem neuen Standort identifiziert. Dieser wird als dem Difu angemessen, als »urban« empfunden.

Am Standort Köln (Arbeitsbereich »Umwelt«) ergab sich im Juni 2010 das Erfordernis eines Umzugs von Marienburg (Lindenallee) als Übergangslösung in das zeitlich befristet genutzte Mietobjekt »Am Klapperhof«. Es war vorgesehen, die Kölner Abteilung des Difu im »Gereonshaus« (dem neuen Hauptsitz des Deutschen Städtetages in Köln) unterzubringen. Aus wirtschaftlichen Gründen wurde im November entschieden, eine Standorttrennung vom Deutschen Städtetag (DST) vorzunehmen, so dass im Februar 2011 ein Umzug in das eigene Mietobjekt »Auf dem Hunnenrücken 3« erfolgte. Dabei wurden trotz der räumlichen Trennung die Synergieeffekte des ursprünglich gemeinsamen Standorts mit dem DST (Nutzung der Tagungsräumlichkeiten, Nutzung der Bibliothek etc.) gesichert. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Difu-Standort Köln waren mit dem »doppelten« Umzug aber erhebliche Belastungen verbunden.

Zeichen des Aufbruchs

Die vielfältigen strukturellen Änderungen, denen sich das Difu in den Jahren 2008 und 2009 unterzog, haben mit dem Umzug in Berlin weitgehend ihren Abschluss gefunden. Sie boten dem Institut auch Chancen, in allen Aufgaben- und Leistungsfeldern die Ziele und Arbeitsweisen zu prüfen und gegebenenfalls neu auszurichten. Außerdem wurde die Gemeinnützigkeit auch in den Namen aufgenommen. Seit Herbst 2010 firmiert das Difu offiziell als Difu gGmbH.

Dass das Difu die Chancen umfassend genutzt hat, lässt sich an vielem ablesen: So wurden etwa neue Themenfelder und Arbeitsgebiete aufgenommen. Die Leistungsbereiche wie auch innere

Organisation und Arbeitsabläufe wurden überprüft, weiterentwickelt und neu ausgerichtet. Überdies wurden die »Mittelfristigen Arbeitsperspektiven« – sie legen die inhaltlichen Ziele für die mittelfristige Arbeit des Difu fest – in der Gesellschafterversammlung und im Wissenschaftlichen Beirat beraten, mit konstruktiven Hinweisen versehen und letztlich beschlossen. Sie bilden eine der Grundlagen für die Erarbeitung einer langfristigen Institutsstrategie »Difu 2020« und eines Leitbildes für das Difu. Beide »Bausteine« werden in einem gestuften Verfahren, unter anderem mit einem extern moderierten Mitarbeiter-Workshop und einer Städtebefragung, entwickelt und sollen im Sommer 2011 abgeschlossen werden.

Weitere »Bausteine« zum Difu der Zukunft sind bereits fertiggestellt oder befinden sich in der Endabstimmung – unter anderem mit dem Betriebsrat:

- Betriebsvereinbarung zur Durchführung von Mitarbeiter-Jahresgesprächen,
- Personalentwicklungskonzept,
- inhaltliche, strukturelle und organisatorische Weiterentwicklung der Fortbildungsangebote des Difu.

Zugleich wurde damit begonnen, auch das Leistungsfeld »Wissensmanagement und Wissensdokumentation« kritisch zu evaluieren und ein tragfähiges Konzept für die »Internet-Gesellschaft« zu entwickeln.

Ein weiterer zentraler »Baustein« ist die Erarbeitung einer auf die Belange des Difu zugeschnittenen Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR), die zum Ende 2011 voll implementiert werden soll.

Steuerung des Difu

Vieles im Rahmen des geschilderten Aufbruchs wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern »on the top« geleistet, das heißt zusätzlich zu ihrer hohen Arbeitsbelastung durch Forschung, Fortbildung, Veröffentlichungen, Vorträge, Gremienarbeit und Politikberatung. Dies verdient besondere Anerkennung.

Der eingeschlagene Weg wird in seiner Ausrichtung, den Zwischenergebnissen und den abschließenden Konzepten auf der Gesellschafterversammlung und im Wissenschaftlichen Beirat begleitet, beraten, mit konstruktiven Anregungen versehen und – in der Gesellschafterversammlung – letztlich beschlossen. Dazu haben im Jahr 2010 jeweils zwei Sitzungen – in etwa zur Jahres-

mitte und zum Jahresende – stattgefunden. Die Vorhaben und Konzepte, die dort auf der Tagesordnung stehen, wurden und werden jeweils in kleinen internen Arbeitsgruppen von vier bis sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorbereitet und erarbeitet – in Rückkopplung mit der Lenkungsrunde des Difu, die sich aus den Leiterinnen/Leitern der Arbeitsbereiche und der Sachgebiete sowie der Institutsleitung zusammensetzt. Die gesamte Mitarbeiterschaft wird dabei aktiv eingebunden.

Difu-Leistungsbilanz: Auf hohem Niveau weiterentwickelt

Bei aller Neuorientierung des Difu und trotz der stark intensivierten strategischen Langfristaufgaben konnten die Leistungen des Difu strukturell, qualitativ und quantitativ erhalten und teilweise sogar ausgeweitet werden. Dazu trugen die Sachgebiete Haushalt/Finanzen, Personal und Allgemeine Verwaltung, EDV, Redaktion und Presse durch ihre engagierte Arbeit ganz wesentlich bei. Ohne diesen Einsatz wäre die große Zahl von Projekten nicht in der erbrachten Art und Weise umzusetzen gewesen, hätten die Leistungen und Produkte des Difu nicht eine solche Qualität.

Das Haushaltsvolumen lag 2010 mit gut acht Mio. Euro leicht unter den Zahlen von 2009. Die Projekteinnahmen, die von 2008 zu 2009 von 3,1 Mio. Euro auf über 4,2 Mio. Euro gestiegen waren, konnten stabilisiert werden – sie machen damit wie im Vorjahr ca. 56 Prozent der Gesamteinnahmen des Instituts aus (vgl. zu den Details Teil E »Finanzen, Finanzierungsstruktur, Interne Services«).

Zwar ist die reine Zahl der Veröffentlichungen von 39 in 2009 auf 35 im Berichtsjahr leicht gesunken. Erhöht haben sich aber 2010 die Anzahl der Premiumprodukte in der Reihe »Edition Difu – Stadt Forschung Praxis« sowie die Zahl komplexer Veröffentlichungsprodukte aus Forschungsverbünden und Forschungspartnerschaften. Hinzu kommen vier Veröffentlichungen der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) und weitere kundenorientierte Produkte beispielsweise aus der »Fahrradakademie«, der »Bundestransferstelle Soziale Stadt« und der »Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz«.

Das Difu-Internet-Angebot basiert weiterhin auf 14 Websites (Domains). Inhaltlich, strukturell und grafisch wurde 2010 ein umfassender Internet-Relaunch umgesetzt. Der neue Webauftritt des Difu findet bei den Nutzerinnen und Nutzern sehr gute Resonanz. Die Anzahl von mehr als zwei Mio. Aufrufen pro Monat ist ein Indiz für Gehalt, Dichte und Qualität des Informationsangebots.

Inhaltliche Schwerpunkte: Aktualisiert und ausdifferenziert

Die inhaltlichen Schwerpunkte seiner Arbeit bestimmt das Difu so, dass sie den heutigen und zukünftigen Aufgabenwahrnehmungen der Städte und Gemeinden angemessen sind. Eine besondere Bedeutung haben hierbei ohne Zweifel die wirtschaftsstrukturellen Veränderungen und Umbrüche sowie damit verbundene soziale Entwicklungen. Sie bestimmen einerseits die Handlungsanforderungen, andererseits aber auch die finanziellen Handlungsmöglichkeiten der Städte und Gemeinden. Die äußerst prekäre Haushalts- und Finanzlage vieler Kommunen begrenzt deren Handlungsmöglichkeiten, vor allem im Bereich der freiwilligen Aufgaben.

Besonders im Blickfeld sind daher Themenbereiche wie die – aktuelle und zukünftig zu erwartende – kommunale Haushalts-, Schulden- und Kassenkreditlage, Erfordernisse/Bedarfe und Möglichkeiten von Infrastrukturunterhalt, Infrastrukturerneuerung und auch Neubau von Infrastrukturen. Investitionsmanagement wird zu einer zentralen Aufgabe der Städte und Gemeinden, auch wenn ein solches bisher noch eher selten eingesetzt wird.

»Renaissance der Städte« als Wohnstandorte – so lautete ein Befund aus der Difu-Forschung, der sich inzwischen durchaus stabilisiert. Soll der diagnostizierte Trend weiter verstärkt werden, erwachsen daraus neue Handlungsanforderungen. Damit Personen und Haushalte unterschiedlicher Alters- und Sozialgruppen in Städten verbleiben oder auch dorthin zurückziehen, müssen die entsprechenden Wohnungsangebote »stimmen« und bedarf es leistungsstarker, bedarfsgerechter Infrastrukturen. Kommunale Wohnungspolitik und auch Wohnbaulandpolitik – vor allem mit Blick auf innerstädtische Brachen – sind wieder aktuelle kommunalpolitische Themen. Dies gilt nicht nur für Städte und Regionen mit Wachstumstendenzen, sondern auch für solche mit stagnierender oder leicht sinkender Bevölkerung.

Flankierend wirken hier auch die Arbeiten des Difu zur Sicherung des innerstädtischen Einzelhandels und zu stadtverträglichen Verkehrs- und Mobilitätskonzepten. Dabei gilt es aktuell auch und gerade, die Voraussetzungen, Chancen und Risiken des Elektroverkehrs kritisch zu analysieren.

Im Vordergrund: Langfristaspekte

Neben der Sicherung und Ausgestaltung der kommunalen Finanzen bedarf es im Rahmen von Stadtentwicklung, Städtebau, Infrastrukturentwicklung und kommunalem Umwelt- und Ressourcenschutz vor allem einer Prüfung und Erfül-

Themencluster und thematische Schwerpunkte

Baulich-räumliche Stadtentwicklung, Wohnen und Recht

- Städtebau, Stadtumbau, Denkmalschutz und Baukultur
- Wohnen
- Bau- und Planungsrecht
- Evaluation von Politikprogrammen
- Sicherheit in der Stadt

Soziale Stadtentwicklung

- Soziale Ungleichheit und stadträumliche Fragmentierung
- Familie und Jugendhilfe
- Migration und Integration von Zuwanderern
- Prävention und Gesundheitsförderung
- Ältere Menschen in der Stadt

Hauptfokus: Zukunft der Städte und Stadtregionen, Internationales

- Kommunale Aufgabenerfüllung im Wandel, Rekommunalisierung
- Modernisierung und Ökonomisierung der Verwaltung
- Governance und Konzern Stadt
- Neue Anforderungen an Planung, Steuerung und Überwachung der Leistungserbringung
- Integrativer Steuerungs- und Handlungsansatz in der Stadtentwicklung
- Interkommunale und regionale Kooperation
- Europäische und internationale Kooperationen

Umwelt

- Klimaschutz und Energiemanagement
- Anpassungsstrategien an den Klimawandel
- Stoffstrommanagement und Abfallwirtschaft
- Luftreinhaltung und Lärminderung
- Flächenkreislaufwirtschaft und Bodenschutz
- Gewässerschutz und Wasserwirtschaft
- Umweltrecht

Wirtschaft und Finanzen

- Strategien kommunaler Wirtschaftspolitik in der Wissensgesellschaft
- Wirtschaft und nachhaltige Stadtentwicklung
- Kommunale Infrastruktur und Finanzplanung
- Investitionen und Finanzen
- Innovation und Technologien

Mobilität und Infrastruktur

- Infrastruktur/Daseinsvorsorge
- Verkehrsentwicklungsplanung
- Mobilitäts- und Verkehrsmanagement
- Rechtsfragen der Daseinsvorsorge und des Straßenverkehrs
- ÖPNV, Fahrradverkehr, Fußverkehr
- Städtischer Wirtschaftsverkehr



Aktuelle Forschungsthemen
des Difu

lung der Kriterien für soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle Nachhaltigkeit. Nachhaltige Stadtentwicklung in diesem Sinne ist unerlässlich, um die physischen wie psychisch-emotionalen Lebensbedingungen der Menschen zu sichern und zu verbessern.

Im Leitprinzip der nachhaltigen Stadtentwicklung werden mehrere Ziele, Ansätze und Maßnahmen zusammengeführt:

- integrierte Stadtentwicklung und Städtebau,
- sozialer Ausgleich, soziale Stabilität, Integration, Bildung und Gesundheit,
- Finanz- und Haushaltssicherung,
- zukunftsfähige Wirtschaftsentwicklung,
- Flächenentwicklung, Flächenmanagement, Flächenkreislaufwirtschaft,
- Infrastrukturentwicklung und -management,
- Verkehrs- und Mobilitätsentwicklung,
- kommunale Beiträge zum Klimaschutz,
- Ansätze zur Verbesserung von Energie- und Ressourceneffizienz sowie
- Konzepte zur Klimafolgenbewältigung.

In diesem Zusammenhang ist besonders auf die Difu-Aktivitäten zu verweisen, die – etwa in Form von »Programmbegleitung«, Evaluation oder praktischer Beratung »vor Ort« – darauf abzielen, die soziale Lage und Stabilität in den Städten zu verbessern und die Potenziale bisher vernachlässigter oder ausgegliederter Bevölkerungsgruppen zu erschließen: Hierzu zählen etwa die »Bundestransferstelle Soziale Stadt«, die Projekte »Evaluation Stadtumbau Ost« und »Evaluation Stadtumbau West« sowie Analysen von Aufgaben, Strukturen, Prozessen und Voraussetzungen eines sozialraumorientierten Quartiermanagements.

Wie schon 2009 ist es auch 2010 gelungen, »Schwerpunktprojekte« mit großer Außenwirkung wie »Bundestransferstelle Soziale Stadt«, »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz«, »Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe« (AGFJ), »Fahrradakademie« nicht nur weiterzuführen, sondern durch neue und erweiterte Themenschwerpunkte attraktiver auszugestalten.

Die Partnerschaften mit den jeweiligen Bundesministerien, den beteiligten Landesministerien und den Städten waren und sind eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg.

Im Jahr 2010 konnten 28 Projekte abgeschlossen werden. Ihre Ergebnisse fanden zum großen Teil Eingang in Veröffentlichungen, Fortbildungsveranstaltungen und in die Politikberatung des Difu. Hierbei sind besonders folgende Projekte und Forschungsvorhaben hervorzuheben:

- Fachöffentliche Einzelveranstaltungen zum Städtebaurecht,
- Forschungen zum Thema Demografischer Wandel,
- Evaluation der Empfehlungen der Expertenkommission »Wohnungsgenossenschaften«,
- Umfrage zu Erfordernissen einer Novellierung der Baunutzungsverordnung (BauNVO),
- »Frühe Hilfen« – Zusammenarbeit der Jugend- und Gesundheitsämter,
- Urban-Audit-Analyse II,
- »Stadtentwicklungskonzepte Gewerbe«,
- Finanzierung Infrastruktur und demografischer Wandel,
- Infrastruktur und Stadtentwicklung,
- Verkehrs- und Kostenfolgen der Siedlungsplanung,
- Dokumentation Fahrradleitsysteme,
- Forschungen zum städtischen Wirtschaftsverkehr,
- Klimafibel.

Es gelang dem Difu im Berichtsjahr, 32 Projekte neu zu akquirieren. Hier eine Auswahl:

- Innovationspolitik als Chance für Verkehr, Wirtschaft und Umwelt,
- Stärken-Schwächen-Analyse Technisches Referendariat,
- Szenarien nachhaltiger Stadtentwicklung,
- Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur,
- Leitfaden kommunaler Klimaschutz,
- Klimagerechte Stadtentwicklung,
- Endenergieeffizienz,
- Expertise zum Raumordnungsgesetz Sachsen-Anhalt,
- Städtebauförderung und Doppik,
- Infrastruktur und Stadtentwicklung II,
- 5. Bundeswettbewerb Suchtprävention.

Zwölf der neu akquirierten Projekte konnten 2010 auch abgeschlossen werden.

Ausblick: Neue thematische und methodische Ansätze

Veränderte Rahmenbedingungen kommunaler Handlungs- und Aufgabenbereiche finden in den Aktivitäten und Projekten des Difu dann besonderen Niederschlag, wenn sie längerfristig und vor allem strukturell von Bedeutung sind. Dies gilt im Jahr 2010 und den Folgejahren für folgende Themenfelder:

- Kleinräumliche soziale Berichterstattung,
- Elektroverkehr/Elektromobilität; neue urbane Mobilitätsformen,
- Rekommunalisierung von Leistungsbereichen der kommunalen Daseinsvorsorge (Wohnungswirtschaft, Ver- und Entsorgung, Verkehr),
- neue Organisations-, Finanzierungs- und Betriebsformen sozialer und technischer Infrastrukturen in regionalen Partnerschaften, in Public-Private-Partnerships und/oder unter Einbindung der Zivilgesellschaft,
- neue Formen und Prozesse der Information und Beteiligung.

Weitere thematische Akzente und »Projektkorridore« werden im Rahmen der Leitbild- und Strategieentwicklung ermittelt, geprüft und weiterentwickelt.

Um seine Arbeits- und Themenfelder weiter zu profilieren, misst das Difu auch den eingesetzten Methoden, Instrumenten und Prozessen eine hohe Bedeutung zu. Derzeitige und mittelfristige Schwerpunkte bilden hierbei unter anderem:

- Evaluationsverfahren, Evaluationsmethodik,
- Szenarienbildung,
- kleinräumliche Sozialberichterstattung,
- sozialräumliche Handlungsansätze,
- Finanzierungs- und Investitionsmodelle,
- Partizipations- und Beteiligungsverfahren vor dem Hintergrund des Einsatzes neuer Kommunikationstechniken.

Mit den neuen thematischen und methodischen Akzenten trägt das Institut dazu bei, dass die Städte die veränderten Anforderungen an eine nachhaltige, sozial integrierende, ökologisch verträgliche, effiziente und finanzierbare Stadtentwicklung in Deutschland besser erfüllen können.



Forschung

Städtebau und Stadtentwicklung

Wohnen

Bevölkerung und Soziales

Politik, Verwaltung und Recht

Wirtschaft

Finanzen und Investitionen

Infrastruktur

Mobilität

Kommunaler Umweltschutz

Nachhaltige Ressourcenwirtschaft

Steuerung und Aufgabenorganisation



v.l.n.r. (hinten): Wolf-Christian Strauss, Bettina Reimann, Thomas Franke, Arno Bunzel
v.l.n.r. (vorn): Jessika Sahr-Pluth, Christa Rothäusler, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Klaus J. Beckmann, Christa Böhme (nicht abgebildet: Stephanie Bock, Gregor Jekel)
Foto: David Ausserhofer.

Im Fokus des Themenbereichs stehen die bauliche und baukulturelle Entwicklung der Städte, die Schaffung tragfähiger Nutzungsstrukturen etwa durch Erhalt und Stärkung zentraler Versorgungsbereiche, die Nach- oder Wiedernutzung brachgefallener Flächen sowie weitere Aspekte von Stadtbau und Stadterneuerung.

Von zentraler Bedeutung sind zudem stadtentwicklungspolitische Themen, etwa die Zukunft der sozialen Stadtentwicklung, die Implementierung des Prinzips der Nachhaltigkeit sowie die Nutzung sozialräumlicher und integrativer Steuerungsmodi für Politik und Verwaltung. Angesichts der noch immer fortschreitenden Zersiedelung des Umlandes, des damit verbundenen »Flächenverbrauchs« (vgl. auch die Beiträge »Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA« und »Nachhaltige Ressourcenwirtschaft«), des demografischen Wandels, der Erfordernisse von Klimaschutz und Klimaanpassung sowie des voranschreitenden Strukturwandels in der Wirtschaft wird der Innenentwicklung von Städten große Bedeutung beigemessen. Hohe Aufmerksamkeit genießen auch Aufgaben der Stadterneuerung mit einem umfassenden Ansatz, Stichworte hier: Stadtbau, Soziale Stadt, Erneuerung sozialer und technischer Infrastruktur.

Strategische Ausrichtungen: Integrierter Ansatz und Nachhaltigkeit

In der Stadtentwicklungspolitik spielen die strategischen Elemente »des Integrierten« und von »Nachhaltigkeit« eine zentrale Rolle. Auf ihnen basieren auch die von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam entwickelte Nationale Stadtentwicklungspolitik in Deutschland sowie die »Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt«. In diesen Zusammenhang ordnet sich das Projekt »Programme des Bundes für die nachhaltige Stadtentwicklung und Soziale Stadt« ein. Im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) untersucht das Difu in dem Projekt, welche Rolle die Programme des Bundes für eine nachhaltige Stadtentwicklung und die Soziale Stadt spielen. Ziel ist es – wie in der »Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt« gefordert –, die Position des Bundes in der Stadtentwicklung inhaltlich zu schärfen und die vorhandenen Instrumente und Programme schneller den neuen Herausforderungen anzupassen. Dafür wird eine umfangreiche Datensammlung des Difu zu unterschiedlichen Bundesprogrammen aktualisiert und erweitert. In ausgewählten

→ Programme des Bundes für die nachhaltige Stadtentwicklung und Soziale Stadt

Kommunen werden Expertengespräche mit relevanten Akteuren geführt. Die Ergebnisse dieser unterschiedlichen Recherchen werden in zwei Workshops mit den beteiligten Bundesministerien ausgewertet, um im jeweiligen Ressort und bei der Gestaltung zentraler förderrechtlicher Vorgaben die Bündelung der verschiedenen Förderaktivitäten vor Ort zu optimieren.

Veröffentlichungen: Franke, Thomas, und Wolf-Christian Strauss: Integrierte Stadtentwicklung in deutschen Kommunen – eine Standortbestimmung, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 4/2010, S. 253–262.

Strauss, Wolf-Christian, und Thomas Franke: Einbeziehung regionaler Aspekte in kommunales integriertes Handeln, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 4/2010, S. 297–302.

→ Szenarien nachhaltiger Stadtentwicklungs-
politiken

Die nachhaltige Gestaltung urbaner Lebensräume wird in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zwar als Leitziel grundsätzlich akzeptiert. Eine wirksame Nachhaltigkeitspolitik zu etablieren, stellt sich allerdings – nicht nur in Deutschland – als schwierig heraus. Eine wesentliche Herausforderung ergibt sich dabei aus der Notwendigkeit, Nachhaltigkeitspolitiken unterschiedlicher Ebenen und unterschiedlicher gesellschaftlicher Teilsysteme besser aufeinander abzustimmen. Dieses Nebeneinander von Nachhaltigkeitspolitiken ist Ausgangspunkt für das Projekt »Szenarien für eine nachhaltige Stadtentwicklung – am Beispiel Die nachhaltige Stadt 2030«, das seit Dezember 2009 im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) am Difu mit Partnern bearbeitet wird. Als inhaltlicher Fokus wurde die Gestaltung nachhaltiger urbaner Lebenswelten gewählt, da sich in der lebensweltlichen Perspektive von Bürgern, Konsumenten, Arbeitnehmern, Verkehrsteilnehmern usw. integrierte Nachhaltigkeitspolitik konsistent abbilden muss (vgl. auch die Beiträge »Kommunaler Umweltschutz« und »Nachhaltige Ressourcenwirtschaft«). 2010 hat das Difu kommunale Dimensionen und Handlungsfelder nachhaltiger Stadtentwicklung zusammengestellt. Parallel erfolgte eine Bestandsaufnahme nationaler Nachhaltigkeitspolitiken durch einen der Kooperationspartner, die Forschungsstelle für Umweltpolitik der Freien Universität. 2011 werden Szenarien-Workshops zu ausgewählten Themen nachhaltiger Stadtentwicklung durchgeführt (siehe zu diesem Projekt auch die Erläuterungen im Themenbereich Wirtschaft).

Veröffentlichung: Grabow, Busso, und Angela Uttke: Leitbilder Nachhaltiger Stadtentwicklung. Von der Lokalen Agenda zur Nachhaltigkeit als strategischem Rahmen, in: Planerin, H. 6/2010, S. 22–25.

Programme als lernendes System: Evaluation in der Stadtentwicklung

Evaluationen, verstanden als systematische Verfahren zur Analyse von Umsetzung, Ablauf, Wirk-

samkeit bzw. Nutzen sowie Wirtschaftlichkeit eines Programms, Projekts oder einer Maßnahme, werden im Bereich der Stadtentwicklung immer wichtiger – dies nicht nur aufgrund von § 104b Grundgesetz, wonach der Einsatz von Mitteln der Städtebauförderung zu überprüfen ist. Kommunen sind zunehmend auch ohne externe Anreize daran interessiert, die Wirkungen von Projekten und Maßnahmen der Stadtentwicklung auf solider Basis einzuschätzen (Ergebnis- oder summative Evaluation), wie auch im laufenden Umsetzungsprozess Rückkopplungen zu erhalten, welche Aspekte der Steuerung gegebenenfalls zu modifizieren sind (Prozess- oder formative Evaluation). Eine »definierte« Evaluationsmethode gibt es nicht, wenngleich die Deutsche Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) einige Standards entwickelt hat. In der Praxis steht eine Reihe von Einzelmethoden aus dem Bereich der empirischen Sozialforschung zur Verfügung. Zu ihnen gehören Dokumentenanalysen, schriftliche Befragungen und leitfadengestützte (Gruppen-)Interviews.

Das Difu hat im Jahr 2010 mehrere Evaluationsprojekte durchgeführt oder begonnen:

Evaluation der integrierten Quartiersentwicklung im Leipziger Osten

Seit Ende des Jahres 1999 werden im Leipziger Osten Förderprogramme für eine (integrierte) Quartiersentwicklung umgesetzt – allen voran das Programm Soziale Stadt. Die Grundlage bildet ein aus dem Jahr 2000 stammendes Integriertes Entwicklungskonzept (IEK). Um für dessen umfassende Fortschreibung zu fundierten Grundlagen zu kommen, führte das Difu bis Ende des Jahres 2010 eine Evaluation durch. Sie basierte vorrangig auf qualitativen Methoden und orientierte sich am Vorgehen der – vom Difu in den Jahren 2000 bis 2002 durchgeführten – »Programmbegleitung vor Ort«.

Evaluation des Stadtbezirksmanagements in Hannover

Vor rund zwei Jahren wurde in Hannover ein Stadtbezirksmanagement eingesetzt. Seine übergeordneten Ziele: integrierte Handlungsansätze in der Verwaltung generell verbessern, Verwaltungsarbeit stärker an den Belangen der Einwohner und deren Lebenslagen vor Ort orientieren, die Stadtbezirke partnerschaftlich entwickeln (Verwaltung, Bezirkspolitik, Vor-Ort-Akteure), den Informationsfluss zwischen diesen drei Akteursgruppen verbessern und die Dienstleistungsorientierung der Verwaltung stärker nach außen vermitteln. Ende 2010 wurde die Prozessevaluierung unter dem Leitmotiv »Stärken stabilisieren und Schwächen zu Stärken entwickeln« abgeschlossen. Sie dient der Auseinandersetzung mit Effekten von Stadtbezirksmanagement und mit Modifizierungsnotwendigkeiten, auf die Politik

→ Evaluierung Soziale
Stadt im Programmgebiet
Leipziger Osten

→ Prozessevaluierung
Stadtbezirksmanagement
Hannover

und Verwaltung im weiteren Prozess reagieren können. Das Difu hat hierzu Prozesse und Ergebnisse untersucht und Vorschläge zur weiteren Ausgestaltung erarbeitet.

Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau West

Für das Bund-Länder-Programm Stadtumbau West wird nach nunmehr siebenjähriger Programmzeit eine Zwischenbilanz in Form einer Programmevaluierung gezogen. Mit dieser Überprüfung des Programmfortschritts hat das BBSR im Namen des BMVBS im Oktober 2010 eine Arbeitsgemeinschaft bestehend aus Weeber+Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung sowie Difu beauftragt.

Die an den Programm- und Maßnahmenzielen ausgerichtete Evaluierung soll aufzeigen, inwieweit sich das Programm Stadtumbau West bei der Bewältigung des strukturellen Wandels und damit verbundener Funktionsverluste bewährt hat. Untersucht wird, ob die Umsetzung des Programms erfolgversprechend angelegt ist und wo es Verbesserungsbedarf gibt. Im Ergebnis der Evaluierung werden Handlungsempfehlungen zu Erfordernis und Ausgestaltung einer eventuellen Programmfortführung erarbeitet. Die Evaluierungssystematik richtet sich auf Rahmenbedingungen, Verläufe, Ergebnisse und Wirkungen. Sie umfasst Kontext-, Verlaufs-, Ergebnis- und Wirkungsanalysen. Die Ergebnisse sollen Anfang 2012 publiziert werden. Die Evaluierung wird durch eine Lenkungsgruppe begleitet.

Bei der Durchführung dieser Projekte konnte und kann das Difu Erfahrungswissen aus früheren Evaluierungen (unter anderem Stadtumbau Ost und »Programmbegleitungen vor Ort« zu Beginn der Programmumsetzung Soziale Stadt) nutzen und weiterentwickeln.

Städtische Dynamik in Europa: Urban Audit Analyse

Das Difu war zwischen 2008 und 2010 Teil eines Konsortiums, das im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik, unter der Projektleitung des RWI Essen die Urban Audit Analyse 2010 durchführte. Ziel des Projektes war es, aktuelle Informationen über Städteigenschaften und die städtische Dynamik in Europa zu gewinnen. Die Auswertungen sollen als Grundlage für die strategische Planung in unterschiedlichen Politikbereichen mit besonderer städtischer Relevanz dienen, so zum Beispiel in der Wirtschafts-, Umwelt- und Kohäsionspolitik. Begleitet wurde das Projekt neben einem Expertengremium von einem »Urban Audit City Panel«, einem Ausschuss von Vertreterinnen und Vertretern aus 32 Städten in 24 Ländern, die im Frühjahr 2009 auf einem Workshop im Difu erste

Analyseergebnisse diskutierten. Auf Basis der aktuellsten Urban-Audit-Datensammlung wurde eine Städtetypologie erarbeitet. Sie ordnet alle 330 europäischen Urban-Audit-Städte »Typen« zu, um eine solide Grundlage für den Vergleich von Städten mit ähnlichen Eigenschaften zu schaffen. Die »Typen« wurden mit Hilfe geeigneter statistischer Verfahren aus dem umfangreichen Datensatz mit mehr als 300 Variablen und Indikatoren gebildet. Zudem werden im Bericht aktuelle städtische Entwicklungen in den Bereichen Bevölkerung, Wirtschaft, Umwelt und Soziales ausführlich im europäischen Vergleich beschrieben.

Veröffentlichungen: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Difu, NEA Transport Research and Training, Policy Research & Consultancy (PRAC): Second State of European Cities Report, http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/urban/stateofcities_2010.pdf.

Seidel-Schulze, Antje: Urban Audit Analyse, in: Difu-Berichte, H. 3/2008, S. 16–17.

Zentral für die Innenentwicklung: Stadterneuerung und Stadtumbau

Der wirtschaftliche Strukturwandel, demografische Entwicklungen wie Einwohnerverluste, die zunehmende soziale Segregation und nicht zuletzt Klimaschutz und Klimaanpassung bilden aktuelle Herausforderungen für Stadterneuerung, Stadtsanierung und Stadtumbau. Es geht um die Entwicklung von Innenstädten und Stadtteilen zu attraktiven Wohn-, Versorgungs- und Wirtschaftsstandorten sowie um deren Erhaltung auf hohem Niveau. Neben der aktuellen Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau West durch das Difu (siehe oben) veranstaltet das Institut seit 1973 jährlich und jeweils in einer anderen deutschen Stadt einen »Interkommunalen Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung«. Im Jahr 2010 konnte diese Veranstaltung mit dem Treffen in Nürnberg ihr 40. Jubiläum feiern. Kommunale Praktikerinnen und Praktiker tauschten dort ihre Erfahrungen mit integrierten Ansätzen der Stadtentwicklung, Stadterneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen in innerstädtischen Quartieren sowie unterschiedlichen kommunalen Strategien und Maßnahmen in von Strukturwandel betroffenen Stadtteilen aus.

»Motoren« der Innenentwicklung: Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche

Zu den aktuell herausragenden Zielen an der Schnittstelle von Städtebau und kommunaler Wirtschaftspolitik gehört es, Innenstädte und Stadtteilzentren als »Siedlungsanker« zu stabilisieren, sie zu attraktiven, bedarfsgerechten Wohnorten (weiter) zu entwickeln und ihre Funktion als Standorte einer breit gefächerten

→ Evaluierung
Stadtumbau West

→ Erfahrungsaustausch
zu Stadterneuerung und
Sozialplanung

→ Urban Audit

Versorgung aufrechtzuerhalten. Handlungserfordernisse ergeben sich hier vor allem mit Blick auf den anhaltenden Strukturwandel im Einzelhandel und die damit häufig verbundene Verschiebung von Kaufkraftströmen weg von den zentralen Versorgungsbereichen. Die Frage der Zukunftsfähigkeit »klassischer« Warenhäuser, eine fortschreitende »Filialisierung« in der Anbieterstruktur, problematische Auswirkungen innerstädtischer Einkaufszentren – all dies verdeutlicht die Komplexität der sich stellenden Aufgabe genauso wie die Entwicklung im Lebensmitteleinzelhandel (starkes Wachsen der Marktanteile von Discountern an Standorten, die gut mit dem Auto erreichbar sind).

→ Baukultur als
Verfahrensqualität

Das Difu hat sich des Themas seit langem angenommen – im Rahmen verschiedener Forschungsprojekte und in seinem Veranstaltungsprogramm. Im Berichtsjahr hat das Institut zusammen mit dem Planungsbüro Junker und Kruse, Dortmund, und dem Braunschweiger Architekten und Bauhistoriker Holger Pump-Uhlmann eine Arbeitshilfe zum angemessenen Umgang mit großen innerstädtischen Einkaufszentren erstellt. Auftraggeber war das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen. Den maßgeblichen Akteuren auf der kommunalen Ebene werden darin Wege aufgezeigt, wie sich Einkaufszentren in zentrale Stadträume integrieren lassen. Die Arbeitshilfe gibt konkrete Empfehlungen, wie das komplexe Handlungsgeschehen bei einer Centeransiedlung besser gehandhabt werden kann. Größe und Lage, vor allem aber die bauliche Struktur und Form eines Centers werden als maßgebliche Eckpunkte betrachtet. Daneben stellen auch Größe und Lage der Stellplatzanlagen eine wirkungsvolle Steuerungsmöglichkeit dar, um ein solches Einkaufszentrum besser zu integrieren.

Angeichts der Schließung zahlreicher Warenhäuser sowie der vielerorts steigenden Zahl neuer Einkaufszentren in Innenstadtlagen veranstaltete das Difu im Juni 2010 das Brennpunkt-Seminar »Einzelhandel in den Innenstädten – zwischen Warenhauskrise und Boom der Einkaufszentren«. Dabei wurden auch die mit der aktuellen Entwicklung verbundenen Auswirkungen auf die zentralen Stadträume in den Blick genommen. Zwar ist mit raschen Lösungen zur Behebung der Warenhauskrise nicht zu rechnen. Dennoch werden dieser Betriebsform Zukunftschancen eingeräumt – vorausgesetzt, die anstehenden »Hausaufgaben« werden gemacht (Stichwort: Entwicklung moderner Betriebskonzepte).

Veröffentlichung: Junker, Rolf, Gerd Kühn und Holger Pump-Uhlmann: Arbeitshilfe zum Umgang mit großen innerstädtischen Einkaufszentren, Hrsg.: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Januar 2011.

Gemeinsames »Dach«: Baukultur und Denkmalschutz

Die Kommunen stehen vor der umfassenden Aufgabe, die Erfordernisse des Strukturwandels und des Klimaschutzes mit denen der Erhaltung denkmalgeschützter und anderer erhaltenswerter Gebäude, Siedlungen oder historischer Ensembles in Einklang zu bringen. Das Difu hat diese Problematik im Rahmen einer Seminarveranstaltung »Denkmalschutz nicht ohne Klimaschutz« aufgegriffen. Das Thema wird 2011 weiterbearbeitet, dabei wird der Fokus auf der Kooperation und Kommunikation zwischen Fachleuten aus Denkmal- und Umweltschutz liegen.

Die Qualität der Bau- und Planungskultur in ihrer Bedeutung für die bestandsorientierte Entwicklung von Stadtbereichen zu erkennen, zu pflegen und zu verbessern, ist ein wesentliches Element zeitgemäßer Städtebaupolitik. Eine Rolle spielt hierbei beispielsweise, wie die vielfältige »Akteurslandschaft« qualifiziert beteiligt werden kann. Lebenswelten für und mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten, stellt eine zentrale Aufgabe der Stadtentwicklung dar. Das Thema wurde 2010 im Difu im Rahmen verschiedener Seminare anhand von Beispielen und Ansätzen intensiv diskutiert. Einen Fokus bildeten unter anderem die Beteiligung und Aktivierung von Jugendlichen im Allgemeinen sowie von jugendlichen Migrantinnen und Migranten im Besonderen. Das Thema wird besonders vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über angemessene Beteiligungs- und Informationsformen bei großen Investitionsvorhaben (»prominentes« Stichwort: »Stuttgart 21«) auch 2011 weiter bearbeitet.

Veröffentlichungen: Reimann, Bettina, und Angela Uttke: Ich will bauen, gib mir Steine. Über die Beteiligung von Jugendlichen und jugendlichen Migrant/innen an Stadtentwicklung, in: Demokratische Gemeinde, 62. Jg., H. 6/2010, S. 36.

Uttke, Angela: Nuoret suunnittelemassa omaa ympäristöään/Youth Designing Their Own Environment, in: Arkki (Hrsg.): Creating the Future. Ideas on Architecture and Design Education, Helsinki 2010, S. 54–57.

Uttke, Angela: Design Your Own Space, in: Children in Scotland, Issue 103, January 2010, S. 20–21.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Städtebau und Stadtentwicklung finden Sie unter »Daten und Fakten«.

Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA



v.l.n.r.: Daniel Zwicker-Schwarm, Doris Reichel, Stephanie Bock, Jens Libbe, Christine Grabarse, Doris Becker, Holger Floeting, Thomas Preuß, Gregor Jekel, Juliane Heinrich (nicht abgebildet: Patrick Diekelmann, Rüdiger Knipp, Anja Neubauer)
Foto: Wolf-Christian Strauss.

Die Siedlungs- und Verkehrsflächen breiten sich weiter aus – oder anders ausgedrückt: Die Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist in Deutschland – ungeachtet anders lautender Zielsetzungen der Politik – mit einer durchschnittlichen Zuwachsrate von 94 ha/Tag in den Jahren 2006 bis 2009 weiterhin hoch, auch wenn in jüngster Zeit die Wachstumsraten etwas zurückgehen. Gegenüber dem Zeitraum 2005 bis 2008, in dem die Zunahme noch 104 ha/Tag betrug, hat sich der »Flächenverbrauch« verlangsamt. Die Ziele der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, die tägliche Inanspruchnahme neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen bis 2020 auf 30 ha/Tag zu reduzieren sowie den Vorrang der Innen- vor der Außenentwicklung zu stärken, bleiben aktuell (vgl. zum Thema auch »Flächenmanagement und Flächenkreislaufwirtschaft« in Teil B »Nachhaltige Ressourcenwirtschaft« sowie zu Innenentwicklung den Beitrag »Städtebau und Stadtentwicklung«).

Mit seinem Förderschwerpunkt REFINA (»Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement«) hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) das Ziel gesetzt, innovative Lösungsansätze und Strategien für eine Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement zu erarbeiten und in Form von Demonstrationsvorha-

ben zu prüfen und umzusetzen. Entwickelt wurden und werden räumliche, rechtliche, ökonomische, organisatorische und akteursbezogene Innovationen und Modifikationen bestehender Instrumente, Strategien und Vorgehensweisen (vgl. www.refina-info.de).

Die seit Ende 2006 am Difu in Zusammenarbeit mit dem Aachener Büro für Kommunal- und Regionalplanung (BKR Aachen) eingerichtete projekt- und fachübergreifende Begleitung des Förderschwerpunkts ist zuständig für die projektübergreifende Vernetzung sowie die Integration, Synthese und Dokumentation der Forschungsergebnisse. Mit der Verlängerung des Projekts Ende 2009 wurde der inhaltliche Schwerpunkt für die verbleibenden beiden Jahre (2010/2011) neu gesetzt. Die Aufgaben konzentrieren sich nun weniger auf die Kompetenzbündelung im Forschungsfeld und die Entwicklung innovativer Lösungsansätze, da die meisten der geförderten Vorhaben inzwischen beendet sind.

Der aktuelle Forschungsbaustein umfasst zum Ersten die Analyse und Auswertung der Kooperation von Wissenschaft und kommunaler Praxis in den Forschungsvorhaben. Dafür werden die Erfahrungen in der Wissenschafts-Praxis-Kooperation dokumentiert, analysiert und bewertet. Nicht zuletzt aufgrund seiner Rolle als Mittler zwischen Forschung und kommunaler Praxis sieht das Difu

seine Aufgabe darin, diese Erfahrungen aus REFINA weiterzugeben. Das Institut wird eine entsprechende Handreichung für die kommunale Praxis zur Mitwirkung in Forschungsprojekten erarbeiten. Zum Zweiten konzentriert sich der Forschungsbaustein auf Aspekte des urbanen Landmanagements. Aktuelle Forschungsansätze und Ergebnisse zum Thema »Urbanes Landmanagement« werden dokumentiert, analysiert, systematisiert und vergleichend bewertet.

Einen dritten Schwerpunkt bilden Wissenstransfer und Öffentlichkeitsarbeit. Hierzu erschien im Jahr 2010 – nach den beiden bereits in 2009 erschienenen Bänden III »Folgekosten der Siedlungsentwicklung« und IV »Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren« Band V der Reihe REFINA mit dem Titel »Flächen- und Standortbewertung für ein nachhaltiges Flächenmanagement. Methoden und Konzepte«. In ihm werden die Forschungsergebnisse zu Flächeninformationen und -bewertungen zusammengeführt und ausgewertet. Die Qualifizierung von Flächeninformationen und Flächenbewertungen im Rahmen eines nachhaltigen Flächenmanagements stellen eine besondere Herausforderung dar. Die Informationsgrundlagen zu verbessern sowie quantitative und qualitative Parameter bzw. Indikatoren zur Bewertung der Flächeninanspruchnahme einzuführen und anzuwenden, ist eine wichtige Aufgabe, wenn es die in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie formulierten flächenpolitischen Ziele zu erreichen gilt. Neben innovativen Konzepten zu Prognose und Monitoring von Flächennutzungen sowie neuen Grundlageninformationen zur Standortbewertung werden in dem Band unterschiedliche Methoden zur integrierten und ganz-

heitlichen Bewertung von Nutzungsoptionen und Bauflächenpotenzialen vorgestellt.

Veröffentlichung: Frerichs, Stefan, Manfred Lieber und Thomas Preuß (Hrsg.): Flächen- und Standortbewertung für ein nachhaltiges Flächenmanagement. Methoden und Konzepte, Berlin 2010 (Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA Band V).

Abgeschlossen wurde 2010 gleichfalls die Reihe FLÄCHENPOST, in der in 24 Ausgaben »gute Beispiele« der REFINA-Forschung einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurden (siehe hierzu <http://www.refina-info.de/refina-veroeffentlichungen/flaechenpost/>). Mit dem REFINA-Handbuch – es erscheint 2011 – wird abschließend eine anwendungsorientierte Zusammenstellung zentraler Ergebnisse des REFINA-Förderschwerpunktes zur Verfügung gestellt.

Einen weiteren Baustein des Wissenstransfers bildet die Veranstaltungsreihe »REFINA kommt in die Regionen«. In Zusammenarbeit mit Landesministerien werden in Regionalkonferenzen ausgewählte REFINA-Ergebnisse vorgestellt. Angesprochen werden dabei vor allem Vertreterinnen und Vertreter kommunaler und regionaler Verwaltungen sowie der Kommunalpolitik. Nach den im Jahr 2010 durchgeführten Regionalkonferenzen in Nordrhein-Westfalen (siehe www.allianz-fuer-die-flaeche.de/Flaechen-sparen-und-intelligent-nutzen-257.html) und Baden-Württemberg (www.refina-info.de/de/refina-veroeffentlichungen/fachveranstaltungen/2010-07-16-mannheim-bericht.phtml) sind für 2011 weitere Veranstaltungen unter anderem in Hessen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen geplant.



v.l.n.r.: Wolf-Christian Strauss, Klaus-Dieter Beißwenger, Doris Reichel, Christa Böhme, Thomas Franke, Christine Grabarse (nicht abgebildet: Manuel Ott, Siiri Flatow, Stephan Matzdorf)
Foto: David Ausserhofer.

Mit dem im Jahr 1999 von Bund und Ländern aufgelegten Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« soll eine positive Trendwende zur Stabilisierung und Aufwertung benachteiligter Stadtteile eingeleitet werden. Dabei werden bauliche Investitionen der Stadterneuerung durch Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnbedingungen und der sozialen Lebenslagen der Bewohnerschaft ergänzt – Integration, Bildung, Ausbildung und Qualifizierung sowie die Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit sind hier wichtige Handlungsfelder.

Programmbegleitung durch die Bundestransferstelle Soziale Stadt

Das Programm wird durch die Bundestransferstelle Soziale Stadt begleitet, die beim Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelt ist und dem bundesweiten Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen allen an der Programmumsetzung Beteiligten dient. Im Zentrum stehen die Internetplattform www.sozialestadt.de (Informationen zum Programm und seinen Handlungsfeldern, zu den Programmgebieten und zu Beispielen aus der Praxis) sowie der persönliche Informationstransfer. Dieser war vor dem Hintergrund der Kürzungen der Bundesmittel für die Soziale Stadt in letzter Zeit vor allem durch Presse- und Vortragsanfragen zu den bisherigen Programmwirkungen geprägt. Darüber hinaus tragen

die regelmäßig erscheinenden Ausgaben des Newsletters »Soziale Stadt Info« sowie die Veranstaltungsreihen »Fachpolitische Dialoge« und »Regionalkonferenzen zur Sozialen Stadt« zu Wissensvermittlung und Erfahrungsaustausch bei.

Soziale Stadt Info Nr. 24: Ältere Menschen in der Sozialen Stadt

Ältere Menschen erfahren in der Sozialen Stadt zunehmend Aufmerksamkeit. Dies hat gute Gründe: Ihr proportionaler Anteil an der Bevölkerung wächst stetig, am stärksten steigt der Anteil der über 80-Jährigen. Zugleich wird im Alter der Stadtteil immer wichtiger, sind doch viele Ältere z.B. nicht mehr so mobil. Im Stadtteil also müssen Versorgungseinrichtungen, altersgerechte Wohnungen, ein sicheres Wohnumfeld vorhanden sein.

Hilfe, Begleitung und Teilhabe für Ältere sind daher Anliegen etlicher Initiativen und Maßnahmen in der Sozialen Stadt. In Modellprojekten verschiedener Träger werden innovative Konzepte umgesetzt. Von einigen dieser Ansätze und Projekte wird im Soziale Stadt Info Nr. 24 berichtet.

Die Beiträge nähern sich dem Thema mal lebensweltlich-praktisch, mal theoretisch-analytisch. Ein gemeinsames Fazit könnte lauten: Gerade jene Konzepte »stimmen« und jene Projekte

→ Soziale Stadt und ältere Menschen

→ Bundestransferstelle Soziale Stadt beim Difu

→ Modellvorhaben und Monitoring: Zentrale Themen der Sozialen Stadt

gelingen besonders gut, die sich an den Ressourcen des Quartiers orientieren, Anlaufstellen nicht nur als Orte für Probleme, sondern für Freizeit und Kooperation vorsehen, sich dem Quartier gegenüber öffnen und Unterschiedliches – Handlungsfelder, Nutzungen, Generationen, Akteure, Altes und Neues usw. – zusammenbringen.

Veröffentlichung: Bundestransferstelle Soziale Stadt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Soziale Stadt Info 24, Schwerpunkt: Ältere Menschen in der Sozialen Stadt, Berlin, Juli 2010, <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=4SAXD530>.

Zweite Regionalkonferenz zur Sozialen Stadt

Am 24. Februar 2010 trafen sich im Programmgebiet Leipziger Osten rund 80 Akteure der Sozialen Stadt aus den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu der zweiten Regionalkonferenz zur Sozialen Stadt.

Thema der Regionalkonferenz waren zum einen die Modellvorhaben der Sozialen Stadt, mit denen der Bund den Ländern bis Ende 2010 die Möglichkeit geboten hat, einen Teil der Bundesmittel innerhalb des Programms Soziale Stadt auch für die Förderung von Maßnahmen und Projekten im sozial-integrativen Bereich einzusetzen. Zum anderen ging es in der Regionalkonferenz um das wichtige Thema Monitoring.

Die Förderung der Modellvorhaben Soziale Stadt ist in den Kommunen auf große Resonanz gestoßen. Als besonderer Nutzen dieses Ansatzes – so zeigte die Konferenz – wird unter anderem gesehen, dass die Lösung von sozial-integrativen Problemen explizit Gegenstand der Förderung sein kann und Modellvorhaben dazu beitragen, dass neue Kooperationen geschaffen werden bzw. neue Netzwerke – vor allem im Akteurskreis außerhalb von Politik und Verwaltung – entstehen. Darüber hinaus bestand Einigkeit über die Notwendigkeit von Monitoringsystemen und Evaluationen, um eine transparente Grundlage für generelle Aussagen zur Quartiersentwicklung zu schaffen.

Veröffentlichung: Bundestransferstelle Soziale Stadt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: 2. Regionalkonferenz zur Sozialen Stadt. Modellvorhaben der Sozialen Stadt und Monitoring. Dokumentation und Auswertung, Berlin 2010, <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=3MHDPXVY>.

Ausblick

Die beim Difu angesiedelte Bundestransferstelle Soziale Stadt begleitet das Programm auch im Jahr 2011. Dabei wird es vor dem Hintergrund der Ende 2010 beschlossenen drastischen Mittelreduzierung für die Soziale Stadt samt Streichung der Modellvorhaben und Ausrichtung auf vorwiegend investive Ausgaben auch um die künftige Ausgestaltung des Programms Soziale Stadt gehen.

→ Fortführung der Bundestransferstelle Soziale Stadt in 2011



v.l.n.r.: Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Gregor Jekel, Antje Seidel-Schulze, Bettina Reimann, Arno Bunzel
Foto: Doris Reichel.

Bevölkerungsrückgang und Alterung im Zuge des demografischen Wandels, eine fortschreitende Ökonomisierung der Wohnungswirtschaft und veränderte bauliche Anforderungen an Wohngebäude stellen aktuell die zentralen Rahmenbedingungen für kommunale Wohnungspolitik dar. Dabei weisen Bevölkerungsentwicklung, wirtschaftliche Dynamik und die zunehmende Vielfalt von Lebensweisen und Lebensstilen in der Gesellschaft (Heterogenisierung) regional und auch kleinräumig sehr unterschiedliche Ausprägungen auf. Entsprechend sind auch die Anforderungen an die Wohnraumversorgung ausdifferenziert: qualitativ und quantitativ, regional und sozial. Zu den aktuellen Rahmenbedingungen der Wohnraumversorgung zählt auch die finanzielle Notlage vieler öffentlicher Haushalte. Die kommunalen Aufwendungen für die Wohnraumversorgung machen einen erheblichen Anteil an den Gesamtausgaben der Kommunen aus. Wachsende Bedeutung erfahren in der Diskussion um die Zukunft kommunaler Wohnungspolitik daher die Leistungsmöglichkeiten kommunaler Haushalte, ein ressourceneffizienter Mitteleinsatz sowie die Kooperation mit semi-öffentlichen und privaten Akteuren.

Die Schwerpunkte der Difu-Arbeit im Themenbereich Wohnen lagen 2010 bei Fragen der Zukunft der sozialen Wohnraumversorgung, bei neuen Wohnformen in der Stadt sowie bei der Zusammenarbeit von Wohnungsgenossenschaf-

ten und Kommunen. Weitere Aktivitäten mit Bezug zum Themenbereich Wohnen stellten Vorträge und Publikationen zum 2009 abgeschlossenen Projekt »Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt« dar. Im Förderschwerpunkt REFINA des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (siehe auch »Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA«), den das Difu wissenschaftlich begleitet, wurde untersucht, welchen Beitrag Wohnstandortwahl und Wohngebietsausweisung zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme leisten. Mit einem »Brennpunktseminar« im April 2010 hat das Difu die Problematik sogenannter Schrottimmobilien im Stadtumbau aufgegriffen. Und nicht zuletzt sind auch Aktivitäten der Programmbegleitung beim Bund-Länder-Programm Soziale Stadt (siehe »Bundestransferstelle Soziale Stadt«), die am Difu angesiedelt ist, unter anderem dem Themenbereich Wohnen zuzuordnen.

Die Zukunft der sozialen Wohnraumversorgung

Nach wie vor steht die soziale Wohnraumversorgung als eine Kernaufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge im Mittelpunkt kommunaler Wohnungspolitik. Sie ist in den kommenden Jahren mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. Insbesondere der steigende Anteil alter und hochbetagter Menschen, zunehmende regionale und

→ Kooperationen
zwischen Kommunen
und Genossenschaften

intrakommunale Disparitäten sowie steigende energetische Anforderungen führen zu neuen Bedarfsstrukturen und zu einem erheblichen baulichen Anpassungsbedarf im Wohnungsbestand. Angesichts auslaufender Belegungsbindungen, der Privatisierung von öffentlichen Wohnungsbeständen und der Ungewissheit über die künftige Höhe der Wohnbauförderung in den Ländern stellt sich zunehmend die Frage nach den Steuerungsmöglichkeiten bei der sozialen Wohnraumversorgung. Die Problematik wurde im Mai 2010 in dem Difu-Seminar »Kommunale Strategien zur Sicherung der sozialen Wohnraumversorgung« näher beleuchtet. Im Fokus dabei: in der Praxis bewährte Handlungsoptionen zur Sicherung preiswerten Wohnraums und ihr Einfluss auf die Wohnraumversorgung von bedürftigen Haushalten. Angesichts der großen Resonanz auf dieses Seminar ist geplant, das Thema im Frühjahr 2012 im Rahmen einer Veranstaltung erneut aufzugreifen.

Veranstaltung: Kommunale Strategien zur Sicherung der sozialen Wohnraumversorgung, Difu-Seminar, 17.–18. Mai 2010, Berlin.

Neue Wohnformen in der Stadt

Baugemeinschaften, Wohnprojekte, genossenschaftliches Wohnen, betreute Pflege-WGs: Diese und weitere Modelle des – in der Regel gemeinschaftlichen – Wohnens stehen regelmäßig im Mittelpunkt von Medienberichten und Informationsveranstaltungen. Gesellschaftliche Veränderungen wie die zunehmende Alterung und Vereinzelung sowie sich wandelnde Wohnleitbilder stärken das Interesse in der Bevölkerung an diesen neuen Wohnformen. Letztere werden zugleich als Hoffnungsträger für die Stabilisierung von Quartieren, als Baustein der »Stadtreparatur« oder gar als Weg aus einer künftig zu erwartenden Krise der sozialen Sicherungssysteme gesehen.

Den beschriebenen Hoffnungen stehen gravierende Probleme bei der Gründung, Grundstückssuche und Finanzierung sowie zum Teil Vorbehalte gegen eine Förderung durch die öffentliche Hand gegenüber. Es bedarf mühsamer, oft jahrelanger Findungsprozesse, bis eine Gruppe entstanden und ein Projekt verwirklicht ist. Die Begleitung solcher Prozesse durch die Kommunalverwaltungen und andere externe Akteure erfordert einen hohen Kommunikations- und Steuerungsaufwand. Und nicht zuletzt fällt es den Initiatoren von Wohnprojekten und Baugemeinschaften in innerstädtischen Lagen angesichts wachsender Nachfrage und Konkurrenz durch gewerbsmäßige Immobilienentwickler besonders schwer, Grundstücke zu erwerben. Damit fehlt es oft genau dort an Umsetzungserfolgen, wo solche Projekte einen besonders wichtigen Beitrag zur Ergänzung des Wohnungsangebotes – etwa für Menschen mit eingeschränkter Mobilität – leisten könnten. Diesem Spannungsverhältnis zwischen

hohen Erwartungen an die positiven Effekte einerseits und den Problemen bei der Entstehung von neuen Wohnformen andererseits widmete sich das Difu unter anderem im Rahmen eines Seminars im November 2010. Vorgestellt wurden verschiedene Modelle, wie Kommunen neue Wohnformen unterstützen können, ebenso die zugrunde liegenden stadtentwicklungspolitischen Ziele.

Veranstaltung: Neue Wohnformen – Ziele und Unterstützungsmöglichkeiten der Kommunen, Difu-Seminar, 4.–5. November 2010, Berlin.

Zusammenarbeit von Wohnungsgenossenschaften und Kommunen

Die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände, auslaufende Belegungsbindungen und deren bislang nur in geringem Umfang erfolgende Erneuerung reduzieren die Möglichkeiten der Kommunen, den Wohnungsmarkt zu »steuern«. Damit gewinnt die Suche nach Verbündeten an Bedeutung, die Wohnungswirtschaft gerät dabei in den Fokus. Eine Teilgruppe, die neben den kommunalen Wohnungsunternehmen in ihren Zielen denen der Kommunen besonders nahe ist, sind die Wohnungsgenossenschaften. Auch in Folge der Evaluierung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften (siehe Jahresbericht 2009) wurde 2010 unter Beteiligung des Difu erstmalig ein Treffen von Verbandsgremien des Deutschen Städtetages (DST) und des GdW Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen durchgeführt. Im Mittelpunkt stand die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Wohnungsgenossenschaften. Der Austausch soll nun regelmäßig stattfinden.

Veröffentlichung: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.); Gregor Jekel, Stephan Beetz, Stephanie Bock und Arno Bunzel (Bearb.): Aktivierung von Potenzialen genossenschaftlichen Wohnens. Evaluierung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften im Forschungsprogramm »Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)«, Projektabschlussbericht, BMVBS-Online-Publikation Nr. 25/2010.

Ausblick auf 2011

Im Jahr 2011 wird die 2010 gestartete Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau West (siehe auch Teil B »Städtebau und Stadtentwicklung«) mit ihren Themenschwerpunkten Qualifizierung des Wohnungsbestandes, Stabilisierung von Ortskernen und Reaktivierung von Brachflächen/Beseitigung von Leerstand einen Arbeitsschwerpunkt im Themenbereich Wohnen darstellen. Als weiterer Schwerpunkt ist die Wohneigentumsbildung von Migranten vorgesehen. Unter anderem ist ein Seminar zu diesem Thema im Mai 2011 geplant.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen zum Themenbereich Wohnen finden Sie unter »Daten und Fakten«.



v.l.n.r.: Klaus J. Beckmann, Bettina Reimann, Kerstin Landua, Antje Seidel-Schulze, Christa Böhme, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Maja Arlt, Holger Floeting, Beate Hollbach-Grömig (nicht abgebildet: Nadine Dräger, Thomas Franke, Detlef Landua, Jessika Sahr-Pluth)
Foto: Doris Reichel.

Fragestellungen aus dem Themenbereich Bevölkerung und Soziales gewinnen auf der kommunalen Ebene an Bedeutung. Wirtschaftlicher Strukturwandel, wachsende soziale Ungleichheit und Armut, Migration und Integration, soziodemografische Veränderungen und Veränderungen der Sicherheitslage in urbanen Räumen erfordern von den Städten Aktivitäten, die den sozialen Zusammenhalt und die stadt- wie sozialräumliche Integration fördern. Zudem machen es Prozesse der sozialen und ethnischen Segregation nötig, dass sich die Politik in ihren Maßnahmen stärker auf benachteiligte Quartiere und auf besonders gefährdete und bedürftige Bevölkerungsgruppen orientiert. Wichtige Handlungsfelder einer darauf ausgerichteten Stadtentwicklung sind Integration, Jugendhilfe, (Aus-)Bildung, Gesundheitsförderung und Kriminalprävention.

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel ist eine der zentralen Rahmenbedingungen für kommunales Handeln. Er betrifft so vielfältige Politikfelder wie den Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme, den Wohnungsmarkt, die Bereitstellung technischer und sozialer Infrastruktur, Stadt- und Regionalplanung sowie öffentliche Finanzen. Seine Auswirkungen sind unterschiedlich. Bundesweit ist ein Auseinanderdriften der regionalen Entwicklungen festzustellen – Regionen mit positiver

natürlicher Bevölkerungsentwicklung und positivem Wanderungssaldo stehen schrumpfende Regionen gegenüber. Wachsende und schrumpfende Räume können – auch innerhalb einer Stadt – sehr nah beieinander liegen. Daher setzen sich immer mehr Städte, Gemeinden und Regionen mit den Konsequenzen aus diesen Entwicklungen auseinander. Themenzugang und Handlungsansätze sind in den einzelnen Kommunen und Regionen allerdings je nach Dringlichkeit der Probleme unterschiedlich. Sie hängen darüber hinaus von der Bereitschaft der Politik ab, entsprechende Diskussionen zu führen.

Im Sommer 2010 schloss das Difu – in Zusammenarbeit mit sieben Fallstudienstädten (Bielefeld, Dresden, Gera, Köln, München, Münster, Wolfsburg) – das Projekt »Herausforderungen des demografischen Wandels bewältigen: Kommunale Erfahrungen und Ansätze« ab. Ziel war es, die mit Blick auf den demografischen Wandel entwickelten Handlungsansätze in unterschiedlichen Kommunen zu ermitteln, aufzubereiten sowie Schlussfolgerungen und Empfehlungen für den künftigen Umgang mit den verschiedenen Facetten des demografischen Wandels zu erarbeiten. Dabei wurde eine Fülle von Beispielen zu ausgewählten Handlungsfeldern im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel aufbereitet. Viele davon sind seit langem wichtige kommunale Themen, nicht nur im Kontext des demografischen

Wandels. Zahlreiche Kommunen erweitern jedoch gegenwärtig den Themenzuschnitt. Themen bekommen in der stadtinternen Diskussion durch die Verknüpfung mit dem demografischen Wandel neue Bedeutung. Das Spektrum reicht von Fragen aus den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt über Bildung und Integration, Familienpolitik, Gesundheitspolitik bis hin zu Infrastruktur und Mobilitätsfragen. Es ist wichtig, die Handlungsfelder je nach der konkreten Situation der einzelnen Stadt zu spezifizieren. Da sehr viele Bereiche von den Folgen der demografischen Veränderungen betroffen sind, ist es erforderlich, Prioritäten und Schwerpunkte zu setzen.

Veröffentlichung: Frölich v. Bodelschwingh, Franciska, Beate Hollbach-Grömig und Bettina Reimann: Demografischer Wandel. Kommunale Erfahrungen und Handlungsansätze, Berlin 2010 (Difu-Impulse, Bd. 5/2010).

In den nächsten Jahren wird das Problem der ausreichenden Finanzierung und/oder Organisation von Infrastrukturen, die von den demografischen Veränderungen besonders betroffen sind, an Bedeutung gewinnen. Vor diesem Hintergrund erarbeitete das Difu im Auftrag des Bundesministeriums des Innern eine Kurzstudie mit dem Titel »Finanzierung von Infrastruktur unter den Bedingungen der demografischen Veränderungsprozesse«. Sie erfasst den Stand der politischen und wissenschaftlichen Diskussion vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in den neuen Ländern und zeigt Gestaltungsoptionen auf. Im Kern wurde eine Fülle von Finanzierungs- und Steuerungsinstrumenten zusammengetragen, die in ihrer Bedeutung für die zukünftige Infrastrukturfinanzierung bewertet wurden (siehe ausführlicher in Teil B »Finanzen und Investitionen«).

Kleinräumiger Städtevergleich zur sozialen Stadtentwicklung

Kleinräumige Stadtbeobachtung und Monitoring werden als Grundlage strategischer Entscheidungen in Politik und Verwaltung immer wichtiger. In vielen Städten wurden inzwischen auf hohem Niveau Kompetenzen für die Sammlung und Verarbeitung von kleinräumigen Daten entwickelt. Deren vergleichende Bewertung und Nutzung stellen einen weiteren Schritt zur Verbesserung einer datengestützten Stadtentwicklungspolitik dar.

Das Difu war im Rahmen eines vom Ministerium Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen finanzierten Pilotprojektes Kooperationspartner von »res urbana Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Analyse und Beratung mbH« (Häußermann/Dohnke). Es wurden eine Synopse zu bestehenden Monitoringsystemen zur sozialen Stadtentwicklung in den Projektstädten erstellt und die Verfügbarkeit kleinräumiger Daten geprüft. Zudem wurde ein Konzept für einen kleinräumigen Städtevergleich entwickelt. Mit diesem

lässt sich klären, wie sich innerstädtische Teilgebiete im Verhältnis zueinander entwickeln (Annäherung der sozialen Profile bzw. Problemlagen oder Polarisierung). Um bestehende Systeme mit vergleichbaren Städtedaten zu nutzen, wurde als Datenquelle die Innerstädtische Raumbeobachtung (IRB) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) verwendet.

Für 30 beteiligte Städte wurden sozialräumliche Tendenzen analysiert und verglichen. Dazu wurden für jede Stadt auf Basis einiger demografischer und SGBII-Daten jeweils drei Indikatoren berechnet. Diese geben Auskunft über das Ausmaß der Polarisierung in den Städten. Zu diesen Indikatoren gehören bekannte Maße wie der Segregationsindex und Konzentrationsmaße. Es wurden aber auch zwei neue dynamische Indizes, der Trendwert und die Trendabweichung, eingeführt. Deutlich wurde, dass alle Indizes, insbesondere über den Zeitverlauf, aufschlussreiche Ergebnisse für die Städte selbst, mit Einschränkungen auch für den Städtevergleich liefern. Für weitere Analysen, die das Difu in 2011 plant, wird es eine Herausforderung sein, die Größe der Gebiete für Städtevergleiche zu harmonisieren, um in solchen Vergleichen noch belastbarere Aussagen zu treffen.

Veröffentlichungen: Dohnke, Jan, Hartmut Häußermann und Antje Seidel-Schulze: Synopse der Monitoringsysteme zur sozialen Stadtentwicklung der Städte im Pilotprojekt »Kleinräumiger Städtevergleich«, <http://www.difu.de/projekte/2010/kleinraeumiger-staedtevergleich-zur-sozialen.html>.

Seidel-Schulze, Antje: Kleinräumiger Städtevergleich zur sozialen Stadtentwicklung, in: Difu-Berichte, H. 4/2009, S. 16.

Integration von Migranten

(Soziale) Integration ist ein Thema, das sich nicht auf Zuwanderer beschränkt. Deren Integration stellt jedoch für die Städte eine besondere und mit Blick auf die demografische Entwicklung der – auch alternden – Migranten künftig wachsende Herausforderung dar. Hinsichtlich dieser Bevölkerungsgruppe wird in Forschung und Planung häufig nicht genügend oder nicht angemessen differenziert – dies betrifft vor allem die nach Geschlecht, Alter, sozialer und ethnischer Herkunft unterschiedlichen Kompetenzen, Ressourcen, Bedarfe und Benachteiligungen.

Das Thema Integration wird am Difu unter besonderer Berücksichtigung der stadträumlichen Integrationspolitik bearbeitet. Ansatzpunkte bilden hierbei die Weiterentwicklung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt (siehe auch unter »Bundestransferstelle Soziale Stadt«) mit stärkerer Gewichtung des Handlungsfeldes Integration von Zuwanderern, ebenso die Verknüpfung des Themas Integration mit Wohnen, (Aus-)Bildung, Beschäftigung, Alterung und Gesundheit.

Schwerpunkte der Forschungs- und Fortbildungstätigkeiten im Bereich Migration waren 2010 die Beteiligung jugendlicher Migranten an der Stadt(teil)entwicklung und die Wohneigentumsbildung von Migranten. Hierbei wird Wert darauf gelegt, für die Vielfalt der Migranten(gruppen) zu sensibilisieren und deren unterschiedliche Bedarfe als Ausgangsbasis für die zielgruppenadäquate, sozial ausgewogene und bedarfsorientierte Stadtplanung und Stadtentwicklung zu etablieren.

Veröffentlichung: Reimann, Bettina, und Angela Uttke: Ich will bauen. Gib mir Steine. Über die Beteiligung von Jugendlichen und jugendlichen Migrant/innen an Stadtentwicklung, in: Demokratische Gemeinde, H. 6/2010, S. 36.

Vortrag: Reimann, Bettina (gemeinsam mit Heike Hanhörster): »Turkish Homeowners in German Cities. Social Heterogeneity and Stabilization in Ethnically Segregated Neighbourhoods?«, European Network for Housing Research (ENHR), 5. Juli 2010, Istanbul.

Kinder, Jugendliche und Bildung

Die thematische Schwerpunktsetzung im Difu wird durch das Ziel bestimmt, zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Gemeinden beizutragen. Dementsprechend werden Themen des kommunalen Verwaltungshandelns bearbeitet, die aktuell in der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt werden, und solche, die einen eher zukunftsbezogenen Charakter für die Gemeindeentwicklung aufweisen. Vor diesem Hintergrund hat das Thema Bildung an Bedeutung gewonnen.

Mit dem Seminar »Inklusion statt Integration – Hat das deutsche Förderschulsystem noch eine Zukunft?« setzte das Difu im Herbst 2010 die gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag konzipierte Veranstaltungsreihe zur kommunalen Bildungspolitik fort. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche Folgen die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für die pädagogischen und finanziellen Rahmenbedingungen einer an den Bedürfnissen und Besonderheiten aller Schülerinnen und Schüler ausgerichteten Schule hat.

Das Difu hat zudem ein Eigenprojekt begonnen, in dem untersucht wird, wie sich der Übergang zum Ganztagsbetrieb an den Schulen auf die kommunalen Bildungsausgaben finanzwirtschaftlich auswirkt. Durch die Ermittlung belastbarer Daten soll die Grundlage für eine Diskussion zu einer gerechteren und auch in Zukunft tragfähigen Verteilung von Kosten und Lasten zwischen Ländern und Kommunen geschaffen werden. Außerdem sollen in einer zweiten Phase die Erfahrungen der Städte vertieft erschlossen werden.

Ebenso hat »Kinder- und Jugendhilfe« als Thema am Difu ein stärkeres Gewicht erhalten. »Fortbildung und Qualifizierung« von Fachkräften der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe

werden am Difu dauerhaft von der »Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe« (AGFJ) getragen. Die AGFJ führt mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) bundesweite Fachtagungen zu aktuellen Fragen und Anforderungen an die Kinder- und Jugendhilfe durch und bearbeitet ein breites Themenspektrum. Wichtige Tagungsthemen 2010 waren unter anderem »Jugendamt der Zukunft«, »20 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz« sowie »Kooperation von Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie«. Näheres dazu wird im Berichtsteil C »Fortbildung« erläutert.

Im Zeitraum von Juni 2008 bis August 2010 wurde darüber hinaus ein Difu-Forschungsprojekt zur Bestandsaufnahme Früher Hilfen durchgeführt, das eine zweimalige Befragung aller Jugend- und Gesundheitsämter vorsah. Zentrale Themen der ersten Befragung waren Ziele, Umfang, Struktur und Qualität der Kooperationen bzw. der lokalen Vernetzung sowie Unterstützungsbedarfe im Bereich Früher Hilfen. Die zweite Teiluntersuchung im Jahr 2010 zielte auf die Erfassung von Umfang, Art und Verstetigung der Angebote für Familien vor Ort sowie von Zugangswegen zu Familien und der derzeitigen Praxis der Früherkennung von familiären Problemlagen. Außerdem wurde ermittelt, ob es seit der ersten Erhebung Fortschritte beim Auf- und Ausbau Früher Hilfen gegeben hat. Eine Inhaltsanalyse der von den Ämtern zugesandten Dokumente und Arbeitsmaterialien erfolgte als ergänzende Projektphase. Die Ergebnisse dieser Bestandsaufnahmen wurden auf dem ersten Bundeskongress des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) »Von Anfang an. Gemeinsam.« präsentiert. Auftraggeber war das NZFH. Das Vorhaben wurde vom BMFSFJ gefördert.

Veröffentlichungen: Beckmann, Klaus J., Detlef Landua und Maja Arlt: Bestandsaufnahme zur Entwicklung der kommunalen Praxis im Bereich Früher Hilfen. Erste und zweite Teiluntersuchung. Projektabschlussbericht, Berlin 2010.

Beckmann, Klaus J., und Kerstin Landua (Hrsg.): »Tausend Mal ,warum'? Verbesserung der Bildungsqualität in vorschulischen Einrichtungen.« Dokumentation einer Fachtagung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST), der Deutsche Telekom Stiftung und der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe am 14./15. Januar 2010 in Berlin, Berlin 2010.

Landua, Kerstin: Jugendamt – Mädchen für alles (Tagungsbericht), in: Sozialmagazin, Jg. 35/2010, Nr. 7–8, S. 90–93.

Landua, Kerstin: Das KJHG hat Türen aufgestoßen! 20 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz – kritische Würdigung, Bilanz und Ausblick. Ein Tagungsbericht, in: Blickpunkt Jugendhilfe, Berlin: VPK – Bundesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V., Jg. 15/2010, Nr. 5, S. 39–41.

Sann, Alexandra, und Detlef Landua: Konturen eines vielschichtigen Begriffs: Wie Fachkräfte Frühe Hilfen definieren und gestalten, in: IzKK-Nachrichten, H. 1/2010: Kinderschutz und Frühe Hilfen, S. 47–52.

Sann, Alexandra, und Detlef Landua: Systeme Früher Hilfen: Gemeinsam geht's besser! Ergebnisse der ersten bundesweiten Bestandsaufnahme bei Jugend- und Gesundheitsämtern, in: Bundesgesundheitsblatt, Nr. 10/2010, S. 1018–1028.

Vortrag: Landua, Detlef: Frühe Hilfen als gemeinsame Aufgabe von Jugendhilfe und Gesundheitssystem. Difu-Dialog zur Zukunft der Städte, 10. Februar 2010, Berlin.

Prävention und Gesundheitsförderung

Prävention und Gesundheitsförderung verstehen sich heute als integrale Bestandteile kommunaler Gesamtpolitik. Zunehmende Bedeutung gewinnen dabei sozialraumorientierte und soziallagenbezogene Handlungsansätze.

2010 veröffentlichte das Difu Ergebnisse des im Herbst 2010 abgeschlossenen Projekts »Mehr als gewohnt: Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung«, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert worden war. Die Publikation enthält Handlungsempfehlungen für Bund, Länder, Kommunen, Krankenkassen und Quartiermanagements, wie Gesundheitsförderung in benachteiligten Quartieren wirksam und nachhaltig umgesetzt werden kann. Dabei flossen auch Erkenntnisse aus der beim Difu angesiedelten Bundestransferstelle Soziale Stadt zur Weiterentwicklung des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt im Hinblick auf das Handlungsfeld Gesundheitsförderung ein.

Veröffentlichungen (Auswahl): Reimann, Bettina, Christa Böhme und Gesine Bär: Mehr Gesundheit im Quartier. Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung, Berlin 2010 (Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 9).

Böhme, Christa, und Bettina Reimann: Mehr als gewohnt. Stadtteile machen sich stark für die Gesundheitsförderung von jungen Menschen – ein Praxisprojekt, in: KKH-Allianz in Zusammenarbeit mit Medizinische Hochschule Hannover (Hrsg.): Weißbuch Prävention 2010/2011, S. 192–194.

Dies.: Mehr als gewohnt. Stadtteile machen sich stark für die Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen, in: Public Health Forum 18/2010, S. 41–42.

Gesundheitsförderung im Stadtteil ist auch ein Schwerpunktthema der im Jahr 2002 gegründeten und beim Difu angesiedelten »Arbeitsgruppe gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung« (AGGSE). So führte die Arbeitsgruppe im Rahmen des 16. bundesweiten Kongresses »Armut und Gesundheit« in Berlin am 3. Dezember 2010 eine Workshop-Reihe zum Thema »Gesundheitsförderung im Setting Stadtteil/Quartier« durch. Im Rahmen der Aktivitäten der AGGSE wird seit 2010 zudem die Herausgabe eines Handbuchs »Stadtplanung und Gesundheit« vorbereitet, das Anfang 2012 erscheinen soll.

Seit Sommer 2010 organisiert und betreut das Difu im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) den fünften Bundeswettbewerb »Vorbildliche Strategien kommunaler

Suchtprävention«. Schwerpunkt ist diesmal das Thema »Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen«. Zur Teilnahme eingeladen sind alle deutschen Städte, Gemeinden und Kreise. Als Anreiz zur Wettbewerbsteilnahme steht ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 60 000 Euro zur Verfügung. Zusätzlich unterstützt der GKV-Spitzenverband den Wettbewerb mit einem Sonderpreis von 10 000 Euro für innovative und weiterführende Konzepte sowie Projekte zum Thema »Verknüpfung von Jugendsozialarbeit und Gesundheitsförderung bei der Betreuung von Kindern suchtbelasteter Eltern«. Nach der Preisverleihung am 6. Juni 2011 werden alle Wettbewerbsbeiträge sowie die Wettbewerbsdokumentation auf der Webseite www.kommunale-suchtpraevention.de veröffentlicht.

Urbane Sicherheit

Die Sicherheitslage in urbanen Räumen ist im Wandel – und damit auch die Wahrnehmung von Sicherheit und Unsicherheit. Neue Anforderungen, Konzepte, Maßnahmen und Techniken sowie neue Sicherheitsakteure und deren veränderte Arbeitsteilung erfordern es, sich immer wieder neu mit den Formen der Sicherheitsproduktion auseinanderzusetzen. Hieraus entstehen dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur. »Sicherheitsbilder« als räumlich orientierte Vorstellungen von Kriminalitätsgefährdungen auf verschiedenen Maßstabsebenen geben Orientierung und leiten das Handeln. Sie erfüllen in diesen sich verändernden Situationen eine strategische Funktion – für professionelle wie für private Akteure. Das Difu untersucht diese Zusammenhänge im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojekts »Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskulturen – DynASS«. Projektpartner sind das Institut für Stadt- und Regionalplanung, das Institut für Strömungsmechanik und Technische Akustik und das Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin, der Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und inter 3 – Institut für Ressourcenmanagement. Die Forschungsergebnisse sollen dazu beitragen, den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Bedrohungen zu verbessern. Dazu werden die Entstehung und Ausprägung sicherer und unsicherer Orte in den Städten auf Basis der Einschätzungen von kommunalen Sicherheitsakteuren analysiert sowie Ansatzpunkte identifiziert, mit denen sich positive Dynamiken unterstützen und negative vermeiden lassen. Die Ergebnisse der empirischen Arbeit fließen in die konzeptionelle Weiterentwicklung von Fortbildungsangeboten für kommunale Zielgruppen ein.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen zum Themenbereich Bevölkerung und Soziales finden Sie unter »Daten und Fakten«.

→ www.dynass-projekt.de



v.l.n.r.: Wolf-Christian Strauss, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Klaus J. Beckmann, Stefanie Hanke, Christa Böhme, Arno Bunzel, Jessika Sahr-Pluth (nicht abgebildet: Rüdiger Knipp)
Foto: David Ausserhofer.

Der Themenbereich berührt »zwangsläufig« das gesamte Aufgabenspektrum der Kommunen. Hier geht es erstens um die Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung, zweitens um Fragen der Modernisierung von Strukturen und Prozessen innerhalb der Kommunalverwaltung, drittens um den Rechtsrahmen, den kommunales Handeln zu beachten hat, und um das rechtliche Instrumentarium, welches die Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben nutzen können. Politik und Verwaltung sind gleichermaßen Adressaten wie »Gegenstand« der wissenschaftlichen Arbeit des Difu.

Ein zentrales Leitbild für die Kommunalverwaltung ist heute das der »Bürgerkommune«. Dieses Leitbild in Verbindung mit den anhaltenden Sparzwängen in vielen Kommunen gab und gibt Anlass, Möglichkeiten zur Verbesserung von Effizienz und Effektivität des Verwaltungshandelns zu ermitteln und zu nutzen. Es geht dabei nicht nur darum, die Handlungsmöglichkeiten zu erweitern. Vielmehr sind auch neue Steuerungsinstrumente zu implementieren, gilt es doch den Übergang von homogenen hierarchischen zu komplexen dezentralisierten Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen zu bewältigen (vgl. hierzu auch Teil B »Steuerung und Aufgabenorganisation«).

Der durch EU, Bund und Länder gesetzte Rechtsrahmen engt nicht nur die Gestaltungsspielräume für kommunales Handeln ein. Er führt trotz Auf-

gabenübertragungsverbot (Art. 84 Abs. 1 Satz 7 GG) und Konnexitätsprinzip (»Wer bestellt, bezahlt«) derzeit faktisch zu einer – häufig schleichenden – Aufgabenvermehrung und zu zusätzlichen finanziellen Belastungen der Kommunen. Dies allein schon macht es für das Difu erforderlich, sich intensiv mit der Entwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen an der Schnittstelle zu den jeweiligen Fachpolitiken zu befassen. Recht ist daneben ein zentraler Steuerungsmodus, dessen sich die Kommunen zur Bewältigung ihrer Aufgaben und zur Umsetzung ihrer stadtentwicklungspolitischen Ziele bedienen.

Das Difu prüft im Rahmen seiner Forschungen kontinuierlich, wie sich die rechtlichen Gestaltungsoptionen entwickeln, ob sie praktikabel und den sich wandelnden Aufgaben angemessen sind. Das Institut setzt dabei auf Rechtstatsachenuntersuchungen, Planspiele und Praxistests, wobei der Schwerpunkt im Bereich des Städtebaurechts und des raumbezogenen Umweltrechts liegt. Daneben spielt auch die Wissensvermittlung durch Fortbildungsangebote und Arbeitshilfen in diesem Themenbereich eine herausragende Rolle.

Politik(beratung)

Neben der Bearbeitung von Forschungsprojekten, der Durchführung von Seminaren und Vortragsveranstaltungen sowie der Wissensvermittlung in

Form von Print- und Online-Veröffentlichungen wirken die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Difu maßgeblich durch Mitarbeit und Leitung in Gremien von Akademien, Forschungsgesellschaften und Beiräten wie auch in Ausschüssen und Kommissionen der kommunalen Spitzenverbände an der Politikberatung mit – in Städten und Gemeinden, in Bund und Ländern. Die vielfältigen Mitgliedschaften und Gremientätigkeiten (vgl. Berichtsteil E) zeigen das Engagement und die direkten wie indirekten Leistungen der Politikberatung. Außerdem entfalten vielfältige Vorträge, Redebeiträge und Moderationen auf Podien und anderen Veranstaltungen eine Breitenwirkung. Politikberatung des Difu findet ihren Ausdruck auch im Zusammenhang mit der Ausgestaltung von Programmen und Gesetzen von kommunaler Relevanz.

Im Jahr 2010 sind besonders hervorzuheben die Mitarbeit von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann im Beirat für Raumordnung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), seine Mitgliedschaft und sein Vorsitz im Wissenschaftlichen Beirat des BMVBS sowie die Mitarbeit in der Arbeitsgruppe »Rahmenbedingungen« der Nationalen Plattform Elektromobilität.

Verwaltungsmodernisierung

Das Difu unterstützt die Kommunen aktiv bei der Bewältigung der notwendigen Modernisierungsprozesse in der Verwaltung. So war im Berichtszeitraum die Beschäftigung mit den neuen Herausforderungen des Personalmanagements Gegenstand des Difu-Fortbildungsangebots.

Veranstaltung: Neue Herausforderungen, keine Ressourcen – (wie) lässt sich das Dilemma des Personalmanagements in Bund, Ländern und Kommunen überwinden, 4.–5. Oktober 2010, Berlin, Difu in Kooperation mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BaköV).

Die bereits 2009 begonnene Untersuchung über die Bedarfe sowie Stärken und Schwächen der Ausbildung zum Höheren Technischen Verwaltungsdienst konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Auf der Grundlage einer Absolventenbefragung und einer Reihe von Fokusgruppengesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern potenzieller Einstellungsinstitutionen wurden Vorschläge zur inhaltlichen und organisatorischen Weiterentwicklung der Referendarausbildung entwickelt. Auftraggeber war das – beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung angesiedelte – Oberprüfungsamt für den Höheren Technischen Verwaltungsdienst.

Unter dem Titel »Zukunftsfähige öffentliche Dienstleistungen im Metropolenraum« wurden im Berichtszeitraum im Rahmen eines Diskursprojekts die politikfeldübergreifenden Vorschläge der Studie »ServiceStadt Berlin 2016« für die ver-

schiedenen Verwaltungsebenen des Berliner Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf angepasst und weiterentwickelt. Zugleich sollte hierdurch das Bewusstsein für die zukünftigen Anforderungen an eine moderne Stadt und ihre Verwaltung gestärkt werden. Dabei wurden unter Berücksichtigung des bezirklichen Leitbilds – in einem umfassenden Diskussionsprozess auf der Basis einer breiten Beteiligung der Beschäftigten – konkrete Vorschläge für strategisch wichtige Veränderungsmaßnahmen entwickelt (siehe auch Teil B »Steuerung und Aufgabenorganisation«).

Arbeitshilfe zum Städtebaurecht

Auch 2010 wurde an dem Ziel festgehalten, die Akteure der kommunalen Praxis bei der Bewältigung städtebaulicher Aufgaben und im Umgang mit den sich wandelnden rechtlichen Anforderungen durch Arbeitshilfen zu unterstützen. Auf diesem Wege sollen praktische Handlungsempfehlungen wie auch strategisches und instrumentelles Wissen vermittelt werden. Häufig kann dabei auf Ergebnisse von Forschungsprojekten zurückgegriffen werden. Genutzt werden zudem die vielfältigen Kontakte zu Bauverwaltungen im gesamten Bundesgebiet sowie der Erfahrungsschatz kommunaler Praktikerinnen und Praktiker, die als Autorinnen und Autoren gewonnen werden. Im Jahre 2010 wurde die Arbeitshilfe »Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch« erarbeitet und veröffentlicht.

Veröffentlichung: Wallraven-Lindl, Marie-Luis, und Anton Strunz: Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch, hrsg. v. Arno Bunzel, Berlin 2010 (Difu-Arbeitshilfe).

Weiterentwicklung des Städtebaurechts

Der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien von 2009 sieht vor, das Baugesetzbuch (BauGB) insbesondere mit Blick auf die Erfordernisse des Klimaschutzes und der Innenentwicklung anzupassen und weiterzuentwickeln sowie die Bau-nutzungsverordnung (BauNVO) umfassend zu überprüfen. Die damit thematisch umrissene Novellierung des Städtebaurechts hat das Difu mit zwei Projekten aufgegriffen. Beide waren bereits 2009 begonnen worden und konnten 2010 abgeschlossen werden.

Im Frühjahr wurden die Ergebnisse der gemeinsamen Umfrage von Difu und Deutschem Städtetag zum Novellierungsbedarf der Baunutzungsverordnung (BauNVO) auf der Internetseite des Difu veröffentlicht. Sie haben in der Fachöffentlichkeit und in der Diskussion über die Weiterentwicklung des Städtebaurechts große Beachtung gefunden. Neben einer großen Zustimmung zur grundsätzlichen Konzeption der BauNVO gab es eine Reihe von Hinweisen, die Anlass für eine vertiefte Diskussion geben. Dies betrifft unter anderem die

→ Umfrage zur Bau-nutzungsverordnung

städtebaurechtliche Steuerung des Einzelhandels, die Förderung und Erleichterung der Innenentwicklung sowie die Restriktionen in Bezug auf die zulässige bauliche Dichte. Das Problem der Schichtenbebauungspläne scheint die Praxis weniger zu schrecken als von vielen befürchtet. Insgesamt ist angesichts der vielen zu Tage geförderten und sich zum Teil widersprechenden Änderungswünsche an den Wert einer stabilen Rechtslage für Rechts- und Investitionssicherheit zu erinnern.

Veröffentlichung: Novellierungsbedarf bei der BauNVO. Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik und des Deutschen Städtetages, <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=G1LZUY7O>.

Die im Auftrag und in enger Abstimmung mit dem BMVBS durchgeführte Gesprächsreihe zum Novellierungsbedarf im Städtebaurecht (Kurtitel »Berliner Gespräche zum Städtebaurecht«) wurde im November 2010 abgeschlossen. Im Rahmen von vier Fachgesprächen wurden mit einem Kreis ausgewiesener Experten die für die bevorstehende Städtebaurechtsnovelle relevanten Themen inhaltlich strukturiert und auf der Grundlage von Thesenpapieren diskutiert. Zu den Themen zählten unter anderen der Klimaschutz und die Förderung erneuerbarer Energien im Städtebaurecht, gesetzgeberische Maßnahmen zur Stärkung der Innenentwicklung, die Baunutzungsverordnung und einige spezielle Aspekte des Besonderen Städtebaurechts.

Die Beratungen der einzelnen Veranstaltungen wurden vom Difu ausgewertet und in Ergebnisprotokollen dokumentiert, die nun in einem Bericht zusammengeführt sind. Sie enthalten Anregungen im Hinblick auf Fragen zu Regelungsbedarf und Regelungsmöglichkeiten und machen auf mögliche Risiken bei Änderungen der gesetzlichen Grundlagen aufmerksam. Sie dienen damit als fachliche Grundlage für die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs. Der Bericht wurde Bundesminister Dr. Peter Ramsauer im fünften Berliner Gespräch, das zugleich als Festveranstaltung anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Bundesbaugesetzes/Baugesetzbuchs ausgestaltet wurde, übergeben. Die den Beratungen zugrunde liegenden ausführlichen Thesenpapiere zu den einzelnen Gegenständen der Beratungen wurden in einem gesonderten Anlageband zum Bericht dokumentiert.

Veröffentlichungen: Bunzel, Arno, und Stefanie Hanke: Berliner Gespräche zum Städtebaurecht, Band I – Bericht und Band II – Dokumentation Festveranstaltung/Materialien, <http://www.difu.de/publikationen/2010/berliner-gespraech-zum-staedtebaurecht.html>.

Im Jahr 2011 wird das Difu die Novellierung von Baugesetzbuch und Baunutzungsverordnung mit einem Planspiel begleiten. Im Auftrag des BMVBS

werden die geplanten Neuregelungen in sieben Städten und Gemeinden anhand realer Planungen und anderer Verwaltungsvorgänge planspielfähig getestet. Die Ergebnisse sollen im Oktober 2011 vorliegen.

Rechtsfragen zum Konnexitätsprinzip

Nach dem in allen Landesverfassungen verankerten Konnexitätsprinzip muss ein Land, wenn es eine Aufgabe auf die kommunale Ebene überträgt, die mit der Aufgabenübertragung einhergehenden Mehrbelastungen der Kommunen ausgleichen – unabhängig von deren Finanzkraft. Damit könnte das Konnexitätsprinzip die mehr als angespannte kommunale Haushaltslage entlasten, wenn es in jedem Fall von den Ländern ernst genommen würde. Dem Konnexitätsprinzip kommt auch eine wichtige Warnfunktion in Richtung Landesgesetzgeber zu. Ziel ist es, dass nur solche Gesetze erlassen werden, die zugleich auch die Frage der Finanzierung lösen. Gemeinden sollen vor einer finanziellen Überforderung geschützt werden. Die praktische Durchsetzung des Konnexitätsprinzips wirft aber nach wie vor zahlreiche Rechtsfragen auf. Im Berichtsjahr hat das Difu daher in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag eine Seminarveranstaltung durchgeführt. Unter der Überschrift »Wer zahlt die Zeche? – Das Konnexitätsprinzip auf dem Prüfstand« wurden im Dezember 2010 das Anliegen sowie die praktischen und rechtlichen Aspekte der Umsetzung diskutiert. Die Tagungsdokumentation erscheint 2011.

→ Berliner Gespräche zum Städtebaurecht

Kommunale Selbstverwaltung und Raumordnung

Die Frage der landesplanerischen Steuerung von Einzelhandelsgroßvorhaben mit überörtlichen Auswirkungen ist in Rechtsprechung und Literatur umstritten. Überdies nehmen neuere Regelungsansätze auf Grundlage des Zentrale-Orte-Systems Funktionszuweisungen für Teilräume von Städten und Gemeinden vor. Beide Befunde haben das Difu veranlasst, mit finanzieller Unterstützung der »Freiherr vom Stein-Akademie für Europäische Kommunalwissenschaften« (AEK) e.V. ein Gutachten zu erarbeiten. Darin werden im Lichte der aktuellen und zum Teil auch schon umgesetzten Überlegungen der Raumordnungsplanung und unter Berücksichtigung der Rechtsprechung der letzten Jahre die Grenzen landes- und regionalplanerischer Planungskompetenz im Verhältnis zur kommunalen Planungshoheit zeitgemäß bestimmt. Angeregt worden war die Studie vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, der die Erarbeitung gemeinsam mit einigen seiner Landesverbände fachlich begleitete. Die Studie wird 2011 in einer an die interessierten Fachkreise gerichteten Veranstaltung der Öffentlichkeit vorgestellt und unter dem Titel »Grenzen der Raumordnungsplanung

im Verhältnis zur kommunalen Planungshoheit« veröffentlicht.

Kommunalwirtschaft

Kommunen haben in vielfältiger Weise Berührung mit dem Wirtschaftsleben. Sie haben nicht nur »Überwachungsfunktionen« inne, sondern sind auch aktive Wirtschaftsteilnehmer, insbesondere in dem zentralen Bereich der Daseinsvorsorge. Das Difu greift dementsprechend rechtliche und politische Fragen auf, die sich mit der Organisation und dem Handeln der Kommunen im Wirtschaftsleben befassen. Organisationspolitische Entscheidungen gehören seit jeher zu den bedeutendsten kommunalpolitischen Herausforderungen und sind schwieriger denn je – gerade in Anbetracht des EU-Wettbewerbs- und Beihilferechts, ihrer langfristigen Folgen für die Stadtentwicklung sowie größerer öffentlicher Aufmerksamkeit.

→ Rekommunalisierung

Waren über lange Zeit allein Privatisierungen in aller Munde (und sie werden weiterhin durchgeführt), kam es in den letzten Jahren verstärkt zu Rekommunalisierungen, zumindest in einigen Bereichen wie Abfallwirtschaft, Abwasser und Energie. Diese Tendenzen werden in Politik, Medien, Bevölkerung und Wissenschaft aufmerksam wahrgenommen und breit diskutiert. Im Berichtsjahr hat das Difu das Thema unter anderem im Rahmen einer »Difu-Dialog«-Veranstaltung aufgegriffen. Hauptargument für eine Rekommunalisierung: Bestimmten öffentlichen Kernaufgaben lässt sich besser gerecht werden, wenn sie in öffentlicher Regie durchgeführt werden. Der Begriff Rekommunalisierung erfasst dabei ein breites Spektrum: von einer auch nur begrenzten Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf private oder teilprivatisierte Ver- oder Entsorgungsunternehmen bis hin zur umfänglichen Rückübertragung von Aufgaben, die bis dahin durch Privatunternehmen erledigt wurden und nun (wieder) mit öffentlichen Sach- und Personalmitteln erfüllt werden. Damit beschreibt der Begriff ein wichtiges, im Interesse der Kommunen liegendes Handlungsfeld. Das Difu bearbeitet das Thema in vielfältiger Weise: Es beleuchtet die fachlichen Begründungen für die unterschiedlichen Organisationsformen der Leistungserbringung, widmet sich dem Pro und Contra der Rekommunalisierung sowie den Bedingungen, welche im Einzelfall (und in unterschiedlichen Sektoren) für (oder auch gegen) eine Rekommunalisierung sprechen. Wesentlicher Aspekt sind dabei die rechtlichen und ökonomischen Hürden sowie deren Bewältigung.

Aufbauend auf zwei Abhandlungen für die Zeitschriften »AKP« sowie »Der Gemeindehaushalt« erarbeitet das Difu eine Veröffentlichung zum

Thema Rekommunalisierung, die im ersten Halbjahr 2011 erscheint. Zudem führt das Difu im Frühjahr 2011 ein Seminar »Entscheidungsfragen bei der Organisationswahl kommunaler Leistungserbringung« durch.

Veröffentlichungen: Hanke, Stefanie, und Jens Libbe: Rekommunalisierung als probates Mittel zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage? in: Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Berlin 2011 (Difu-Impulse, Bd. 3/2011), S. 21–26.

Libbe, Jens: Kommunale Dienste in einer Hand?, in: AKP – Alternative Kommunalpolitik, 31. Jg., H. 6/2010, S. 38–40.

Hanke, Stefanie: Tagungsbericht: Das neue einheitliche Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz, in: Kommunaljurist 2010, S. 52–53.

Vergaberecht

Die Beachtung vergaberechtlicher Vorgaben ist ein kommunales Dauerthema. Das Vergaberecht ist ein Rechtsgebiet, das nicht nur aufgrund europarechtlicher Einflüsse einer besonderen Dynamik unterliegt: Die rechtlichen Grundlagen und die Rechtsprechung ändern sich ständig. Davon sind insbesondere die Kommunen betroffen, die in vielfältiger Weise »am Markt beschaffen«. Im Juni 2010 hatte mit dem Inkrafttreten der Vergabeverordnung (»Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge«, VgV) die Vergaberechtsreform 2009 ihren Abschluss gefunden. Laut Koalitionsvertrag wird aber zeitnah der Entwurf eines abermals reformierten Vergaberechts vorgelegt werden, der unter anderem auf mehr Transparenz und Rechtsschutz im sog. Unterschwellenbereich abzielen soll. Das Difu befasst sich fortlaufend mit aktuellen kommunalrelevanten Problemfällen des Vergaberechts, den zentralen Entscheidungen der Vergabekammern und der Gerichte sowie den Novellierungen des Vergaberechts. So hat das Institut im Berichtsjahr eine Seminarveranstaltung zum Thema »Die Stärkung des kooperativen Städtebaus durch den EuGH« durchgeführt. Mit der Ausschreibungspflicht kommunaler Grundstücksgeschäfte setzte sich das Difu zudem in Beiträgen für das Difu-Berichte-Heft und für die Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht (ZfBR) auseinander.

Veröffentlichungen: Hanke, Stefanie: Stärkung des kooperativen Städtebaus durch den EuGH, in: Difu-Berichte, H. 1/2010, S. 8–10.

Hanke, Stefanie: Wann ist ein Grundstücksgeschäft der öffentlichen Hand ausschreibungspflichtig? – Anmerkung zu EuGH, Urteil vom 25. März 2010 – C-451/08 –, ZfBR 2010, S. 562–567.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Politik, Verwaltung und Recht finden Sie unter »Daten und Fakten«.



v.l.n.r.: Beate Hollbach-Grömig, Antje Seidel-Schulze, Holger Floeting, Nadine Dräger, Daniel Zwicker-Schwarm, Busso Grabow (nicht abgebildet: Stefan Schneider)
Foto: Doris Reichel.

Die wichtigsten Rahmenbedingungen kommunaler Wirtschaftspolitik – Globalisierung, ökonomischer und technologischer Strukturwandel, europäische Normensetzung und demografische Entwicklung – sind für alle Städte und Gemeinden gleichermaßen relevant. Je nach Wirtschaftsstruktur, Regionstyp und demografischen Perspektiven stellen sich aber ganz unterschiedliche Herausforderungen. Traditionelle Aufgaben von Wirtschaftsförderung und Standortpolitik, etwa Bestandspflege und Gewerbeflächenentwicklung, müssen sich an den je spezifischen Bedingungen ausrichten – auch wenn der »Instrumentenkasten« für alle Kommunen ähnlich ist.

Dennoch gibt es einen gemeinsamen Nenner. Um Städte als Wirtschafts- und Arbeitsorte zukunftsfähig zu gestalten, muss kommunale Wirtschaftspolitik ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in der Stadt leisten: Es geht darum, ökologische Herausforderungen wie Klimawandel und Klimaschutz anzunehmen, soziale Problemlagen in Stadtquartieren zu bewältigen und zugleich den Funktionserhalt in Stadt- und Ortsteilzentren sicherzustellen. Zentral ist dabei die Fokussierung auf die in der Wissensgesellschaft unverzichtbaren Ressourcen Wissen und Kompetenz. Mittels Partnerschaften, Netzwerken und dem adäquaten Einsatz neuer Technologien lassen sich diese Ressourcen stärken und besser nutzen.

Im Berichtsjahr hat das Difu diese Themen im Rahmen von Forschungsprojekten, Fortbildungsangeboten und Veröffentlichungen aufgegriffen.

Gewerbeflächen und Standortfaktoren

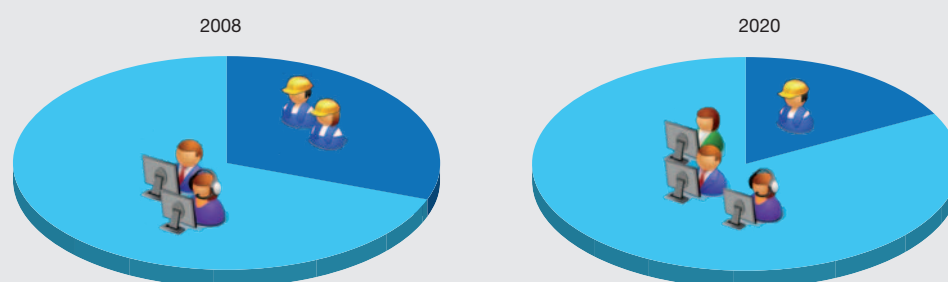
Zwei Projekte, die sich mit Gewerbeflächen befassen, wurden 2010 im Difu abgeschlossen:

1. die beispielhafte Erarbeitung eines »Stadtentwicklungskonzepts Gewerbe« für die Landeshauptstadt Potsdam,
2. ein Projekt zur Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen.

→ Neue Anforderungen an die Gewerbeflächenpolitik

Stadtentwicklungskonzepte, die Bestand, Bedarfe und Maßnahmen für die Entwicklung von Gewerbeflächen auf gesamtstädtischer Ebene darstellen, tragen zum erfolgreichen Umgang mit Gewerbeflächen bei. Für Politik und Verwaltung schaffen sie die strategische Grundlage für ein umfassendes Gewerbeflächenmanagement; gegenüber Flächeneigentümern und Immobilienwirtschaft sind sie ein wichtiges Kommunikationsinstrument. Für die brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam – sie ist stark durch Dienstleistungen und Wissenschaft geprägt – hat das Difu in Zusammenarbeit mit dem Berliner Planungsbüro Spath+Nagel ein solches »Stadtentwicklungskonzept Gewerbe« erarbeitet. Daraus wurden verallgemeinerbare Bausteine für die Erstellung gewerbeflächenbezogener Stadtentwicklungskonzepte

Wandel der Beschäftigtenstruktur in den Potsdamer Gewerbegebieten



Deutliche Zunahme an Dienstleistungsarbeitsplätzen bis zum Jahr 2020

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik, Quartalszahlen; ILS 2002 u.a., eigene Berechnungen (Prognosemodell Difu)



abgeleitet. Zu ihnen zählen etwa die Typisierung unterschiedlicher Flächenbedarfe und Standortqualitäten bei Bedarfsprognose und Bestandserhebung. Neue methodische Ansätze zur Prognose des Gewerbeflächenbedarfs und für die Betrachtung der fiskalischen Folgen unterschiedlicher Strategien der Gewerbeflächenentwicklung werden vertieft dargestellt.

Veröffentlichung: Zwicker-Schwarm, Daniel, Busso Grabow, Stefan Schneider, Andrea Wagner und Christian Spath: Stadtentwicklungskonzepte für Gewerbeflächen. Das Beispiel der Landeshauptstadt Potsdam – Ein Werkstattbericht, Berlin 2010 (Difu-Impulse, Bd. 4/2010).

→ Gewerbeimmobilienbörse der Stadt Gera unter www.gera.de

→ Standortfaktoren im Wandel

Im Projekt »FLITZ – Flächen ins Netz« – es wurde ebenfalls 2010 beendet – ging es darum, Gewerbeflächenpotenziale durch E-Government zu aktivieren. Den Ausgangspunkt bildete die Überlegung, dass für einen nachhaltigen Umgang mit Flächen neben Gewerbeflächen »auf der grünen Wiese« zunehmend untergenutzte Gewerbeareale, Baulücken, Reservegrundstücke sowie Industrie- und Gewerbebrachen in den Blick genommen werden müssen. Ziele dieses im Rahmen des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA (»Forschung

für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement«, siehe auch dort) geförderten Vorhabens waren die bessere Nutzung und Wiederverwertung von Gewerbeflächen im Bestand; Fallbeispiel ist die Stadt Gera. Innerstädtische Gewerbeflächenpotenziale sollen »aktiviert«, wiedergenutzt oder intensiver genutzt werden. Als Instrument hierfür wurde ein Gewerbeflächenportal entwickelt. Es bringt maßgeschneidert für die lokalen und regionalen Akteure Flächenanbieter und -nachfrager zusammen und setzt dabei über einen Web-Service auf die vorhandene Wirtschaftsförderungsdatenbank auf. Flankiert wurde die Lösung durch organisatorische Anpassungen und Prozessoptimierungen. Das Geraer Gewerbeimmobilienportal wurde Ende März 2010 freigeschaltet. Es zeigt anschaulich, wie eine lokal orientierte, auf breiter Kooperation basierende »Börse« im Netz aussehen kann.

Rolle und Bedeutung von Standortfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung von Städten und Regionen zu untersuchen, hat – auch und gerade im Difu – eine lange Tradition. Seit der frühen theoretischen Befassung mit Standortfaktoren haben sich die Modelle stark aufgefächert. Während in den theoretischen Modellen zwangsläufig auf wenige zentrale Standortfaktoren fokussiert wird, wurden in empirischen Studien die als relevant erachteten Standortfaktoren immer weiter ausdifferenziert. Wer sich beruflich mit dem Thema befasst – etwa die Wirtschaftsförderer der Städte –, steht in der Folge vor einer kaum noch überschaubaren Fülle von Konzepten, Studien oder Rankings. Dabei steigt der Wissensbedarf, denn durch den wirtschaftlichen Strukturwandel, Innovationszyklen und die Globalisierung gewinnen neue Wirtschaftsbereiche und Ressourcen an Bedeutung und werden frühere Gewissheiten über Standortstärken und -schwächen zunehmend in Frage gestellt.



Projektteam »FLITZ« in Gera
Foto: Daniel Zwicker-Schwarm.

Das Difu hat 1995 mit seiner Studie über weiche Standortfaktoren zumindest zu einem Teilaspekt des Themas gesicherte Erkenntnisse beige-steuert. Ähnlich grundlegende, breit angelegte, belastbare und vor allem vergleichbare Untersuchungen gibt es bis heute kaum. Aus diesem Grund wurde in der Reihe Difu-Impulse eine Untersuchung veröffentlicht, die den Stand der aktuellen Diskussion abbildet. Es wurde eine Vielzahl von Studien gesichtet und – soweit möglich auch vergleichend – bewertet. Aktuelle Fragen, die sich den Akteuren vor Ort in ähnlicher Art und Weise stellen, werden aufgegriffen, etwa die Bedeutung von Arbeitsmärkten für Hochqualifizierte im Zuge wachsenden Fachkräftemangels, der (mögliche) Bedeutungsgewinn innerstädtischer Räume als Standorte für die Kreativwirtschaft oder die Spezialisierung von Standorten als »Anker« für Cluster und Kompetenzbündelungen.

Veröffentlichung: Josiane Meier: Standortfaktoren im Wandel? Erkenntnisse aus der Forschung zu Standortfaktoren und Standortwahl, Berlin 2011 (Difu-Impulse, Bd. 1/2011).

Wissen als Ressource und nachhaltige Wirtschaftspolitik

Wissen wird als Standortfaktor und strategische Ressource für die Regionalentwicklung immer wichtiger. Damit wächst die Notwendigkeit, sich intensiv mit den regionalen Wissensressourcen zu befassen, sie systematisch zu erfassen und die Chancen ihrer Sicherung und Entwicklung zu prüfen. In diesem Zusammenhang haben sich viele Kommunen und Regionen in den letzten Jahren bereits engagiert: Sie initiieren und unterstützen Netzwerke zwischen Unternehmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen in bestimmten Branchen oder Technologiefeldern. Solche institutionalisierten Cluster- und Netzwerkinitiativen sollen – bei allen begrifflichen und konzeptionellen Unterschieden im Detail – durch die Bündelung von Ressourcen, Wissenstransfer und Lerneffekte die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der beteiligten Akteure steigern.

Veröffentlichung: Floeting, Holger: Städte auf dem Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft – Handlungsoptionen technologieorientierter Wirtschaftsförderung und wirtschaftsorientierter Stadtentwicklung in den deutschen Kommunen, in: P. Gräf & J. Rauh (Hrsg.): Regionale Komponenten der Informationsgesellschaft, Berlin 2010, S. 9–22 (Geographie der Kommunikation Bd. 9).

In einem Forschungsverbund des Lehrstuhls für Raumentwicklung der Technischen Universität München, des Zentrums für Entrepreneurship der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, der Regionalwirtschaft der Nord/LB, Ernst Basler + Partner und des Difu wird die Wertschöpfungskompetenz der Region Ingolstadt im Auftrag der Audi AG und der Initiative Regionalmanagement

Region Ingolstadt e.V. untersucht. Ziel der Regionalinitiative ist es unter anderem, die Technologiekompetenzen und Entwicklungspotenziale in Bereichen wie Automotive, Luftfahrttechnik, Maschinenbau oder Gesundheitswirtschaft noch stärker auszuschöpfen.

Die Untersuchung wird besonders die Stärken und Potenziale der Wirtschaftsregion Ingolstadt ermitteln, Marktchancen durch eine zielgerichtete Vernetzung der regionalen Wirtschaft erkennen, die Wertschöpfungspotenziale aus verbesserter Vernetzung bewerten und Handlungsempfehlungen erarbeiten. Sie erfolgt in drei Modulen:

1. Netzwerkanalyse zur Erhebung und Darstellung der regionalen Kooperationsbeziehungen von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Unternehmensgründern,
2. Workshop-Serie »Regionaler Wirtschaftsraum: Von der Kooperation zum Netzwerk«, angelehnt an die RICARDA-Methodik der Wissensbilanzen für regionale Cluster- und Netzwerkinitiativen (eine vom Difu maßgeblich mitentwickelte neue Methodik) und
3. Input-Output-Analyse, mit der sich die Effekte von Kooperationen auf die regionale und sektorale Wertschöpfung bewerten lassen.

Die Projektergebnisse werden Mitte des Jahres 2011 vorliegen.

Die regionalen Wissensressourcen und den Wissenstransfer zu bündeln, ist ein zentraler Ansatzpunkt, um die Innovations- und Konkurrenzfähigkeit der lokalen und regionalen Wirtschaft zu stärken. Damit wird die ökonomische Säule einer nachhaltigen Wirtschaft vor Ort gefestigt. Das im Dezember 2009 gestartete Projekt »Szenarien für eine nachhaltige Stadtentwicklung – am Beispiel Die nachhaltige Stadt 2030« – Auftraggeber ist das Umweltbundesamt (UBA) – befasst sich nicht nur mit der ökonomischen Perspektive, sondern auch mit den ökologischen und sozialen Aspekten einer »nachhaltigen Wirtschaft« in der Stadt. Bearbeitet wird das Vorhaben von einem Konsortium aus dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) als Konsortialführer, dem Difu und der Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU) an der FU Berlin. Als Bestandteil eines längerfristig angelegten Prozesses zur Entwicklung einer integrierten Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik des Bundes werden mit dem Projekt die Methoden-, Handlungs- und Kommunikationskompetenzen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gestärkt. Mit Hilfe normativer Szenarien soll es gelingen, für eine integrierte Nachhaltigkeitspolitik bislang zu wenig koordinierte Themenfelder und ihre Akteure innerhalb des BMU und darüber hinaus besser zu vernetzen, Synergie-Potenziale zu erkennen und Zielkonflikte möglichst aufzulösen.

→ Cluster, Netzwerke und Wertschöpfungskompetenzen

→ Nachhaltige Wirtschaft in der Stadt

Nachhaltige Entwicklung
durch ökologische
Gewerbeparks
Foto: Busso Grabow.



→ Innenstadt Einzelhandel und Stadtmarketing

In der ersten Phase (neun Monate) wurde eine umfangreiche Politik- und Akteursanalyse durchgeführt. Sie erbrachte vier Teilaspekte der nachhaltigen Stadt: »Klimagerechte Stadt«, »Ressourceneffiziente Stadt«, »Nachhaltige Mobilität in der Stadt« und eben »Nachhaltige Wirtschaft in der Stadt«, die anschließend vertieft betrachtet wurden. In der zweiten Phase (21 Monate) wird unter anderem zum Thema »Nachhaltige Wirtschaft in der Stadt« ein partizipativer Szenario-Prozess durchgeführt. In ihm werden mittels anschaulicher, integrierter Zukunftsbilder Handlungsoptionen, Strategieelemente und konkrete Vernetzungsansätze entwickelt.

Seminare zu aktuellen Themen der Wirtschaftsförderung

→ Internationalisierung der Wirtschaftsförderung

Strategien, Konzepte und Instrumente für eine erfolgreiche kommunale Gewerbeflächenpolitik standen auch im Mittelpunkt des Difu-Seminars »Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen« im Mai 2010. Fachleute aus Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung diskutierten die Notwendigkeit stadtweiter Gewerbeflächenkonzepte und die zielgruppenspezifische Ausgestaltung von Flächenangeboten etwa für das örtliche Handwerk. Referenten aus der Immobilienwirtschaft formulierten Anforderungen an die kommunale Wirtschaftsförderung aus der Perspektive von Flächeneigentümern und Investoren. Auch methodische Fragen, etwa zur Ermittlung des Gewerbeflächenbedarfs und zu den Möglichkeiten der internetgestützten Standort- und Immobilienvermarktung, wurden in dieser Fortbildungsveranstaltung aufgegriffen.

Im Zeitalter der Globalisierung wird es für viele Wirtschaftsstandorte immer wichtiger, ihr Standortmarketing zu »internationalisieren«. Im Difu-Seminar »Internationalisierung der kommunalen Wirtschaftsförderung« vom Oktober 2010 standen daher zwei Fragen im Mittelpunkt: Wie können deutsche Städte und Regionen Unternehmen, Investitionen und Fachkräfte im Ausland für den Standort gewinnen? Durch welche Maßnahmen der Kooperationsförderung können sie örtliche Unternehmen bei der Erschließung von Innovations- und Marktpotenzialen unterstützen? Zu den Ansätzen, die vorgestellt wurden, gehörten die Nutzung von Städtepartnerschaften, grenzüberschreitende Clusterinitiativen sowie die Vernetzung von Gründerzentren und Technologieparks.

Im Brennpunkt-Seminar »Einzelhandel in den Innenstädten – zwischen Warenhauskrise und Boom der Einkaufszentren«, vom Difu im Juni 2010 angeboten, wurden aktuelle Trends im Handel und Lösungswege für dort anstehende Probleme erörtert (vgl. ausführlicher Teil B »Städtebau und Stadtentwicklung«). Im Seminar »Stadtmarketing: Ein leistungsfähiges Instrument auch in Krisenzeiten?« ging es um die Frage, ob Stadtmarketing in Zeiten der Veränderung wichtiger Rahmenbedingungen – Stichworte: Globalisierung, Finanz- und Wirtschaftskrise, neue technologische Trends, soziale Veränderungen, Klimawandel – noch seine Rolle in der Stadtentwicklung ausfüllt. Veranschaulicht durch kommunale Fallbeispiele wurden Fragen aufgegriffen wie das Verhältnis von Stadtmarketing und nachhaltiger Stadtentwicklung (Interessenkoalition oder -kollision?), der Anspruch des Stadtmarketing zwischen kooperativer Stadtentwicklung und Einkaufsstrassenmanagement oder die Finanzierungsbedingungen in Zeiten knapper kommunaler Kassen.

Veröffentlichungen: Umfangreiche Seminardokumentationen einschließlich weiterführender Links werden im Extranet des Difu angeboten.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Wirtschaft finden Sie unter »Daten und Fakten«.



v.l.n.r.: Stefan Schneider,
Antje Seidel-Schulze,
Busso Grabow
Foto: Doris Reichel.

Die Kommunalhaushalte schließen infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch aufgrund der rapide wachsenden Sozialausgaben 2010 mit einem Rekorddefizit von knapp 10 Mrd. Euro ab. Dass dennoch mehr als in den Vorjahren investiert wurde, liegt ausschließlich an den zusätzlichen, im Rahmen des Konjunkturpakets II finanzierten Investitionen. Auch wenn durch diese Finanzspritzen die Kommunen befähigt wurden, in den Jahren 2009 und 2010 verstärkt Investitionen vor allem im Bildungsbereich und bei der energetischen Sanierung vorzunehmen, bleibt der Investitionsrückstand in vielen Infrastrukturbereichen erheblich und verschärft sich mittelfristig weiter. Da die Städte und Gemeinden zumindest in den nächsten Jahren aber wieder stärker mit Finanzierungsengpässen rechnen müssen, stellt sich als zentrale Frage, wie der infrastrukturelle Rahmen der Daseinsvorsorge gesichert werden kann.

Im Jahr 2010 setzte das Difu im Themenbereich Finanzen und Investitionen mehrere Schwerpunkte: Kommunalfinanzen, Investitionsrückstände und -bedarfe; Finanzierung von Infrastrukturen unter den Bedingungen des demografischen Wandels und knapper Kassen; alternative Finanzierungs- und Beschaffungsmodelle. Finanzierung und Management von Investitionen werden in enger Verzahnung mit den umfassenderen

Fragen zur Zukunft der kommunalen Infrastruktur (vgl. auch Teil B »Infrastruktur«) behandelt.

Das Difu hat im Jahr 2010 auch die im Finanzierungszusammenhang relevante Ausgestaltung des Konnexitätsprinzips thematisch aufgegriffen. Neben der Formulierung eines »Standpunkts« in Ausgabe 3/2010 der »Difu-Berichte« wurde in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag die Fachveranstaltung »Wer zahlt die Zeche? – Das Konnexitätsprinzip auf dem Prüfstand« durchgeführt (vgl. ausführlicher Teil B »Politik, Verwaltung und Recht«). Die Tagungsdokumentation erscheint 2011.

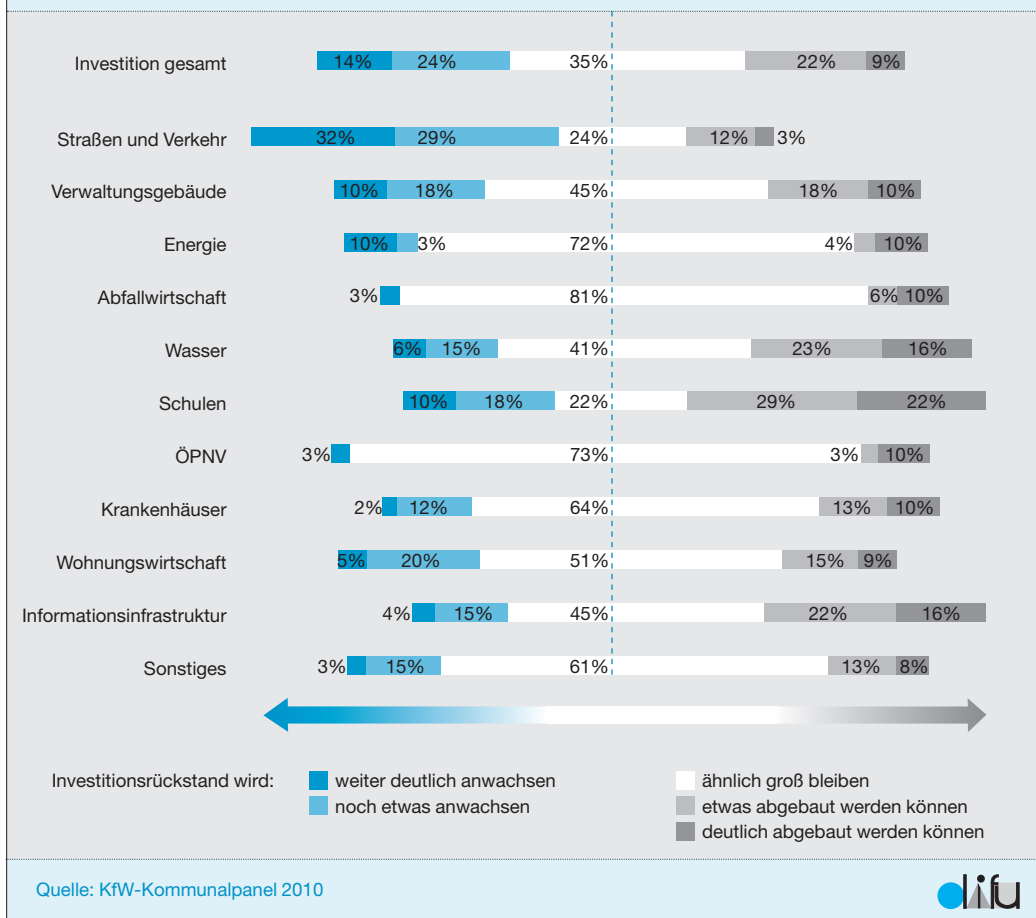
Investitionen, Investitionsbedarfe und ihre Finanzierung

Die KfW Bankengruppe (KfW) beauftragte das Difu – zum zweiten Mal – mit der Durchführung einer Befragung der Kommunen (Kommunalpanel). Ziel des »KfW Kommunalpanels 2010« ist es, einen aktuellen Überblick über die finanzielle Situation, den Investitionsbedarf, die Investitionstätigkeit und die Finanzierungsmöglichkeiten der Kommunen zu erhalten. Befragt wurden insgesamt 1 751 Städte und Gemeinden mit jeweils mehr als 2 000 Einwohnern. Mit einem Rücklauf von 552 Städten und Gemeinden (Rücklaufquote 32 Prozent) sind Aussagen und Ergebnisse der Studie als belastbar und repräsentativ zu werten.

→ Konnexitätsprinzip

→ KfW Kommunalpanel 2010

Voraussichtliche Veränderung des Investitionsrückstands in den nächsten 5 Jahren Gemeinden mit mangelhafter Gesamtfinanzierungssituation



Veränderung des
Investitionsrückstands
uneinheitlich

→ Die Schere öffnet sich
weiter

Die Finanzsituation vieler Kommunen hat sich demzufolge im Jahr 2010 deutlich zum Negativen hin entwickelt: Jede zweite Kommune (53 Prozent) – und damit mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr – schätzt inzwischen ihre eigene Finanzlage als mangelhaft ein. Überdies geht fast jede dritte Kommune davon aus, dass sich ihre Finanzlage weiter deutlich verschlechtern wird. Es gibt durchaus auch Gemeinden, denen es noch gut geht. Elf Prozent aller befragten Städte und Gemeinden – und zwar insbesondere kleinere und mittelgroße – beurteilen ihre Finanzlage als gut oder sehr gut. Von diesen rechnen 40 Prozent mit einer weiterhin vorteilhaften oder zumindest neutralen Entwicklung im nächsten Haushaltsjahr. Die Schere zwischen Kommunen mit guter oder ausgeglichener Haushaltssituation und solchen in schwieriger Finanzlage wird sich demzufolge weiter öffnen.

Im Jahr 2010 investieren die Städte und Gemeinden (einschließlich eines unbestimmten Anteils kommunaler Unternehmen) voraussichtlich 36 Mrd. Euro in ihre Infrastruktur. Im Jahr 2011 – nach Auslaufen des Konjunkturpakets II – planen sie nur Investitionen in Höhe von 31 Mrd. Euro.

Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit liegen dabei in den Bereichen Straßen und Verkehrsinfrastruktur sowie Kinderbetreuung und Schulen. Insgesamt entfallen auf diese beiden Bereiche über 40 Prozent des gesamten geplanten Investitionsvolumens. Der massive Investitionsrückstand in Höhe von insgesamt etwa 75 Mrd. Euro, der in den Bereichen Straßen/Verkehrsinfrastruktur und Kinderbetreuung/Schulen besonders hoch ist, wird daher auch in den nächsten fünf Jahren kaum abgebaut werden können. Vor allem bei Straßen/Verkehrsinfrastruktur wird er vermutlich deutlich zunehmen.

Die Kommunen finanzierten ihre Investitionen im Jahr 2010 zu etwa gleichen Teilen mit Kommunalkrediten, Eigenmitteln und Zuwendungen von Bund, Ländern und EU. Etwa die Hälfte der befragten Städte und Gemeinden erwartet für 2011 eine steigende Bedeutung von Kommunalkrediten in der Investitionsfinanzierung. Contracting oder Public-Private-Partnership-Projekte spielen nur bei großen Kommunen eine nennenswerte Rolle. Gerade Städte und Gemeinden, die mit diesen Instrumenten bereits Erfahrung gesammelt haben, wollen deren Einsatz in den nächsten Jahren besonders häufig eher einschränken.

Der Auftrag der KfW zur Durchführung des Kommunalpanels erstreckt sich auch noch auf die Jahre 2011 und 2012. Dadurch werden ein Vergleich im Zeitablauf ermöglicht und die empirisch fundierte Erarbeitung von Lösungsansätzen für die kommunalen Probleme weiter unterstützt.

Veröffentlichung: KfW Bankengruppe (Hrsg.) (Bearb.: Difu): KfW Kommunalpanel 2010, Frankfurt am Main, November 2010.

In einem vom Bundesministerium des Innern (BMI) beauftragten Projekt hat das Difu untersucht, wie sich der demografische Wandel in den neuen Bundesländern auf die Finanzierungsmöglichkeiten der dortigen Infrastrukturen auswirkt. Im Hinblick auf deren Anpassung und Umbau wurden drei Handlungsschwerpunkte betrachtet: Einsatz alternativer Finanzierungsinstrumente, Anwendung fortschrittlicher Steuerungsinstrumente und veränderte Organisationsformen der Leistungserbringung. Eine zentrale Schlussfolgerung aus der Studie lautet: Selbst bei weitgehender Nutzung der Instrumente und unter Ausschöpfung ihrer Möglichkeiten können die Kommunen den Finanzierungsaufwand, der mit dem grundlegenden Umbau der Infrastruktur in vielen Bereichen verbunden ist, innerhalb der derzeitigen »Finanzierungskulisse« nicht alleine leisten.

Nur durch eine Kombination von neuen oder erweiterten Infrastrukturprogrammen von Bund und Ländern (»Infrastrukturpakt«), Fondsmodellen, Zinszuschüssen und einer vorübergehend höheren Neuverschuldung lassen sich die Aufgaben bewältigen. Der grundsätzliche Konflikt zwischen steigenden Finanzierungsbedarfen einerseits und der beschlossenen Schuldenbremse bei Bund und Ländern andererseits lässt sich nur auflösen, wenn in Bereichen, die für eine nachhaltige Entwicklung weniger relevant sind, umso mehr eingespart wird. Notwendige Anpassungen sollten deshalb – (vorübergehend) über die bisherigen Möglichkeiten hinaus – über eine weitere investitionsbezogene Schuldenaufnahme der Kommunen finanziert werden können. Bedingung hierfür ist allerdings, dass dadurch mittel- und langfristig deutliche Einsparungen nachgewiesen und realisiert werden. Dies ist nur möglich, wenn Bund (z.B. durch Förderprogramme, KfW, Standards) und Länder flankierende Maßnahmen ergreifen und den angemessenen ordnungspolitischen Rahmen schaffen (bei den Ländern z.B. durch angepasste Vorgaben der Kommunalaufsicht).

Mittel- bis langfristig lässt sich aus den Effizienzgewinnen und den volkswirtschaftlichen Nutzeffekten, die sich durch einen entsprechenden Umbau der Infrastruktur ergeben, ein gesamtstaatlicher *return on investment* erreichen. Darüber hinaus wird durch den Umbau der Infra-



Erheblicher Anpassungsbedarf bei der schulischen Infrastruktur
Foto: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie.

strukturversorgung die Grundlage für eine zukünftig wieder wirklich subsidiäre Aufgabenwahrnehmung durch die Kommunen gelegt.

Veröffentlichung: Schneider, Stefan, Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig und Jens Libbe: Finanzierung neu denken – Kommunale Daseinsvorsorge unter dem Einfluss von Haushaltsengpässen und demografischem Wandel. Das Beispiel der Neuen Bundesländer, Berlin 2011 (Difu-Impulse, Bd. 4/2011).

→ Demografischer Wandel und Finanzierung

Public-Private-Partnership-Projekte

Im »KfW Kommunalpanel 2010« (vgl. oben) hat das Difu in der Befragung besonderes Augenmerk auf die alternative Beschaffungsform PPP gelegt. Es bestätigte sich: Diese Art von Projekten wird in erster Linie in den Bereichen Kinderbetreuungseinrichtungen/Schulen, Verwaltungsgebäude sowie Schwimmbäder/Turnhallen umgesetzt. Kommunalstraßen und Krankenhäuser werden künftig in der Realisierung als PPP-Projekt vergleichsweise häufiger zu finden sein. Umgekehrt scheint der »PPP-Boom« bei Verwaltungsgebäuden seinen Höhepunkt überschritten zu haben.

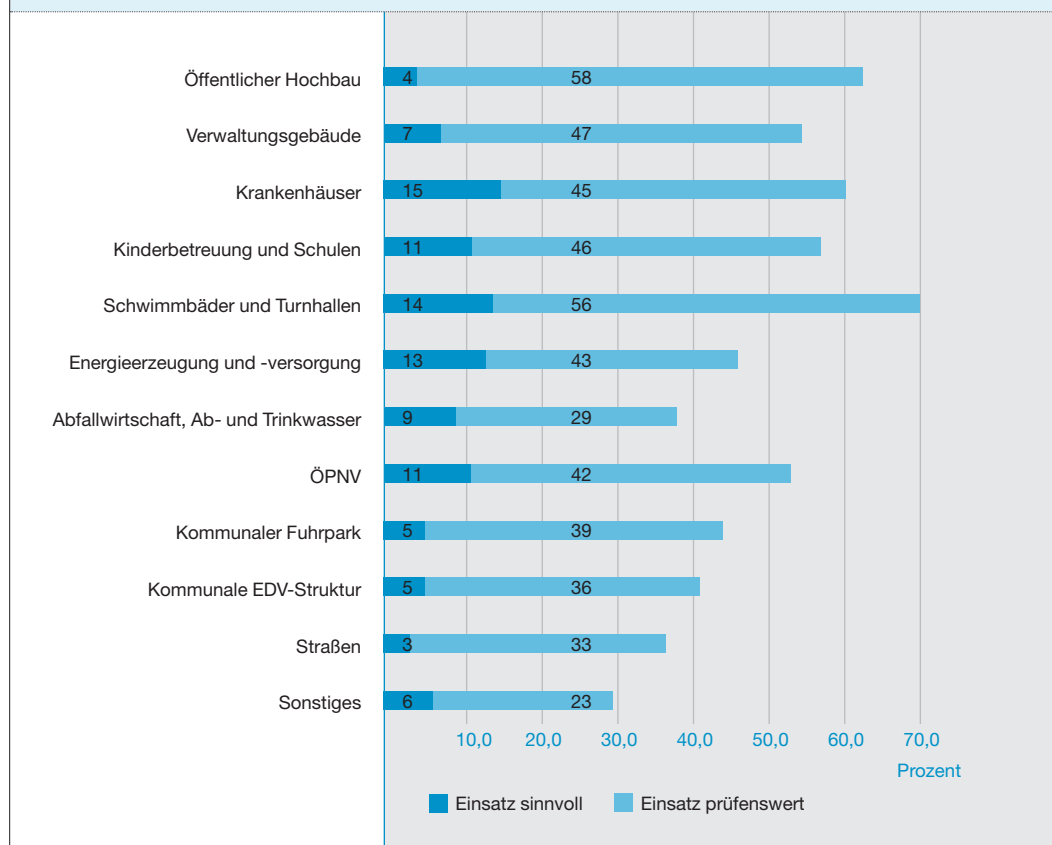
→ Notwendigkeit eines Investitionspakts

Das Gesamtvolumen der PPP-Infrastrukturprojekte beträgt – zusammengefasst für die Jahre 2009 und 2010 – hochgerechnet etwa 4,3 Mrd. Euro; davon 2,6 Mrd. Euro für den investiven Teil. Werden diese PPP-Investitionen zu den gesamten kommunalen Investitionen der Jahre 2009 und 2010 ins Verhältnis gesetzt, ergibt sich eine Quote von knapp fünf Prozent. Es bestätigen sich damit die Zahlen aus der letzten PPP-Umfrage des Difu, in der für die Städte und Gemeinden bis 2014 eine PPP-Quote von 4,8 Prozent ermittelt worden war. Von dem Gesamtvolumen der PPP-Projekte entfallen 69 Prozent, nämlich etwa 3,0 Mrd. Euro, auf die größeren Städte (mit mehr als 50 000 Einwohnern).

→ Kommunale PPP-Quote bei knapp fünf Prozent

Insgesamt hat sich die Vermutung, dass dort, wo der Investitionsrückstand in einer Kommune als besonders gravierend beurteilt wird, auch deutlich eher die Beschaffungsalternative PPP

Bereiche, in denen der Einsatz von PPP-Infrastrukturprojekten sinnvoll oder prüfenswert ist (Angaben der Kommunen in Prozent)



Einschätzung der Städte und Gemeinden zu PPP

Quellen: KfW-Kommunalpanel 2010



ergriffen wird, jedoch nicht bestätigt. Eine Ausnahme bildet der Bereich Kinderbetreuung/Schulen (und ansatzweise auch der ÖPNV). Dort werden bei hohem Sanierungsdruck tatsächlich häufiger PPP-Projekte erwogen.

→ PPP als strategische Option

Auch wenn die PPP-Investitionsquote noch weit von den 15 Prozent entfernt bleibt, die die Bundesregierung nach dem Beispiel vergleichbarer Industrieländer als Maßstab gesetzt hat: Es darf nicht übersehen werden, dass das Projektvolumen 15 Mrd. Euro pro Jahr eine nennenswerte Größenordnung erreicht hat. Ein Königsweg aus dem Investitionsstau sind PPP-Projekte aber keinesfalls. Sie unterliegen denselben Finanzierungsvorbehalten wie die »klassische« Investitionstätigkeit. Wenn die möglichen berechneten Effizienzvorteile tatsächlich realisiert werden (und sich in der langfristigen Betrachtung auch bestätigen), können PPP-Projekte finanzielle Spielräume für mehr Investitionen schaffen. Ein besseres mittelfristiges Management von Zahlungsströmen ist möglich – und besonders wichtig: Es werden der laufende Unterhalt gesichert und ein exponentiell steigender Werteverzehr durch unterlassene Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen gestoppt. Dabei ist grundsätzlich in jedem

Einzelfall zu prüfen, ob die Wirtschaftlichkeitsvorteile ausreichen und mögliche Nachteile, wie Intransparenz oder Steuerungsprobleme, ausgeräumt werden können.

Veröffentlichungen: Interview mit Stefan Schneider in: Demokratische Gemeinde (DEMO), H. 4/2010.

Grabow, Busso: PPP-Projekte in Deutschland. Leisten PPPs einen Beitrag zur Bewältigung der öffentlichen Finanzkrise?, in: Public Marketing, H. 6/2010, S. 18–20.

Strategisches Investitionsmanagement als neuer Ansatz

Wachsende Anforderungen und knappe Ressourcen führen dazu, dass Kommunen notwendige Investitionen nicht immer – zumindest nicht immer sofort – durchführen. Die Folge ist ein zum Teil erheblicher Investitionsrückstand. Investitionen zu unterlassen, kann sich massiv auswirken, z.B. auf die wirtschaftliche Entwicklung, die Sicherheit der Bevölkerung und den Schutz der Umwelt. Aufgrund der häufig langfristigen Folgen von Investitionsentscheidungen müssen Prioritäten gesetzt und die jeweiligen Investitionen strategisch aufeinander abgestimmt werden. Den Rahmen dafür bietet das strategische Investitions-

management. Es vereint den Lebenszyklusansatz, kostenminimierende Unterhaltungsstrategien, Modernisierungsstrategien sowie Ansätze für eine flexiblere Nutzung zu einem wirksamen Instrumentarium.

Konzeption und Ausgestaltung dieses neuen Instruments sind ein wichtiges aktuelles Forschungsthema des Difu. Dazu wurde eine Vorstudie bei einem Kooperationspartner des Difu, INFA-ISFM e.V., in Auftrag gegeben. Auf ihr basierte ein Seminar im März 2010. Ansatz und Möglichkeiten eines strategischen Investitionsmanagements sollen in den nächsten Jahren im Difu in den einzelnen Facetten vertieft behandelt werden.

Veröffentlichungen: Eine umfangreiche Seminardokumentation einschließlich weiterführender Links findet sich im Extranet des Difu.

Zum Thema: Schneider, Stefan: Strategisches Investitionsmanagement – langfristig erfolgreich trotz knapper Kassen, in: InfrastrukturRecht, Nr. 11/2010, Berlin 2010.

Städtebauförderung und Doppik

Die Städtebauförderung ist ein zentrales Instrument nachhaltiger Stadtentwicklung in Deutschland. Bund und Länder stellen im Rahmen verschiedener Programme Finanzhilfen für Maßnahmen zur Erneuerung und Entwicklung der Städte und Gemeinden bereit. Kommunen, die ihr Rechnungswesen bis 2012 vom kameralen System auf ein an der kaufmännischen doppelten Buchführung orientiertes System umstellen sollen, stehen vor großen Herausforderungen. Insbesondere die erfolgreiche Nutzung der sich aus der Doppik ergebenden Potenziale für die Verwal-

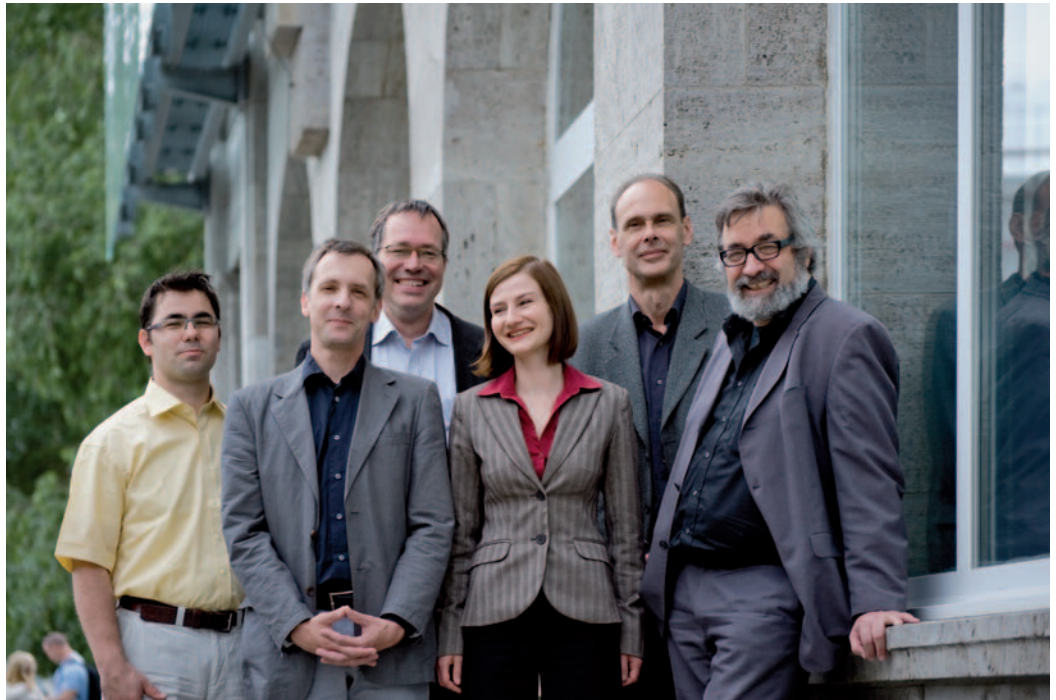
tungssteuerung setzt Erfahrung und methodisches Know-how voraus.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) beauftragte das Difu im Oktober 2010 mit der Erstellung einer Studie. Geklärt werden soll, welche Konsequenzen das neue kommunale Rechnungswesen für die Inanspruchnahme der Städtebauförderungsmittel hat und wie Effizienz und Effektivität des Mitteleinsatzes verbessert werden können. Der erste Schritt des bis Mitte 2011 laufenden Projekts diente der Aufbereitung des Regelungsstandes zur Einführung und Anwendung der Doppik in den Kommunen. Es zeigte sich bereits: Probleme bereiten die uneinheitliche Ausgestaltung der Rechnungssysteme in den Kommunen, das Fehlen von Vorgaben bzw. die unzureichende Harmonisierung von Kennzahlen und die unterschiedlichen Spielräume in den rechtlichen Regelungen im Zusammenhang mit der Städtebauförderung.

Die Analyse des Regelungsstandes ist noch nicht abgeschlossen. Zu erwarten sind hier weitere Ergänzungen, die dann die Grundlage für die nächsten Projektschritte bilden. Am Ende sollen praxisorientierte Handlungsempfehlungen stehen. Ihre Basis bilden die durch die Doppik erreichte Transparenz, neu verfügbare Kennzahlen, deren Folgen für die Steuerung geförderter Maßnahmen und die damit verfügbaren Möglichkeiten, Effizienz und Effektivität in der Städtebauförderung zu erhöhen.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Finanzen und Investitionen finden Sie unter »Daten und Fakten«.

v.l.n.r.: Stefan Schneider,
Jens Libbe, Tilman Bracher,
Stefanie Hanke, Busso
Grabow, Klaus J. Beckmann
(nicht abgebildet: Hadia
Köhler)
Foto: Doris Reichel.



Die zentralen Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Planung städtischer Infrastrukturen verändern sich in Deutschland seit einigen Jahren stark. Die Ursachen hierfür sind vielfältig und reichen von den Auswirkungen des demografischen Wandels über den globalen Klimawandel bis hin zu Folgen kultureller, technischer und wirtschaftlicher Globalisierung. Damit stellen sich neue Anforderungen an Infrastrukturnetze und -standorte.

→ Herausforderungen und Handlungsoptionen

Die damit verbundenen Investitionsbedarfe stoßen auf zunehmend begrenzte Finanzierungsmöglichkeiten. Auch wenn gegenwärtig im Zuge des Konjunkturpakets II die Kommunen in die Lage versetzt werden, verstärkt Investitionen vor allem in die Bildung und die energetische Sanierung zu tätigen, bleibt doch der Investitionsrückstand in vielen Infrastrukturbereichen erheblich – und verschärft sich weiter, wie entsprechende Difu-Analysen belegen. Finanzielle Spielräume zu schaffen, wird zur Aufgabe eines »strategischen Investitionsmanagements«, bei dem der Lebenszyklusansatz, kostenminimierende Unterhaltungsstrategien, Modernisierungsstrategien sowie innovative Ansätze der Infrastrukturbereitstellung zu einem Instrumentarium vereint werden (vgl. ausführlicher Teil B »Finanzen und Investitionen«).

Veröffentlichungen: Libbe, Jens: Investitionen in Bildung und Kultur – Fass ohne Boden oder Zukunftsertrag?,

in: Beckmann, Klaus J.: Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Berlin 2011 (Difu-Impulse, Band 3/2011), S. 60–66.

Schneider, Stefan, Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig und Jens Libbe: Finanzierung neu denken – Kommunale Daseinsvorsorge unter dem Einfluss von Haushaltsengpässen und demografischem Wandel. Das Beispiel der Neuen Bundesländer, Berlin 2011 (Difu-Impulse, Band 4/2011).

Infrastruktur und Stadtentwicklung

Bisher fehlte es an einer infrastrukturübergreifenden Analyse der Herausforderungen und Handlungsoptionen, denen sich gleichermaßen die Infrastruktur- und Stadtplanung stellen müssen. Auswirkungen auf und Wechselwirkungen mit städtebaulichen Bauformen waren bis dato kaum untersucht worden. Diese Forschungslücke konnte durch eine von der Wüstenrot Stiftung in Auftrag gegebene Studie geschlossen werden.

Anhand der Sektoren Energie (Strom und Wärme), Wasser, Abwasser, ÖPNV, Bildung (allgemeinbildende Schulen) sowie Gesundheit (Hausärzte und Krankenhäuser) wurden Herausforderungen ermittelt. Dies schloss die Erfassung und Bewertung alternativer Systemlösungen im Hinblick auf deren erwartete technisch-wirtschaftliche Einsatzfähigkeit ein. Fragen der räumlichen Verteilung (insbesondere im Bereich sozialer Infrastrukturen) wurden systematisch und für

unterschiedliche Gebietstypen erfasst und anhand von »Guten Beispielen« illustriert. Der Schwerpunkt der Untersuchung lag dabei auf deutschen Groß- und Mittelstädten und deren Umland.

In den kommenden Jahren und Jahrzehnten sind weitergehende Infrastrukturanpassungen zu erwarten. Diese reichen von betrieblich-technischen Maßnahmen bis hin zu grundlegenden Umbaumaßnahmen (Transformation). So geht es im Bereich der technischen Infrastrukturen beispielsweise auf dem Energiesektor um einen dringend gebotenen Umschwung zu einer nachhaltigeren Energieversorgung, idealerweise in dezentralen Systemen, die in lokale/regionale Netzwerke eingebunden werden können. Im Abwasserbereich ermöglichen neuartige Sanitärsysteme – in Ergänzung zu konventionellen Systemen – eine ressourceneffiziente Bewirtschaftung von Abwasser. Bei den sozialen Infrastrukturen stehen im Gesundheitswesen erhebliche Strukturveränderungen an. Kleinräumige Versorgungslücken in der hausärztlichen Versorgung werfen die Frage der Notwendigkeit einer Reformulierung der öffentlichen Daseinsvorsorge in diesem Bereich auf. Zugleich ergeben sich für die kommunalen Krankenhäuser und Krankenhausstandorte neue, grundlegende Finanzierungs- und Organisationsfragen. Im Bildungs- und Erziehungswesen wiederum dreht es sich einerseits um veränderte Angebote und Inhalte, mit denen auf sinkende Alterskohorten sowie aktuelle Entwicklungen und Probleme reagiert werden kann. Andererseits geht es um das Schließen oder Zusammenlegen von Institutionen und/oder Standorten sowie um Reformen, die auf mehr Effizienz, Ganztagsbetreuung und schlankere Organisationsformen ausgerichtet sind.

Für alle untersuchten Infrastrukturbereiche lassen sich neben infrastrukturenspezifischen auch übergreifende Herausforderungen und Handlungsoptionen feststellen. Diese betreffen zum einen die quantitative, qualitative und räumliche Ausdifferenzierung der unterschiedlichen Bedarfe sowie neue Angebotsformen, zum anderen das Finden einer neuen Balance zwischen Governance und kommunaler Steuerung. Dies legt eine stärker infrastruktureübergreifende Planung sowie ähnliche Planungsprinzipien und -mechanismen nahe.

Die meisten Entwicklungen sind zudem – gerade in ihren kleinräumigen Auswirkungen auf die Infrastrukturen – mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, und die Zahl grundsätzlich möglicher Handlungsoptionen steigt. In Anbetracht dessen sind in der Infrastrukturplanung verstärkt Strategien zur Entscheidungsfindung unter Unsicherheit erforderlich. Dabei erlangen Prinzipien wie Flexibilität und Anpassungsfähigkeit, Innovationsfreundlichkeit und Fehlertoleranz an Bedeutung.

Alle diese Entwicklungen auf unterschiedlichen Ebenen zeigen zudem vielfältige Wirkungen auf die Struktur der vorhandenen Gebäudesubstanz und auf die Rahmenbedingungen des Städtebaus. Sie beeinflussen erheblich die zukünftige Planung technischer und sozialer Infrastruktur und stellen die Städte vor neue Herausforderungen, zu denen es bisher kaum städtebauliche Orientierungen gibt.

Orientierungen für Infrastruktur- und Stadtplanung

In der Vergangenheit waren Richt- und Orientierungswerte wichtige Instrumente in der stadtplanerischen Praxis. In Form von status-quo-orientierten Kennzahlen, die unter Voraussetzungen eines stetigen Wachstums und der Pfadabhängigkeit vorhandener Infrastruktur entstanden sind, werden sie den heutigen Herausforderungen jedoch nicht mehr gerecht. Erforderlich sind stattdessen Orientierungen, welche Planerinnen und Planer befähigen, neben quantitativen Kennzahlen auch Wirkungszusammenhänge zwischen Stadt- und Infrastrukturplanung zu erkennen. Kommentierte Orientierungswerte können diese Lücke schließen. Sie enthalten nicht nur die traditionellen Infrastrukturkennziffern, sondern stellen Kontextinformationen aus planungsrelevanten Themenfeldern bereit. Die Kommentierung sorgt für eine Einordnung der Kennziffern in ihren Entstehungs- und Anwendungskontext und macht die möglichen Bandbreiten der Kennziffern inhaltlich nachvollziehbar. Sie übersetzt gleichsam die fachplanerischen Kennziffern in stadtplanerisch relevante Aspekte und ermöglicht so erst eine strategische Abstimmung zwischen Infrastruktur- und Stadtplanung. Die Planenden können zu einer fundierteren Einschätzung darüber gelangen, inwieweit die vorgestellten Lösungsansätze und Orientierungen auf ihre spezifische Planungssituation übertragbar oder zu modifizieren sind.

Gemeinsames Ziel von Difu und Wüstenrot Stiftung ist es, fundierte Grundlagen für eine solche neue Form und Qualität von städtebaulichen Orientierungswerten zu erarbeiten. Diese sollen den Städten dabei helfen, sowohl in der Infrastrukturplanung als auch in den Weichenstellungen für einen zukunftsgerichteten Städtebau die zu erwartenden Entwicklungen adäquat zu berücksichtigen und die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Stadtentwicklung zu schaffen. Die Ergebnisse der Studie fließen daher in ein aktuell laufendes Projekt des Difu und der Wüstenrot Stiftung zur Ermittlung von Richt- und Orientierungswerten für die kommunale Planung ein. Ziel ist es, ein Nachschlagewerk für die Stadtplanung zu entwickeln, welches infrastrukturübergreifend auf zukunftsweisende Handlungsoptionen der Infrastrukturbereitstellung verweist.

Veröffentlichung: Libbe, Jens, Hadia Köhler und Klaus J. Beckmann: Infrastruktur und Stadtentwicklung. Technische und soziale Infrastrukturen – Herausforderungen und Handlungsoptionen für Infrastruktur- und Stadtplanung. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Urbanistik und der Wüstenrot Stiftung, Berlin 2010 (Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 10).

Neue Lösungen für die kommunale Siedlungswasserwirtschaft

Der Ausbau der Netze und Anlagen der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ist nach Jahrzehnten der kontinuierlichen Erweiterung weitgehend abgeschlossen. Die erreichten Umwelt- und Hygienestandards sind hoch, und Kommunen und Wasserwirtschaft können zu Recht mit Stolz auf das Erreichte verweisen. Zugleich ist unübersehbar, dass die vorhandenen Systeme an ihre Grenzen stoßen: Die Auswirkungen des Klimawandels und notwendige Klimaanpassungsmaßnahmen werfen ebenso die Frage nach notwendigen Anpassungen der stadttechnischen Infrastruktur auf wie die Folgen rückläufiger Wasserbedarfe aufgrund abnehmender Bevölkerungszahlen. Mancherorts werden betrieblich-technische Funktionsschwellen bereits heute erreicht. Hinzu kommt, dass die auf zentralen Strukturen basierende Wasserwirtschaft sehr energieintensiv ist. So gehören Kläranlagen mit einem Anteil von etwa 20 Prozent am kommunalen Strombedarf zu den größten kommunalen Energieverbrauchern. Das Energieeinsparpotenzial ist entsprechend hoch. Bisher wenig genutzt wird zudem die im Abwasser enthaltene Wärme. Diese thermische Energie nicht zu nutzen würde bedeuten, ein massives Wärmeloch in unseren zunehmend energieeffizienten Gebäuden bestehen zu lassen. Ähnliches gilt für die im Abwasser enthaltenen biogenen Inhaltsstoffe, die ebenfalls einer energetischen Verwertung zugeführt werden können (Stichwort Biogas). Neue Ver- und Entsorgungskonzepte hat das Difu daher in den vergangenen Jahren gemeinsam mit seinen wissenschaftlichen Partnern in der Forschungskooperation netWORKS untersucht.

Öko-Effizienz kommunaler Wasserinfrastrukturen

Die Bilanzierung und Bewertung bestehender und alternativer Systeme erfordern einen integrierten methodischen Ansatz, in dem die technischen, betriebs- und volkswirtschaftlichen sowie die ökologischen Sachverhalte und Wirkungszusammenhänge gleichermaßen zu berücksichtigen sind. Um diesen komplexen Anforderungen gerecht zu werden, wurde im Rahmen des Forschungsvorhabens »Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft« des Forschungsverbundes netWORKS das Verfahren der Öko-Effizienz-Analyse zur Bewertung der strategischen Alternativen von kommunalen Wasserin-

frastrukturen weiterentwickelt und an die spezifische Fragestellung angepasst. Aufgrund des hohen Anteils der Kapitalkosten und der langen Ausreifungszeit der kommunalen Wasserinfrastruktur, aber auch wegen der Dauerhaftigkeit städtischer Strukturen und der Langfristigkeit räumlicher Entwicklungen wurde dazu ein Zeithorizont von 70 Jahren gewählt.

Im Rahmen der Untersuchung konnte erstmals der Nachweis der wirtschaftlichen Tragfähigkeit eines grundlegenden Umbaus der siedlungswasserwirtschaftlichen Infrastruktur erbracht werden. Dargelegt wurde ferner, in welchen städtischen Teilräumen ein solcher Umbau vorrangig vorstattegehen kann.

Veröffentlichung: Felmeden, Jörg, Thomas Kluge, Matthias Koziol, Jens Libbe, Bernhard Michel und Ulrich Scheele: Öko-Effizienz kommunaler Wasser-Infrastrukturen. Bilanzierung und Bewertung bestehender und alternativer Systeme, Berlin 2010 (netWORKS-Paper Nr. 26).

Ressource Wasser: Klimaanpassung und Energieeffizienz

Für die Verallgemeinerung neuartiger Infrastrukturösungen ist es entscheidend, sogenannte Gute Beispiele als »Piloten« auszuweisen. Diese geben den Städten und ihren Infrastrukturbetreibern Hinweise, was sich wann, wo und wie realisieren lässt, um darauf aufbauend eine eigene Umbaustrategie zu entwickeln. Gemeinsam mit der IBA Hamburg GmbH wurde daher ein mehrtägiges Labor zur Umsetzung eines Regenwasser- und Abwassernutzungskonzepts für das Plangebiet »Haulander Weg« (»Klimaschutz-Siedlung« im Rahmen der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg) durchgeführt. In dem 500 Wohneinheiten großen Bauprojekt soll die Verwendung von Trinkwasser auf die unbedingt notwendige Nutzung beschränkt werden, so der Vorschlag des vom Difu geleiteten Forschungsverbundes netWORKS. Bei der Abwasserentsorgung sollen unter anderem die Potenziale neuartiger Sanitärkonzepte Berücksichtigung finden. Dies beinhaltet auch die Nutzung von aufbereitetem Betriebs- und Regenwasser, des thermischen Energiepotenzials von häuslichem Abwasser sowie einen weitgehenden Verzicht auf klassische Schwemmkanalisation.

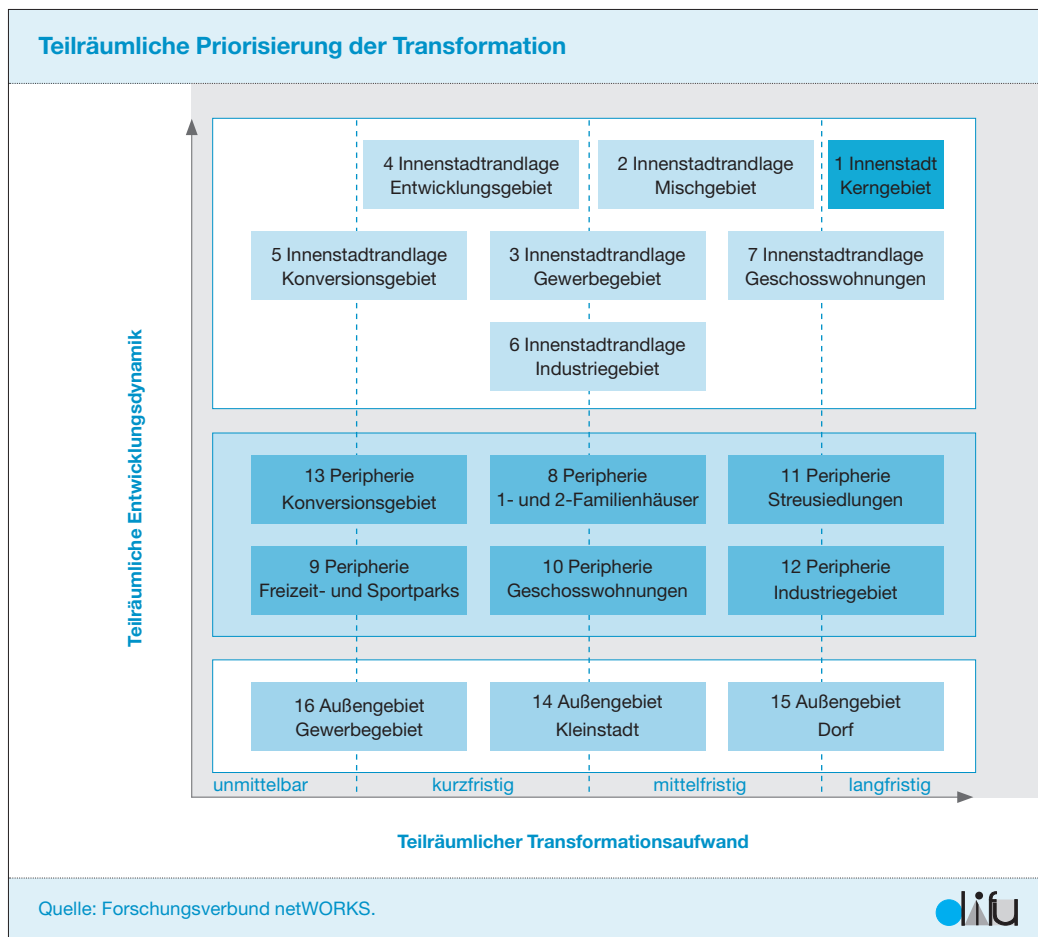
Der Siegerentwurf eines Hamburger Architektenteams wurde inzwischen der Öffentlichkeit vorgestellt. Ziel des wasserbaulichen Konzepts ist die weitgehende Kreislaufführung des Wassers im Gebiet – es dürfte in seiner Kombination einzigartig sein.

Veröffentlichung: Internationale Bauausstellung Hamburg GmbH und Forschungsverbund netWORKS (Hrsg.): Ressource Wasser: Klimaanpassung und Energieeffizienz. Dokumentation der Fachtagung 5. und 6. November 2009, Hamburg und Berlin 2010.

→ Grundlegender Umbau wirtschaftlich tragfähig

→ Modellprojekt der Internationalen Bauausstellung Hamburg-Wilhelmsburg

→ Energieeffizienz und Ausschöpfen von Energiepotenzialen



Planungspraxis und rechtliche Rahmenbedingungen für dezentrale und semizentrale Abwasserentsorgung

Aufgrund verschiedener offener Forschungsfragen im Hinblick auf die rechtlichen und städtebaulichen Möglichkeiten und Anforderungen zur Realisierung neuartiger stadtechnischer Lösungen führte das Difu ein Eigenprojekt durch, mit dem die Arbeiten der Forschungsk Kooperation netWORKS gestützt wurden. Im Ergebnis kann festgehalten werden: Das Städtebaurecht gibt den Kommunen eine Vielzahl von Möglichkeiten an die Hand, um den Prozess des Umbaus der Wasserinfrastruktur anzustoßen und längerfristig strategisch umzusetzen. Dies gilt besonders im Rahmen von Maßnahmen des Klimaschutzes und solchen zur Energieeinsparung. Darüber hinaus können Festsetzungen auch im Rahmen von städtebaulichen Verträgen verwirklicht werden. Als informelle Instrumente der Stadtentwicklungsplanung können zum Beispiel Stadtentwicklungs-konzepte, Leitbilder, Quartiersentwicklungskonzepte sowie sektorale Konzepte zum Einsatz kommen. Diese Instrumente bieten die Chance, unter Berücksichtigung von aktuellen Entwicklungen und Rahmenbedingungen übergeordnete Zielvorstellungen für die künftige Entwicklung einer Stadt umfassend und perspektivisch aufzuzeigen.

Gerade in Bezug auf die neuartigen infrastrukturellen Systemlösungen ist es wichtig, dass eingeübte Planungsschritte hinterfragt werden. Jahrzehntlang war die Planung der technischen Infrastruktur im Wesentlichen eine »nachrangige« Fachplanung. Heute kommt es bei der Realisierung alternativer Systeme darauf an, dass sich die beteiligten Akteure zuvor auf eine Gesamtstrategie mit Blick auf die Stadtentwicklung und das technische System geeinigt haben, um nachfolgend einzelne Baumaßnahmen und die Schritte der Transformation festzulegen. Insbesondere die Stadtentwicklungsplanung sollte gemeinsam mit den örtlichen Infrastrukturbetreibern eine entsprechende Infrastrukturplanung in der Vorplanungsphase angehen.

Es ist auch derzeit bereits möglich, den Anschluss- und Benutzungszwang auf vom Wasserhaushaltsgesetz (WHG) als grundsätzlich zulässig erachtete de- oder semizentrale Abwasseranlagen anzuwenden. Stehen diese allerdings im Eigentum Privater, so müssen die Eigentümer einem Anschluss- und Benutzungszwang zustimmen, um diesem zur Geltung zu verhelfen. Hier ist also eine Kooperation mit den »betroffenen« Privaten nötig. Sie sollte deshalb in jedem Fall gesucht und in Form eines öffentlich-rechtlichen Vertrags umgesetzt werden. Ein klares und explizites

Bekenntnis aller an einer Innovation Beteiligten trägt entscheidend zu deren Gelingen bei.

Eine Kommune kann derzeit durch Satzung Vorgaben zu hausinternen Installationen machen – allerdings nur, wenn diese für den Betrieb von de- oder semizentralen Abwasseranlagen erforderlich sind. Sollen diese Vorgaben allein aus Gründen des Ressourcenschutzes erfolgen, wären sie derzeit nicht rechtmäßig. Ähnliches gilt im Hinblick auf die Verpflichtung zur Nutzung des Grauwassers, etwa zur Toilettenspülung. Auch ein Anschluss- und Benutzungszwang hinsichtlich des aus dem Biogas des Konzentratstroms gewonnenen Stroms oder der Wärme ist noch nicht rechtskonform durch die Gemeinden regelbar.

Um es den Gemeinden in den drei letztgenannten Punkten einfacher zu machen und auch einer Missachtung des Vorbehalts des Gesetzes vorzubeugen, sollte der Gesetzgeber Regeln schaffen, die eine Implementierung de- oder semizentraler Anlagen in das öffentlich-rechtliche Abwassersystem vereinfachen.

Handreichung zur Realisierung neuartiger Infrastrukturlösungen und Simulationstool zur Infrastrukturplanung

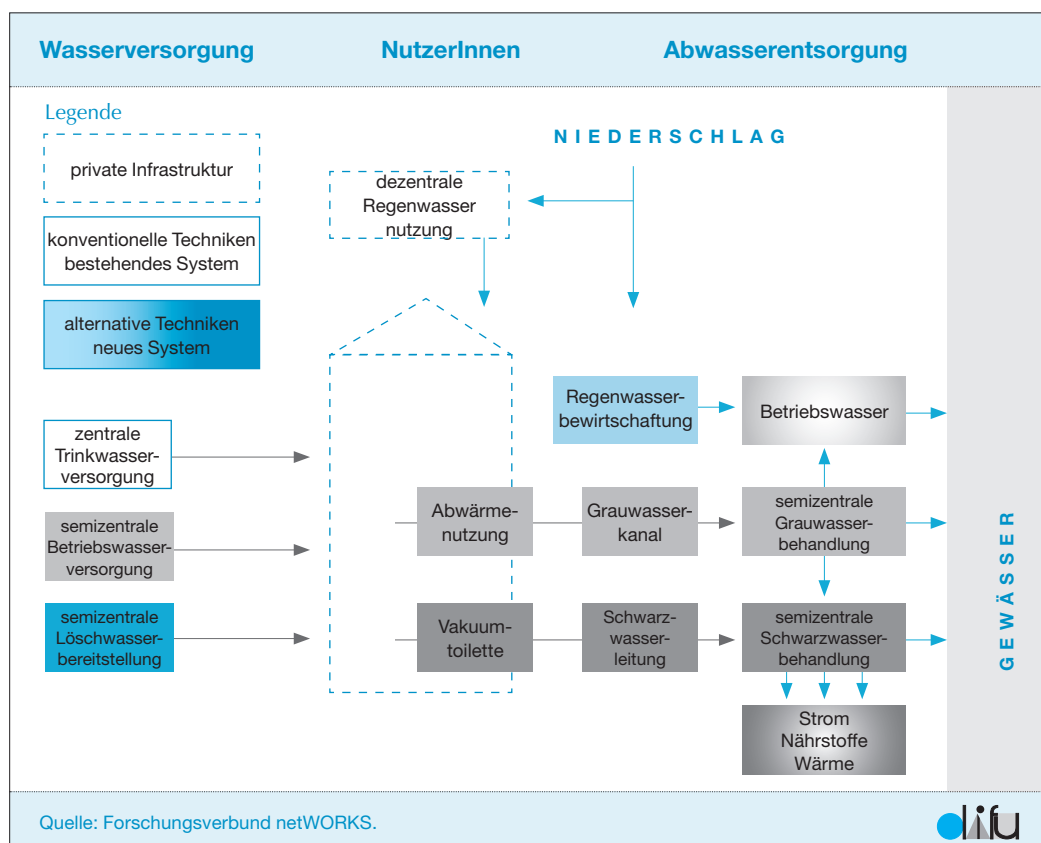
Die Ergebnisse der Arbeiten im Projekt »Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft« wurden in einer Handreichung niedergelegt, die sich explizit an Entscheidungs-

träger aus Stadtentwicklung, Stadtplanung und Siedlungswasserwirtschaft wendet. Den Verantwortlichen wird ein Konzept zur mehrdimensionalen Bewertung von Umbaustراتيجien an die Hand gegeben. Das Buch macht deutlich, dass die Transformation der siedlungswasserwirtschaftlichen Infrastruktur nur in enger Abstimmung zwischen diesen Akteuren im Sinne eines Transformationsmanagements erfolgen kann. Zahlreiche Hinweise zur Umsetzung und rechtlichen Flankierung ergänzen die Publikation. Außerdem werden die mit dem Umbau verbundenen Chancen für die Kommunalwirtschaft erläutert und innovative Wege des Umgangs mit Wasser und Abwasser durch Fallbeispiele illustriert.

Parallel zur Veröffentlichung wurde im Internet unter www.networks-group.de ein Online-Tool zur Bilanzierung kommunaler Wasserinfrastrukturen (BkW) freigeschaltet. Mit Hilfe dieses Modells können Planerinnen und Planer für eine Stadt oder auch für einzelne Stadtteile verschiedene Optionen der technischen Auslegung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung bilanzieren und bewerten.

Veröffentlichung: Kluge, Thomas, und Jens Libbe (Hrsg.): Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Handreichung zur Realisierung neuartiger Infrastrukturlösungen im Bereich Wasser und Abwasser, Berlin 2010.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Infrastruktur finden Sie unter »Daten und Fakten«.





v.l.n.r. (hinten): Garnet Glaser, Sascha Dannenberg, Anne Klein-Hitpaß, Jörg Thiemann-Linden, Doris Reichel, Alexander Hunger, Simone Harms, Jürgen Gies, Tobias Mettenberg
v.l.n.r. (vorn): Sebastian Korn, Arne Koerd, Doris Becker, Stefanie Hanke, Wulf-Holger Arndt, Tilman Bracher, Klaus J. Beckmann, Thomas Weber, Julia Thiele
(nicht abgebildet: Ulrike Schillemeit, Johanna Theunissen)
Foto: David Ausserhofer.

Während die Belastung der innerstädtischen Hauptstraßen durch den fließenden Kfz-Verkehr seit Anfang des Jahrhunderts leicht zurückgeht, bleiben die Probleme durch den ruhenden Verkehr ungelöst. Für junge städtische Erwachsene nimmt die Bedeutung des eigenen Pkw inzwischen zwar ab. Aber die meisten Älteren verfügen über Pkw und Führerschein – und sie behalten ihren Pkw und nutzen ihn im Rahmen ihrer gewohnten Mobilitätsformen. Erst Hochbetagte (älter als 80/85 Jahre) nutzen den Pkw seltener und häufig nur auf kurzen Strecken. Gleichzeitig ist jedoch die »Pkw-Affinität« der am Stadtrand und im Umland wohnenden Bevölkerung ungebrochen. Die in einem Eigenprojekt aufbereiteten und mit früheren Erhebungen verglichenen aktuellen Daten zum Mobilitätsverhalten in Deutschland zeigen, wie stark das Mobilitätsverhalten von den stadträumlichen Gegebenheiten abhängt.

So fällt das spezifische Verkehrsaufkommen vom Stadtzentrum hin zu den Randbezirken kontinuierlich ab. Der Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) an der Verkehrsmittelwahl nimmt vom Zentrum zum Stadtrand hin zu, der Anteil des nichtmotorisierten Verkehrs ist in der City/am Cityrand am höchsten und nimmt zum Stadtrand hin ab. Der Anteil des öffentlichen Verkehrs (ÖV) hängt ab von der Lage zu Haltestellen eines leistungsfähigen schienen- oder straßengebundenen ÖPNV (S-, U-Bahn, Straßenbahn,

Stadtbahn, Schnellbusse). Insbesondere bei Ortsteilen am Stadtrand ist er deutlich niedriger.

Wichtige Themen der Debatte über die Mobilität in Kommunen waren im Jahre 2010 die »Renaissance« des Radverkehrs, die sich verschärfenden Finanzierungsprobleme des ÖPNV und der Kommunalstraßen, die Bedeutung der Verkehrsstraßen als Teil des städtischen öffentlichen Raums sowie die Chancen und Risiken des Elektroverkehrs.

Zu den Herausforderungen zählen für die Städte der Umgang mit den parkenden Fahrzeugen von Wohnbevölkerung und Einpendlern sowie die Umverteilung des Straßenraums – vom fließenden Kfz-Verkehr zur multifunktionalen Nutzung für Aufenthalt, Fußgänger und Radfahrer, öffentlichen Verkehr und MIV. Fußgängerzonen, begrünte Plätze und Gemeinschaftsstraßen entlasten den städtischen öffentlichen Raum hinsichtlich parkender Fahrzeuge, Staus, Umweltbelastungen und Unfällen, verbessern die Erreichbarkeit städtischer Zentren und schaffen Attraktivität als Standort für Unternehmen und Haushalte. Diese Potenziale scheinen durch eine undifferenzierte Förderung des Elektroverkehrs gefährdet.

Der mit der demografischen Entwicklung steigende Anteil älterer Menschen erfordert neben mehr seniorengerechtem Wohnraum auch altersgerechte Verkehrssysteme, barrierefreie Verkehrsanlagen

→ Wichtige Mobilitätsthemen 2010

Neue Straßenraumgestaltung
in Ulm
Foto: Jörg Thiemann-Linden.



sowie fußläufig erreichbare Nutzungsgelegenheiten und Aufenthaltsorte im öffentlichen Raum.

Die ungelöste Frage der künftigen Verkehrsfinanzierung – das Auslaufen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) wurde im Zuge der Föderalismusreform (»Entflechtungsgesetz«) beschlossen – bildet heute die zentrale Herausforderung der Kommunen. Die mit den Mitteln des GVFG finanzierten Brücken, Tunnel und Stadtbahnen der 70er- und 80er-Jahre müssen grundenerneuert werden, ohne dass für die GVFG-Investitionen Abschreibungen gebildet werden konnten oder neue Förderquellen erschlossen sind. Im Zuge der Föderalismusreform und der Regionalisierung des ÖPNV sind die Kommunen als Aufgabenträger auch für die Finanzierung des ÖPNV zuständig geworden, während gleichzeitig die kommunalen Haushalte wegen steigender Sozialausgaben und Steuereintrüben in die Krise geraten sind. Allein der kommunale Erneuerungsbedarf für ÖPNV-Anlagen beträgt im Zeitraum 2006 bis 2020 rund zwei Mrd. Euro/Jahr.

Veröffentlichung: Arndt, Wulf-Holger, und Frank Zimmermann: Daten zum Mobilitätsverhalten in Deutschland. Aufbereitung und Auswertung von Mobilitätskennwerten in Deutschland (in Vorbereitung).

Straßenverkehr und öffentlicher Raum

Neben ihrer Funktion für den fließenden und ruhenden Kfz-Verkehr haben die kommunalen Straßen gestalterische, infrastrukturelle, ökologische, soziale und kulturelle Funktionen. Die Lebensqualität und Identität einer Stadt und die Leistungsfähigkeit des Straßennetzes entscheiden sich auch in den Hauptstraßen; dort überschnei-

den sich konkurrierende Flächenansprüche an den öffentlichen Raum stark. Lange Zeit stand die Sicherung von Leichtigkeit und Sicherheit des Straßenverkehrs im Vordergrund. Straßen haben zugleich Aufenthalts- und Öffentlichkeitsfunktionen und bieten Raum für Bäume und andere Vegetation, die zur Regulierung des Stadt- und Mikroklimas erforderlich sind. Die aktuelle Richtlinie für Stadtstraßen (»RASt 06«) fordert eine ausgewogene Berücksichtigung aller Nutzungsansprüche an den Straßenraum. Neben Lage, Funktion und Verkehrsbelastungen gehören dazu Flächennutzung und Siedlungsstruktur, städtebaulich-historische Qualitäten sowie die Lage in ökologisch bedeutsamen Grün- und Freiraumsystemen. Heute ist es aus städtebaulichen Gründen vielfach geboten, den fließenden und ruhenden Kfz-Verkehr zu begrenzen, um die Immissionen auf ein für die Umfeldnutzungen akzeptables Maß zu reduzieren, Beeinträchtigungen des öffentlichen Raumes zu verringern und das Stadtbild aufzuwerten. Dies gilt umso mehr, wenn in Form von Stadtautobahnen oder Parkhäusern entsprechende Kapazitäten an stadtverträglicherer Stelle vorhanden sind.

Hauptverkehrsstraßen

Die Problematik der Hauptverkehrsstraßen stößt aktuell in den Kommunen auf großes Interesse. Das Difu hat sich dem Thema daher in einer Reihe von Veranstaltungen im Rahmen des Difu-Seminarprogramms, der Fahrradakademie sowie der Reihe Difu-Dialog gewidmet. Anhand von Praxisbeispielen konnte gezeigt werden, wie einige Städte die aktuellen Herausforderungen an den begrenzten Straßenraum bei gleichzeitig knappen Ressourcen im Straßenentwurf und

durch Verkehrsbeschränkungen erfolgreich meistern, und wie ÖPNV und Radverkehr als Motor für hochwertige Stadtgestaltung und eine Veränderung der Mobilitätskultur nutzbar sind. Neben der Finanzierung bereiten insbesondere die behördeninterne Abstimmung und die politische Durchsetzung von Umbaumaßnahmen aktuelle Probleme für die erfolgreiche Gestaltung von Hauptverkehrsstraßen.

Parkraummanagement

Parkraummanagement ist zu einem wichtigen Instrument des Verkehrs- und Mobilitätsmanagements geworden, hilft Parksuchverkehr vermeiden, kann Pendler zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel bewegen und Freiflächen für Fußgänger sichern. In der Folge des 2009 abgeschlossenen Projekts »Parken Berlin« entstanden 2010 die Publikation »Einfaches und wirtschaftliches Parkraummanagement« und das Seminar »Parkraummanagement in Städten«. Flächenhafte Parkraumbewirtschaftung verspricht höhere Aufenthaltsqualität, verbesserte Erreichbarkeiten (freie Stellplätze) und reduzierte Verkehrsbelastungen. Die kommunalen Einnahmen aus Parkraumbewirtschaftung sind keine »Abzocke«, sondern ein Gegenwert für knappen Parkraum und ein Anreiz zur Nutzung leerer Parkhäuser. Ein deutliches Hemmnis für erfolgreiches Parkraummanagement bildet der gegenwärtige Rechtsrahmen. Die Option der flexiblen Zonenbeschilderung, wie sie in der leider »nichtigen« 46. StVO-Novelle eingeführt worden war, ermöglichte einen sparsamen Einsatz von Verkehrszeichen. Um den Straßenraum nach kommunalen Prioritäten zu nutzen, beispielsweise für Außengastronomie, Bänke, Fahrradstellplätze, E-Ladestellen oder Carsharing-Plätze, ist zu prüfen, ob das Parken straßenrechtlich nicht mehr dem erlaubnisfreien Gemeingebrauch zugeordnet, sondern stattdessen als straßenrechtliche Sondernutzung behandelt werden soll. Um den enormen Kontrollaufwand für die Verkehrsüberwachung zu reduzieren, sollten zudem die Verwarnungsgelder für Falschparker in ein vernünftiges Verhältnis zu den Parkgebühren gesetzt werden. Vorbild ist das erheblich über dem Fahrscheinpreis liegende erhöhte Beförderungsentgelt im ÖPNV bei Fehlen eines Fahrscheins. Auch könnten die gesetzlichen Regelungen für die Verkehrsüberwachung handhabbarer gemacht werden, insbesondere durch die Reduzierung von Beweisproblemen. So belaufen sich die Verwarnungsgelder bei Missachtung von Einrichtungen zur Parkzeitüberwachung wegen der wenig geglückten Stufung nach Dauer des Verstoßes zumeist nur auf fünf Euro (vgl. Nr. 63 des Bußgeldkatalogs).

Veröffentlichung: Lehmbruck, Michael, und andere: Einfaches und wirtschaftliches Parkraummanagement. Eine Fallstudie in Berlin, Berlin 2010 (Difu-Impulse, Bd. 2/2010).



Straßenraumgestaltung nach »Shared-Space«-Prinzipien in Brühl (Rheinland)
Foto: Jörg Thiemann-Linden.

Aktive Mobilität zu Fuß und per Fahrrad – ACTIVE ACCESS

Das EU-Projekt »ACTIVE ACCESS« für mehr Nahmobilität in Städten befasst sich mit der Unterstützung der »aktiven Mobilität« zu Fuß oder mit dem Fahrrad in den Städten durch Kommunikationsmaßnahmen – besonders mit Blick auf die kurzen Distanzen im Alltag. Mehr Nahmobilität trägt zur Gesundheitsförderung bei und unterstützt die lokale Wirtschaft. Statt der Orientierung auf lange Distanzen mit dem Auto sollen die Verkehrsteilnehmer und ausgewählte Schlüsselpersonen die Nähe wiederentdecken, indem auf der »Landkarte im Kopf« (»mental map«) wieder verstärkt örtliche Angebote und Ziele vorkommen: Was gibt es Attraktives nicht weit von der Wohnungstür entfernt? – anstatt immer nur zum Shoppen »auf die grüne Wiese« zu fahren. Kinder sollen zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule kommen und nicht mehr von den Eltern mit dem Auto gebracht werden. Innerstädtische Läden und Einzelhandelsgeschäfte sollen die zu Fuß kommenden Kunden wieder schätzen lernen. Berufstätige sollen zur Arbeit radeln, anstatt mit dem eigenen Auto zu kommen, und schließlich soll das Auto auch in der Freizeit stehen bleiben.

Die EU fördert das Projekt im Hinblick auf die energieeinsparende Wirkung. Dafür arbeiten 14 meist mittelgroße Städte in elf Ländern zusammen, begleitet von fünf Instituten. Das Difu kümmert sich dabei vor allem um die Beteiligung kommunaler Handlungsträger (»stakeholder involvement«) und unterstützt die kommunalen Praxispartner im Bereich der Fortbildung, der Bereitstellung guter Beispiele, bei ihren Maßnah-

menplänen und der Einbeziehung wichtiger Akteure, schließlich bei der Verbreitung von Erkenntnissen und Ergebnissen. Das Projekt läuft bis Juli 2012, Näheres siehe unter www.active-access.eu.

Veröffentlichung: Thiemann-Linden, Jörg, Johanna Theunissen und Tilman Bracher: ACTIVE ACCESS Stakeholder Involvement Plan, Berlin 2010, www.active-access.eu.

Gigaliner

Über den Einsatz überlanger Lastkraftwagen (»Gigaliner«) wird in Kommunen wie Fachöffentlichkeit heftig diskutiert. Während einerseits erwartet wird, dass sich die Transportkosten verringern und Kraftstoffverbrauch wie Schadstoffausstoß pro transportierte Tonne sinken, bestehen Bedenken hinsichtlich Verkehrssicherheit, Verkehrsverlagerung und Stadtverträglichkeit. In einem Rechtsgutachten hat das Difu festgestellt, dass ein Modellversuch auf der Basis einer Ausnahmeverordnung nicht zulässig ist. Diese widerspricht nämlich dem mit der Vorschrift verfolgten Zweck, Gefahren zu vermeiden, die gerade durch die übergroße Länge von Fahrzeugen entstehen können. Eine gesetzliche Vorschrift im Straßenverkehrsgesetz müsste von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden.

→ Auszeichnung für die Fahrradakademie

Veröffentlichung: Schillemeit, Ulrike: Difu-Gutachten: Die Zulässigkeit eines bundesweiten Modellversuchs mit »Gigaliner« bzw. »Lang-Lkw« auf der Grundlage einer Bundesrechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrats, Berlin 2010.

Städtischer Wirtschaftsverkehr

Der Wirtschaftsverkehr gerät aufgrund von Struktureffekten seit Jahren stärker in das Blickfeld städtischer Aufgabenträger. Insbesondere die Ortsveränderungen von Gütern werden immer häufiger auf der Straße abgewickelt – mit zunehmenden Folgen für Umwelt, städtische Funktionen und Bewohner. Auch die Dienstleistungs- und Personenwirtschaftsverkehre sind bisher, trotz signifikant ansteigender Verkehrsleistungsanteile am Stadtverkehr, wenig in die kommunale Verkehrsplanung integriert. In den Planungsabteilungen fehlt es vielerorts an Kenntnissen über die speziellen Belange dieser Verkehrsart. Auch sind die Datengrundlagen nach der deutschlandweiten Erhebung »Kraftfahrzeugverkehr in Deutschland« (KID) 2002 insbesondere auf disaggregiertem lokalem Niveau meist lückenhaft.

Bislang gibt es verschiedene Anstrengungen, den Wirtschaftsverkehr für die kommunale Planung besser zu erschließen. Jedoch sind diese Versuche teilweise zu isoliert, auch ist das Wissen über mögliche Gestaltungsmaßnahmen noch viel zu gering. Im Berichtsjahr bereitete das Difu Forschungsaktivitäten zur Beseitigung von Wissens-

lücken, zur Schaffung von besseren Datenbanken und Modellen sowie für einheitliche Standards in Bezug auf Definition, Datengewinnung und Planungsverfahren vor.

Kommunaler Radverkehr

Im Rahmen des Nationalen Radverkehrsplans der Bundesregierung bietet das Difu Fortbildungsveranstaltungen der Fahrradakademie, das Fahrradportal mit seinem umfassenden Informationsangebot für kommunale Akteure – Nachrichten, Praxisbeispiele, Literaturlatenbank und Veranstaltungsinformationen – sowie für den internationalen Erfahrungsaustausch Kompaktinfos für die Praxis in der Reihe »Cycling Expertise«/»Forschung Radverkehr«. Zusätzlich zu den vom BMVBS geförderten Veranstaltungen fanden in Kooperation mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) im September/Okttober 2010 vier Workshops »Sicherer Radverkehr in Klein- und Mittelstädten – StVO und VwV-StVO in der kommunalen Praxis« statt.

Dem Ziel eines effektiven Erfahrungsaustausches unter den Kommunen dienen die jährliche Fahrradkommunalkonferenz (2010 in Karlsruhe) und die Koordinierungsgruppe Radverkehr der kommunalen Spitzenverbände (»Koko-Rad«).

Das Difu erhielt am 3. September 2010 für die Fahrradakademie den alle zwei Jahre vergebenen Kritikerpreis des Branchenverbands VSF, das »Goldene Ritzel«. Die passgenauen Fortbildungen der kommunalen Akteure zur Straßenplanung, Verkehrsentwicklungsplanung, im Tiefbau, für Straßenverkehrsrechtler, Verkehrssicherheitsexperten etc. sind, so heißt es anlässlich der Preisverleihung, ein unverzichtbarer Beitrag zur Radverkehrsförderung.

Einen inhaltlichen Schwerpunkt der Fahrradakademie bildeten Veranstaltungen, die anlässlich der StVO-Novelle auf den aktuellen Stand der Technik in Rechtsrahmen und Regelwerken eingingen. Insgesamt wurden in zwanzig Veranstaltungen in 15 Bundesländern mehr als 1 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Kommunen und Landesbehörden entsprechend geschult.

Die 46. StVO-Novelle wurde im April 2010 wegen eines Formfehlers für »nichtig« erklärt. Die im Rahmen der Fortbildungen kommunizierten Änderungen der StVO sollen allerdings weitgehend unverändert zeitnah in Form einer »Reparaturnovelle« wieder Rechtskraft erlangen. Damit die Erfahrungen aus den Veranstaltungen in die Erarbeitung einfließen können, wurde vom Difu unter Mitwirkung des BMVBS am 30. Juni 2010 ein Auswertungsworkshop durchgeführt.

Die für den Radverkehr wichtigsten Änderungen der StVO-Novelle stehen ohnehin in der Verwal-



Öffentliche Leihfahrräder
in London
Foto: Tilman Bracher.

tungsvorschrift zur StVO. Die geänderte Verwaltungsvorschrift zur 46. StVO-Novelle ist weiterhin in Kraft. Sie erweitert den Handlungsspielraum von Kommunen für örtlich angepasste Lösungen. Um die Kommunen in die Lage zu versetzen, die neuen Handlungsspielräume optimal zu nutzen, wurde im Jahr 2010 eine neue Fassung der »Empfehlungen für Radverkehrsanlagen« (ERA) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) veröffentlicht. Die ERA ergänzen die Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06). Das Difu war an dem langen Diskussions- und Beratungsprozess zur neuen ERA maßgeblich beteiligt.

Veröffentlichungen: Bracher, Tilman (Ko-Autor), Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Arbeitsgruppe Straßenentwurf (Hrsg.): Empfehlungen für Radverkehrsanlagen – ERA, Ausgabe 2010, Köln.

www.fahrradakademie.de
www.fahrradkonferenz.de
www.nationaler-Radverkehrsplan.de
www.nrvp.de/fahrradkommunalkonferenz/

Öffentliche Fahrradverleihsysteme

Fahrradverleihsysteme mit dem öffentlichen Personennahverkehr zu verknüpfen, folgt der Idee eines vernetzten Umweltverbunds, in dem eine kombinierte Nutzung der Verkehrsmittel eine funktionierende Mobilitätskette gewährleistet. In zahlreichen europäischen Städten wurden öffentliche Fahrradverleihsysteme eingeführt: Paris, Barcelona, London und Wien sind nur einige Beispiele. Selbst in den USA und in China boomen Fahrradverleihsysteme.

Es liegen – auch international – erst wenige Erfahrungen vor, wie sich Fahrradverleihsysteme und ÖPNV sinnvoll integrieren lassen. Um solche Er-

fahrungen zu sammeln, multimodales Verhalten weiter zu fördern und Synergien mit dem ÖPNV zu erzielen, unterstützt das BMVBS Praxisbeispiele öffentlicher Fahrradverleihsysteme in deutschen Städten und Regionen. Eine Fachjury hatte 2009 die im Rahmen eines Wettbewerbs eingereichten 15 innovativsten Modellprojekte ausgewählt, für acht Modellregionen stehen Fördermittel zur Verfügung.

Deren Aufbau wird im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt-Programm, BBSR) begleitet, der Erfolg der Systeme evaluiert. Bei der wissenschaftlichen Begleitforschung und dem Ergebnistransfer arbeitet das Difu mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH (WI) zusammen.

Veröffentlichungen: Bracher, Tilman (Ko-Autor), Reichel, Doris (Ko-Autorin), Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.): Wettbewerbsdokumentation »Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme«. Neue Mobilität in Städten. Berlin, o.J. (2010).

www.nrvp.de/leihradssysteme

Reform der ÖPNV-Finanzierung

Öffentlicher Personennahverkehr steht für Teilhabechancen, Lebensqualität, Funktionsfähigkeit und Wirtschaftskraft der Städte und Regionen, sein Stellenwert in der Wählergunst ist hoch. Der ÖPNV leistet einen wichtigen Beitrag, die Belastungen durch den MIV und dessen Flächenbedarf zu verringern.

Der weitgehende Rückzug des Bundes aus der unmittelbaren Förderung kommunaler Projekte (»Entflechtungsgesetz«) erfordert eine Neuorientierung der Förderkulisse für die Kommunen, die

→ Verfahren und Tools
zur Abschätzung von Ver-
kehrs- und Kostenfolgen

im Bereich der Verkehrsinfrastruktur weitgehend von Zuwendungen abhängen. Im ÖPNV werden in Deutschland – in der Zuständigkeit der Kommunen für Busse und Straßenbahnen und der Bundesländer für S-Bahnen und den Regionalverkehr – rund 25 Mrd. Euro jährlich umgesetzt. Davon stammen rund neun Mrd. Euro aus Fahrgeldern und 16 Mrd. Euro aus meist zweckgebundenen öffentlichen Mitteln: für die Schülerbeförderung, zur Gleichstellung der Behinderten, zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden, zur Anpassung der Lebensverhältnisse (Regionalisierungsgesetz), zur Daseinsvorsorge und beispielsweise für den Umweltschutz. Etwa die Hälfte davon betrifft die Haushalte der Kommunen und ihrer Stadtwerke. Den Ländern steht gemäß Artikel 106a des Grundgesetzes (GG) für den ÖPNV aus dem Steueraufkommen des Bundes ein Betrag zu.

Länder und Bund sind aufgerufen, die Förderkulturen für Erneuerungsmaßnahmen und Verkehrsmanagement zu erweitern. Das Difu war 2010 in Sachen ÖPNV vielfältig engagiert: Es führte eine Seminarveranstaltung durch und wirkte an einschlägigen Veranstaltungen sowie in Gremien zum Thema ÖPNV- und Verkehrsfinanzierung der Stiftung Heureka, des Deutschen Städtetages und der Friedrich-Ebert-Stiftung mit.

Wenn in kommunalen Parlamenten über den öffentlichen Verkehr diskutiert wird, so meist im Zusammenhang mit den Kosten, die dieser verursacht. Der Nutzen, den eine Stadt aus dem ÖPNV zieht, bleibt dagegen meist außer Betracht. Der ÖPNV gerät im Wettbewerb um finanzielle Mittel daher leicht in eine Defensivposition. In einem Difu-Eigenprojekt wird untersucht, wie sich der Nutzen der Verkehrsleistungen des öffentlichen Verkehrs besser bestimmen lässt. Neue Anforderungen an den Ausbau der Infrastruktur – beispielsweise kleinere Netzerweiterungen für ein bereits ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz – zeigen die Grenzen bestehender Ansätze. Die Ergebnisse dieses Vorhabens sollen 2011 im Rahmen eines Leitfadens veröffentlicht werden.

Veröffentlichungen: Bracher, Tilman (Ko-Autor): Neuordnung der Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Bündelung, Subsidiarität und Anreize für ein zukunftsfähiges Angebot. Publikation im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bracher, Tilman, und Klaus J. Beckmann: Handlungspfade zur Finanzierung des ÖPNV, in: Klaus J. Beckmann (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Berlin 2011 (Difu-Impulse, Bd. 3/2011).

ÖPNV-Folgekosten von Bebauungsplänen

Die Finanzkrise der Kommunen führt auch bei der Siedlungsplanung zunehmend zu mehr »wirtschaftlichem« Denken. Die Kosten einer zusätzli-

chen ÖPNV-Erschließung, insbesondere für peripher gelegene Standorte, belasten das strukturelle Defizit des ÖPNV und des Verkehrssystems insgesamt. Im Forschungsprojekt »Abschätzung und Bewertung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen insbesondere für die kommunale Siedlungsplanung unter besonderer Berücksichtigung des ÖPNV« im Auftrag des BBSR haben das Difu und die Planersocietät Dortmund deshalb ein Verfahren und Excel-Tools entwickelt, mit denen sich die Verkehrs- und Kostenfolgen von Siedlungsprojekten mit Wohnnutzung frühzeitig abschätzen lassen. Die Schätzung umfasst die folgenden Teilaspekte:

- Ermittlung der Verkehrsmengen, getrennt nach einzelnen Verkehrsträgern,
- Ermittlung der Effekte der Straßenerschließung (innere und äußere Erschließung: Investitions-, Betriebs- und Instandhaltungskosten),
- Ermittlung für die ÖPNV-Infrastruktur: Betriebskosten nach Art der ÖPNV-Erschließung (z.B. in Bezug auf Angebot, Takt-Familie, Fahrzeuge, Linienführung; bei schienengebundener Anbindung auch Investition, Erhalt, Betrieb).

Wesentliche Teilergebnisse der Schätzung werden durch das Instrument gesondert ausgewiesen. So kann z.B. das abgeschätzte Verkehrsaufkommen differenziert nach Verkehrsarten auch für weiterführende Überlegungen verwendet werden. Für unterschiedliche Flächen- und Planungsvarianten wurde ein separates Vergleichstool entwickelt, welches dem Nutzer erlaubt, eine vergleichende Auswertung der Kosten für unterschiedliche Gebiete oder Varianten vorzunehmen, wobei die Bezugsebenen Gesamtkosten, Kosten je Hektar und Kosten je Wohneinheit herangezogen werden können.

Hauptzielgruppe sind eher kleinere und mittlere Kommunen, die über kein eigenes Verkehrsmodell verfügen. Die erforderlichen Input-Daten sind für die Planerinnen und Planer relativ einfach im Vorfeld zu ermitteln. Die Arbeit mit dem Tool veranschaulicht dem Anwender auch die Komplexität der Zusammenhänge von Verkehrs- und Siedlungsplanung.

Das Instrument wird auf der Homepage des BBSR zum Download angeboten.

Veröffentlichungen: Arndt, Wulf-Holger, Stefan Schneider, Michael Lehmbrock, Michael Frehn, Achim Tack (Bearb.), Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.): Abschätzung und Bewertung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen insbesondere für die kommunale Siedlungsplanung unter besonderer Berücksichtigung des ÖPNV, BMVBS-Online-Publikation, 03/11 (2011).

Arndt, Wulf-Holger, Stefan Schneider, Michael Lehmbrock, Michael Frehn, Achim Tack (Bearb.), Bundesministerium

Elektromobilität

Batterie- und hybridelektrische Kraftfahrzeuge gelten als Hoffnungsträger für den Verkehr in Ballungsräumen und für den globalen Klimaschutz. Sie müssen dafür jedoch wirtschaftlicher und leistungsfähiger werden. Die Nutzung erneuerbarer Energien müsste gesichert werden, neue Infrastrukturen aus Stromnetzen und Ladestationen wären zu installieren. Das Difu beleuchtet mit Blick auf »eMobilität« in Kommunen vor allem stadtentwicklungspolitische, verkehrliche und rechtliche Fragen.

So beteiligte sich das Difu 2010 als Mitveranstalter an der Konferenz »Elektromobilität in Kommunen«. Vor rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Kommunen, Land und Bund referierten Difu-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch zu den Themen Stadtentwicklung und Recht.

Viele Fragen wirft insbesondere der Aufbau der Ladeinfrastruktur mit Ladesäulen und Sonderstellplätzen für Elektrofahrzeuge auf, aber auch die Gewährung weiterer Privilegien. Muss dazu der öffentliche Raum nutzbar gemacht werden, oder reichen private Flächen aus? Neben stadtpolitischen Gesichtspunkten stehen hier auch vielerlei bauplanungs-, bauordnungs-, straßen-, straßenverkehrs- und auch abgabenrechtliche Fragen im Raum. So handelt es sich etwa bei den Lade-

stationen und Stellplätzen straßenrechtlich um erlaubnispflichtige Sondernutzungen, allerdings nicht um solche der Elektrofahrzeugführer, sondern der Anbieter von Ladestationen.

Fahrräder mit elektrischer Trittverstärkung bis 25 km/h (»Pedelects«) setzen sich auf dem Markt bereits durch. Sie erleichtern die Fahrradnutzung bei Entfernungen von mehr als fünf km, sind auch für bisherige Nichtradfahrer attraktiv und lösen den »Topografiefaktor« (Stichwort: bergiges Gelände) des Radverkehrs.

Die Thematik »Pedelec und E-Bike« wurde vom Difu auch in Veranstaltungen der Fahrradakademie und Vorträgen aufgegriffen. Ein Szenario, das im Auftrag der Stadt Münster unter Difu-Beteiligung im Rahmen der Expertise »Mobilität Münster/Münsterland 2050« erstellt wurde, ermittelte ein erhebliches Substitutionspotenzial im Stadt-Umland-Verkehr durch Pedelects.

Während die »eMobilität« im Automobilsektor bei höheren Kosten eine reduzierte Reichweite und erschwertes Laden mit sich bringt, führt sie im Fahrradsektor bei höheren Kosten auch zu höherer Reichweite und mehr Fahrspaß bei zweifellos positivem Klimaeffekt – sofern Kfz-Verkehr ersetzt wird und/oder der Strom aus zusätzlich erschlossenen erneuerbaren Energien stammt.

Veröffentlichung: Bracher, Tilman (Ko-Autor): Expertise »Mobilität Münster/Münsterland 2050«. Im Auftrag der Stadt Münster (Online-Publikation).

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Mobilität finden Sie unter »Daten und Fakten«.



Fahrradexkursion
in Basel
Foto: Arne Koerdt.

v.l.n.r.: Sigrid Künzel,
Franziska Kausch,
Andrea Wagner, Vera Lorke,
Cornelia Rösler (nicht
abgebildet: Anna Hogrewe-
Fuchs, Nicole Langel)
Foto: Maic Verbücheln.



Für Umweltschutzmaßnahmen stehen nur begrenzt kommunale Mittel zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund dürfen Finanzierungsmöglichkeiten, Wirtschaftlichkeitsaspekte und lokal verfügbare Potenziale nicht außer Acht gelassen werden. Das Fehlen eigener Investitionsmittel kann eine Aufrechterhaltung und Ausweitung lokaler Bemühungen im Bereich des Umweltschutzes erschweren. Dies macht sich beispielsweise bei den Klimaschutzmaßnahmen bemerkbar. Sie zählen nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben, was vor allem für die »Nothaushalts-« und »Haushaltssicherungsgemeinden« ein großes Problem darstellt.

Der Klimaschutz (siehe auch unten »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz«) stand auch 2010 im Vordergrund der Aktivitäten im kommunalen Umweltschutz. Da über seine Notwendigkeit weitgehend Einigkeit besteht, finden Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele bei immer mehr Kommunen Eingang auch in die Planungspraxis. Mit Blick auf den Themenkomplex Klimaanpassung verhält sich dies jedoch noch anders. Unsicherheiten bezüglich der lokal tatsächlich eintretenden Klimaänderungen, der Folgen und somit der notwendigen Anpassungsmaßnahmen gilt es künftig zu überwinden und lokal wirksame Strategien zu entwickeln.

Klimagerechte Stadtentwicklung

In einem Difu-Bericht für das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) als Auftraggeber wurden neben den für die Stadtentwicklung relevanten Rahmenbedingungen die wirksamen Förderprogramme, Forschungsansätze und weitere Aktivitäten des Bundes im Sinne einer klimagerechten Stadtentwicklung systematisch dargestellt.

Städte verursachen einen Großteil der Treibhausgasemissionen. Sie tragen damit maßgeblich zum anthropogen verursachten Klimawandel bei. Gleichzeitig sind sie von den Folgen des Klimawandels besonders betroffen (z.B. durch Hitzestress, Starkregenereignisse). Die in Gebäuden genutzte Heizenergie und der Strom verursachen 40 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland – das Minderungspotenzial im Gebäudebestand beispielsweise durch den Einsatz erneuerbarer Energien ist enorm. Gegenstand einer klimagerechten Stadtplanung und -entwicklung ist jedoch nicht nur Klimaschutz im Gebäudebestand selbst, sondern vor allem die Schaffung von stadtstrukturellen Voraussetzungen, die Klimaschutz ermöglichen. Die Leitbilder, die der Stadtentwicklung zugrunde liegen, und stadtentwicklungspolitische Entscheidungen, die auf diesen Vorstellungen basieren, sollten im Sinne einer klimagerechten Stadtentwicklung wirken. So kann eine »Stadt

der kurzen Wege« Voraussetzungen für ein klimaschonendes Mobilitätsverhalten der Bewohnerinnen und Bewohner schaffen.

Stadtentwicklung ist Sache der kommunalen Ebene, sie wird aber durch nationale Rahmenbedingungen maßgeblich beeinflusst. Daher wurde die Umsetzung der auf Bundesebene festgelegten CO₂-Minderungsziele in den vergangenen Jahren durch eine Reihe von gesetzlichen Vorgaben, Förderprogrammen und weiteren Aktivitäten (z.B. Öffentlichkeitsarbeit) forciert. Welche Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel umgesetzt werden müssen, kann aufgrund der örtlich sehr unterschiedlichen Auswirkungen nur auf lokaler oder regionaler Ebene entschieden werden. Hier stehen viele Kommunen noch am Beginn der Überlegungen. In einer Reihe von Forschungsaktivitäten zur Klimaanpassung werden Handlungsmöglichkeiten der Kommunen z.B. in Modellprojekten erprobt.

Transnationale Perspektiven für Klimaschutz und Klimaanpassung

Auch wenn sich der Klimawandel in Europa regional sehr unterschiedlich auswirkt, lassen sich Klimaschutz und Klimaanpassung vor Ort durch eine europäische Zusammenarbeit verbessern. Der Erfahrungsaustausch von Städten und Regionen über Ländergrenzen hinweg, die gemeinsame Entwicklung von Instrumenten zur Förderung des Klimaschutzes – etwa für den Einsatz erneuerbarer Energien, energieeffiziente Gebäude und umweltverträgliche Mobilität – oder die Formulierung gemeinsamer Anpassungsstrategien sind dafür Beispiele.

Im Rahmen der vom BBSR beauftragten Studie »Der Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland« wurde eine Reihe von Fallstudien zu transnationalen INTERREG-Projekten im Themenfeld Klimaschutz und Klimaanpassung erarbeitet und in einem praxisorientierten Leitfaden aufbereitet. Die Fallstudien zeigen auf, wie Städte und Regionen europäische Kooperationen als Bausteine ihrer Klimapolitik gezielt einsetzen können.

Die Auswertung der Beispielprojekte macht Mehrerelei deutlich:

- Der Mehrwert einer projektorientierten transnationalen Zusammenarbeit liegt für Städte und Regionen vor allem im Kennenlernen bewährter Politikansätze ausländischer Projektpartner.
- Transnationale Zusammenarbeit bietet quasi ein »Labor« zur gemeinsamen Umsetzung innovativer Ideen für Klimaschutz und -anpassung.
- Transnationale Zusammenarbeit ermöglicht die Entwicklung gemeinsamer Standards und die Erprobung von Richtlinien.

- Die Umsetzung wichtiger Schlüsselmaßnahmen wird durch Pilotinvestitionen im Rahmen transnationaler Projekte befördert.
- INTERREG-Projekte schaffen vielfach die notwendigen Voraussetzungen für öffentliche oder private Folgeinvestitionen.
- INTERREG-Projekte verhelfen dem Anliegen von Klimaschutz und -anpassung in den beteiligten Städten und Regionen oftmals zu einem höheren Stellenwert auf der politischen Agenda.

Besonders wirkungsvoll ist die Projektarbeit in europäischen Netzwerken immer dann, wenn sie vor Ort mit lokalen Strategien und Ansätzen verknüpft wird.

Veröffentlichung: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.), Daniel Zwicker-Schwarm, Andrea Wagner und Anja Neubauer (Difu; Bearb.): Transnationale Perspektiven für Klimaschutz und Klimaanpassung. Wie Kommunen und Regionen INTERREG IV B nutzen können, Bonn 2010 (Sonderveröffentlichung).

Leitfaden »Klimaschutz in Kommunen«

Vor dem Hintergrund des drohenden Klimawandels gewinnen kommunale Aktivitäten in diesem Bereich ständig an Bedeutung. Starke Anreize für die Kommunen setzte auch das Integrierte Energie- und Klimaprogramm, das die Bundesregierung Ende 2007 beschlossen hat. Die damit einhergehenden Änderungen und Erweiterungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Maßnahmen des Klimaschutzes kommen vielen Kommunen zugute. Allerdings erfordert die Umsetzung von Strategien, Programmen und Gesetzesvorhaben auf kommunaler Ebene einige Anstrengungen. Eine aktuelle Orientierungshilfe in Form eines Leitfadens bietet dabei den Kommunen wertvolle Unterstützung.

Bereits Mitte der 1990er-Jahre entwickelte das Difu den umfassenden Leitfaden »Klimaschutz in Kommunen«. Die deutschlandweit gefragte Arbeitshilfe enthält über 100 Praxisbeispiele, gibt wichtige Empfehlungen und stellt effektive Instrumente für eine erfolgreiche Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen vor. Nach fast 15 Jahren war allerdings eine Reihe von Kapiteln überarbeitungs- und ergänzungsbedürftig. Viele Städte, Gemeinden und Landkreise hatten bereits ihr Interesse an einer aktualisierten Fassung bekundet.

Ende 2009 beauftragte das BMU das Difu, den Leitfaden inhaltlich grundlegend zu überarbeiten und um aktuelle Schwerpunkte sowie weitere Handlungsfelder wie beispielsweise »Klimaschutz und Stadtplanung« zu ergänzen. Durchgeführt wurde und wird das Projekt in Kooperation mit dem Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) und dem Klima-Bündnis; finanziert wird es aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative des BMU. Die Gesamtleitung liegt beim

→ Anpassungsmaßnahmen:
Lokale oder regionale
Entscheidung erforderlich

→ Klimaschutz und Klimaanpassung:
Verbesserung durch europäische
Zusammenarbeit

→ Bewährte Arbeitshilfe
aktualisiert und thematisch
erweitert

Difu. Im Frühjahr 2011 wird der Leitfaden in gedruckter Fassung vorliegen und in elektronischer Form im Internet abrufbar sein.

Endenergieeinsparung in Kommunen

→ Erfassung und Abschätzung des Endenergieverbrauchs in Ländern und Kommunen

Im Mai 2006 trat die »Richtlinie zu Endenergieeffizienz und zu Energiedienstleistungen« (Richtlinie 2006/32/EG) in Kraft. Mit ihr werden die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, ihren Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2016 um neun Prozent zu senken. Mit nationalen Energieeffizienz-Aktionsplänen sollen die Mitgliedstaaten Maßnahmen aufzeigen und umsetzen, mit denen sich dieses Ziel erreichen lässt. Dem öffentlichen Bereich kommt bei der Erfüllung des Neun-Prozent-Ziels eine Vorbildfunktion zu. Um die Emissionsreduktion der öffentlichen Hand zu beziffern, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) die Prognos AG und das Difu damit beauftragt, den Endenergieverbrauch in Ländern und Kommunen zu erfassen und abzuschätzen. Unterstützt vom Deutschen Städtetag (DST) und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) führte das Difu eine repräsentative Umfrage bei Städten und Gemeinden durch. Das Erkenntnisinteresse richtete sich dabei auf die Entwicklung des Endenergieverbrauchs in kommunalen Liegenschaften sowie auf die Umsetzung und die Effekte spezifischer Energiesparmaßnahmen. Wie die Umfrage zeigte, sind die Rahmenbedingungen, welche Erfassung und Überwachung des Strom- und Wärmeverbrauchs in den Kommunen beeinflussen, sehr unterschiedlich. Auch ist die Datenlage insgesamt eher schwierig. Gleichwohl werden in Städten und Gemeinden zum Teil erhebliche Anstrengungen unternommen, um Endenergie einzusparen.

Kommunales Energiemanagement

→ Fachkongress zum kommunalen Energiemanagement im Gebäudebestand

Am 12. und 13. April 2010 veranstaltete das Difu in Regensburg den »15. Deutschen Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten«. Der jährliche Kongress richtet sich an Energiebeauftragte

aus Städten, Gemeinden und Kreisen sowie aus kommunalen Unternehmen und an Ratsmitglieder. Im Mittelpunkt standen unterschiedliche Ansätze für das kommunale Energiemanagement im Gebäudebestand. Für die Energieversorgung der kommunalen Liegenschaften werden laut Statistik jährlich über zwei Mrd. Euro ausgegeben. Durch Modernisierung von Fenstern, Wärmedämmung oder Installation einer neuen Heizungsanlage kann – so Schätzungen – eine Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebestand um bis zu 80 Prozent erzielt werden. Gerade im Hinblick auf die finanzielle Situation vieler Kommunen sollten diese Potenziale durch gezieltes Handeln genutzt werden. Die Möglichkeiten einer fachgerechten Sanierung und des Einsatzes moderner Technik sind breit gefächert.

Weitere Schwerpunkte des Kongresses lagen in den Bereichen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien sowie Beratung und Öffentlichkeitsarbeit. Vorgestellt und diskutiert wurden Verfahren und Beispiele aus der Praxis des kommunalen Energiemanagements. So zeigte sich eindrucksvoll, wie in Kommunen mit Intelligenz und Kreativität ökonomische wie ökologische Ziele in konkrete Maßnahmen und Projekte umgesetzt werden können. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten zwischen 20 verschiedenen Workshops auswählen. Neben der Vermittlung von praxisgerechtem Fachwissen war dem Erfahrungsaustausch breiter Raum gegeben.

Veröffentlichung: Cornelia Rösler (Hrsg.): Kommunales Energiemanagement im Gebäudebestand. Dokumentation des 15. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 12./13. April 2010 in Regensburg, Berlin 2011 (Difu-Impulse, Bd. 2/2011).

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Umwelt finden Sie unter »Daten und Fakten«.

Kommunaler Umweltschutz

Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz

B Forschung



v.l.n.r.: Anna Hogrewe-Fuchs, Vera Lorke, Maic Verbücheln, Cornelia Rösler, Sigrid Künzel, Ulrike Vorwerk (nicht abgebildet: Franziska Kausch, Dina Lieder)
Foto: Pia Hettinger.

Seit Sommer 2008 steht die beim Deutschen Institut für Urbanistik angesiedelte »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« Kommunen und Regionen als kompetente Beratungsstelle rund um das Thema Klimaschutz zur Verfügung. Eingerichtet wurde sie mit Unterstützung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) im Zuge der vom Ministerium im gleichen Jahr gestarteten Klimaschutzinitiative. Diese hat sich zum Ziel gesetzt, durch die Steigerung von Energieeffizienz und die Nutzung regenerativer Energien Potenziale für den Klimaschutz kostengünstig zu realisieren.

Die Servicestelle ist erste Anlaufstelle bei Fragen zum BMU-Programm zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen, das speziell für Kommunen aufgelegt wurde. Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen bei telefonischen Beratungen wie auch auf Veranstaltungen für Anfragen zur Verfügung.

Des Weiteren lädt die Servicestelle Kommunalvertreter sowie weitere Akteure aus dem kommunalen Klimaschutz zu eigenen Veranstaltungen ein. Mehrmals jährlich organisiert sie Regionalveranstaltungen, die als Fachveranstaltungen das Thema Klimaschutz jeweils unter einem speziellen Themenfokus ins Visier nehmen. Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Kommunen wird

hier ein praxisnaher Erfahrungsaustausch ermöglicht. Im Jahr 2010 wurden Veranstaltungen z.B. zu den Themen »CO₂-Bilanzen: Potenzielle Ansätze«, »Mobilität in Stadt und Region« und »Klimaschutz in der kommunalen Abwasserentsorgung« durchgeführt. Darüber hinaus lädt die Servicestelle in Kooperation mit dem BMU und den kommunalen Spitzenverbänden einmal jährlich zu einer Kommunalkonferenz ein. Unter dem Motto »Kommunalen Klimaschutz erfolgreich gestalten!« standen am 18. und 19. November 2010 in Bonn neben neuen Wegen und herausragenden Beispielen für einen erfolgreichen Klimaschutz auch Finanzierungsmöglichkeiten im Mittelpunkt.

In Kooperation mit dem BMU und den kommunalen Spitzenverbänden hat die »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« 2010 zum zweiten Mal den Wettbewerb »Kommunaler Klimaschutz« ausgerichtet. Zur Teilnahme aufgerufen waren Kommunen und Regionen aus ganz Deutschland, die mit erfolgreich realisierten Maßnahmen, Strategien oder Aktionen in besonderem Maße zur Reduzierung von Treibhausgasen beigetragen haben. In jeder Kategorie wurden drei gleichwertige Gewinner ausgewählt, die insgesamt ein Preisgeld von 240 000 Euro erhielten. Das Preisgeld muss wieder in kommunale Klimaschutzaktivitäten investiert werden. Die Gewinner wurden im Rahmen der Kommunalkonferenz

→ Beratung und Service aus einer Hand

→ Kommunale Vorbilder bekannt gemacht

→ Informationen und Erfahrungsaustausch zum Thema Klimaschutz

Die Aufgaben der »Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz« umfassen:		
Beratung und Öffentlichkeitsarbeit zum BMU-Förderprogramm für Kommunen	Vorbereitung und Durchführung des jährlichen Wettbewerbs »Kommunalen Klimaschutz«	Beratungs- und Serviceleistungen zum kommunalen Klimaschutz

öffentlich bekannt gemacht. Damit zeigen neun weitere vorbildliche Beispiele, wie vielfältig und erfolgreich die Aktivitäten von Kommunen in Sachen Klimaschutz sind.

Veröffentlichung: Deutsches Institut für Urbanistik, »Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz« (Hrsg.): Kommunalen Klimaschutz 2009. Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte (Bearb.: Anna Hogrewe-Fuchs, Ulrike Vorwerk), Köln 2010.

über die Aktivitäten und Informationen der Servicestelle auf dem Laufenden halten. Hier sind Veranstaltungshinweise, aktuelle Informationen zum BMU-Förderprogramm und dem Wettbewerb »Kommunalen Klimaschutz« sowie zu weiteren relevanten Förderprogrammen und Informationen zu anderen Wettbewerben zu finden.

→ Internetportal mit umfangreichen Informationen

Kommunen können sich durch das breit gefächerte Informations- und Serviceangebot auf der Homepage www.kommunalen-klimaschutz.de

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen der »Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz« finden Sie unter »Daten und Fakten«.



v.l.n.r.: Maic Verbücheln,
Andrea Wagner,
Thomas Preuß (nicht
abgebildet: Sigrid Künzel)
Foto: Anna Hogrewe-Fuchs.

Das gegenwärtige Tempo des Ressourcenverbrauchs und die damit einhergehenden Umweltbelastungen sind auf Dauer nicht tragfähig. Viele natürliche Ressourcen sind endlich. Die Kreislaufschließung im Sinne nachhaltiger Ressourcennutzung und -schonung wird aus ökologischer wie ökonomischer Sicht immer wichtiger. Für eine effizientere und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen sind umfassende Konzepte zur Kreislaufwirtschaft erforderlich.

Unter anderem in Abfällen oder Altgeräten enthaltene Stoffe können in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden. Auf der anderen Seite enthalten jedoch noch immer etliche Gebrauchsgüter Stoffe, deren Freisetzung sich negativ auf das Klima und auf die Gesundheit des Menschen auswirkt. Zu nennen sind etwa das in Gasentladungslampen eingesetzte Quecksilber oder die in Kühlgeräten vorhandenen Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW). Die ordnungsgemäße Sammlung und fachgerechte Entsorgung solcher Produkte sind deshalb Aufgaben im allgemeinen Interesse.

Die weiterhin hohe Flächeninanspruchnahme führt zu Bodenversiegelung, erzeugt zusätzliche Verkehre und erhöht den Energieverbrauch mit klimaschädlichen CO₂-Emissionen. Der Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsflächen sowie Erstellung und Betrieb der dafür erforderlichen techni-

schen und sozialen Infrastrukturen belasten langfristig kommunale und private Haushalte. Insbesondere Quartieren, Städten und Stadtregionen, die von Schrumpfung und Abwanderung betroffen sind, drohen Funktionsverluste und perspektivisch steigende Pro-Kopf-Kosten für die Aufrechterhaltung technischer und sozialer Infrastrukturen.

Die Kommunen stehen daher vor der Aufgabe, durch geeignete Maßnahmen in den Bereichen Stoffstrommanagement, Abfallwirtschaft, Flächenmanagement und Flächenkreislaufwirtschaft Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen zu verringern.

Optimierung der Sammlung FCKW-haltiger Kühlgeräte

Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) zerstören die Schutzwirkung der Ozonschicht und tragen zu globaler Erwärmung und Treibhauseffekt bei. Die Wirkung von FCKW auf das Klima ist um ein Vielfaches höher als jene von CO₂. Obwohl die Herstellung von FCKW-haltigen Kühlgeräten seit 1995 verboten ist, enthalten immer noch rund 80 Prozent der 2010 zu entsorgenden Kühlgeräte diese klimaschädlichen Bestandteile. Allein die im Kühlkreislauf eines Kühlgeräts vorhandene Menge an FCKW weist eine Klimaschädlichkeit von rund 1,4 Tonnen CO₂-Äquivalenten auf.

→ »Klimakiller« FCKW immer noch in Kühlgeräten

»Beraubte« Kühlgeräte usw.
in Köln
Foto: Maic Verbücheln.



Die Gewährleistung einer klima- und ressourcenschonenden Entsorgung von alten Kühlgeräten setzt das Vorliegen einer geschlossenen Entsorgungskette voraus. Hierfür ist es wesentlich, die Kühlgeräte in unzerstörtem Zustand zu sammeln. Nicht selten werden diese in teilweise zerstörtem Zustand an den Recyclinghöfen abgegeben, bei einer Abholung über die Straßensammlung zum Teil »ausgeschlachtet« oder gar nicht vorgefunden. Die Zerstörung der Kühlgeräte – etwa durch Entwendung des Kompressors zur Erzielung etwaiger Metallerlöse – ist in der Regel mit der Freisetzung von FCKW verbunden.

Vor diesem Hintergrund wurde das Difu vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) in Nordrhein-Westfalen beauftragt, eine Studie »Optimierung der Sammlung von FCKW-haltigen Kühlgeräten in Nordrhein-Westfalen« zu erarbeiten. Im Rahmen der Studie wurden Maßnahmen und Handlungsmöglichkeiten dargestellt und bewertet sowie positive Beispiele aus der kommunalen Praxis aufgezeigt, die eine Optimierung vorhandener Sammelsysteme für Kühlgeräte ermöglichen. Die gesetzliche Grundlage in diesem Zusammenhang bildet das »Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten« (Elektro- und Elektronikgerätegesetz – ElektroG). Für die Studie wurde unter anderem der Status quo der Sammlung von Kühlgeräten in zehn Kommunen in NRW untersucht.

Als Ergebnis konnten in verschiedenen Bereichen Handlungsfelder für die Optimierung identifiziert werden; dies betrifft etwa Informationsbereitstellung,

Infrastruktur, Kontrollen und Motivation. Bei der Informationsbereitstellung sollten alle Akteure ausreichend über die Problematik, wie z.B. die Klimarelevanz, informiert sein. Durch Optimierungen im Bring- wie auch im Holsystem kann die Infrastruktur der Sammlung verbessert werden. Auch die Überwachung der Sammlung und die Strafverfolgung von »Entwendern« sind in den meisten Kommunen optimierbar. Möglichkeiten bestehen dabei in Kooperationen bzw. einem verbesserten Austausch mit Ordnungsämtern, der Polizei und der Staatsanwaltschaft.

Die Studie wird 2011 veröffentlicht.

Flächenmanagement und Flächenkreislaufwirtschaft

Flächenmanagement als kommunale Aufgabe basiert auf der den Kommunen nach Art. 28 Grundgesetz garantierten Gestaltungshoheit der örtlichen Aufgaben, d.h. auch der Planungshoheit für die Ausweisung von Bauland. Zumeist wird Flächenmanagement daher als eine kommunale Aufgabe gesehen. Aufgrund vielfältiger, über die einzelne Kommune hinausreichender räumlich-funktionaler Verflechtungen wird aber immer häufiger ein Bedarf zur Etablierung eines regionalen Flächenmanagements reklamiert. Insbesondere die mit dem Flächenmanagement verknüpften Prinzipien sowie Politik- und Managementansätze der Flächenhaushaltspolitik und Flächenkreislaufwirtschaft beschreiben Anforderungen, bestehende Instrumente zu modifizieren und neue Instrumente einzuführen, mit denen sich die Flächeninanspruchnahme nachhaltig steuern lässt.

→ Optimierung der
Sammlung möglich

Flächenkreislaufwirtschaft als zentraler Strategieansatz zielt vorrangig und systematisch darauf, die Potenziale der Bestandsentwicklung und der Wiedernutzung von Brachflächen auszuschöpfen. Sie setzt konsequent an der Innenentwicklung (unter anderem Brachenrecycling, Dichterhöhung, Baulücken- und Mehrfachnutzungen) an. Der gesamte Nutzungszyklus – von Planung, Nutzung, Nutzungsaufgabe, Brachliegen und Wiedereinbringen von Gebäuden – wird für Flächen in den Mittelpunkt gestellt.

Den Politik- und Strategieansatz der Flächenkreislaufwirtschaft hat das Difu im ExWoSt-Vorhaben »Fläche im Kreis« in den Jahren 2003 bis 2007 untersucht und erprobt. Er wird nun im INTERREG IV B-Vorhaben »Circular Flow Land Use Management (CircUse)« auf die Praxis verschiedener europäischer Staaten transformiert. CircUse weist eine Laufzeit von 2010 bis 2013 auf und wird von zwölf Partnern und drei assoziierten Institutionen aus sechs Ländern gemeinsam durchgeführt. Beteiligt sind Partner aus Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, aus Italien, Österreich und Deutschland.

Anhand von sechs Pilotprojekten soll aufgezeigt werden, wie die Flächennutzung optimiert und die Flächeninanspruchnahme quantitativ reduziert wie qualitativ verbessert werden können. Das Konzept umfasst unter anderem eine integrative Strategie, mit welcher der institutionelle Rahmen beeinflusst werden soll, um eine Änderung der bisherigen »Landnutzungsphilosophie« herbeizuführen. Die Pilotprojekte weisen unterschiedliche fachliche Zugänge und Zielsetzungen auf, z.B. die Entwicklung spezifischer Rekultivierungskonzepte und Zwischennutzungen, die Einführung neuer Flächennutzungen wie der Bio-

masseproduktion auf ehemaligen Bergbauflächen, die Revitalisierung von urbanen Industrie- und Altlastenflächen oder die Neuentwicklung von peri-urbanen Zonen.

Das Difu bearbeitet federführend das Arbeitspaket »Kommunikation, Wissenstransfer und Dissemination«. Es erstellt in diesem Zusammenhang unter anderem ein Glossar mit Begriffen aus Planung und Flächenrecycling sowie ein Kompendium und Materialien für Trainingskurse zur Flächenkreislaufwirtschaft. Darüber hinaus verantwortet das Difu die Pressearbeit, den Webaufrtritt und das Corporate Design von CircUse. Es ist auch eng in die Entwicklung von Managementstrukturen und von Aktionsplänen für die Implementierung der Flächenkreislaufwirtschaft in Österreich und Polen eingebunden. Darüber hinaus entstanden im Themenfeld Flächenmanagement und Flächenkreislaufwirtschaft verschiedene Veröffentlichungen, z.B. im Förderschwerpunkt REFINA (vgl. hierzu »Projektübergreifende Begleitung des BMBF-Förderschwerpunkts REFINA« in Teil B »Städtebau und Stadtentwicklung«).

Veröffentlichungen: Frerichs, Stefan, Manfred Lieber und Thomas Preuß (Hrsg.): Flächen- und Standortbewertung für ein nachhaltiges Flächenmanagement. Methoden und Konzepte, Berlin 2010 (Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA Bd. V).

Lieber, Manfred, und Thomas Preuß: Flächenrecycling – neue Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, in: Informationen zur Raumentwicklung, H. 1/2010, S. 59–70.

Preuß, Thomas: Flächenmanagement, in: Henckel, Dietrich, Kester von Kuczowski, Petra Lau, Elke Pahl-Weber und Florian Stellmacher (Hrsg.): Planen – Bauen – Umwelt. Ein Handbuch, Wiesbaden 2010, S. 177–181.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Umwelt finden Sie unter »Daten und Fakten«.

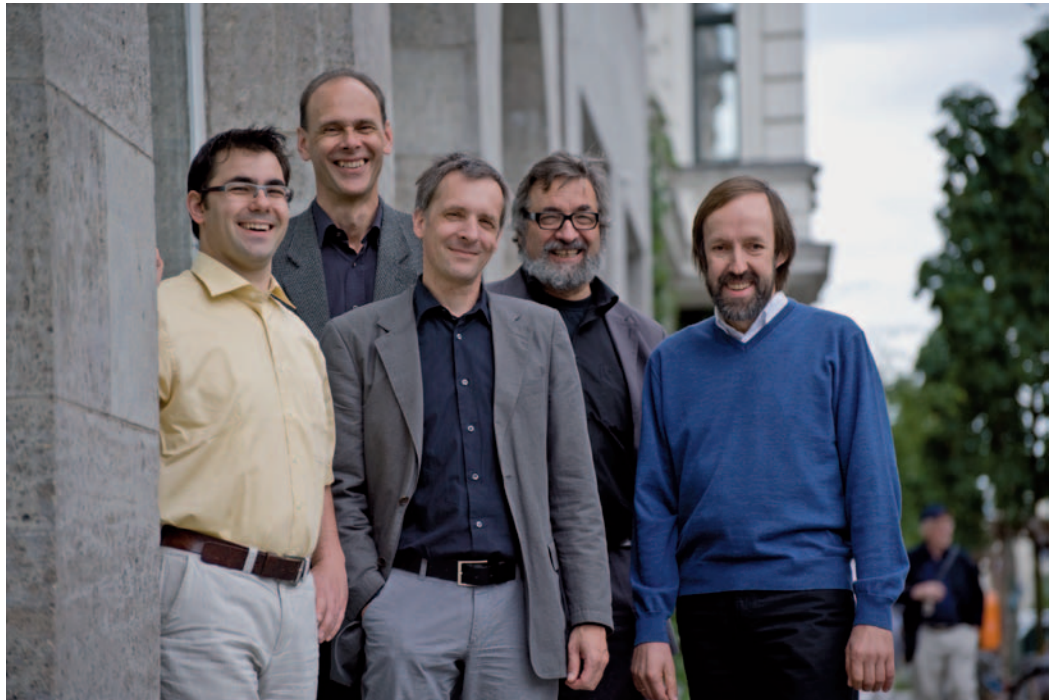
→ Flächenkreislaufwirtschaft als Herausforderung und Chance

→ EU-Vorhaben CircUse: Internationale Erprobung des Politik- und Managementansatzes



Workshop beim Österreichischen Umweltbundesamt in Wien
Foto: Umweltbundesamt Wien.

Steuerung und Aufgabenorganisation



v.l.n.r.: Stefan Schneider,
Busso Grabow, Jens Libbe,
Klaus J. Beckmann, Rüdiger
Knipp
Foto: Doris Reichel.

Aufgaben- wie Organisationsstrukturen der Kommunen unterliegen seit Beginn der 1990-Jahre umfassenden Reformbemühungen. Im Hinblick auf die »Binnenmodernisierung« wurde unter anderem durch Einführung von Elementen des »Neuen Steuerungsmodells« (NSM) ein wichtiger Lernprozess in Politik und Verwaltung ausgelöst. In der Folge ergeben sich einerseits – viel deutlicher als erwartet – Verbesserungen des Service-niveaus und der Kundenorientierung, andererseits werden die Schwächen dezentraler Selbststeuerung und ökonomischer Anreizsysteme stärker wahrgenommen.

→ ServiceStadt Berlin 2016

Im Hinblick auf die »Außenmodernisierung« zeigt sich die Situation unübersichtlicher. Ohne die bereits anhaltende Auslagerung von Aufgaben, die Einbindung privater Dritter wie auch die Stärkung wettbewerblicher Elemente ist die Bandbreite der kommunalen Daseinsvorsorge – so scheint es – nicht mehr aufrechtzuerhalten. Dies wirft zugleich aber erhebliche Steuerungs- und Legitimationsprobleme auf.

Das Difu nimmt in seinen Forschungs- und Fortbildungsaktivitäten beide Entwicklungen auf, die Ausdruck veränderter politischer, gesellschaftlicher, demografischer, wirtschaftlicher und technologischer Rahmenbedingungen sind.

Binnenmodernisierung

Die Forschungsaktivitäten des Difu zur »Binnenmodernisierung« konzentrierten sich 2010 auf die zukunftsfähige Ausgestaltung der Leistungs- und Serviceangebote der Kommunen unter sich verändernden Rahmenbedingungen.

Ausgangspunkt der Difu-Arbeiten zu diesem Thema war das Projekt »ServiceStadt Berlin 2016«, dessen Ergebnisse im Jahr 2009 vom Difu veröffentlicht wurden. In diesem Projekt wurden auf der Basis des innovativen methodischen Ansatzes der »Servicetypen« für Berlin 14 programmatische Handlungsfelder ermittelt (wie z.B. partizipative Stadt, One Stop City, Lebenswelten als Handlungsmaßstab usw.). Deren Umsetzung bedarf nicht nur eines veränderten Verständnisses politischer Entscheidungsfindung und demokratischer Legitimation, sondern schließt auch die Veränderung traditionell verankerter Verwaltungsverfahren und die Begründung einer neuen Verwaltungskultur ein. Darüber hinaus erarbeitete das Difu konkrete Handlungsempfehlungen, wie sich die gewonnenen Erkenntnisse operativ umsetzen lassen. Die meisten Schlussfolgerungen aus der Studie sind nicht nur auf die speziellen Berliner Ausgangsbedingungen anwendbar, sondern lassen sich auch auf andere Kommunen

übertragen. Beispielsweise setzen sich die Hansestadt Bremen und Magdeburg intensiv mit den Ergebnissen auseinander.

Im September 2009 beauftragte das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf (mit Unterstützung des Landes Berlin, vertreten durch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport) das Difu, ein Diskursprojekt durchzuführen – als erste Phase eines Vorhabens, mit dem die Vorschläge der Studie »ServiceStadt Berlin 2016« im Bezirk exemplarisch umgesetzt werden sollen (Projekt »ProDiskurs«). Der Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf (mit knapp 250 000 Einwohnern) ist für die Umsetzung der Studienergebnisse besonders interessant: Er durchläuft aufgrund seiner spezifischen Gründungsgeschichte viele Entwicklungen, die in der gesamten Stadt auftreten, besonders schnell und intensiv.

Zukunftsfähige öffentliche Dienstleistungen – hier: im Bezirk Marzahn-Hellersdorf – herzustellen, setzt neben klaren Zielvorstellungen und konkreten Handlungskonzepten insbesondere die Akzeptanz und Unterstützung durch die beteiligten Akteure innerhalb und außerhalb der Bezirksverwaltung voraus. Deswegen wurde ein Projekt gestartet, in dem zunächst ein Diskurs aller Beteiligter über Ziele und zukünftige Umsetzungsschritte geführt und zum Ergebnis gebracht werden sollte. Neben einer Reihe weiterer diskursorientierter Elemente bildete ein Online-Dialog mit und zwischen den Beschäftigten des Bezirks das zentrale methodische Instrument.

Im Ergebnis wurden elf konkrete Maßnahmen definiert, die in der aktuell laufenden zweiten Phase des Projekts konkretisiert und umgesetzt werden.

Neben zwei Maßnahmen mit Querschnittscharakter lassen sich die übrigen Maßnahmen den Bereichen »KundInnen/Bürgerbeteiligung/Ehrenamt«, »MitarbeiterInnen/Vorgesetzte« sowie »Strukturen und Prozesse/Organisation« zuordnen. Die Difu-Vorschläge erlauben eine nahezu unterbrechungsfreie Weiterführung des Veränderungsprozesses in Marzahn-Hellersdorf. Sie basieren im Wesentlichen auf Anregungen der Beschäftigten, zu denen sich Führungskräfte und Politik im Bezirk im Rahmen eines stufenweisen Diskurses bekannt haben. Damit ist eine gute Grundlage für die breite Akzeptanz der Maßnahmen gelegt.

Durch die in der ersten Projektphase definierten Umsetzungsmaßnahmen wird der kulturelle Wandel in der Bezirksverwaltung weiter unterstützt und für die Beschäftigten, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger sowie alle anderen Verwaltungskunden sichtbar. Das Projektergebnis zeigt, dass eine Übertragung und Konkretisierung der politikfeldübergreifenden Handlungsempfehlungen der Studie »ServiceStadt Berlin 2016« möglich sind. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass bestehende strategische Überlegungen als wertvolle Grundlage für die Veränderungen verstanden und aufgegriffen werden. Ebenfalls eine wichtige Erkenntnis aus dem Projekt: Die umfassende Beteiligung der Beschäftigten einer Kommunalverwaltung ist nicht nur möglich, sondern zwingend erforderlich. Die breite Beteiligung am Online-Dialog hat gezeigt, dass die Beschäftigten an der Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen interessiert sind und dazu auch wichtige Anregungen geben. Eine Difu-Veröffentlichung zu Ergebnissen des Projekts, vor allem zum Diskursprozess und Online-Dialog, ist geplant.

→ Exemplarische Umsetzung von Ergebnissen

→ Kultureller Wandel in der Verwaltung

→ Beteiligung der Beschäftigten

Startseite des Online-Dialogs

→ Aufsuchende Verwaltung, aufsuchende Stadt

Eines der 14 programmatischen Handlungsfelder in der Studie »ServiceStadt Berlin 2016« wurde mit »Aufsuchende Stadt« überschrieben. Der Hintergrund: Das frühere Bild der Verwaltung, an die man sich als »Bittsteller« wendet und die nahezu autonom agiert, hat sich inzwischen doch sehr gewandelt. Veränderte Rahmenbedingungen – gesellschaftlicher und demografischer Wandel, technologisch-ökonomischer Strukturwandel, Nachfrageveränderungen und stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft – führen dazu, dass die Verwaltung und (andere) Akteure der Daseinsvorsorge viel mehr als bisher auf Bürgerschaft und Unternehmen zugehen müssen. Wie dies geschehen kann, auf welchen Wegen und mit welchem Ziel, wurde im Rahmen eines Buchbeitrags vertiefend untersucht.

Ein wichtiger Bestandteil der aufsuchenden Stadt ist der »proaktive« Kontakt zu den Adressaten von Politik und Verwaltung. Eine Vielzahl von Zielen der städtischen Entwicklung, die sich unter dem Oberbegriff »Nachhaltige Stadtentwicklung« zusammenfassen lassen – z.B. Klimaschutz, umweltgerechte Mobilität, nachhaltiger Konsum, nachhaltige Bildungsförderung, Gesundheitsförderung – wird besser erreicht, wenn Bürgerschaft und Unternehmen diese Ziele auch stärker als bisher als ihre eigenen wahrnehmen. Aktives Zugehen auf die Bewohnerinnen und Bewohner einer Stadt mit dem Angebot der Beratung und Unterstützung in diesen Handlungsfeldern stellt eine große Herausforderung für die Zukunft dar.

Für bestimmte kommunale Leistungsangebote ist verstärkt das engere Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger, ihre »Lebenswelt«, als räumlicher Handlungsmaßstab heranzuziehen (Sozialraumorientierung). Zu den Prinzipien der sozialraumorientierten Leistungskonzeption und -erbringung gehört, dass die Services vor Ort fachübergreifend und in enger Vernetzung der relevanten Akteure erbracht werden. Die positiven Erfahrungen aus dem Quartiermanagement und der Jugendhilfe sollten aufgegriffen werden. Die »aufsuchende Stadt« wird damit immer weniger durch die Verwaltung repräsentiert, vielmehr zunehmend durch »Aufsuchende«, die beauftragt werden (Bewohner, wie z.B. »Bürgerlotsen« in den Schulen, »Kiezlotsen«, »Stadtteilmütter« oder soziokulturelle Träger, etwa Streetworker). Dahinter steht ein wirklicher »Paradigmenwechsel«: Bürgerinnen und Bürger oder unternehmerische Akteure spüren, dass es auf sie ankommt und sie mitverantwortlich sind für die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft – ein ganz zentraler Ansatzpunkt für stärkeres zivilgesellschaftliches Engagement.

→ Technologischer Fortschritt und Verwaltungshandeln

→ Bürgerdienste vor Ort

Zu den veränderten Anforderungen gehört aber auch, dass die Stadt und die Verwaltung vor Ort sichtbar werden. Die technischen Möglichkeiten sollten stärker genutzt werden. Dies gilt

beispielsweise für E-Government-Angebote, die um »Push-Dienste« (z.B. RSS-Feeds, Erinnerungsservices) und um geeignete Services für mobile Geräte erweitert werden sollten. Es gilt auch im Hinblick auf die Bereitstellung elektronisch unterstützter mobiler Bürgerdienste. Dabei sollten gezielt Orte und Einrichtungen bedient werden, an denen sich in der eigenen Mobilität Eingeschränkte, Menschen mit knappen Zeitressourcen oder solche mit bisher hohen Schwellenängsten im Verwaltungskontakt (z.B. Migranten) konzentrieren. »Front Offices« und weitere Serviceeinrichtungen sollten noch stärker als bisher z.B. in großen Einzelhandelslagen oder anderen Orten mit guter Erreichbarkeit angesiedelt werden, durchaus auch in neuen Organisationsformen etwa mit privaten Dienstleistern (um zusätzliche Wege für die Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden). Bestimmte Dienste sollten auch in Institutionen angeboten werden, die erste Anlaufstellen der Bürgerinnen und Bürger sind (z.B. die Kfz-Zulassung im Autohaus).

Das Leitbild »Aufsuchende Stadt« sollte auch für die Wirtschaft gelten. Stärker als bisher sollten Unternehmensbesuche durchgeführt werden, mit dem Ziel, Anliegen der ansässigen Wirtschaft aufzunehmen und deren Potenziale zur Entwicklung von Stadtgesellschaft und Stadtwirtschaft zu erheben. Wenn sich die Stadt stärker auf die Bürgerschaft und die Unternehmen zu bewegt, wird der Anspruch eines starken, aktivierenden und gewährleistenden Staates mit intensiver Einbindung der Zivilgesellschaft auch und gerade in den Kommunen schneller Wirklichkeit werden.

Veröffentlichung: Grabow, Busso: Aufsuchende Stadt, aufsuchende Verwaltung, in: Brüggemeier, Martin, und Klaus Lenk (Hrsg.): Bürokratieabbau im Verwaltungsvollzug – Better Regulation zwischen Go-Government und No-Government, Berlin 2011 (Im Erscheinen).

Das Zusammenspiel von technologischem Fortschritt in den Informations- und Kommunikationstechnologien und organisatorischen Veränderungen im Verwaltungshandeln führt dazu, dass sich ein komplexes Geflecht von materiellem und virtuellem Raum bildet. Räumliche Dimensionen verlieren dabei an Eindeutigkeit. Denn wer das Internet nutzt, kann zugleich lokal und weltweit agieren. Auch die Städte zeigen sich mit ihrer Präsenz im Internet einer weltweiten Öffentlichkeit, auch wenn sie sich nur ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern präsentieren wollen. In noch stärkerem Maße als bisher vermischen sich dadurch lokale, nationale und globale Öffentlichkeit – je nach internationaler Einbindung der einzelnen Kommune. Technische Vernetzung bedeutet aber nicht automatisch soziale Vernetzung. Online-Angebote bringen nicht per se mehr Partizipation. Bürgerengagement kommt nicht allein durch mehr elektronische Bürgerdienste zustande. »Open Government« ist nicht

nur eine Frage des nutzbaren Mehrwerts von Verwaltungsdaten, sondern der Veränderung von Verwaltungskultur. Im Rahmen eines Buchbeitrags wurden die Veränderungen kommunalen Handelns dargestellt und besonders die Fragen erörtert, welche Rolle Informations- und Kommunikationstechnologien im städtischen Kontext spielen, ob und wie neue Technologien neue Steuerungsformen ermöglichen und welche Potenziale und Herausforderungen für neue Steuerungsformen mit dem Einsatz neuer Technologien verbunden sind.

Veröffentlichung: Floeting, Holger: Das Internet, die Stadt, das Örtliche und das Globale. Wie verändert sich kommunales Handeln?, in: Hatzelhofer, Lena, Michael Lobeck, Wolfgang Müller, Claus-Christian Wiegandt (Hrsg.): E-Government und Stadtentwicklung, Berlin 2010 (Schriftenreihe des Arbeitskreises Stadtzukünfte der Deutschen Gesellschaft für Geographie, Bd. 8), S. 11–23.

Die Fähigkeit zur Binnenmodernisierung hängt grundsätzlich mit den Personalressourcen zusammen. Unter der Überschrift »Neue Herausforderungen, keine Ressourcen – (wie) lässt sich das Dilemma des Personalmanagements in Bund, Ländern und Kommunen überwinden?« wurde im Oktober 2010 in Kooperation mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BaköV) ein Seminar durchgeführt. Gegenstand der Erörterungen waren über die finanziellen und demografischen Rahmenbedingungen hinaus wirtschaftliche, technologische, gesellschaftliche und rechtliche Veränderungen und deren Auswirkungen auf das Verwaltungshandeln.

Die Veranstaltung zeigte: Aufgrund der Verschiedenheit der Verwaltungsstrukturen bieten sich kaum »Königswege«. Jede Verwaltung muss die für sie »richtigen« Konzepte entwickeln. Vor diesem Hintergrund wurde zunehmend Handlungsbedarf in Sachen Gewinnung qualifizierten Nachwuchspersonals gesehen, um die Nachteile gegenüber der Wirtschaft in diesem derzeit ungleichen Wettbewerb zu reduzieren. Besondere Bedeutung erlangen dabei vor allem Fragen der Personalführung, des Gesundheitsmanagements, des Wissensmanagements und eine die Personalentwicklung ergänzende Arbeitgeberentwicklung, die weit mehr sein muss als die Initiierung neuer Marketingkampagnen für den öffentlichen Dienst. Auffällig war: Der Nutzen selbst aus jenen Instrumenten, die in der Verwaltungspraxis schon längere Zeit als etabliert gelten, konnte bislang nur selten realisiert werden, da es nach deren Einführung offensichtlich an einer engagierten Umsetzung fehlt. Die Praxisberichte verdeutlichten zudem eindrucksvoll, dass zahlreiche Maßnahmen des Personalmanagements auch ohne größeren monetären Aufwand umsetzbar sind. Beispielsweise seien hier die zahlreichen Instrumente der Personalführung und Personalentwicklung sowie die des Gesundheitsmanagements genannt,

für deren Finanzierung sich auch Kooperationsmodelle anbieten.

Organisation der Aufgabenwahrnehmung

Bezogen auf Aspekte der »Außenmodernisierung« lag der Schwerpunkt der Difu-Aktivitäten auch im Jahr 2010 in der Politikberatung und in Vortragstätigkeiten. Fragen der Steuerung und des Rückbezugs ausgelagerter Einheiten und selbstständiger kommunaler Unternehmen standen dabei ebenso im Fokus wie Standards für Beteiligungsunternehmen. Immer wichtiger wird die Frage nach Entscheidungskriterien für die Rückübertragung bzw. Rekommunalisierung von Leistungen. Der Begriff Rekommunalisierung erfasst dabei das Spektrum von einer auch nur begrenzten Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf private oder teilprivatisierte Ver- oder Entsorgungsunternehmen bis hin zur umfänglichen Rückübertragung von bis dahin durch Privatunternehmen erledigten Aufgaben zur Wahrnehmung mit öffentlichen Sach- und Personalmitteln.

→ Corporate Governance und Rekommunalisierung

→ Personalressourcen, Personalmanagement

In einigen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge gibt es einen mehr oder weniger stark ausgeprägten Trend hin zur eigenen kommunalen Leistungserbringung. Dies gilt insbesondere für den Energiebereich, teilweise aber auch für die Abfallwirtschaft und Abwasserentsorgung. Diese Entwicklung wird auf Seiten von Politik, Medien und Bevölkerung intensiv beobachtet und diskutiert. Ein zentrales Argument pro Rekommunalisierung ist die damit verbundene Annahme, dass sich bestimmte Aufgaben besser in öffentlicher Regie durchführen lassen als durch Beauftragung privater Dritter oder private Wettbewerber.

Im Rahmen des Difu-Ansprechpartnertreffens ebenso wie im Rahmen eines Difu-Dialogs (siehe hierzu auch unter Teil C »Fortbildung«) zu »Neue alte Wege in der kommunalen Daseinsvorsorge« wurde das Interesse der Kommunen am Thema deutlich. Rekommunalisierung ist eng mit der Frage der strategischen Verantwortung von Kommunalpolitik verknüpft. Das Difu hat dies zum Anlass genommen, das Thema einer vertiefenden Untersuchung zu unterziehen. Bis zum Frühjahr 2011 werden die fachlichen Begründungen für unterschiedliche Organisationsformen der Leistungserbringung erörtert und anschließend das Pro und Contra der Rekommunalisierung betrachtet. Zudem sollen die Bedingungen erläutert werden, welche im Einzelfall (und in unterschiedlichen Sektoren) für (oder auch gegen) eine Rekommunalisierung sprechen. Einen wesentlichen Aspekt werden hierbei die rechtlichen und ökonomischen Hürden sowie deren Bewältigung bilden. Im Weiteren wird es unter anderem um die Frage der empirischen Lücken, um die Bedeutung der Rekommunalisierung für die

→ Neue alte Wege in der kommunalen Daseinsvorsorge

Stadtentwicklung sowie um entsprechende Beratungsbedarfe der Kommunen gehen.

Veröffentlichungen: Libbe, Jens: Kommunale Dienste in einer Hand?, in: AKP – Alternative Kommunalpolitik, 31. Jg., H. 6 /2010, S. 38–40.

Libbe, Jens, und Stefanie Hanke: Rekommunalisierung als probates Mittel zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage? in: Klaus J. Beckmann: Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Berlin 2011, S. 21–26 (Difu-Impulse, Bd. 3/2011).

Rekommunalisierung spiegelt ebenso wie anhaltende Privatisierungen die Vielfalt wider, wie Kommunen ihre Aufgaben erbringen. Die Möglichkeiten der Einflussnahme in unterschiedlichen Formen kommunaler Leistungserbringung bilden auch künftig einen wichtigen Bezugsrahmen der Institutsarbeit (vgl. auch Teil B »Politik,

Verwaltung und Recht« sowie »Infrastruktur«). Dabei stehen Arbeitsabläufe, Prozessorganisationen und Beteiligungen bzw. Kooperationen zwischen öffentlichen Akteuren wie zwischen öffentlichen und privaten Partnern gleichermaßen im Mittelpunkt der Betrachtung. Dies zeigt sich beispielhaft im Projekt »Bestandsaufnahme Frühe Hilfen«, in dem Kooperations- und Vernetzungsformen zwischen Jugend- und Gesundheitsämtern sowie zu privaten Trägern untersucht werden (vgl. Teil B »Bevölkerung und Soziales«), ebenso im Projekt »Integrierte Stadtentwicklung« (siehe Teil B »Städtebau und Stadtentwicklung«).

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen des Difu zum Themenbereich Steuerung und Aufgabenorganisation finden Sie unter »Daten und Fakten«.



Fortbildung

Difu-Veranstaltungen

Fahrradakademie

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

Fortbildung für die kommunale Praxis war wie in den zurückliegenden Jahren auch 2010 eine zentrale Aufgabe des Instituts. Über die Fortbildungsangebote stellt das Difu umfangreiche und fruchtbringende Kontakte zu den Kommunen her, ist zudem durch den Transfer aktueller Forschungsergebnisse eine wichtige Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis und damit ein kompetenter und verlässlicher Partner gerade der kommunalen Handlungsträger (Rat und Verwaltung) in Deutschland.

Zur Produktpalette des Berichtsjahres gehört auch wieder das Difu-Veranstaltungsprogramm, in dessen Rahmen »Berlin-Seminare«, Fachtagungen, Brennpunktseminare sowie Regionalseminare durchgeführt wurden. Hinzu kamen die einer breiten, meist Berliner Fachöffentlichkeit zugäng-

lichen Difu-Dialoge sowie das 2010 in Berlin durchgeführte »Ansprechpartnertreffen«. Die auf spezielle Zielgruppen ausgerichteten Veranstaltungen der Fahrradakademie und der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) gehörten gleichfalls zum Fortbildungsangebot des Instituts (Näheres hierzu auf den nächsten Seiten).

Neue, ungewohnte Herausforderungen für die Durchführung der Seminare waren mit dem Umzug des Instituts und der Inbetriebnahme neuer Tagungsräumlichkeiten am neuen Standort Zimmerstraße 13–15 in Berlin-Kreuzberg verbunden. Insbesondere wurden verschiedene Möblierungsvarianten für den großen Seminarraum (Freiherr-vom-Stein-Raum) ausprobiert, bis sich schließlich eine endgültige Lösung fand.



Difu-Veranstaltungen

Difu-Veranstaltungsprogramm

v.l.n.r.: Sylvia Bertz, Gerd Kühn, Ina Kaube, Bettina Leute, Rüdiger Knipp
Foto: Doris Reichel.



Im Rahmen des Difu-Veranstaltungsprogramms wurden 2010 insgesamt 34 Veranstaltungen durchgeführt, an denen 1688 Fachleute teilnahmen. Diese kamen vorwiegend aus den jeweils zuständigen Fachverwaltungen deutscher Kommunen, aber auch aus städtischen Gesellschaften und Unternehmen sowie kommunalnahen Einrichtungen, Länder- und Bundesministerien, staatlichen Mittelbehörden, aus Kammern, Planungsbüros und weiteren Einrichtungen. Die Veranstaltungen teilten sich wie folgt auf: 28 Seminare, die zum ganz überwiegenden Teil in Berlin stattfanden, vier Fachtagungen, ein Kongress und der 40. Interkommunale Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung – im Berichtsjahr in Nürnberg. Hinzu kommen fünf Veranstaltungen der »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« mit insgesamt 360 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (vgl. hierzu »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz« in Teil B »Kommunaler Umweltschutz«).

Das Spektrum der zumeist zweitägigen Seminare und Fachtagungen im Rahmen des Difu-Veranstaltungsprogramms für das Jahr 2010 umfasste in gewohnter Weise eine Vielzahl kommunalpolitischer Themen- und Aufgabenfelder: Stadtentwicklung/Stadtplanung, kommunale Wirtschaftsförderung, Bildungs-, Verkehrs-, Umwelt-/Freiraum- und Sportpolitik. Im Fokus standen daneben auch die Wohnungs- und Energiepolitik, die

Verwaltungsmodernisierung, Infrastrukturplanung und aktuelle Fragen des Städtebaurechts.

Stark nachgefragt waren wie in den Vorjahren Veranstaltungsreihen, in denen zu einem wiederholt behandelten Themenstrang jeweils aktuelle Fragestellungen behandelt werden. Beispiele hierfür waren im Berichtsjahr die Reihen »Städtebaurecht aktuell« (55 Teilnehmerinnen und Teilnehmer) und »Gartenschauen« (49 Teilnehmerinnen und Teilnehmer). Auch der Energiebeauftragtenkongress sowie der interkommunale Erfahrungsaustausch – beide Reihen werden jährlich angeboten – stießen mit 179 bzw. 95 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf großes Interesse.

Insgesamt wurden die Seminare und Fachtagungen des Difu-Veranstaltungsprogramms auch am neuen Standort im Jahr 2010 ihrem hohen fachlichen Anspruch gerecht, wie nicht zuletzt die Rückmeldungen zu den Veranstaltungen belegen. Die Veranstaltungen genießen nach wie vor als Treffpunkt für die Vermittlung und den Austausch auch ressortübergreifender Fachkenntnisse und Lösungen sowie für den Aufbau und die Nutzung von informellen Kontakten einen hervorragenden Ruf.

Eine vollständige Auflistung des Difu-Veranstaltungsprogramms 2010 finden Sie in der Veranstaltungsübersicht im Teil G »Daten und Fakten«.

Difu-Veranstaltungen

C Fortbildung

Difu-Dialoge und Ansprechpartnertreffen: von öffentlich bis exklusiv



v.l.n.r.: Steffi Greiner, Cornelia Schmidt, Sybille Wenke-Thiem, Klaus J. Beckmann
Foto: David Ausserhofer.

Für kommunale Themen interessieren sich viele Menschen. Wie soll das Leben in unserer Stadt künftig aussehen? Was ist wichtig für eine zukunftsfähige und lebenswerte Stadt? Als gemeinnütziges Institut bietet das Difu daher nicht nur kostenpflichtige Fortbildungen für Fachleute an. Die öffentliche Veranstaltungsserie »Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte« zieht jährlich mittlerweile mehrere Hundert »Stadt-Interessierte« ins Institut.

In der Veranstaltungsreihe werden neue Erkenntnisse zu verschiedenen kommunalen Themen im Rahmen von Vorträgen zur Debatte gestellt und anschließend diskutiert. Die Gäste kommen aus Bundes- und Landesverwaltungen, Bezirksämtern, Stadtverwaltungen, öffentlichen und privaten Einrichtungen, Medien sowie der allgemeinen Öffentlichkeit.

2010 wurden sieben Difu-Dialoge durchgeführt.

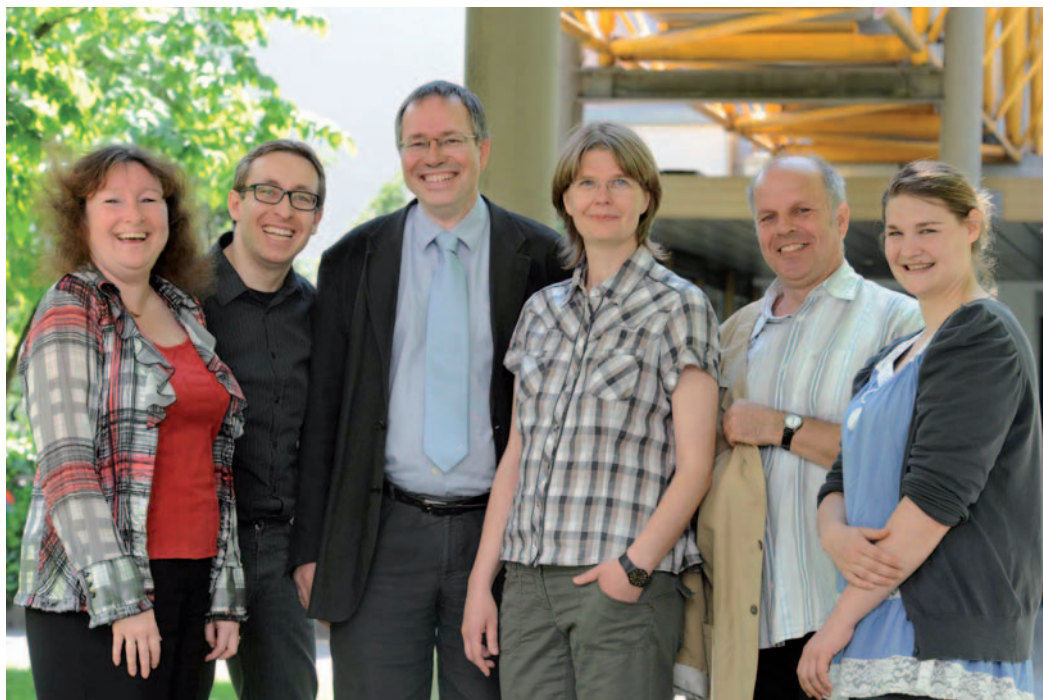
Eine Übersicht der Dialoge 2010 ist im Teil G »Daten und Fakten« dieses Berichts sowie im Difu-Internetangebot unter: www.difu.de/search/node/Difu-Dialoge zu finden.

Für die über 100 dem Institut als Zuwender verbundenen Städte und Verbände bietet das Difu u.a. jährlich exklusiv ein zweitägiges Treffen an. Bei der in wechselnden Städten stattfindenden gebührenfreien Fortbildung werden jeweils Workshops sowie Kurzvorträge zu verschiedenen aktuellen stadtrelevanten Themen angeboten.

2010 fand das »Ansprechpartnertreffen« am neuen Difu-Standort in Berlin statt. Workshopthemen waren »Evaluierung von Stadtentwicklung in der kommunalen Praxis«, »Dimensionen nachhaltiger Stadtentwicklung« sowie »Gewerbeflächen – Aktivierung, Sicherung und Entwicklung«; in Kurzvorträgen wurden die Themen »Kommunale Erfahrungen und Möglichkeiten der Bewältigung des demografischen Wandels« sowie »Kommunalisierung – ein Muss?« beleuchtet. Neben dieser inhaltlichen Arbeit in Workshops und Vorträgen mit Diskussion nahm der Erfahrungsaustausch einen sehr wichtigen Raum ein.

Das Treffen 2010 ist im Difu-Extranet dokumentiert: www.difu.de/veranstaltungen/2010-06-17/ansprechpartnertreffen-2010-des-deutschen-instituts-fuer.html?embedded=7004.

v.l.n.r.: Garnet Glaser, Arne Koerdt, Tilman Bracher, Simone Harms, Thomas Weber, Julia Thiele
(nicht abgebildet: Johanna Theunissen)
Foto: David Ausserhofer.



Die Fahrradakademie bietet seit 2007 mit Förderung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände Fortbildungen für kommunale Akteure im Bereich Radverkehrsplanung an.

Mit neuen Partnern, neuen Veranstaltungsformaten und neuen Themen konnte das Angebot gegenüber den Vorjahren noch einmal deutlich weiterentwickelt werden. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 35 Veranstaltungen in 13 Bundesländern sowie in der Schweiz durchgeführt. Kernelemente des Programms waren Seminarreihen zu Themen wie Verkehrssicherheit, Kommunikation und Radverkehr an Knotenpunkten.

Darüber hinaus wurde im Jahr 2010 die Reihe der Veranstaltungen zur Novellierung der Straßenverkehrsordnung (StVO) und der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung fortgeführt. In Kooperation mit den Bundesländern wurden zehn eintägige Fachseminare angeboten. Zum Abschluss wurden die Rückmeldungen aus den Seminaren im Rahmen eines Workshops mit dem BMVBS im Hinblick auf eine geplante »Reparaturnovelle« der StVO analysiert.

Erstmals wurde im Herbst 2010 eine Reihe von Workshops in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) durchgeführt.

Das Thema war hier ebenfalls die Vermittlung des aktuellen Rechtsrahmens und neuer Regelwerke – mit dem Fokus auf Klein- und Mittelstädte.

Neben der Fortbildung liegt eine zentrale Aufgabe der Fahrradakademie in der Vernetzung der Akteure. Wichtigstes Vernetzungsinstrument sind die jährlichen Fahrradkommunalkonferenzen. Sie dienen dem Erfahrungsaustausch zwischen den öffentlichen Verwaltungen. Darüber hinaus fand 2010 erstmals eine »Fahrradakademie spezial«-Veranstaltung für bundesweite Multiplikatoren statt.

Insgesamt wurden die Veranstaltungen der Fahrradakademie 2010 von fast 1 800 Fachleuten besucht. Die Teilnehmerzahl hat sich damit gegenüber dem Vorjahr weiter erhöht. Gemäß Evaluation konnte deren Zufriedenheit mit dem Fortbildungsangebot noch einmal verbessert werden.

Die Fahrradakademie transportiert Praxiserfahrungen sowie aktuelle Erkenntnisse aus Wissenschaft und Rechtsprechung zu den entscheidenden Akteuren in den Kommunen, motiviert und vernetzt diese untereinander. Sie ist damit ein Schlüsselakteur im Bereich Radverkehrsförderung in Deutschland und eine wichtige Säule des Nationalen Radverkehrsplans.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen im Rahmen der Fahrradakademie finden Sie im Teil G »Daten und Fakten«.

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

C Fortbildung



v.l.n.r.: Rita Rabe, Kerstin Landua, Klaus J. Beckmann, Anne Taubert, Dörte Jessen, Maja Angelika Arlt, Katrin Adam
Foto: David Ausserhofer.

Das Projekt »Organisation von Fachtagungen zu neuen Anforderungen an die Jugendhilfe im vereinigten Deutschland« wird seit 1995 durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert und setzte seine Arbeit auch im Jahr 2010 erfolgreich und gut integriert in das Deutsche Institut für Urbanistik fort.

Das zentrale Anliegen, mit den jährlich fünf Tagungen Kooperation und Vernetzung zwischen Jugendhilfe und anderen Institutionen zu fördern, ist zu einem bestimmenden Leistungsmerkmal der Veranstaltungen geworden. Zudem sind die Veranstaltungen der AGFJ eine wichtige Schnittstelle, um politische Handlungsschwerpunkte des BMFSFJ sowie gesetzliche (Neu)Regelungen zu vermitteln und den Erfahrungstransfer zwischen BMFSFJ und kommunaler Praxis zu unterstützen. Im Jahr 2010 nahmen insgesamt 648 Personen an den Veranstaltungen der AGFJ teil. Der fachübergreifende interdisziplinäre Austausch konnte mit vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie aus angrenzenden Professionen verwirklicht werden.

Die fünf Fachtagungen widmeten sich folgenden Themen:

- »Das Jugendamt der Zukunft – Mädchen für alles oder Restjugendamt«,
- »20 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz – kritische Würdigung, Bilanz und Ausblick«,

- »Frühe Hilfen auch für Jugendliche? Gilt der Schutzauftrag § 8a SGB VIII bis zur Volljährigkeit?«,
- »Psychisch gestört oder »nur« verhaltensauffällig? Kooperation von Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie in einem schwierigen Dunkelfeld« (in Kooperation mit der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie/Psychotherapie des Universitätsklinikums Ulm),
- »Perspektiven für ein kindergerechtes Deutschland. Abschlusskongress zum Nationalen Aktionsplan »Für ein kindergerechtes Deutschland 2005–2010 – Bilanz und Ausblick«.

Zusätzlich hat die AGFJ als Kooperationspartner des Deutschen Städtetages und der Deutschen Telekom Stiftung die Fachtagung: »Tausend mal »Warum«? Verspieltes Wissen?! Verbesserung der Bildungsqualität in vorschulischen Einrichtungen« mitveranstaltet.

Mit der Veröffentlichung der Tagungsdokumentationen in der projekteigenen Schriftenreihe »Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe« werden die Tagungsergebnisse einer breiten Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht. 2010 wurden vier Tagungsdokumentationen veröffentlicht und insgesamt ca. 1 500 Tagungsdokumentationen bestellt bzw. vertrieben.

Veröffentlichungen, Vorträge und Veranstaltungen der AGFJ finden Sie im Teil G »Daten und Fakten«.



Wissensmanagement

Veröffentlichungen/Redaktion

Internet, Datenbanken und IuK-Technik



v.l.n.r.: Patrick Diekelmann,
Christina Blödmann,
Klaus-Dieter Reißwenger
Foto: David Ausserhofer.

Das Difu veröffentlichte 2010 35 Titel (2009: 39) – in seinen eigenen Publikationsreihen sowie in Projektserien und externen Reihen, z.B. den »Beiträgen aus der REFINA-Forschung«. Hinzu kommen vier Veröffentlichungen zur Kinder- und Jugendhilfe; sie wurden von der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) betreut und herausgegeben, die seit 2009 in das Difu integriert ist. Die Difu-Veröffentlichungen wenden sich vor allem an Adressatenkreise in (kommunaler) Politik und Praxis, in Verbänden und Organisationen, Medien, Hochschulen und der (Fach-)Öffentlichkeit.

Die weitaus meisten Difu-Publikationen wurden in der Redaktion betreut: Das Spektrum der redaktionellen Arbeiten reicht dabei von der Kommunikation mit den Autorinnen und Autoren über die im engeren Sinne redaktionelle Bearbeitung – die zu vermittelnden Inhalte werden zielgruppengerecht konzipiert und »aufbereitet« – bis zu Layout und Gestaltung sowie Planung, Organisation und Kontrolle von Herstellung und Dissemination als Print- und/oder Online-Publikation.

Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

In der Premium-Reihe des Difu, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, wurden 2010 drei Titel veröffentlicht:

- Infrastruktur und Stadtentwicklung. Technische und soziale Infrastrukturen – Herausforderun-

gen und Handlungsoptionen für Infrastruktur- und Stadtplanung

- Mehr Gesundheit im Quartier. Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung
- Stadtpolitik und das neue Wohnen in der Innenstadt

Difu-Arbeitshilfen

In der Reihe Difu-Arbeitshilfen – im Mittelpunkt steht die praxisorientierte Vermittlung von handlungsbezogenem Orientierungswissen – wurde 2010 ein Titel veröffentlicht:

- Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch

Difu-Impulse

In den fünf Bänden der Difu-Impulse 2010 wird ausführlich aus den laufenden Forschungs- und Fortbildungsaktivitäten des Instituts berichtet:

- Stadtentwicklungskonzepte für Gewerbeflächen. Das Beispiel der Landeshauptstadt Potsdam – Ein Werkstattbericht
- Demografischer Wandel. Kommunale Erfahrungen und Handlungsansätze
- Tausend Mal »warum?« Verbesserung der Bildungsqualität in vorschulischen Einrichtungen. Dokumentation einer Fachtagung des Difu in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag (DST), der Deutsche Telekom Stiftung

Vielfalt der
Difu-Publikationsreihen



→ Veröffentlichungen in größeren Projekten der Auftrags- und Begleitforschung

und der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe am 14./15. Januar 2010 in Berlin

- ☐ Einfaches und wirtschaftliches Parkraummanagement. Eine Fallstudie in Berlin
- ☐ Kooperationen im kommunalen Energiemanagement. Dokumentation des 14. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten am 27./28. April 2009 in Münster

Difu-Sonderveröffentlichungen

Die Sonderveröffentlichungen dokumentieren in der Regel die Erträge aus »kleineren« Difu-»internen« und drittmittelgeförderten Forschungsprojekten:

- ☐ KfW Kommunalpanel 2010
- ☐ Jahresgutachten 2009 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber
- ☐ Difu-Gutachten: Die Zulässigkeit eines bundesweiten Modellversuchs mit »Gigalinen« bzw. »Lang-Lkw« auf der Grundlage einer Bundesrechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrats
- ☐ Jahresbericht 2009
- ☐ Das Difu erkundet seinen neuen Standort. Gebäudenutzung in der Zimmerstraße 13–15 von 1799 bis 1943 anhand der Berliner Adressbücher
- ☐ KfW Kommunalbefragung 2009
- ☐ Nutzung erneuerbarer Energien durch die Kommunen. Ein Praxisleitfaden
- ☐ Novellierungsbedarf bei der BauNVO. Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik und des Deutschen Städtetages
- ☐ Kommunaler Klimaschutz 2009. Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte
- ☐ Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik

→ Von der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe betreute Publikationen

→ Zeitschrift im Eigenverlag

Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS)

Das im Difu-Eigenverlag publizierte Periodikum griff in seinen beiden Halbjahresheften 2010 folgende Themen auf:

- ☐ Stadt und Nachhaltigkeit (Heft II/2010)
- ☐ Der Wettbewerb Groß-Berlin 1910 im internationalen Kontext (Heft I/2010)

→ Veröffentlichungen BMVBS, BBSR im BBR, vom Difu bearbeitet

Dokumentationsserien

2010 erschienen drei Ausgaben in den vom Arbeitsbereich Wissensmanagement betreuten Dokumentationsserien. Die Serie »Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung« (zwei Ausgaben in 2010) dokumentiert nicht im Buchhandel erhältliches Schrifttum wie Gutachten, Forschungs- und Planungsdokumente aus Verwaltung und Wissenschaft. Die Serie »Kommunalwissenschaftliche Dissertationen« weist einmal im Jahr Promotionsarbeiten mit kommunalem Bezug nach. Die in beiden Serien nach-

gewiesene Literatur ist auch in der Literaturdatenbank ORLIS enthalten (siehe D »Wissensmanagement – Internet, Datenbanken, IuK-Technik«).

Bundestransferstelle Soziale Stadt

- ☐ Modellvorhaben der Sozialen Stadt. Gute Beispiele für sozial-integrative Projekte
- ☐ Soziale Stadt Info 24 – Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Themenheft: Ältere Menschen in der Sozialen Stadt

REFINA – Projektübergreifende Begleitung

- ☐ Flächen- und Standortbewertung für ein nachhaltiges Flächenmanagement. Methoden und Konzepte. Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA Band V
- ☐ Newsletter »Flächenpost – nachhaltiges Flächenmanagement in der Praxis«: 9 Ausgaben

netWORKS

- ☐ Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Handreichung zur Realisierung neuartiger Infrastrukturlösungen im Bereich Wasser und Abwasser
- ☐ Ressource Wasser: Klimaanpassung und Energieeffizienz. Dokumentation der Fachtagung am 5. und 6. November 2009 (herausgegeben von IBA Hamburg GmbH und Forschungsverbund netWORKS)

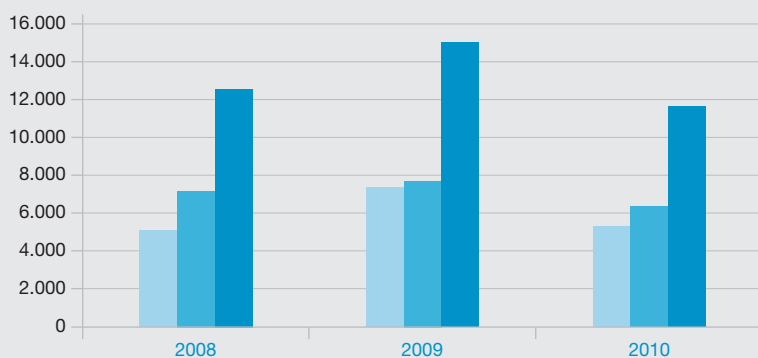
Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe

- ☐ 20 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz. Kritische Würdigung, Bilanz und Ausblick. Band 77
- ☐ Das Jugendamt der Zukunft – »Mädchen für alles« oder »Restjugendamt«? Band 76
- ☐ Wenn Frühe Hilfen nicht greifen. Unterbringung von Klein(st)kindern. Band 75
- ☐ Das aktive Jugendamt im familiengerichtlichen Verfahren. Band 74

Publikationen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und/oder des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) mit Difu-Bearbeitung

- ☐ Wettbewerbsfähige und nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung durch INTERREG. Der Beitrag transnationaler Projekte in den Themenfeldern Innovationsförderung sowie Klimaschutz und Klimaanpassung zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland. Endbericht zur MORO-Studie »Der Beitrag transnationaler Projekte zur Um-

Abgesetzte Veröffentlichungen im Jahresvergleich



2008

2009

2010

5.086

7.261

12.347

7.353

7.863

15.216

5.398

6.376

11.774

Freiexemplare
Rechnung
Insgesamt



Absatz
Difu-Printproduktionen

setzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland«. BMVBS-Online-Publikation 33, 2010

- Aktivierung von Potenzialen genossenschaftlichen Wohnens. Evaluierung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften im Forschungsprogramm »Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)«. BMVBS-Online-Publikation 25, 2010
- Berliner Gespräche zum Städtebaurecht. Band I: Bericht
- Berliner Gespräche zum Städtebaurecht. Band II: Dokumentation Festveranstaltung/Materialien
- Transnationale Perspektiven für Klimaschutz und Klimaanpassung. Wie Kommunen und Regionen INTERREG IV B nutzen können

Entwicklungen bei den Veröffentlichungen

Aus der umfangreichen Publikationstätigkeit des Difu im Jahr 2010 sollen hier drei Trends herausgegriffen werden:

- Die Anzahl der Online-Publikationen zum kostenlosen Download hat im Vergleich zu jener der Printpublikationen relativ und absolut zugenommen. Damit verbunden sind geringere Zahlen bei den abgesetzten Print-Veröffentlichungen und bei den Einnahmen.
- Innerhalb der Printprodukte relativ gestiegen ist der Absatz von Büchern und Broschüren aus Drittmittelprojekten. Da diese vertragsgemäß zumeist kostenlos vertrieben werden, hat sich das Verhältnis von verkauften zu Freiexemplaren zugunsten Letzterer verschoben und ist in der Folge die Höhe der Einnahmen aus dem Vertrieb von Print-Veröffentlichungen leicht zurückgegangen.
- Redaktionelle Arbeitskapazitäten, nicht zuletzt umfassende Koordinierungsaufgaben inner-

halb großer Autorentteams, wurden stark auch für einige überdurchschnittlich umfangreiche Publikationen – Größenordnung bis zu 500 Seiten – in (Groß-)Projekten eingesetzt. Ein Beispiel hierfür ist das 2010 erarbeitete und im Jahr 2011 erschienene, 492 Seiten starke Handbuch »Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis«. Es stellt in beinahe 100 Beiträgen von rund 150 Autoren(teams) Ergebnisse aus der REFINA-Forschung vor.

Die oben aufgeführten Online-Publikationen stehen für alle Interessierten kostenfrei zum Download bereit (»open access«). Darüber hinaus stellt das Difu seinen Zuwendern exklusiv Online-Angebote über das Difu-Extranet zur Verfügung.

Die Gesamteinnahmen der Veröffentlichungen – ohne AGFJ-Publikationen, aber mit einigen vom Arbeitsbereich Wissensmanagement verantworteten Dokumentationsprodukten – lagen aus oben genannten Gründen mit rund 75 000 Euro unter den Einnahmen in den »Rekordjahren« 2009 und 2008 (mit je etwa 103 000 Euro).

Nicht zurückgegangen sind dagegen die umfassende Dissemination des im Difu erzeugten und/oder aufbereiteten Wissens, dessen Akzeptanz durch die Zielgruppen sowie die durch die Difu-Veröffentlichungen wesentlich mitgeprägte Präsenz und Reputation des Instituts in der (Fach-) Öffentlichkeit und bei den Partnern in (kommunaler) Politik und Praxis, in Wissenschaft und Wirtschaft.

Unter »Veröffentlichungen 2010« in Teil G »Daten und Fakten« sind die Publikationen von Difu-Autorinnen und Difu-Autoren (Difu-Eigenverlag und externe Verlage) nach Themenbereichen aufgelistet.

→ »Open Access« zu den Online-Veröffentlichungen

→ Verschiebungen innerhalb der Dissemination von Veröffentlichungen

→ Auch 2010 starke Präsenz des Difu durch Veröffentlichungen

Internet, Datenbanken und IuK-Technik

v.l.n.r.: Stephan Matzdorf, Steffen Ehlers, Beatrixe Albrecht-Thiessat, Susanne Plagemann, Doris Reichel, Christine Bruchmann, Jörg Schumacher, Christina Berwind, Peter Gröning, Christine Grabarse, Rita Gräber (nicht abgebildet: Norbert Gietzen, Tony Retschei)
Foto: David Ausserhofer.



Der Bereich Wissensmanagement betreut die IT- und Kommunikationsinfrastruktur des Instituts und bündelt als Serviceanbieter die technikenstützten Informationsangebote des Difu, insbesondere alle Internetangebote des Instituts und die Difu-Datenbanken.

Informations- und Kommunikationstechnik

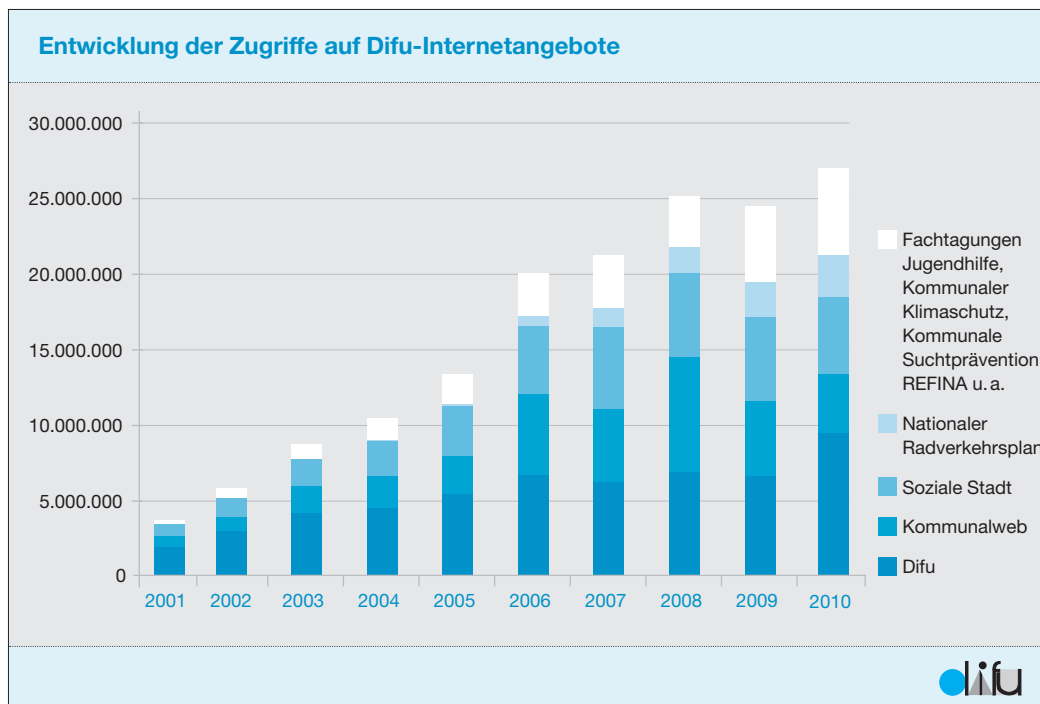
Die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur des Instituts umfasst das Netzwerk, die Internet-/Kommunikationsanbindung, die Server-/Speicherinfrastruktur und die PC-Arbeitsplätze an den beiden Standorten Berlin und Köln. Für den Bereich »Umwelt« in Köln wurde der neue Bürostandort technisch vorbereitet und mit Berlin vernetzt.

Aktuell werden insgesamt ca. 120 User betreut. Die Anwender-PCs sind standardmäßig unter Windows XP mit Virenschutz, Webbrowser, Office, Groupware und Acrobat-Reader ausgestattet. Zusätzlich sind aufgabenbezogen diverse weitere Softwareprogramme im Einsatz wie z.B. SPSS oder Adobe Creative Suite. Nach Tests erfolgte zum Jahresende 2010 das Roll-Out von Office 2010 auf allen Arbeitsplätzen. Gleichzeitig wurde das zentrale Adress- und Kontaktsystem aktualisiert. Für beide Anwendungen wurden Schulungen durchgeführt.

Wichtige zentrale Anwendungen sind Virenschutz, Backup, Firewall, Groupware, Finanzbuchhaltung, Bibliothekssystem, verschiedene Datenbanken und Internet (CMS, Web, Mail, DNS). Diese Serversysteme sowie der steigende Bedarf der Nutzerinnen und Nutzer an Festplattenkapazität führten zur Entscheidung, zukünftig ein SAN (Storage Area Network) einzusetzen. Es wurden verschiedene SAN-Lösungen evaluiert. Ende 2010 wurde ein ausbaufähiges SAN (Netapp) ausgewählt und beschafft, so dass wichtige Projekte – wie die Servervirtualisierung – angegangen werden können.

Bibliothek

Die Institutsbibliothek erwirbt Literatur für die Arbeitsbereiche und Projekte (Monographien, Periodika, Loseblattsammlungen) und organisiert den Zeitschriftenumlauf (rund 400 Titel) im Institut. Sie unterhält keinen umfangreichen Präsenzbestand, sondern gibt im Rahmen einer engen und langjährigen Kooperation viele Werke an die Senatsbibliothek in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (SEBI). Hierzu zählen insbesondere Publikationen, die das Difu von den Städten erhält. Sie sind der Fachöffentlichkeit über das Fernleihsystem bundesweit zugänglich.



Zugriffe
Difu-Internetangebote

Datenbanken

Das Difu ist Datenbankproduzent und -anbieter zweier Datenbanken mit kommunalem Bezug:

- ORLIS ist ein Literatur-Informationssystem, das Zeitschriftenaufsätze, Bücher, Dissertationen und insbesondere Materialien aus Kommunen und Forschung (sog. Graue Literatur) dokumentiert. Im Jahr 2010 wuchs ORLIS um 8 905 neue Literaturhinweise, der Gesamtbestand liegt bei 322 916 Quellen.
- KommDEMOS ist ein Auskunftssystem zu kommunalen Umfragen, das besonderen Schwerpunkt auf die methodischen Aspekte von Umfragen legt. 2010 wurden 52 Umfragen neu aufgenommen, der Gesamtbestand liegt bei 2 131.

Ergänzt werden beide Datenbanken durch den Volltextserver edoc.difu.de, der aktuell 5 289 elektronische Dokumente enthält, die in ORLIS und KommDEMOS verlinkt sind. 2010 konnten 912 Dokumente neu aufgenommen werden. Beim Ausbau des Volltext-Angebotes haben Veröffentlichungen und sonstige Materialien (wie Pläne, Berichte, Dokumentationen) der Kommunen Priorität.

Die Datenbanken werden für die Difu-Zuwendstädte auf der Website des Instituts kostenlos angeboten. Andere Interessierte aus Forschung und Praxis können die Datenbanken kostenpflichtig beim Kooperationspartner Fraunhofer Informationszentrum Raum und Bau (www.ira.fraunhofer.de) und über das europäische Portal Urbadoc (www.urbadoc.com) nutzen. Das Portal wird von Partnerinstitutionen aus fünf Ländern

getragen, wobei das Difu mit ORLIS die deutschsprachige Planungsliteratur einbringt. Für Urbadoc wurde die OpenURL-Einbindung der Abonnenten sowie ein Z39.50-Zugang entwickelt, beides soll im Laufe von 2011 durch die Abonnenten nutzbar sein. Beide Maßnahmen sollen insbesondere den Universitätsbibliotheken technische Verbesserungen bringen (z.B. Einbindung in eigene Suchportale).

Aus dem Inhalt der Literaturdatenbank ORLIS werden themenspezifische und im Internet kostenlos abrufbare Datenbanken für die Projekte »Bundestransferstelle Soziale Stadt« und »Fahrradportal zum Nationalen Radverkehrsplan«, für die Projektübergreifende Begleitung im Förderschwerpunkt »Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)« sowie für die »Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe« erstellt.

Das Difu beteiligt sich aufgrund seiner Datenbanken und Informationsprodukte an dem DFG-geförderten Projekt »Virtuelle Fachbibliothek Verwaltungs- und Kommunalwissenschaften«, das sich primär an die Wissenschaft richtet. 2010 lag der Schwerpunkt der Difu-Mitarbeit beim Aufbau der Linksammlung für die Verwaltungswissenschaften und bei der Vorbereitung eines EDOC-Servers für die virtuelle Fachbibliothek.

Internet

Die Internetangebote des Difu bilden neben den Veröffentlichungen und der Fortbildung die dritte Säule im Serviceangebot des Instituts für seine Zuwendner und die Fachöffentlichkeit. Das Internet-Team betreut inklusive der Instituts-

Homepage insgesamt 14 Domains. 2010 erfolgten über alle Websites zusammen ca. 27 Mio. Seitenaufrufe. Damit ist weiterhin eine – wenn auch moderat – steigende Nutzungstendenz festzustellen.

Die Difu-Homepage (www.difu.de) besteht seit 1996 mit einem wachsenden Informationsangebot. Ende März 2010 konnte – nach einem umfassenden Relaunch in 2009 – die neugestaltete Difu-Website freigeschaltet werden. Sie wurde der Difu-Außendarstellung angepasst, und das Internetangebot zeigt sich nun moderner und ansprechender als bisher. Den Kern bildet das Extranet für die Zuwanderstädte des Instituts. Dort haben die Städte exklusiven Zugriff auf die Difu-Datenbanken, Volltexte sowie Vorträge und Seminardokumentationen.

Neben seiner Homepage unterhält das Difu als weiteres permanentes Webangebot »Kommunalweb – Portal für kommunale Forschung und Praxis« (www.kommunalweb.de), das über 6 000 Internetquellen, Bücher und Veranstaltungen zu allen kommunalen Themen verzeichnet. Auch die Website des Vereins für Kommunalwissenschaften (www.vfk.de) sowie der Europäischen Vereinigung Urbandata (www.urbandata.org) wird vom Internet-Team betreut.

Für einige große und lang laufende Projekte des Difu werden eigene Webpräsenzen unterhalten, die die laufende Forschungsarbeit dokumentieren und die Kommunikation zwischen Projekt und Fachöffentlichkeit unterstützen.

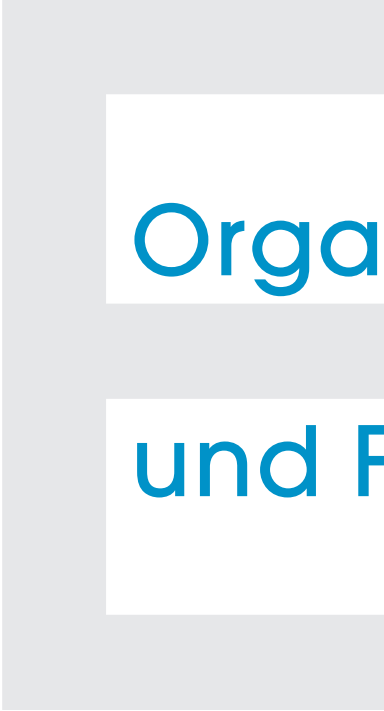
Aktuell unterhält das Difu eigenständige Websites zu den Projekten:

- Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (www.fachtagungen-jugendhilfe.de),
- Bundetransferstelle »Soziale Stadt« – Internetangebot zum Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt« (www.sozialestadt.de),
- Bundeswettbewerb »Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention« (www.kommunale-suchtpraevention.de),
- Fahrradportal zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (www.nationaler-radverkehrsplan.de),
- REFINA – Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (www.refina-info.de),
- Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz (www.kommunaler-Klimaschutz.de).

Darüber hinaus werden die Webseiten von abgeschlossenen Projekten einige Zeit weitergeführt, wenn die Inhalte nach wie vor auf das Interesse der Fachöffentlichkeit stoßen, so z.B. netWORKS-Group – Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft (www.networks-group.de), RICARDA – EU-Projekt zur Wissensbilanzierung regionaler Clusterinitiativen (www.ricarda-project.org) oder Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung (www.flaeche-im-kreis.de).

Die Internetangebote des Difu (insgesamt rund 18 000 Internetseiten) werden von der fachlich interessierten Öffentlichkeit aus Praxis und Forschung geschätzt und haben einen hohen Bekanntheits- und Nutzungsgrad.





Organisation, Personal und Finanzen

Organisation/Organigramm

Institutsleitung und Geschäftsführung

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Personal

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Finanzen, Finanzierungsstruktur, Interne Services

Institutsleitung und Geschäftsführung

Themenfelder und Projekte

Zukunft der Städte und Stadtregionen

- Nationale Stadtentwicklungspolitik
- Kommunale Aufgaben-erfüllung im Wandel
- Lokale und regionale Governance
- Interkommunale und internationale Kooperationen

AG Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

- Innovative Modelle kommunalen Verwaltungs-handelns
- Dialog zwischen öffentlicher und freier Jugendhilfe
- Weiterentwicklung der Jugendhilfe in Deutschland

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion

Finanzen

Personal

Interne Services

Verwaltung

Wissensvermittlung

Bereich Fortbildung

- Seminare, Workshops
- Moderationen
- Tagungen, Kongresse
- Ausstellungen

Bereich Wissensmanagement

- Informationsdienste
- Datenbanken
- Internet/Extranet
- Informationstechnik
- Bibliothek

Forschende Arbeitsbereiche und Themenfelder

Bereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales

- Städtebau, Stadtumbau, Denkmalschutz, Baukultur
- Wohnen
- Bau- und Planungsrecht
- Soziale Ungleichheit/stadträumliche Fragmentierung
- Familien- und Jugendhilfe
- Schule und (Aus-)Bildung
- Migration und Integration
- Prävention und Gesundheitsförderung
- Ältere Menschen in der Stadt

Bereich Wirtschaft und Finanzen

- Strategien kommunaler Wirtschaftspolitik in der Wissensgesellschaft
- Wirtschaft und nachhaltige Stadtentwicklung
- Investitionen und Finanzen
- Innovation und Technologien
- Steuerung und Aufgabenorganisation

Bereich Mobilität und Infrastruktur

- Infrastruktur/Daseinsvorsorge
- Verkehrsentwicklungsplanung
- Mobilitäts- und Verkehrsmanagement
- Rechtsfragen der Daseinsvorsorge und des Straßenverkehrs
- Öffentlicher Verkehr
- Fahrradverkehr, Fußverkehr

Bereich Umwelt

- Klimaschutz und Energiemanagement
- Anpassungsstrategien an den Klimawandel
- Stoffstrommanagement und Abfallwirtschaft
- Luftreinhaltung und Lärminderung
- Flächenkreislaufwirtschaft und Bodenschutz
- Gewässerschutz und Wasserwirtschaft
- Umweltrecht

Querschnittskompetenzen

- Grundlagenforschung • Anwendungsbezogene Forschung • Gemeinnützige Gutachten und Beratung • Primärerhebungen • Sekundärstatistische Analysen
- Indikatoren und Monitoring • Evaluationen • Benchmarking • Prognosen • Szenarien • Pläne • Wettbewerbe • Moderation und Mediation

Institutsleitung und Geschäftsführung

E Organisation,
Personal und Finanzen



v.l.n.r.: Klaus J. Beckmann,
Sybille Wenke-Thiem,
Christoph Albrecht, Patrick
Diekelmann, Arno Bunzel,
Anne Klein-Hitpaß, Cornelia
Schmidt, Steffi Greiner,
Busso Grabow, Klaus-Dieter
Beißwenger
(nicht abgebildet: Claudia
Euler, Regina Haschke)
Foto: David Ausserhofer.

Die Institutsleitung und Geschäftsführung stellt eine der zentralen Schnitt- und Kontaktstellen zu Praxis und Forschung, zu Städten, politischen Gremien und Zuwendern wie auch zur Öffentlichkeit dar. Hierzu tragen auch die (wissenschaftliche) Assistenz der Institutsleitung, die Difu-Stabsstellen »Presse- und Öffentlichkeitsarbeit« (siehe unten) sowie »Redaktion/Veröffentlichungen« (siehe auch Abschnitt D »Wissensmanagement«) wesentlich bei; sie sind direkt der Institutsleitung zugeordnet.

Neben den Leitungsaufgaben ist bei der Institutsleitung und Geschäftsführung das übergreifende Themenfeld »Zukunft der Städte und Stadtregionen, Internationales« angesiedelt. Im Fokus stehen hierbei Arbeiten zur »Nationalen Stadtentwicklungspolitik«, zur »Kommunalen Aufgabenerfüllung im Wandel«, zur »Lokalen und regionalen Governance« sowie zu »Interkommunalen und internationalen Kooperationen« (Näheres zu den Aktivitäten der Institutsleitung und Geschäftsführung siehe in Teil A »Einleitung« sowie in Teil B »Politik, Verwaltung und Recht« sowie »Steuerung und Aufgabenorganisation«). Außerdem werden von der Institutsleitung strategische Forschungsprojekte in den Bereichen Mobilität (zum Beispiel »Evaluation der Modellprojekte Elektromobilität«) bearbeitet. Die Institutsleitung

wirkt – zum Teil leitend – an methodisch und inhaltlich wegweisenden Projekten mit. Auch die zentralen Aufgaben der Verwaltung (Finanzen, Personal, Interne Services) sind direkt in den Bereich der Institutsleitung und Geschäftsführung integriert.

Über die genannten Forschungsthemen hinaus sind auch die Fortbildungsangebote der »Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe« (AGFJ, Näheres siehe in Teil C »Fortbildung«) seit der Umstrukturierung des Instituts direkt der Institutsleitung zugeordnet.



v.l.n.r.: Busso Grabow,
Klaus J. Beckmann,
Arno Bunzel
Foto: David Ausserhofer.



v.l.n.r.: Sybille Wenke-Thiem,
Cornelia Schmidt
Foto: Doris Reichel.

Im Rahmen seiner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit macht das Institut die Difu-Arbeitsergebnisse und -Fortbildungsangebote den Medien sowie in der weiteren (Fach-)Öffentlichkeit bekannt. Ein wichtiges Instrument hierfür ist die vierteljährlich in einer Print- und Online-Fassung herausgegebene Zeitschrift »Berichte«, in der neben einem Standpunkt zu einem aktuellen kommunalrelevanten Thema stets Beiträge zu neuen Difu-Studien, Veranstaltungsangeboten und -berichten sowie weiteren Serviceangeboten des Difu veröffentlicht werden. Zusätzlich werden die Medien direkt durch Pressemailings sowie über verschiedene Online-Dienste (neben dem Difu-eigenen Internetauftritt auch über den »informationsdienst wissenschaft«) über Difu-Arbeitsergebnisse und -Veranstaltungen informiert.

Das Presseteam ist zudem Kontaktstelle für zahlreiche Medienanfragen zu allen kommunalrelevanten Themen. So wurde über Difu-Forschungsergebnisse und -Fortbildungsaktivitäten auch im Jahr 2010 intensiv berichtet. Fernsehen und Hörfunk, überregionale und lokale Printmedien sowie zahlreiche Fachpresse- und Online-Medien berichteten umfangreich über das Institut und seine Aktivitäten, wobei folgende Themen 2010 besonders häufig aufgegriffen wurden: die vom Difu erarbeitete Hochrechnung zum kommunalen Investitionsbedarf, PPP bzw. ÖPP, die Transforma-

tion der kommunalen Infrastruktur, Renaissance der Innenstadt, Shoppingcenter in Innenstädten, Klimaschutz- und Energiesparmöglichkeiten sowie der vom Difu betreute Klimaschutzwettbewerb, Mobilität in all ihren Facetten – vom Fahrrad über den Nahverkehr bis hin zum Gigaliner –, Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Städte, Flächenmanagement, Suchtprävention, Soziale Stadt und Städtebauförderung sowie juristische Themen wie Konnexität oder die BauGB-Novelle. Ausgewählte Ausschnitte aus Presseartikeln und Interviews mit Difu-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftlern werden stets in der Mediennachlese der von der Pressestelle redaktionell und grafisch umgesetzten Zeitschrift »Berichte« sowie im Difu-Internet dokumentiert: <http://www.difu.de/presse>

Auch für Anfragen aus Kommunen, der allgemeinen Öffentlichkeit oder Besuchergruppen steht das Presseteam zur Beantwortung bzw. Weitervermittlung zur Verfügung. Im Jahr 2010 nutzten mehrere internationale Delegationen einen Difu-Besuch zum Erfahrungsaustausch über kommunale Themen. Hier eine Auswahl mit Nennung der „Betreuer“ seitens des Difu:

- Besuchergruppe aus Japan: Ministerium für interne Angelegenheiten und Kommunikation, Stadt Tokyo und Japan Local Government Centre (am 25.2., Beckmann, Hollbach-Grömig),

- Brasilianische Delegation: Bürgermeister, Vertreter von Bundes- und Landesbehörden (am 10.6., Grabow, Hanke, Hollbach-Grömig),
- Delegation des französischen CERTU (Centre d'études sur les réseaux, les transports, l'urbanisme et les constructions publiques); (am 24.9., Beckmann, Franke, Libbe, Seidel-Schulze, Zwicker-Schwarm),
- Delegation der Infrastrukturabteilung der Stadtverwaltung Stockholm (am 4.5.; Zwicker-Schwarm, Libbe),
- Delegation des chinesischen Handelsregisters NaKao (am 25.10.; Plagemann, Schumacher).

Das Institut bietet neben seinen kostenpflichtigen Fortbildungen auch öffentliche Veranstaltungen zu aktuellen stadtrelevanten Themen an. Jährlich werden im »Wintersemester« ca. sechs dieser kostenfreien Veranstaltungen angeboten. Für diese Veranstaltungsserie und das jährliche Treffen der Difu-Ansprechpartnerinnen und -partner der Kommunen (siehe Teil C »Fortbildung«) zeichnet das Difu-Presseteam verantwortlich.

Zum neuen Difu-Internetauftritt siehe »Internet, Datenbanken und IuK-Technik« in Teil D »Wissensmanagement«.

Personal

E Organisation,
Personal und Finanzen

2010 wurde das Modul Fortbildung für alle Difu-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als erster Baustein eines Personalentwicklungskonzeptes entwickelt und eingeführt. Die Fortbildungsmaßnahmen werden dementsprechend strukturiert und absolviert. 59 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besuchten 2010 Fortbildungen, die von der Personalstelle administrativ begleitet wurden.

Mit Beginn des Jahres 2010 wurde in der Personalstelle eine neue Software zur Entgeltabrechnung eingeführt. Der Wechsel des Anbieters ermöglicht neue Auswertungen, Statistiken und Hochrechnungen.

Insgesamt 34 Personen traten 2010 erstmals oder erneut in das Difu ein, mit fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde ein unbefristeter Arbeitsvertrag geschlossen. 29 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verließen das Difu im Berichtsjahr, 23 davon wegen Ablaufs ihrer befristeten Arbeitsver-

träge, drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf eigenen Wunsch. Drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden in den Ruhestand verabschiedet.

Per 31.12.2010 waren im Difu 110 Personen beschäftigt:

- 67 Frauen und 43 Männer,
- 48 in Voll- und 62 in Teilzeit,
- 65 unbefristet und 45 befristet,
- 59 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und 51 nicht wissenschaftliche Beschäftigte,
- 98 am Standort Berlin und zwölf am Standort Köln,
- darunter 22 studentische Hilfskräfte.

Das Difu konnte im Jahre 2010 20 Praktikantinnen und Praktikanten aus unterschiedlichen Studiengängen einen in der jeweiligen Studienordnung vorgeschriebenen bzw. empfohlenen Praktikumsplatz anbieten.



v.l.n.r.: Adelheid Zeitel, Steffi Hauschild, Gerhard Handke, Hanna Körber
(nicht abgebildet: Dagmar Kath)
Foto: David Ausserhofer.

E-Mail: nachname@difu.de
Internet: www.difu.de
Telefon: 030/39001-Durchwahl

Institutsleitung/Geschäftsführung Durchwahl

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann -214
Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer

Privatdozent Dr. Arno Bunzel -238
Prokurist

Ass. iur. Steffi Greiner -217
Assistentin des Wissenschaftlichen Direktors (ab 13.9.10)

Dr. rer. pol. Busso Grabow -248
Prokurist

Regina Haschke -215
Assistentin des Wissenschaftlichen Direktors (bis 31.12.10)

Dipl.-Geogr. Anne Klein-Hitpaß -204
Wissenschaftliche Assistentin

Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Cornelia Schmidt -208
Bereichsassistentin, Sachbearbeiterin

Sybille Wenke-Thiem -209
Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Stabsstelle Redaktion

Klaus-Dieter Beißwenger -282
Redakteur

Christina Blödorn -188
Layout

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann -254
Redakteur

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

Katrin Adam -136
Bereichsassistentin

Dipl.-Dok. (grad.) Dörte Jessen -147
Öffentlichkeitsarbeit AGFJ

Dipl.-Soz. Kerstin Landua -135
Bereichsleiterin

Dipl.-Lehrerin Rita Rabe -271
Literaturdokumentation, Bibliothek

Dipl.-Übers. Anne Taubert -139
Organisation, Tagungsbetreuung, Versand

Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Dipl.-Soz. Maja Arlt -195
Kooperationsformen kommunaler Steuerungsbehörden, Jugendhilfeforschung

Dr. rer. pol. Stephanie Bock -189
Stadt- und Regionalentwicklung, internationaler Kontext, Gender Mainstreaming, Begleitforschung

Dipl.-Ing. Christa Böhme -291
Integrierte Stadtteilentwicklung, gesundheitsfördernde Stadtentwicklung, Naturschutz, Landschaftsplanung

Privatdozent Dr. Arno Bunzel -238
Arbeitsbereichsleiter
Öffentliches Bau- und Planungsrecht, raumrelevantes Umweltrecht

Dipl.-Geogr. Thomas Franke -107
Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung, Sozialraumorientierung

Dipl.-Ing. Franciska Frölich v. Bodelschwingh -245
Stadtentwicklung, Wohnungspolitik, Planungsrecht, Städtebau

Dipl.-Geogr. Gregor Jekel -190
Stadtentwicklung, Wohnungspolitik

Dipl.-Soz. Detlef Landua -196
Kooperationsformen kommunaler Steuerungsbehörden, Jugendhilfeforschung

Dr. rer. soc. Bettina Reimann -191
Integrationspolitik, gesundheitsfördernde Stadtentwicklung, integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung

Christa Rothäusler -200
Raumordnung, städtebauliche Planung

Jessika Sahr-Pluth -237
Arbeitsbereichsassistentin (ab 1.10.)

Viola Sano -237
Arbeitsbereichsassistentin (bis 30.9.)

Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss -296
Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung, Stadterneuerung

Dr.-Ing. Angela Uttke -270
Städtebau, Stadtentwicklung und -gestaltung, Baukultur

Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen

Nadine Dräger -202
Arbeitsbereichsassistentin

Dr. phil. Holger Floeting -221
Lokale und regionale Innovationspolitik, wirtschaftlicher Strukturwandel, kommunale Wirtschaftspolitik

Dr. rer. pol. Busso Grabow	-248
Arbeitsbereichsleiter Kommunale Wirtschaftspolitik, empirische Wirtschaftsforschung, E-Government, Stadtmarketing, PPP	
Dr. rer. nat. Beate Hollbach-Grömig	-293
Kommunale Wirtschaftsförderung, Stadtmarketing, interkommunale Kooperation, demografischer Wandel	
Dipl.-Kfm. (FH) Stefan Schneider	-261
Kommunale Investitionen, PPP, Modernisierung der öffentlichen Verwaltung	
Dipl.-Sozialwiss. Antje Seidel-Schulze	-198
Empirische Wirtschafts- und Sozialforschung, Stadtentwicklung, Statistik	
Dipl.-Verwaltungswiss. Daniel Zwicker-Schwarm	-154
Kommunale und regionale Wirtschaftsförderung, Innovations- und Technologiepolitik, regionale Kooperation	

Arbeitsbereich Mobilität und Infrastruktur

Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt	-252
Integrierte Verkehrsplanung	
Doris Becker	-264
Arbeitsbereichsassistentin, Sachbearbeiterin	
Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher	-260
Arbeitsbereichsleiter Mobilität, Siedlungs- und Verkehrspolitik, kommunale Verkehrsplanung	
Dr. phil. Jürgen Gies	-240
ÖPNV	
Garnet Glaser	-120
Teilnehmermanagement Fahrradakademie	
Ass. iur. Stefanie Hanke	-157
Kommunal- und Kommunalverfassungsrecht, Öffentliches Wirtschaftsrecht	
Dipl.-Ing. Simone Harms	-132
Fortbildung Radverkehr	
Dipl.-Ing. Arne Koerdt	-108
Verkehrspolitik, Radverkehr	
Dipl.-Geogr. Hadia Köhler	-151
Kommunale Infrastruktur	
Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt Jens Libbe	-115
Kommunale Infrastruktur, öffentliche Dienstleistungen, Begleitforschung und Evaluation	
Dipl.-Geogr. Urte Schwedler	-151
Straßenverkehrsrecht, Fahrradakademie	
Dipl.-Pol. Johanna Theunissen	-133
Fortbildung Radverkehr	
Dipl.-Geogr. Jörg Thiemann-Linden	-138
Stadtplanung, Mobilität, Fahrradverkehr	
Dipl.-Ing. Thomas Weber	-134
Fortbildung Radverkehr	

Arbeitsbereich Umwelt (Standort Köln)

Telefon:	0221/340308-Durchwahl
Anna Hogrewe-Fuchs	-16
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für die Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz	
Dipl.-Geogr. Franziska Kausch	-11
Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz	
Sigrid Künzel	-0
Arbeitsbereichsassistentin	
Dina Lieder	-15
Assistentin Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz	
Dipl.-Ing. Vera Lorke	-14
Umweltschutz in der Stadt- und Regionalentwicklung	
Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß	030/39001-265
Flächenhaushaltspolitik, Flächenmanagement, kommunaler Umweltschutz	

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler	-18
Arbeitsbereichsleiterin Kommunaler Umweltschutz, Klimaschutz und Energieeffizienz, Umweltplanung	
Dipl.-Ing. (FH) Maic Verbücheln	-12
Kommunale Abfallwirtschaft, Stoffstrommanagement	
Ulrike Vorwerk, M.A.	-17
Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz	
Dipl.-Ing. Andrea Wagner	-19
Umweltschutz in der Stadt- und Regionalentwicklung	

Arbeitsbereich Fortbildung

Sylvia Bertz	-258
Arbeitsbereichsassistentin	
Ina Kaube	-259
Arbeitsbereichsassistentin	
Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp	-242
Verwaltungsmodernisierung, öffentliche Finanzwirtschaft, strategische Steuerung, Facility Management, Korruptionsprävention	
Dr. rer. nat. Gerd Kühn	-255
Arbeitsbereichsleiter Einzelhandel und Stadtentwicklung, kommunale Wirtschaftsförderung und Gewerbepolitik	
Bettina Leute	-148
Arbeitsbereichsassistentin	

Arbeitsbereich Wissensmanagement

Beatrixe Albrecht-Thiessat	-287
Arbeitsbereichsassistentin Sachbearbeitung Kommunalweb, kommDEMOS, ORLIS	
Christina Berwind, LL.B	-278
Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung; Literaturdokumentation ORLIS (ab 1.10.)	

Dipl.-Bibl. Christine Bruchmann	-276	Roswitha Thieke	-228
Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung; Literaturdokumentation (ab 1.4.)		Sachbearbeiterin Buchhaltung	
Dipl.-Ing. Steffen Ehlers	-102	Dipl.-Ing. Anke Warthemann	-226
Web-Content-Management, Internet		Sachbearbeiterin Projekte und Kostenverwaltung	
Christel Fuchs	-276	Andreas Weindl	-125
Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung; Literaturdokumentation (bis 31.3.10)		Sachbearbeiter Finanzen	
Dipl.-Math. Norbert Gietzen	-158	Dipl.-Ök. Synke Wenger	-224
IT-Administration, Netzwerkmanagement		Sachbearbeiterin Projekthaushalt	
Dipl.-Ing. Christine Grabarse	-288	Bereich Verwaltung – Personal	
Web-Content-Management, Internet-Redaktion		Ass. iur. Gerhard Handke	-123
Dipl.-Dok. (grad.) Rita Gräber	-279	Sachbearbeiter Arbeitsverträge, Werkverträge und Praktikanten	
Kommunalwissenschaftliche Dissertationen, Literaturdokumentation, Difu-Bibliothek		Steffi Hauschild	-232
Dipl.-Ing. Peter Gröning	-156	Sachbearbeiterin Lohn/Gehalt	
IT-Administration, Netzwerkmanagement		Dagmar Kath	-231
Susanne Plagemann, M.A.	-274	Leiterin der Personalstelle	
Arbeitsbereichsleiterin		Hanna Körber	-229
Internet, IT-Planung, Datenbankproduktion (ORLIS), Informationsdienste, URBADOC		Sachbearbeiterin (ab 1.10.)	
Doris Reichel, M.A.	-233	Monika Zuchhold	-122
Web-Content-Management, Internet-Redaktion		Sachbearbeiterin Reisekosten (bis 31.3.)	
Tony Retschei	-155	Adelheid Zeitel	-122
IT-Administration, User-Betreuung		Sachbearbeiterin Reisekosten (ab 1.4.)	
Jörg Schumacher	-251	Bereich Verwaltung – Services	
Datenbank-Administration, Internet-Administration		Garnet Glaser	-120
Bereich Verwaltung – Haushalt und Finanzen		Sachbearbeiterin Hausverwaltung und Empfang	
Stephanie Böttcher	-127	Jelto Köhler	-246
Sachbearbeiterin Buchhaltung		Hausmeister und Haustechnik	
Petra Devermann	-121	Bianca Kovar	-227
Sachbearbeiterin Haushaltsplanung und -durchführung		Sachbearbeiterin Beschaffung und Empfang	
Studentische Hilfskräfte am Difu		Angelika Meller	-253
Christoph Albrecht		Sachbearbeiterin Vertrieb der Difu-Veröffentlichungen im Selbstverlag und Registratur	
Institutsleitung		Manuel Ott	
Romy Steinberg		Stadtentwicklung, Recht und Soziales	
Allgemeine Verwaltung		Kristin Petrich	
David Piechulek		Stadtentwicklung, Recht und Soziales	
Allgemeine Verwaltung		Björn Schroth	
Madlen Kunter		Stadtentwicklung, Recht und Soziales	
Allgemeine Verwaltung		Juliane Heinrich	
Silvia Werner		Stadtentwicklung, Recht und Soziales	
Allgemeine Verwaltung		Philip Matuschka	
Katja Wergin		Stadtentwicklung, Recht und Soziales	
Allgemeine Verwaltung		Friederike Pfeifer	
Beate Jaschik		Stadtentwicklung, Recht und Soziales	
Stadtentwicklung, Recht und Soziales		Michael Hardinghaus	
		Stadtentwicklung, Recht und Soziales	

Anja Neubauer
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Stephan Matzdorf
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Anna-Lena Mielack
Wirtschaft und Finanzen

Jascha Braun
Wirtschaft und Finanzen

Tabea Freutel
Wirtschaft und Finanzen

Melanie Wagner
Wirtschaft und Finanzen

Hanna Blieffert
Wirtschaft und Finanzen

Jutta Herrmann
Wirtschaft und Finanzen

David Westenberg
Wirtschaft und Finanzen

Melanie Wagner
Wirtschaft und Finanzen

Christina Berwind
Mobilität und Infrastruktur

Alexander Hunger
Mobilität und Infrastruktur

Tobias Mettenberger
Mobilität und Infrastruktur

Sara Boeckhout
Mobilität und Infrastruktur

Julia Thiele
Mobilität und Infrastruktur

Sascha Dannenberg
Mobilität und Infrastruktur

Sebastian Korn
Mobilität und Infrastruktur

Franziska Schreiber
Mobilität und Infrastruktur

Nadine Thoß
Umwelt

Pia Hettinger
Umwelt

Sebastian Bialon
Umwelt

Daniel Dahm
Umwelt

Praktikantinnen und Praktikanten

Philipp Boockhoff
Institutsleitung

Jessika Kliem
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Dörte Maasch
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Christin Noll
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Patrick Otte
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Stephanie Zachareck
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Diana Bernadett Bergmann
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Juliane Brandt
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Nicolai Gröpler
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Juliane Heinrich
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Kristin Müller
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Maria Olteanu
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Leonie Schima
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Björn Niklas Schumacher
Stadtentwicklung, Recht und Soziales

Stefan Licht
Wirtschaft und Finanzen

Joachim Dinter
Mobilität und Infrastruktur

Julia Thiele
Mobilität und Infrastruktur

Andreas Römer
Umwelt

Mirko Müller
Wissensmanagement

Christian Rouvairé
Wissensmanagement

Hanna Körber
Allgemeine Verwaltung/Personalstelle

Finanzen, Finanzierungsstruktur, Interne Services

Finanzen und Finanzierungsstruktur



v.l.n.r.: Stephanie Böttcher,
Busso Grabow, Roswitha
Thieke, Andreas Weindl,
Anke Warthemann, Petra
Devermann, Synke Wenger,
Klaus J. Beckmann
Foto: Doris Reichel.

Das kamerale Jahresergebnis des Jahres 2010 lag – einschließlich der Umstrukturierungshilfe durch den VfK (vgl. unten) – mit 8,08 Mio. Euro um knapp 0,4 Mio. Euro unter dem Ergebnis des Jahres 2009, aber deutlich höher als in den Vorjahren. Die Zahlen sind allerdings nicht direkt vergleichbar, da das Institut im Jahr 2009 noch infolge der Umstrukturierung und des Übergangs in die neue Rechtsform im Jahr 2008 einzelne Sondererträge zu verzeichnen hatte.

Der einwohnerbezogene Beitrag, den die kommunalen Zuwender jährlich an das Difu zahlen, blieb unverändert. In der Summe erreichten die Zuwendungen der insgesamt 108 Städte und Verbände bzw. Planungsgemeinschaften, die zusammen rund 23 Millionen Einwohner repräsentieren, mit über 1,5 Mio. Euro wieder das Vorjahresniveau.

Im Rahmen der Fehlbedarfsfinanzierung wurden durch den Bund und das Land Berlin als institutionelle Zuwendung 1,35 Mio. Euro bereitgestellt. Der Anteil der institutionellen Zuwendungen durch den Bund und das Land Berlin betrug damit 17 Prozent des Gesamthaushalts.

Der VfK als Gesellschafter des Difu hat auch im Jahr 2010 keine direkte Zuwendung an das Institut

geleistet; die Zuwendungen sind noch einschließlich des Jahres 2011 ausgesetzt. Im Gegenzug hat der VfK seit dem Jahr 2007 umfangreiche Mittel für die Neustrukturierung und den Umzug des Difu bereitgestellt, die anteilig für das Jahr 2010 630 000 Euro betragen.

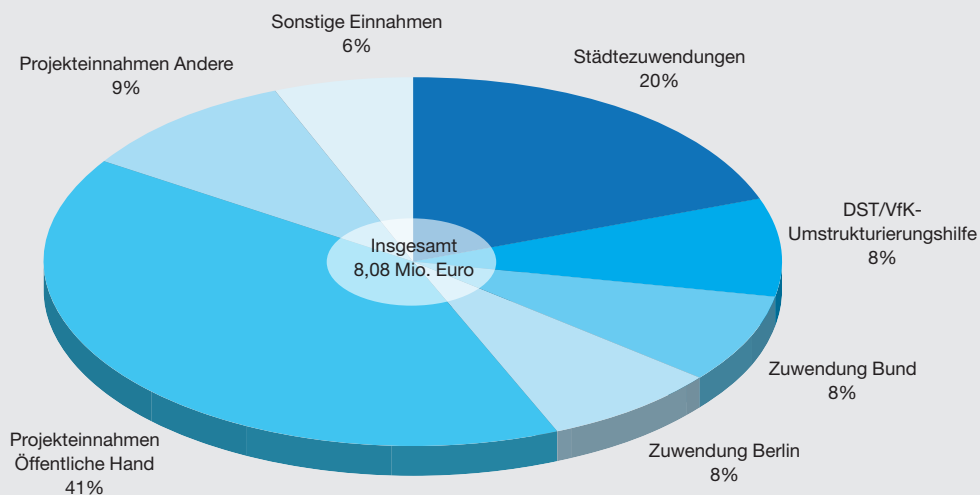
Im Vergleich zu den Vorjahren haben sich die Projekteinnahmen mit etwa 4,0 Mio. Euro auf hohem Niveau stabilisiert. In diesen Einnahmen ist allerdings auch ein nicht unerheblicher Anteil an »durchlaufenden Mitteln« (etwa für Veranstaltungen oder Werkverträge) enthalten. Insgesamt blieb der Anteil der durch Projekte, Veröffentlichungen und Seminare erzielten Einnahmen mit 56 Prozent unverändert. 82 Prozent der Einnahmen aus Projekten sind Fördermittel des Bundes, der Länder oder der Kommunen. 85 Prozent der gesamten Einnahmen des Instituts kommen somit von der öffentlichen Hand.

Durch größere, länger laufende Drittmittelprojekte (teilweise bis ins Jahr 2012 hinein) ist auch das bereits vertraglich fixierte Drittmittelvolumen für das Jahr 2011 erfreulich hoch. So war zum Anfang des Jahres 2011 bereits ein großer Teil der für einen ausgeglichenen Haushalt notwendigen Drittmittel (gemessen an den im Wirtschaftsplan 2011 geplanten Projekteinnahmen) gesichert.

→ Projekteinnahmen auf
hohem Niveau stabilisiert

→ Öffentliche Hand
mit Abstand wichtigster
Finanzmittelgeber

Finanzierungsstruktur des Difu 2010



Interne Services

Die neue Organisation der internen Serviceleistungen hat sich im Jahr 2010 bewährt.

- Hausverwaltung und
- (elektronische) Aktenführung und Registratur.

In vier Aufgabenbereichen werden die Leistungen gebündelt:

- Empfang, Telefon, Posteingang, Beschaffung, Warenannahme, Büromaterialausgabe
- Kopieren, Binden, Postversand,

Das Institut ist am neuen Standort damit über einen zentralen Empfang erreichbar, über den auch alle allgemeinen telefonischen Anfragen mit hoher Servicequalität bedient werden.



v.l.n.r.: Garnet Glaser, Bianca Kovar, Angelika Meller
Foto: Doris Reichel.



Kontakte und Kooperationen

Difu-Zuwender

Wissenschaftlicher Beirat

Mitgliedschaften, Gremien
und weitere Aktivitäten

Durch die enge Kooperation und den ständigen Kontakt zwischen dem Institut und den Städten stellt das Difu sicher, dass seine Forschungs- und Fortbildungsarbeit praxisorientiert gestaltet ist. Besonderen Wert legt es daher auf Kontakte zu Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung und Politik der Städte. Über die reine Forschungs- und Fortbildungsarbeit hinaus engagieren sich Difu-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zudem in verschiedenen kommunalrelevanten

Gremien und Arbeitsgruppen. So sind sie unter anderem in Gremien des Deutschen Städtetages als Ständiger Gast, in Beiräten der Bundesministerien oder als Jurymitglieder aktiv. Besonders wichtig ist hierbei auch die intensive Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie der Berliner Senatskanzlei und den verschiedenen Berliner Senatsverwaltungen (vgl. auch B »Politik, Verwaltung und Recht«).

F Kontakte und Kooperationen

Difu-Zuwender

2010 zählte das Difu über hundert Städte (meist Großstädte), Verbände und Planungsgemeinschaften zum Kreis seiner Zuwender.

Neben Fortbildungsangeboten, schriftlichen Unterlagen und der telefonischen Beratung bietet das Institut ein spezielles Angebot für seine Zu-

wender im Difu-Extranet an (siehe unter D »Wissensmanagement«). Außerdem findet jährlich – meist in wechselnden Städten – ein »Ansprechpartnertreffen« statt. Vertreterinnen und Vertreter der Difu-Zuwender(städte) nehmen gebührenfrei an dieser exklusiv für sie angebotenen Veranstaltung teil (siehe auch C »Fortbildung«).

Zuwenderstädte

Aachen	Forchheim	Lahr	Prenzlau
Amberg	Frankfurt/M.	Landau	Ravensburg
Aschaffenburg	Friedrichshafen	Landshut	Regensburg
Bautzen	Fürth	Langenhagen	Reutlingen
Beelitz	Garbsen	Leipzig	Rheine
Berlin	Gelsenkirchen	Lingen	Rosenheim
Bielefeld	Gießen	Ludwigsburg	Rüsselsheim
Bocholt	Gotha	Lünen	Saarbrücken
Bochum	Göttingen	Lutherstadt	Schweinfurt
Bonn	Hamburg	Wittenberg	Stadtroda
Bottrop	Hamm	Magdeburg	Stendal
Braunschweig	Hanau	Mainz	Stuttgart
Bremen	Hannover	Mannheim	Suhl
Celle	Heidelberg	Marburg	Sulzbach-Rosenberg
Cottbus	Hennigsdorf	Mühlhausen	Trier
Cuxhaven	Herne	Mülheim/Ruhr	Tübingen
Darmstadt	Hildesheim	München	Unna
Dortmund	Iserlohn	Münster	Weiden
Dresden	Jena	Neuss	Weimar
Düsseldorf	Kaiserslautern	Nürnberg	Wiesbaden
Erfurt	Karlsruhe	Offenbach	Wiesloch
Erlangen	Kiel	Offenburg	Wismar
Essen	Koblenz	Oldenburg	Wolfsburg
Esslingen	Köln	Passau	Wuppertal
Falkensee	Konstanz	Plauen	
Flensburg	Kronberg	Potsdam	

Weitere Zuwender

Regionalverband Ruhr
Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/
Rhein-Main
Region Hannover

Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-
Fläming
Verband Region Neckar
Verband Region Stuttgart
Zweckverband Großraum Braunschweig

Wissenschaftlicher Beirat

Beraten wird das Institut von einem Wissenschaftlichen Beirat, der mindestens einmal jährlich (2010: zweimal) tagt. Er berät Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung in fachlicher Hinsicht, vor allem im Hinblick auf Angelegenheiten, die von besonderer Bedeutung für die fachliche und wissenschaftliche Arbeit des Instituts sind, insbesondere das Arbeits- und Fortbildungsprogramm, Projekte und Produkte, die Leitlinien der fachlichen Tätigkeit der Gesellschaft sowie die langfristige strategische Ausrichtung und Entwicklung der Gesellschaft.

Der Beirat besteht aus 20 Mitgliedern: sechs Praktikerinnen und Praktikern, sechs Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, drei Mitgliedern, die von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Difu aus ihrer Mitte gewählt werden. Die Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, drei Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Bundesministerien in den Beirat zu entsenden. Das Land Berlin ist berechtigt, zwei Vertreterinnen und Vertreter in den Beirat zu entsenden. Die Beiratsmitglieder werden jeweils auf drei Jahre gewählt, eine Wiederwahl ist möglich.

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats

Praxis

Oberbürgermeister a. D. Dr. h. c. Martin Biermann, Stadt Celle
Beigeordnete Verena Göppert, Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages, Berlin/Köln
Beigeordneter Folkert Kiepe, Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetages, Berlin/Köln
Oberbürgermeister a. D. Dr. Gerhard Lange-meyer, Stadt Dortmund

Erster Bürgermeister Christian Specht, Stadt Mannheim

Dipl.-Ing. Martin zur Nedden, Planungsdezernent der Stadt Leipzig

Wissenschaft

Professor Dr. rer. pol. Franz Josef Bade, Technische Universität Dortmund

Professor Dr. Dr. h. c. Ulrich Battis, Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr. Jörg Bogumil, Ruhr-Universität Bochum

Professorin Dr. Gisela Färber, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Professor Dr.-Ing. Martin Haag, Technische Universität Kaiserslautern

Professorin Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn/Berlin

Bund und Land Berlin

Dr. Ulrich Hatzfeld, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Berlin/Bonn, Leiter der Unterabteilung Stadtentwicklung
Staatssekretärin Maria Krautzberger, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin
Senatsrat Günter Schulz, Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Difu

Dr. Stephanie Bock, Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales, Berlin

Anna Hogrewe-Fuchs, Arbeitsbereich Umwelt, Köln

Thomas Preuß, Arbeitsbereich Umwelt Köln (Standort Berlin)



Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Deutschen Instituts für Urbanistik, Sitzung im Dezember 2009. Foto: Sybille Wenke-Thiem.

Mitgliedschaften, Gremien und weitere Aktivitäten

F Kontakte
und Kooperationen

Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt

Mitglied, Arbeitsausschuss 1.8 »Güterverkehr« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).
Mitglied, Arbeitskreis 1.8.3 »Erhebungsmethoden im Wirtschaftsverkehr« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann

Ständiger Gast, Bau- und Verkehrsausschuss des Deutschen Städtetages.
Ständiger Gast, Umweltausschuss des Deutschen Städtetages.
Ständiger Gast, Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.
Ständiger Gast, Kulturausschuss des Deutschen Städtetages.
Ständiger Gast, Oberbürgermeistertreffen Ost des Deutschen Städtetages.
Mitglied, Beirat für Raumentwicklung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
Mitglied, Wissenschaftlicher Beirat für Verkehr des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Mitglied seit 1998, Vorsitzender 2009/2010).
Mitglied, Nationale Plattform Elektromobilität, Arbeitsgruppe Rahmenbedingungen
Mitglied, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), Berlin (Mitglied seit 1992).
Mitglied, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (seit 2000).
Mitglied, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften, acatech (seit 2010).
Leiter, Arbeitsgruppe »Verkehrsplanung« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) (Mitglied seit 1993; Vorsitzender seit 2006).
Mitglied, Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft e.V., Köln (DVWG).
Mitglied, Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL), Berlin (seit 1987; Mitglied im Vorstand 1988–1995, stellv. Vorsitzender 1989–1992, Vorsitzender 1992–1995).
Mitglied, Transferbeirat des LOEWE-Schwerpunkts »Eigenlogik der Städte«, TU Darmstadt (seit 2009).
Mitglied, Beirat des Stadtforums Berlin (seit 2008).
Mitglied, Beirat, Stadtentwicklungsplan München.
Mitglied, Beirat, Verkehrsentwicklungsplan Dresden.
Mitglied, Beirat, Verkehrsentwicklungsplan Berlin.
Mitglied, Wissenschaftlicher Beirat des Städtetages NRW (seit 2009).
Mitglied, Redaktionsbeirat der Zeitschrift »Nahverkehr« (seit 2008).
Mitglied, Wissenschaftlicher Beirat des InnoZ (seit 2007).

Dr. rer. pol. Stephanie Bock

Ständiger Gast, Kommission »Frauen in der Stadt« des Deutschen Städtetages.
Mitglied, Fachbeirat für frauenspezifische Belange bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin.
Mitglied, Wissenschaftlich-Technischer Beirat (WTB) des am UFZ angesiedelten BMBF-Projekts TASK (Terra-, Aqua- und Sanierungs-kompetenzzentrum Leipzig).

Dipl.-Ing. Christa Böhme

Mitglied, Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung (AGGSE) beim Deutschen Institut für Urbanistik.
Mitglied, Beratender Arbeitskreis »Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten« der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.
Mitglied, Beirat, Modellprojekt »Engagement-Lotsen im Stadtteil – ein sozialräumliches Projekt zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements« im Rahmen der Bundesinitiative »Nationale Stadtentwicklungspolitik«.
Mitglied, Fachbeirat, Kompetenzzentrum Familiengesundheitspflege zur Etablierung der Familiengesundheitspflege in Deutschland.
Mitglied, Forschungsbeirat, Projekt »Strukturbildung für Prävention und Gesundheitsförderung in einem sozial benachteiligten Quartier« des Institutes für Medizin-Soziologie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf.
Jurymitglied, KfW-Award 2010 »Europäisch leben – europäisch wohnen« mit dem Jahresthema »Mut zur Lücke! Ob Neubau oder Ersatzbau – Baulücken kreativ schließen«.

Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher

Mitglied/Sprecher, Arbeitsgruppe »FahrRat« (zur Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Verkehr) der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin.
Mitglied, Arbeitskreis 1.7.3 »City-Maut« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).
Mitglied, Arbeitsausschuss 2.5 »Fußverkehr und Radverkehr« der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).
Mitglied, Arbeitskreis 2.5.1 »Aktuelle Themen des Radverkehrs« (ERA-AK) der FGSV.
Mitglied, Bund/Länder-Arbeitskreis »Fahrradverkehr«.
Mitglied, »Beirat Radverkehr« des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.
Ständiger Gast, Fachkommission Verkehrsplanung des Deutschen Städtetages.
Ständiger Gast, Kommunale Koordinierungsgruppe Radverkehr des Deutschen Städtetages.
Mitglied, Wissenschaftlicher Beirat des VCD.
Jurymitglied, Wettbewerb »Zero Emission Mobility« des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Privatdozent Dr. Arno Bunzel

Mitglied, Fachkommission Baurecht des Deutschen Städtetages.
Ständiger Gast, Planungs- und Bauausschuss des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg.
Mitglied, Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL.
Mitglied, Nutzerbeirat der ARL.
Mitglied, Gesellschaft für Umweltrecht.

Dr. phil. Holger Floeting

Mitglied, Netzwerk TA – Netzwerk der deutschsprachigen Technikfolgenabschätzungs-Community.
Mitglied, Arbeitskreis »Geographie der Telekommunikation und Kommunikation« der Deutschen Gesellschaft für Geographie.
Mitglied, Programm-Komitee Competence Center of Urban and Regional Planning – CORP, Wien.
Mitglied, Programm-Komitee Berlin Open 2009 – Wissen, Vernetzung, Innovation.

Dipl.-Geogr. Thomas Franke

Mitglied, Arbeitskreis »Quartiersforschung« der Deutschen Gesellschaft für Geographie.
Mitglied, Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des Deutschen Städtetages.

Dr. phil. Jürgen Gies

Ständiger Gast, Arbeitsgruppe Verkehrsfinanzierung der DST-Fachkommission Verkehrsplanung.

Dr. rer. pol. Busso Grabow

Ständiger Gast, Ausschuss für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt des Deutschen Städtetages.
Jurymitglied, Auswahl der nationalen Vorschläge für den European Enterprise Award, Institut für Mittelstandsforschung, Bonn.
Jurymitglied, Auswahl PPP-Innovationspreis 2010 des »Behörden-Spiegel« und des Bundesverbandes PPP.

Ass. iur. Stefanie Hanke, LL.M

Ständiger Gast, Arbeitskreis Rechtsfragen der DST-Fachkommission.

Dr. rer. nat. Beate Hollbach-Grömig

Mitglied, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).
Mitglied, Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL.

Dipl.-Geogr. Gregor Jekel

Ständiger Gast, Fachkommission Wohnungswesen des Deutschen Städtetages.

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp

Mitglied, KGSt-Arbeitskreis »Kommunale Fortbildung«.

Mitglied, »Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik« (hervorgegangen aus dem KGSt-Innovationszirkel Integrationspolitik).

Dipl.-Ing. Arne Koerdt

Ständiger Gast, Kommunale Koordinierungsgruppe Radverkehr.

Mitglied, Fachausschuss »Radverkehr« von SRL und ADFC.

Dipl.-Soz. Kerstin Landua

Ständiger Gast, Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Großstadtjugendämter, Deutscher Städtetag.

Dipl.-Sozialökonom/Dipl.-Volkswirt Jens Libbe

Mitglied, Deutsche Gesellschaft für Evaluation. Sachverständiger, Städtebaulich-freiraumplanerisches Workshopverfahren KLIMAHÄUSER HAULANDER WEG, Internationale Bauausstellung Hamburg.

Dipl.-Ing. Vera Lorke

Gast, Arbeitsgruppe Denkmalschutz des Städtetages NRW.

Susanne Plagemann, M.A.

Ständiger Gast, IT-Arbeitskreis der Leibniz-Gemeinschaft.

Mitglied, Europäischer Verein Urbandata.

Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß

Beirats- und Jurymitglied, GRÜNE LIGA Berlin e.V., IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Netzwerk 21 – Kongress Bundesweiter Fortbildungs- und Netzwerke.

Dr. rer. soc. Bettina Reimann

Mitglied, AG Politiktransfer des Kooperationsprojekts für nachhaltige Prävention und Präventionsforschung (KNP), Hannover/Köln.

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler

Ständiger Gast, Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Umweltamtsleiterkonferenz der Großstädte.

Ständiger Gast, Umweltamtsleiterkonferenz der Mittelstädte.

Ständiger Gast, Amtsleiterkonferenz Umwelt des Städtetags NRW.

Ständiger Gast, Arbeitskreis Energieeinsparung des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Arbeitsgruppe Nachhaltiges Wirtschaften des Deutschen Städtetages.

Jurymitglied, Bundesstiftung Umwelt und Deutsche Umwelthilfe, Wettbewerb »Klimaschutzkommune«.

Jurymitglied, Bundesstiftung Umwelt und Deutsche Umwelthilfe, Preisverleihung »Klimaschutzkommune« (Laudatorin).

Ass. iur. Ulrike Schillemeit

Mitglied, Arbeitskreis III (Rechtsfragen des städtischen Verkehrs) der Fachkommission ÖPNV des Deutschen Städtetages.

Dipl.-Sozialwiss.

Antje Seidel-Schulze

Mitglied, Verband Deutscher Städtestatistiker.

Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss

Ständiger Gast, Fachkommission Stadtplanung des Deutschen Städtetages.

Dipl.-Geogr.

Jörg Thiemann-Linden

Mitglied, Arbeitskreis 1.1.9 »Verkehrsentwicklungsplan«, Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Mitglied, Arbeitskreis 2.5.1 »Aktuelle Themen des Radverkehrs« (ERA-AK), Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Mitglied, Arbeitskreis 2.5.3 »Barrierefreie Verkehrsanlagen«, Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Mitglied, Shared-Space-Arbeitskreis »Straßenraum« und Arbeitskreis »Radverkehr« der SRL.

Mitglied, Vorbereitungsgruppe SRL-Jahrestagung »Stadt.Nah.Gut. Für eine Mobilitäts- und Stadtkultur der Nähe«. 18.–19.11.2010, Berlin.

Sprecher, Verkehrsplaner-Netzwerk »Forum Mensch und Verkehr«, SRL (Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung).

Dr.-Ing. Angela Uttke

Ständiger Gast, Arbeitskreis »Denkmalpflege« des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Arbeitsgruppe »Denkmalschutz« des Städtetages Nordrhein-Westfalen.

Mitglied, Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL), Berlin.

Mitglied, Redaktion Fachzeitschrift PLANERIN. Vorstand, JAS Jugend Architektur Stadt e.V.

Sybille Wenke-Thiem

Ständiger Gast, Presseausschuss des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Jahreskonferenz der Städtischen Pressereferenten, Deutscher Städtetag.

Ständiger Gast, Seminar der Städtischen Pressereferenten des Deutschen Städtetages.

Dipl.-Verwaltungswiss.

Daniel Zwicker-Schwarm

Ständiger Gast, Fachkommission Wirtschaftsförderung des Deutschen Städtetages.



Daten und Fakten

Forschungsprojekte im Überblick

Veröffentlichungen

Veranstaltungen

Vorträge

Forschungsprojekte im Überblick

Laufende Projekte 2010

	Projektbezeichnung	Auftraggeber	Verantwortlich
Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales			
	REFINA (Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement)	Bundesministerium für Bildung und Forschung über Projektträger Jülich	Bock
	Bundestransferstelle Soziale Stadt, Baustein VII	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Böhme/Franke
	Prozessevaluierung Programmumsetzung Soziale Stadt im Leipziger Osten	Stadt Leipzig	Franke
	Umsetzungen und Wirkungen des Stadtbezirksmanagements in Hannover	Landeshauptstadt Hannover	Franke
	5. Bundeswettbewerb Suchtprävention	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	Böhme
	Evaluierung Stadtumbau West	Weeber + Partner	Beckmann
	Difu-Dialog zur Stadtforschung	eigenfinanziert	Beckmann
	AG Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung	eigenfinanziert	Böhme
Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen			
	Der Beitrag transnationaler Projekte zur Umsetzung der territorialen Agenda der EU in Deutschland	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Zwicker-Schwarm
	Jahresgutachten 2009/2010 zu den Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber	Informationszentrum Mobilfunk e.V.	Grabow
	Szenarien nachhaltiger Stadtentwicklung	Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung	Grabow
	Wertschöpfungskompetenz IRMA	TU München	Floeting
	KfW-Umfrage zu kommunaler Haushaltslage, Finanzierungsbedarfen und Investitionstätigkeiten 2010 bis 2012	KfW Bankengruppe	Grabow
	DynAss – Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur	Bundesministerium für Bildung und Forschung über Projektträger VDI	Floeting
	Programme des Bundes für die nachhaltige Stadtentwicklung und Soziale Stadt	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Hollbach-Grömig
	Städtebauförderung und Doppik	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Schneider
	Difu-Städtebefragung 2011	eigenfinanziert	Grabow
Arbeitsbereich Mobilität und Infrastruktur			
	Fahrradportal	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Bracher
	Fahrradakademie	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Bracher

	Projektbezeichnung	Auftraggeber	Verantwortlich
	Active Access	EU	Bracher
	Transferstelle Fahrrad International 2010–2011	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Bracher
	Forschungsassistenz Leihräder	Wuppertal-Institut	Bracher
	Infrastruktur und Stadtentwicklung Wüstenrot II	Wüstenrot Stiftung	Libbe
	Kommunal mobil – Kommunen trauen sich was	Umweltbundesamt	Gies
	Stadt der kurzen Wege	Umweltbundesamt	Gies

Arbeitsbereich Umwelt

	Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten	teilnehmerfinanziert	Rösler
	Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über Projektträger Jülich	Rösler
	Leitfaden Kommunalen Klimaschutz	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über Projektträger Jülich	Rösler
	Endenergieeffizienz	Prognos AG	Rösler
	Klimagerechte Stadtentwicklung	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Rösler
	CircUse	EU	Preuß/Verbücheln
	Erstellung eines Flyers zur erfolgreichen energetischen Altbausanierung in Kommunen	Landeshauptstadt Düsseldorf	Rösler
	Internetzeitschrift »Umsicht«	eigenfinanziert	Rösler
	Umfrage »Klimaschutz, Erneuerbare Energien und Klimawandel in Kommunen«	eigenfinanziert	Rösler

Arbeitsbereich Wissensmanagement

	Virtuelle Fachbibliothek	Deutsche Forschungsgemeinschaft	Plagemann
--	--------------------------	---------------------------------	-----------

AGFJ

	Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Landua, K.
--	--	--	------------

Abgeschlossene Projekte 2010

	Projektbezeichnung	Auftraggeber	Verantwortlich
Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Recht und Soziales			
	Verkehrsinfrastrukturpolitik zwischen Globalisierung, Konjunkturprogrammen und Wachstumserfordernissen	Institut für Verkehrs- wissenschaften, Univ. Köln	Beckmann
	Innovationspolitik als Chance für Verkehr, Wirtschaft und Umwelt	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Beckmann
	Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht	eigenfinanziert	Bunzel
	Evaluation Expertenkommission Wohnungs- genossenschaften	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Jekel
	Bundestransferstelle Soziale Stadt, Baustein VI	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung	Böhme/Franke
	Frühe Hilfen – Zusammenarbeit der Jugend- und Gesundheitsämter	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	Landua
	Demografischer Wandel	diverse Städte	Frölich von Bodelschwingh
	Heranziehung externen Sachverständs bei Gesetzgebung im Städtebaurecht – Fachöffentliche Einzelveranstaltungen 2010	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	Bunzel
	Umfrage zur Baunutzungsverordnung	eigenfinanziert	Bunzel
	Wirkungsanalyse Technisches Referendariat	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Beckmann
	Bedarfsermittlung soziale Wohnungsbauförderung	eigenfinanziert	Jekel
	Wohneigentumsbildung von Migranten	eigenfinanziert	Reimann
	Expertise Sachsen-Anhalt	Freiherr vom Stein-Akademie	Bunzel
	Frühe Hilfen – Inhaltsanalyse der Materialien der Jugend- und Gesundheitsämter	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	Landua
	Frühe Hilfen – Dokumentenanalyse	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung	Arlt
Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen			
	REFINA eGovernment	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicher- heit über Projektträger Jülich	Grabow
	Urban Audit Analysis II	EU über RWI	Seidel-Schulze
	Stadtentwicklungskonzept Gewerbe LH Potsdam	Landeshauptstadt Potsdam	Zwicker-Schwarm
	ServiceStadt Berlin 2016	Bezirk Marzahn von Berlin	Schneider
	Kleinräumlicher Städtevergleich	res urbana GmbH	Seidel-Schulze
	Finanzierung Infrastruktur und demografischer Wandel	Bundesministerium des Innern	Schneider

	Projektbezeichnung	Auftraggeber	Verantwortlich
--	--------------------	--------------	----------------

Arbeitsbereich Mobilität und Infrastruktur

	netWORKS II	Bundesministerium für Bildung und Forschung über Projektträger Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt	Libbe
	Infrastruktur und Stadtentwicklung	Wüstenrot Stiftung	Libbe
	Verkehrs- und Kostenfolgen der Siedlungsplanung	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	Lehmbrock
	Dokumentation Fahrradverleihsysteme	Wuppertal-Institut	Bracher
	Städtischer Wirtschaftsverkehr	eigenfinanziert	Arndt
	Kommunaler Nutzen des ÖPNV	eigenfinanziert	Gies
	Rechtliche Rahmenbedingungen für die Implementierung des batteriebetriebenen Individualverkehrs	eigenfinanziert	Hanke
	Rechtliche Rahmenbedingungen für dezentrale Ver- und Entsorgungsanlagen	eigenfinanziert	Hanke
	StVO-Novelle, Hamburg 2	Hamburg	Koerdt/Bracher
	StVO-Novelle, Niedersachsen 2	Land Niedersachsen	Koerdt/Bracher
	Sicherer Radverkehr in Klein- und Mittelstädten	Deutscher Verkehrssicherheitsrat	Koerdt
	StVO-Novelle, Bamberg	Stadt Bamberg, Sächsisches Kommunales Studieninstitut Dresden	Schillemeit
	Gigaliner	Allianz pro Schiene e.V.	Schillemeit
	Elektromobilität – Publikation	eigenfinanziert	Hanke

Arbeitsbereich Umwelt

	Klimafibel	Regionalverband Ruhr	Rösler
	Optimierung der Sammlung FCKW-haltiger Kühlgeräte	Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen	Verbücheln

Veröffentlichungen

Veröffentlichungen nach Themenbereichen sowie Autorinnen und Autoren aus dem Difu (hervorgehoben; ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

Städtebau und Stadtentwicklung

- Beckmann, Klaus J.:** Experimentierfeld 1 – Zwischennutzungen & kreative Milieus – Nischenphänomene oder Wegweiser einer sich wandelnden Stadt, in: Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (Hrsg.): Experimentierfeld Stadt. Handel, Handwerk und Gewerbe im 21. Jahrhundert. Dokumentation der Veranstaltung vom 25. Januar 2010, Berlin, Brüssel, S. 9–10.
- Bundestransferstelle Soziale Stadt im Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Soziale Stadt info 24, Schwerpunkt: Ältere Menschen in der Sozialen Stadt (Bearbeitung: **Beißwenger, Klaus-Dieter, Christa Böhme, Thomas Franke**), Berlin, Juli 2010.
- Bock, Stephanie, und Bettina Reimann:** Kleiner und feiner? Schrumpfung und Umbau der Städte, in: Frech, Siegfried, und Richard Reschl (Hrsg.): Urbanität neu planen. Stadtplanung, Stadtumbau, Stadtentwicklung, Schwalbach/Ts. 2010, S. 102–121.
- Böhme, Christa, und Thomas Franke:** Das Bundesländer-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt«, in: BBE-Newsletter Nr. 15 vom 29.7.2010.
- Böhme, Christa, und Thomas Franke:** Modellvorhaben der Sozialen Stadt. Gute Beispiele für sozial-integrative Projekte, in: Difu-Berichte, 1/2010, S. 16.
- Böhme, Christa, und Thomas Franke:** Soziale Stadt und ältere Menschen, in: Soziale Stadt info 24, Schwerpunkt: Ältere Menschen in der Sozialen Stadt, Berlin, Juli 2010, S. 2–4.
- Böhme, Christa, und Thomas Franke:** Soziale Stadt und ältere Menschen, in: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, H. 2, 2010, S. 86–89.
- Bundestransferstelle Soziale Stadt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: 2. Regionalkonferenz zur Sozialen Stadt. Modellvorhaben der Sozialen Stadt und Monitoring. Dokumentation und Auswertung (Bearbeitung: **Böhme, Christa, Thomas Franke, Wolf-Christian Strauss, Maria Olteanu**), Berlin 2010.
- Bunzel, Arno:** Erschließung, in: Henckel, Dietrich et al. (Hrsg.), Planen – Bauen – Umwelt. Ein Handbuch, Berlin 2010, S. 139–143.
- Bunzel, Arno:** Planspiel, in: Henckel, Dietrich et al. (Hrsg.), Planen – Bauen – Umwelt. Ein Handbuch, Berlin 2010, S. 363–365.
- Bunzel, Arno:** Städtebaulicher Vertrag, in: Henckel, Dietrich et al. (Hrsg.), Planen – Bauen – Umwelt. Ein Handbuch, Berlin 2010, S. 457–461.
- Franke, Thomas, und Wolf-Christian Strauss:** Integrierte Stadtentwicklung in deutschen Kommunen – eine Standortbestimmung, in:

- Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4. 2010, Bonn: S. 253–262.
- Franke, Thomas, und Wolf-Christian Strauss:** Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen, in: Difu-Berichte 1/2010, Berlin 2010, S. 11.
- Grabow, Busso, und Angela Uttke:** Leitbilder nachhaltiger Stadtentwicklung. Von der Lokalen Agenda zur Nachhaltigkeit als strategischem Rahmen, in: PLANERIN, Heft 6/2010, S. 22–25.
- Hanke, Stefanie:** Stärkung des kooperativen Städtebaus durch den EuGH, in: Difu-Berichte 2010, S. 8–10.
- RWI, Difu (Bearbeitung: Hollbach-Grömig, Beate, und Antje Seidel-Schulze), PRAC, NEA:** Second State of European Cities Report, Research Project for the European Commission, DG Regional Policy, Essen, Berlin, November 2010.
- Frerichs, Stefan, Manfred Lieber und **Thomas Preuß (Hrsg.):** Flächen- und Standortbewertung für ein nachhaltiges Flächenmanagement. Methoden und Konzepte, Berlin 2010 (Beiträge aus der REFINA-Forschung, Reihe REFINA Band V).
- Lieber, Manfred, und **Thomas Preuß:** Flächenrecycling – neue Ergebnisse aus der REFINA-Forschung, in: Informationen zur Raumentwicklung 1/2010, Bonn 2010, S. 59–70.
- Reimann, Bettina, und Klaus J. Beckmann:** Die Neuorientierung des Bundesländer-Programms Stadtumbau Ost. Schwerpunkte und Herausforderungen, in: Taschenbuch für Wohnungswirtschaft 2010, Hamburg 2010, S. 209–309.
- Reimann, Bettina, und Angela Uttke:** Ich will bauen. Gib mir Steine. Über die Beteiligung von Jugendlichen und jugendlichen Migrant/innen an Stadtentwicklung, in: Demo 6, Berlin 2010, S. 36.
- Strauss, Wolf-Christian, und Thomas Franke:** Einbeziehung regionaler Aspekte in kommunales integriertes Handeln, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4.2010, Bonn 2010, S. 297–302.
- Uttke, Angela:** Design your Own Space, in: Children in Scotland, Issue 103, January 2010, S. 20–21.
- Uttke, Angela:** Nuoret suunnittelemassa omaa ympäristöään / Youth Designing their Own Environment, in: Arkki (Hrsg.): Creating the Future. Ideas on Architecture and Design Education, Helsinki 2010, S. 54–57.
- Päivi, Kataikko, und **Angela Uttke:** Vereine & Initiationen (Vorwort), in: Bundesstiftung für Baukultur (Hrsg.): Handbuch der Baukultur. 2. Auflage, Potsdam 2010, S. 63.
- Wohnen**
- Frölich v. Bodelschwingh, Franciska, und Gregor Jekel:** Wohnen als Katalysator einer erfolgreichen (Innen-)Stadtentwicklung, in: Wesbuer-Dittrich, Andrea, Wolfgang Knapp, Frank Osterhage (Hrsg.): Postsuburbanisierung und die Renaissance der (Innen-)Städte,

- Detmold 2010 (Band 6 der Reihe Metropolis und Region des Stadt- und regionalwissenschaftlichen Forschungsnetzwerks Ruhr). Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.); Bearbeitung: **Jekel, Gregor, Stephan Beetz, Stephanie Bock und Arno Bunzel:** Aktivierung von Potenzialen genossenschaftlichen Wohnens. Evaluierung der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften im Forschungsprogramm »Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt)«, Projektabschlussbericht, Bonn 2010 (BMVBS-Online-Publikation Nr. 25/2010).
- Jekel, Gregor:** Sicherung der sozialen Wohnraumversorgung, in: Difu-Berichte 2/2010.
- Jekel, Gregor:** Aktivierung von Genossenschaftspotenzialen, in: Difu-Berichte 3/2010.
- Edelhoff, Silke, und **Angela Uttke:** Bildungslandschaften. Lernorte gestalten und vernetzen, in: PLANERIN 05_10, 2010, S. 3–4.
- Niemann, Lars, Thorsten Schauz und **Angela Uttke:** Die Route der Wohnkultur. Eine Reise durch die Wohnwelten des Ruhrgebiets, in: STADTIDEE/Ruhr.2010 GmbH (Hrsg.): Route der Wohnkultur. Wohnen in der Metropole Ruhr, Essen 2010, S. 16–20.
- Bevölkerung und Soziales**
- Böhme, Christa:** Benachteiligte Quartiere. Gesundheitsförderung durch Freiraumentwicklung in Städten, in: Landschaftsarchitekten, H. 4/2010, S. 8–9.
- Böhme, Christa:** Gesundheitsförderung in der Sozialen Stadt, in: Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Baden-Württemberg e.V. und Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Gesundheitsförderung im Sozialraum – Gesunde Lebenswelten schaffen. Dokumentation 7. Netzwerktreffen am 23. Oktober 2009 in Stuttgart, S. 19–21.
- Böhme, Christa:** Stadtentwicklung und Gesundheitsförderung – am Beispiel Soziale Stadt, in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung/Bundeanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin: Dokumentation des nationalen DETERMINE-Workshops »Intersektorale Zusammenarbeit zur Förderung gesundheitlicher Chancengleichheit« am 19. Oktober 2009 in Köln, S. 16–19.
- Böhme, Christa, und Bettina Reimann:** Mehr als gewohnt – Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung. Aktivierende Evaluation gesundheitsfördernder Stadtteilentwicklungsprozesse, in: Gesundheit Berlin-Brandenburg (Hrsg.): Dokumentation 15. bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit, Berlin 2010.
- Böhme, Christa, und Bettina Reimann:** Mehr als gewohnt. Stadtteile machen sich stark für die Gesundheitsförderung von jungen Menschen – ein Praxisprojekt, in: KKH-Allianz in Zusam-

menarbeit mit Medizinische Hochschule Hannover (Hrsg.): Weißbuch Prävention 2010/2011. Gesund jung?! Herausforderung für die Prävention und Gesundheitsförderung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, S. 192–194.

Böhme, Christa, und Bettina Reimann: Mehr als gewohnt. Stadtteile machen sich stark für die Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen, in: Public Health Forum 18, 2010, S. 41–42.

Böhme, Christa, und Bettina Reimann: Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen. Bundeswettbewerb zur kommunalen Suchtprävention sucht vorbildliche Strategien und Maßnahmen, in: Difu-Berichte, 3/2010, S. 9.

Frölich v. Bodelschwingh, Franciska, Beate Hollbach-Grömig und Bettina Reimann: Demografischer Wandel. Kommunale Erfahrungen und Handlungsansätze, Berlin 2010 (Difu-Impulse, Bd. 5/2010).

Sann, Alexandra, und **Detlef Landua:** Systeme Früher Hilfen: Gemeinsam geht's besser! Ergebnisse der ersten bundesweiten Bestandsaufnahme bei Jugend- und Gesundheitsämtern, in: Bundesgesundheitsblatt, Nr. 53/2010, S. 1018–1028.

Sann, Alexandra, und **Detlef Landua:** Konturen eines vielschichtigen Begriffs: Wie Fachkräfte Frühe Hilfen definieren und gestalten, in: IZKK-Nachrichten, H. 1/2010, S. 47–52.

Reimann, Bettina, Christa Böhme und Gesine Bär: Mehr Gesundheit im Quartier. Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung, Berlin 2010 (Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 9).

Reimann, Bettina, und Christa Böhme: Mehr Gesundheit im Quartier. Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung, in: Difu-Berichte, 1/2010, S. 4–5.

Politik, Verwaltung und Recht

Bunzel, Arno: Kommentierungen zu § 11 BauNVO, in: Bleicher, Ralf, Arno Bunzel, Thomas Engel, Jörg Finkeldei und Lucia Wecker: Baurecht. Ergänzbare Vorschriftensammlung mit Kommentar, 108. Ergänzungslieferung, Kronach u.a., August 2010.

Bunzel, Arno: Novellierungsbedarf bei der BauNVO. Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik und des Deutschen Städtetags, <http://www.difu.de/publikationen/2010/novellierungsbedarf-bei-der-baunvo.html>.

Bunzel, Arno: Novellierungsbedarf bei der BauNVO? Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik und des Deutschen Städtetags, in: Mitschang, Stephan (Hrsg.): Aktuelle Fragestellungen des Städtebau- und Umweltrechts – Ansatzpunkte für eine BauGB- und BauNVO-Novelle, Frankfurt am Main u.a. 2011.

Bunzel, Arno, und Stefanie Hanke: Berliner Gespräche zum Städtebaurecht, Band 1 – Bericht, <http://www.difu.de/publikationen/2010/berliner-gespraech-zum-staedtebaurecht.html>.

Bunzel, Arno, und Stefanie Hanke: Berliner Gespräche zum Städtebaurecht, Band 2 – Dokumentation Festveranstaltung/Materialien, <http://www.difu.de/publikationen/2010/berliner-gespraech-zum-staedtebaurecht.html>.

Bunzel, Arno: Berliner Gespräche zum Städtebaurecht, DVBl. 2010, 1551–1554.

Bunzel, Arno (Hrsg.): Städtebauliche Gebote nach dem Baugesetzbuch (Bearbeitung: Marie-Luis Wallraven-Lindl und Anton Strunz), Berlin 2010 (Difu-Arbeitshilfe).

Hanke, Stefanie: Wann ist ein Grundstücksgeschäft der öffentlichen Hand ausschreibungspflichtig? – Anmerkung zu EuGH, Urteil vom 25. März 2010 – C-451/08 –, in: ZfBR 2010, S. 562–567.

Wirtschaft

Floeting, Holger: Städte auf dem Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft – Handlungsoptionen technologieorientierter Wirtschaftsförderung und wirtschaftsorientierter Stadtentwicklung in den deutschen Kommunen, in: Peter Gräf und Jürgen Rauh (Hrsg.): Regionale Komponenten der Informationsgesellschaft, Berlin 2010 (Geographie der Kommunikation, Bd. 9), S. 9–22.

Floeting, Holger, Dietrich Henckel und Josiane Meier: Schöne bunte Arbeitswelt. Arbeitsmärkte zwischen Globalisierung und Lokalisierung, in: Bernd Belina, Norbert Gestring, Wolfgang Müller und Detlev Sträter (Hrsg.): Urbane Differenzen. Disparitäten innerhalb und zwischen Städten, Münster 2010, S. 43–68.

Zwicker-Schwarm, Daniel, Busso Grabow, Stefan Schneider, Christian Spath und Andrea Wagner: Stadtentwicklungskonzepte für Gewerbeflächen. Das Beispiel der Landeshauptstadt Potsdam – Ein Werkstattbericht, Berlin 2010 (Difu-Impulse, Bd. 4/2010).

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.): Wettbewerbsfähige und nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung durch INTERREG. Der Beitrag transnationaler Projekte in den Themenfeldern Innovationsförderung sowie Klimaschutz und Klimaanpassung zur Umsetzung der Territorialen Agenda der EU in Deutschland (Bearbeitung: **Zwicker-Schwarm, Daniel, Holger Floeting, Andrea Wagner, Anja Neubauer, Karsten Ruddigkeit**), Bonn 2010 (BMVBS Online-Publikation Nr. 33/2010).

Finanzen und Investitionen

Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Berlin 2010 (Difu-Sonderveröffentlichung).

Akademie für Raumforschung und Landesplanung/**Beckmann, Klaus J. (Ko-Autor):** Gemeindefinanzreform – Empfehlungen aus raumwissenschaftlicher Sicht, Hannover 2010 (Positionspapier aus der ARL, Nr. 83).

Grabow, Busso, Stefan Schneider und Jens Libbe: Infrastrukturfinanzierung in den neuen Bundesländern vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, in: Klaus J. Beckmann (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Berlin 2010 (Difu-Sonderveröffentlichung), S. 14–18.

Grabow, Busso, und Stefan Schneider: Kommunale Investitionen – Investitionsbedarf, Investitionstätigkeit, Finanzierungsmöglichkeiten. Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2010, in: Klaus J. Beckmann (Hrsg.): Kommunale

Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Berlin 2010 (Difu-Sonderveröffentlichung), S. 10–13.

KfW Research, KfW Bankengruppe (Hrsg.): **Grabow, Busso, und Stefan Schneider:** KfW-Kommunalbefragung 2009, Frankfurt, April 2010, http://www.kfw.de/DE_Home/Research/PDF-Dokumente_Research/KfW-Kommunalbefragung_2009.pdf

KfW Research, KfW Bankengruppe (Hrsg.): **Grabow, Busso, und Stefan Schneider:** KfW-Kommunalpanel 2010, Frankfurt, November 2010, <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=912PQS6C>

Grabow, Busso: PPP-Projekte in Deutschland. Leisten PPPs einen Beitrag zur Bewältigung der öffentlichen Finanzkrise?, in: Public Marketing, H. 6/2010, S. 18–20.

Schneider, Stefan: Strategisches Investitionsmanagement – langfristig erfolgreich trotz knapper Kassen, in: InfrastrukturRecht, Nr. 11/2010, Berlin 2010.

Hanke, Stefanie: Standpunkt: Wer zahlt die Zeche? Der Besteller!, in: Difu-Berichte 3/2010, S. 2–3.

Hanke, Stefanie: Kann das Konnexitätsprinzip die Finanzlage der Kommunen verbessern?, in: Beckmann, Klaus J. (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not – Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Berlin 2010 (Difu-Sonderveröffentlichung), S. 25–30.

Infrastruktur

Bormann, René, **Tilman Bracher u.a.:** Eckpunkte für eine zielorientierte, integrierte Infrastrukturplanung des Bundes. Vom Bundesverkehrswegeplan zur Bundesverkehrsnetzplanung, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik, Bonn 2010 (WISO Diskurs, Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Dezember 2010).

Grabow, Busso, Antje Seidel-Schulze u.a.: Jahresgutachten 2009 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber, Berlin Februar 2010, <http://www.difu.de/publikationen/2010/jahresgutachten-2009-zur-umsetzung-der-zusagen-der.html>

Hanke, Stefanie: Rechtliche Rahmenbedingungen für de- und semizentrale Abwasserentsorgung, in: Thomas Kluge und Jens Libbe (Hrsg.) (2010): Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Handreichung zur Realisierung neuartiger Infrastrukturlösungen im Bereich Wasser und Abwasser, Berlin, S. 126–141.

Libbe, Jens: Alternativen für die Siedlungswasserwirtschaft, in: LandInForm. Zeitschrift der Deutschen Vernetzungsstelle ländliche Räume, H. 1/2010, S. 38–39.

Libbe, Jens: Anpassungsstrategien durch Kommunen und Unternehmen der Siedlungswasserwirtschaft, in: Tagungsband zur 15. Internationalen Sommerakademie der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) in Ostritz-St. Marienthal zum Thema »Zukunft Wasser«, Berlin (DBU-Buchreihe: Initiativen zum Umweltschutz, Bd. 81), S. 402–411.

Libbe, Jens: Energie- und ressourceneffiziente Lösungen für die kommunale Wasser-Infrastruktur, in: KommunalPraxis spezial, 10. Jg., 3/2010, S. 138–142.

- Libbe, Jens:** Investitionen in Bildung und Kultur – Fass ohne Boden oder Zukunftsertrag?, in: Klaus J. Beckmann: Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Berlin (Difu-Sonderveröffentlichung), S. 58–64.
- Libbe, Jens:** Die Stadt der Zukunft – Nachhaltigkeit und Energieeffizienz, in: Thomas Kluge und Jens Libbe (Hrsg.): Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Handreichung zur Realisierung neuartiger Infrastrukturlösungen im Bereich Wasser und Abwasser, Berlin, S. 17–22.
- Libbe, Jens,** und Engelbert Schramm: Demografische Entwicklung und Klimawandel, in: Thomas Kluge und Jens Libbe (Hrsg.): Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Eine Handreichung zur Realisierung neuartiger Infrastrukturlösungen im Bereich Wasser und Abwasser, Berlin, S. 23–27.
- Libbe, Jens, Hadia Köhler und Klaus J. Beckmann:** Infrastruktur und Stadtentwicklung. Technische und soziale Infrastrukturen – Herausforderungen und Handlungsoptionen für Infrastruktur- und Stadtplanung, hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik und der Wüstenrot Stiftung, Berlin (Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 10).
- Kluge, Thomas, **Jens Libbe** und Bernhard Michel: Ansatzpunkte der Transformation, in: Thomas Kluge und Jens Libbe (Hrsg.): Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Handreichung zur Realisierung neuartiger Infrastrukturlösungen im Bereich Wasser und Abwasser, Berlin, S. 37.
- Kluge, Thomas, und **Jens Libbe (Hrsg.):** Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Handreichung zur Realisierung neuartiger Infrastrukturlösungen im Bereich Wasser und Abwasser, Berlin.
- Scheele, Ulrich, und **Jens Libbe:** Internationale Beispiele, in: Thomas Kluge und Jens Libbe (Hrsg.): Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Eine Handreichung zur Realisierung neuartiger Infrastrukturlösungen im Bereich Wasser und Abwasser, Berlin, S. 87–102.
- Felmeden, Jörg, **Jens Libbe,** Bernhard Michel und Engelbert Schramm: Beispiele der Planung neuartiger Infrastruktur aus den netWORKS-Modellstädten, in: Thomas Kluge und Jens Libbe (Hrsg.): Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Handreichung zur Realisierung neuartiger Infrastrukturlösungen im Bereich Wasser und Abwasser, Berlin, S. 79–86.
- Felmeden, Jörg, Thomas Kluge, Matthias Koziol, **Jens Libbe,** Bernhard Michel und Ulrich Scheele: Öko-Effizienz kommunaler Wasser-Infrastrukturen. Bilanzierung und Bewertung bestehender und alternativer Systeme, Berlin 2010 (netWORKS-Papers, Nr. 26).
- IBA-Hamburg und Forschungsverbund netWORKS (Hrsg.) (Schriftleitung: **Jens Libbe**): Ressource Wasser: Klimaanpassung und Energieeffizienz. Dokumentation des Labors vom 5. und 6. November 2009, Berlin und Hamburg 2010.
- Libbe, Jens, Stefanie Hanke,** Thomas Kluge und Matthias Koziol: Wasserinfrastruktur in der kommunalen Planungspraxis, in: Thomas Kluge und Jens Libbe (Hrsg.): Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Eine Handreichung zur Realisierung neuartiger Infrastrukturlösungen im Bereich Wasser und Abwasser, Berlin, S. 103–125.
- Libbe, Jens,** Ulrich Scheele und Thomas Kluge: Zur Rolle kommunaler Unternehmen im Transformationsmanagement, in: Thomas Kluge und Jens Libbe (Hrsg.): Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft. Eine Handreichung zur Realisierung neuartiger Infrastrukturlösungen im Bereich Wasser und Abwasser, Berlin, S. 143–154.
- Schneider, Stefan, Beate Hollbach-Grömig, Jens Libbe und Busso Grabow:** Kurzexpertise: Finanzierung von Infrastruktur unter den Bedingungen der demografischen Veränderungsprozesse. Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (BMI), Berlin (interner Bericht an das BMI).
- ## Mobilität
- Arndt, Wulf-Holger:** Verfahren zur Abschätzung von Verkehrsfolgekosten für die kommunale Siedlungsplanung unter besonderer Berücksichtigung des ÖPNV, in: Die Bedeutung der Kosten in der Stadt- und Regionalplanung, AMUS 2010, Stadt Land Region 1/2010, Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr (ISB), RWTH Aachen.
- Beckmann, Klaus J.:** »Verkehr«, in: Henckel, Dietrich, Kester von Kuczkowski, Petra Lau, Elke Pahl-Weber und Florian Stellmacher (Hrsg.): Planen – Bauen – Umwelt, Wiesbaden 2010, S. 539–545.
- STADT + UM + LAND/Zweckverband Großraum Braunschweig/**Beckmann, Klaus J. (Ko-Autor):** Zur postfossilen Mobilität und ihrer Bedeutung für die räumliche Entwicklung. Dokumentation des Symposiums vom 28.08.2010, Braunschweig.
- Hesse, Markus, Bernd Scholl und **Klaus J. Beckmann:** Grundprinzipien einer nationalen Strategie für eine integrierte Raum- und Verkehrsentwicklung – Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Arbeitskreises, in: Markus Hesse (Hrsg.): Neue Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Strategien für die großräumige Verkehrsentwicklung, Hannover 2010 (Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 233), S. 115–121.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/**Beckmann, Klaus J. (Ko-Autor):** Internalisierung externer Kosten des Straßengüterverkehrs, in: Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, 81. Jahrgang H. 2/2010, S. 73–105.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/**Beckmann, Klaus J. (Ko-Autor):** Sicherheit zuerst – Möglichkeiten zur Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit in Deutschland, in: Zeitschrift für Verkehrssicherheit, 56. Jahrgang, H. 4/2010, S. 171–195.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/**Beckmann, Klaus J. (Ko-Autor):** Strategieplanung, Mobilität und Transport – Folgerungen für die Bundesverkehrswegeplanung, in: Internationales Verkehrswesen. Fachzeitschrift für Wissenschaft und Praxis, 62. Jahrgang H. 4/2010, S. 20–29.
- Bormann, René, **Tilman Bracher** u.a.: Eckpunkte für eine zielorientierte, integrierte Infrastrukturplanung des Bundes. Vom Bundesverkehrswegeplan zur Bundesverkehrsnetzplanung, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bonn 2010 (WISO Diskurs, Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik).
- Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Arbeitsgruppe Straßenentwurf (Hrsg.)/**Bracher, Tilman (Ko-Autor):** Empfehlungen für Radverkehrsanlagen – ERA, Ausgabe 2010, Köln.
- Janßen, Antje, Michael Volpert, Nicole Löffler und **Tilman Bracher:** Expertise »Mobilität Münster/Münsterland 2050«, Bericht November 2010, Kassel.
- Bormann, René, **Tilman Bracher** u.a.: Neuordnung der Finanzierung des Öffentlichen Personennahverkehrs. Bündelung, Subsidiarität und Anreize für ein zukunftsfähiges Angebot, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bonn 2010 (WISO Diskurs, Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, November 2010).
- Bracher, Tilman:** Reden übers Rad. Über die wachsende Beliebtheit des Velos und stadtverträgliche Mobilität, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 99 vom 29.4.2010, S. F9.
- Bracher, Tilman (Ko-Autor), Reichel, Doris (Ko-Autorin):** Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (Hrsg.): Wettbewerbsdokumentation »Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme«. Neue Mobilität in Städten. Berlin, o.J. (2010).
- Lehmbrock, Michael,** Eckhart Heinrichs, **Thomas Preuß, Angela Uricher u.a.:** Einfaches und wirtschaftliches Parkraummanagement. Eine Fallstudie in Berlin, Berlin 2010 (Difu-Impulse 2/2010).
- Schillemeit, Ulrike:** Difu-Gutachten: Die Zulässigkeit eines bundesweiten Modellversuchs mit »Gigalinen« bzw. »Lang-Lkw« auf der Grundlage einer Bundesrechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrats, Berlin 2010.
- Thiemann-Linden, Jörg:** Begegnungszonen (zones de rencontre) in Frankreich und Belgien. Koexistenzprinzip auch außerorts? Zwei Aufsätze in: Bechtler, Cornelius u.a. (Hrsg.): Shared Space – Beispiele und Argumente für lebendige öffentliche Räume, Bielefeld, S. 111–124.
- Thiemann-Linden, Jörg, Johanna Theunissen und Tilman Bracher:** ACTIVE ACCESS Stakeholder Involvement Plan (Umfassendes Beteiligungskonzept kommunaler Handlungsträger in den Partnerkommunen, EU-Projekt für Nahmobilität), <http://www.active-access.eu>
- ## Umwelt
- Floeting, Holger:** Kooperationen in Kommunen, in: Rösler, Cornelia (Hrsg.): Kooperationen im kommunalen Energiemanagement, Berlin 2010 (Difu-Impulse 1/2010), S. 11–15.
- Hogrewe-Fuchs, Anna:** Neun vorbildliche Projekte zur CO₂-Vermeidung, in: Difu-Berichte, H. 1/2010, S. 19.
- Hogrewe-Fuchs, Anna:** Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz. Kommunen beim Klimaschutz auf einen guten Weg bringen, in: Planerin, H. 3/2010, S. 35–36.
- Hogrewe-Fuchs, Anna:** Vorreiter im Klimaschutz: Neun Kommunen ausgezeichnet, in: Difu-Berichte, H. 4/2010, S. 20–21.

Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.): Kommunalen Klimaschutz 2009. Wettbewerb. Die Preisträger und ihre Projekte. Ein Wettbewerb des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Kooperation mit der Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz, Köln 2010 (Sonderveröffentlichung, Bearbeitung: **Anna Hogrewe-Fuchs und Ulrike Vorwerk**).

Lorke, Vera, Cornelia Rösler u.a.: Nutzung erneuerbarer Energien durch die Kommunen. Ein Praxisleitfaden, Köln 2010 (Sonderveröffentlichung des Deutschen Instituts für Urbanistik).

Preuß, Thomas: »Flächenmanagement«, in: Henckel, Dietrich, Kester von Kuczowski, Petra Lau, Elke Pahl-Weber und Florian Stellmacher (Hrsg.): Planen – Bauen – Umwelt. Ein Handbuch, Wiesbaden 2010, S. 177–181.

Rösler, Cornelia: Fördermöglichkeiten für den kommunalen Klimaschutz, in: Kommunal-Praxis spezial, H. 4/2010, S. 165–169.

Rösler, Cornelia: Nutzung erneuerbarer Energien durch die Kommunen, in: der gemeinderat Nr. 3/2010, S. 16–17.

Rösler, Cornelia (Hrsg.): Kooperationen im kommunalen Energiemanagement. Dokumentation des 14. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten, Berlin 2010 (Difu Impulse 1/2010).

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Handbuch Stadtklima. Maßnahmen und Handlungskonzepte für Städte und Ballungsräume zur Anpassung an den Klimawandel (Bearbeitung: Dr. Monika Steinrück, Dr. Dirk Dütemeyer, Jens Hasse, **Cornelia Rösler und Vera Lorke**), Düsseldorf 2010.

Verbücheln, Maic: Optimierung der Sammlung von Gasentladungslampen, VKS-News Ausgabe 141, Berlin 2010, S. 19–20.

Verbücheln, Maic: Wegfall der Zuweisung von kommunalen Abfällen zu Abfallbehandlungsanlagen in NRW – Eine ökonomische Betrachtung, in: Klaus J. Beckmann (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not – Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Berlin 2010 (Difu-Sonderveröffentlichung), S. 71–74.

Vorwerk, Ulrike: Servicestelle: Kommunalen Klimaschutz. Zentrale Anlaufstelle für Kommunen im Klimaschutz, in: Ländlicher Raum, Schwerpunkttheft 3/2010, S. 74.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): Transnationale Perspektiven für Klimaschutz und Klimaanpassung. Wie Kommunen und Regionen INTERREG IV nutzen können (Bearbeitung: **Zwicker-Schwarm, Daniel, Andrea Wagner, Anja Neubauer, Cornelia Rösler**), Bonn 2010 (Sonderveröffentlichung).

Steuerung und Aufgabenorganisation

Floeting, Holger: Das Internet, die Stadt, das Örtliche und das Globale. Wie verändert sich kommunales Handeln?, in: Lena Hatzelhoffer, Michael Lobeck, Wolfgang Müller und Claus-Christian Wiegandt (Hrsg.): E-Government und Stadtentwicklung. Berlin 2010 (Stadtzukünfte Bd. 8), S. 11–23.

Grabow, Busso: Services der Zukunft, in: Kommune 21, Heft 1/2010, S. 16/17.

Grabow, Busso, und Stefan Schneider: Zukunft der öffentlichen Serviceangebote in Kommunen. Das Beispiel der ServiceStadt Berlin 2016, in: Verwaltung und Management, 16. Jg., H. 1/2010, S. 17–30.

Hanke, Stefanie: Tagungsbericht: Das neue einheitliche Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz, in: Kommunaljurist 2010, S. 52–53.

Libbe, Jens: Kommunale Dienste in einer Hand?, in: AKP – Alternative Kommunalpolitik, 31. Jg., H. 6/2010, S. 38–40.

Libbe, Jens, und Stefanie Hanke: Rekommunalisierung als probates Mittel zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage? in: Klaus J. Beckmann (Hrsg.): Kommunale Haushalte in Not. Anregungen aus der Stadtforschung für die Stadtpolitik, Berlin 2010 (Difu-Sonderveröffentlichung), S. 19–24.

Libbe, Jens, und Stefanie Hanke: Rekommunalisierung – Neue alte Wege der öffentlichen Daseinsvorsorge, in: Der Gemeindehaushalt, H. 12/2010.

Weitere Themen

Atteslander, Peter, **Busso Grabow u.a.:** Methoden der empirischen Sozialforschung, 13. neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2010, Berlin.

Strauss, Wolf-Christian: Technisches Referendariat: Stärken- und Schwächenanalyse, in: Difu-Berichte 1/2010, S. 20.

Veranstaltungen

1. Difu-Veranstaltungsprogramm

Berlin-Seminare

Strategisches Investitionsmanagement: Langfristig erfolgreich trotz knapper Kassen, 4.–5.3.2010 in Berlin, Schneider/Grabow

Prävention und Gesundheitsförderung in den Kommunen – wo stehen die Städte heute?, 8.–9.3.2010 in Berlin, Böhme/Reimann

Spielhallen: Trends – Probleme – Steuerungspotenziale, 12.–13.4.2010 in Berlin, Kühn

Datenschutz in der Kommunalverwaltung: Praxisrelevante Fragestellungen, 19.–20.4.2010 in Berlin, Zilkens/Scholz

Mehr Mitverantwortung wagen – Bürgerschaftliches Engagement als Chance in der Finanzkrise?, 21.–22.4.2010 in Berlin, Knipp/Löffler

Schrottimmobilien – Instrumente zum Umgang mit verwahrlosten Immobilien, 23.4.2010 in Berlin, Jekel

Jugendliche und Stadt(teil)entwicklung – Erfolgreiche Beteiligungsansätze von jugendlichen Migranten, 26.–27.4.2010, in Berlin, Uttke/Reimann

Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen – Strategien, Konzepte, Instrumente, 5.–6.5.2010 in Berlin, Zwicker-Schwarm/Grabow

Kommunale Strategien zur Sicherung der sozialen Wohnraumversorgung, 17.–18.5.2010 in Berlin, Jekel/Seidel-Schulze

Neue Sicherheitsanforderungen an die Städte – Probleme, Ursachen, Lösungsansätze, 27.–28.5.2010 in Berlin, Floeting/Knipp

Stadtmarketing: Ein leistungsfähiges Instrument auch in Krisenzeiten?, 1.–2.6.2010 in Berlin, Grabow/Hollbach-Grömig

Städtebaurecht aktuell: Baunutzungsverordnung zwischen Anforderungen der Rechtsprechung und praktischen Erfordernissen, 7.–8.6.2010 in Berlin, Bunzel

Hauptverkehrsstraßen im Fokus der Verkehrs- und Stadtentwicklung, 20.–21.9.2010 in Berlin, Koerdts/Arndt

Neue Herausforderungen, knappe Ressourcen – (wie) lässt sich das Dilemma des Personalmanagements in Bund, Ländern und Kommunen überwinden?, 23.–24.9.2010 in Berlin, Knipp in Kooperation mit BaköV

Die Finanzierung des ÖPNV – Problemlagen und Handlungspfade, 27.–28.9.2010 in Berlin, Gies/Kühn

Inklusion statt Integration: Hat das deutsche Förderschulsystem noch eine Zukunft?, 4.–5.10.2010 in Berlin, Knipp/Hebborn (DST)

Internationalisierung der kommunalen Wirtschaftsförderung, 18.–19.10.2010 in Berlin, Zwicker-Schwarm/Hollbach-Grömig

Möglichkeiten der Zwischennutzung von Flächen und Gebäuden, 25.–26.10.2010 in Berlin, Preuß/Strauss

Soziale Infrastruktur im Wandel, 27.–28.10.2010 in Berlin, Libbe

Rahmenbedingungen und aktuelle Aspekte der kommunalen Sportpolitik, 2.–3.11.2010 in Berlin, Knipp/Stucke (DST)

Neue Wohnformen – Ziele und Unterstützungsmöglichkeiten der Kommunen, 4.–5.11.2010 in Berlin, Jekel/Kühn

Schule und Stadt: Facetten einer Partnerschaft, 9.–10.11.2010 in Berlin, Böhme/Uttke

Kooperation statt Konfrontation: Erfahrungen, Erfolge und Grenzen bei der Umsetzung von kooperativen Moderationsverfahren in Kommunen, 24.–25.11.2010 in Berlin, Bock/Reimann

Monitoring in der Stadtentwicklung – Stand und Potenziale, 29.–30.11.2010 in Berlin, Seidel-Schulze/Hollbach-Grömig

Parkraummanagement in den Städten, 6.–7.12.2010 in Berlin, Kühn/Bracher

Regional-Seminare, Brennpunkt-Seminare, Fachtagungen, Konferenzen, Kongresse

Tausend mal »warum«? Verspieltes Wissen ?! Verbesserung der Bildungsqualität in vorschulischen Einrichtungen, 14.–15.1.2010 in Berlin, Landua

Denkmalschutz nicht ohne Umweltschutz – Energieeffizienz und erneuerbare Energien in Denkmal- und Stadtbildpflege, 22.–23.2.2010 in Köln, Lorke/Uttke

15. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten, 12.–13.4.2010 in Regensburg, Rösler

CO₂-Bilanzen: Potenzielle Ansätze, Regionalveranstaltung der Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz, 4.5.2010 in Frankfurt am Main

40. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung, 5.–7.5.2010 in Nürnberg, Strauss/Uttke

Kommunaler Klimaschutz: Strategien und Herausforderungen, 8.–9.6.2010 in Düsseldorf, Rösler

Die Stärkung des kooperativen Städtebaus durch den EuGH, 16.6.2010 in Berlin, Hanke/Bunzel

Einzelhandel in den Innenstädten – zwischen Warenhauskrise und Boom der Einkaufszentren, 28.6.2010 in Berlin, Kühn

Mobilität in Stadt und Region – Beiträge zum Klimaschutz, Regionalveranstaltung der Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz, 6.7.2010 in Schwerin

Gartenschauen: Trends, Strategien, Perspektiven, 8.–10.9.2010 in Gelsenkirchen, Kühn

Klimaschutz in der kommunalen Abwasserentsorgung, Regionalveranstaltung der Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz, 25.10.2010 in Wolfsburg

Kommunalen Klimaschutz erfolgreich gestalten!, Konferenz zum kommunalen Klimaschutz einschließlich Preisverleihung zum Wettbewerb Kommunaler Klimaschutz 2010 im Rahmen der Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz, veranstaltet vom Bundesumwelt-

ministerium in Kooperation mit der Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz und den kommunalen Spitzenverbänden, 18.–19.11.2010 in Bonn

Wer zahlt die Zeche? – Das Konnexitätsprinzip auf dem Prüfstand, 1.12.2010 in Berlin, Hanke/Bunzel

Potenziale der kommunalen Abfallwirtschaft im Klimaschutz, Regionalveranstaltung der Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz, 9.12.2010 in Erfurt

2. »Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte« und Difu-Ansprechpartnertreffen

(Institutsleitung und Pressestelle)

Frühe Hilfen als gemeinsame Aufgabe von Jugendhilfe und Gesundheitssystem, 10.2.2010 in Berlin, D. Landua, Arlt

ServiceStadt Berlin 2016: Ausgestaltung von Leistungs- und Serviceangeboten unter sich verändernden Rahmenbedingungen, 10.3.2010 in Berlin, Grabow, Knipp, Schneider

Nationale Stadtentwicklungspolitik, 14.4.2010 in Berlin, Hatzfeld (extern; Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung)

Leihfahrräder als globaler Trend? »Velorution« in Paris, Modellversuch in Deutschland, 12.5.2010 in Berlin, Bracher

Difu-Ansprechpartnertreffen, 17. und 18.6.2010 in Berlin, Beckmann, Bock, Franke, Fröhlich v. Bodelschwingh, Grabow, Hanke, Libbe, Wenke-Thiem, Zwicker-Schwarm

Rekommunalisierung – neue alte Wege der öffentlichen Daseinsvorsorge, 6.10.2010 in Berlin, Hanke, Libbe

Zukunftsfähige Verwaltung – Umsetzungskonsequenzen für die »ServiceStadt Berlin 2016«, 16.11.2010 in Berlin, Knipp

Nahmobilität in der Kommune – eine Chimäre oder neue Chancen auch in Metropolen? 8.12.2010 in Berlin, Thiemann-Linden

3. Fahrradakademie

(A. Koerdts und Fahrradakademie-Team)

Verkehrssicherheit und Radverkehr, am 25./26.01.2010 in Stuttgart, 28./29.01.2010 in Fulda, 23./24.02.2010 in Berlin, 25./26.02.2010 in Osnabrück

Radverkehr in Ortsdurchfahrten und im ländlichen Raum, am 01.03.2010 in Schwerin, 02.03.2010 in Dresden, 17.03.2010 in Koblenz, 18.03.2010 in Nürnberg

Kommunikation und Kooperationen – Rückenwind durch starke Partner, am 20./21.04.2010 in Frankfurt (Main), 26./27.04.2010 in Hamburg, 03./04.05.2010 in München und 05./06.05.2010 in Leipzig

Internationale Fachexkursion nach Basel/Bern,
am 09.–11.06.2010

**StVO-Seminare Mehr Qualität im Radverkehr –
Die neuen Standards der 46. StVO-Novelle,**
am 18.01.2010. in Düsseldorf, 21.01.2010 in
Rendsburg, 27.01.2010 in Erfurt, 04.03.2010
in Potsdam, 10.03.2010 in Wiesbaden,
11.03.2010 in Stuttgart, 24.03.2010 in
Hamburg, 30.03.2010 und 31.03.2010 in
Hannover, 29.04.2010 in Rostock

Auswertungsworkshop StVO-Programm, am
30.06.2010 in Berlin

Sonderveranstaltungen StVO, am 20.07.2010 in
Bamberg, 28.09.2010 in Dresden

4. Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ)

(K. Landua und AGFJ-Team)

**Das Jugendamt der Zukunft – Mädchen für alles
oder Restjugendamt,** 15./16.04.2010 in Berlin

**20 Jahre Kinder- und Jugendhilfegesetz –
kritische Würdigung, Bilanz und Ausblick,**
30.06./01.07.2010 in Berlin

**Frühe Hilfen auch für Jugendliche? Gilt der
Schutzauftrag § 8a SGB VIII bis zur Voll-
jährigkeit?,** 07./08. Oktober 2010 in Berlin

**Psychisch gestört oder »nur« verhaltensauffäl-
lig? Kooperation von Jugendhilfe und Kinder-
und Jugendpsychiatrie in einem schwierigen
Dunkelfeld.** Eine Veranstaltung der AGFJ im
Deutschen Institut für Urbanistik in Koope-
ration mit der Klinik für Kinder- und Jugend-
psychiatrie/Psychotherapie des Universitäts-
klinikums Ulm am 11./12.11.2010 in Berlin

**Perspektiven für ein kindergerechtes Deutsch-
land. Abschlusskongress zum Nationalen
Aktionsplan »Für ein kindergerechtes
Deutschland 2005–2010« – Bilanz und
Ausblick (NAP),** 9.12.2010 in Berlin

Vorträge

Vorträge nach Themenbereichen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Difu (ohne Anspruch auf Vollständigkeit)

Städtebau und Stadtentwicklung

Beckmann, Klaus J.: »Zukunftsthemen der Stadt- und Freiraumentwicklung«, Neujahrsempfang der Abteilung I der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, 20.01.2010, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels für den Städtebau und den Stadt- und Regionalverkehr« (Vortrag in Kooperation mit Prof. Elke Pahl-Weber), 36. Oberbürgermeisterkonferenz der Städte in den neuen Ländern, 29./30.04.2010, Wismar.

Beckmann, Klaus J.: Moderation REFINA-Tagung »Effizientes Flächenmanagement in Forschung und Praxis – Strategische Neuorientierung der Siedlungsentwicklung«, 16.07.2010, Mannheim.

Beckmann, Klaus J.: »Hauptverkehrsstraßen – im Fokus der Verkehrs- und Stadtentwicklung«, Difu-Seminar für Verwaltungschefs, Ratsmitglieder, Führungs- und Fachpersonal aus den Bereichen Verkehr, Stadtentwicklung und Umwelt, 20.–21.09.2010, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: Podiumsdiskussion Werkstatt C »Umgang mit Ökonomie«, Zweiter Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik »Weiter Blick und langer Atem«, veranstaltet vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, 05.11.2010, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Stadtentwicklung in Deutschland – Rahmenbedingungen, Trends, Perspektiven«, Werkstattgespräche »Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung – Folgen für Aachen« im Kontext des Projektes Aachen*2030 Masterplan. Flächennutzungsplan, 29.11.2010, Aachen.

Bock, Stephanie: »Nachhaltiges Flächenmanagement«, Vortrag im Rahmen des Master-Studiengangs Real Estate Management der TU Berlin, 23.04.2010, Berlin.

Bock, Stephanie: »Wege zum nachhaltigen Flächenmanagement – Regionale Förderung der Innenentwicklung«, Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, 07.09.2010, Frankfurt/Main.

Bock, Stephanie: »Konversion: Neue Perspektiven für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung«, Vortragsreihe »Konversion in Mannheim« der Architektenkammer Baden-Württemberg, 23.09.2010, Mannheim.

Bock, Stephanie: »Strategien zur Innenentwicklung: Kataster, Kostentransparenz und Kommunikation – ausgewählte Ergebnisse des BMBF-Förderschwerpunktes REFINA«,

»Flächenkonkurrenz & Flächenverbrauch«, Deutsche Vernetzungsstelle Ländlicher Räume, 08.12.2010, Mannheim.

Böhme, Christa, und Thomas Franke: »Modellvorhaben im Überblick«, 2. Regionalkonferenz zur Sozialen Stadt »Modellvorhaben der Sozialen Stadt und Arbeitshilfe Monitoring«, 24.02.2010, Leipzig.

Böhme, Christa: »Benachteiligte Stadtquartiere – Gesundheitsförderung durch Freiraumentwicklung«, Symposium »Smart Green – Gesundheitsförderung durch Landschaftsarchitektur«, 20.08.2010, Bad Nauheim.

Böhme, Christa: »Strategieentwicklung für eine lebenswerte ‚Innere Stadt‘ – 8 Thesen«, Workshop »Die lebenswerte und Ressourcen schonende Innenstadt« der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, 29.09.2010, Berlin.

Böhme, Christa: »Bürgerschaftliches Engagement in der Sozialen Stadt«, Tagung »Grenzen-Los! Freiwilliges Engagement in Deutschland, Österreich und der Schweiz: Fokus Gemeinde«, 25./26.10.2010, Rüschlikon/Zürich.

Böhme, Christa: Vortrag »Integrierte Handlungs- und Entwicklungskonzepte – Kriterien guter Praxis«, 16. Kongress »Armut und Gesundheit«, 03.12.2010, Berlin.

Bunzel, Arno: Lehrtätigkeit im Rahmen des Postgraduierten-Studiengangs »Real Estate Management«, TU Berlin.

Franke, Thomas: »Stand der Quartiersentwicklung in Deutschland«, nationaler Kongress »10 Jahre Quartierentwicklung: Blick zurück – Blick nach vorn«, Fachhochschule Luzern, Bereich Soziale Arbeit, 27./28.01.2010, Luzern/CH.

Franke, Thomas: »Soziale Stadtentwicklung: unterschiedliche Akteure – unterschiedliche Perspektiven«, Tagung »Verantwortung für eine solidarische Stadt«, Evangelische Akademie Hofgeismar in Kooperation mit SRL, Diakonie Bundesverband und BAG Soziale Stadtentwicklung, 19.02.2010, Hofgeismar.

Grabow, Busso: »Leitbilder nachhaltiger Stadtentwicklung«, Runder Tisch der UN-Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung«, Workshop »Stadt der Zukunft«, 08.11.2010, Hamburg.

Grabow, Busso: »Einzelhandel in den Innenstädten/Erhaltung und Entwicklung zentraler Versorgungsbereiche«, DST-Ausschuss für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt, 07./08.10.2010, Bremerhaven.

Hanke, Stefanie: »Die Ausschreibungspflicht kommunaler Immobiliengeschäfte«, AG Kommunalpolitik der FDP-Bundestagsfraktion, 23.04.2010, Berlin.

Hollbach-Grönig, Beate: »Stadtmarketing: Status quo und Perspektiven«, Stadtvorstand und Stadtmarketingakteure der Stadt Trier, 08.02.2010, Trier.

Kühn, Gerd: »(Innen-)Stadtverträgliche Shopping-Center – Worauf kommt es an?«, Erfahrungsaustausch »Stadt & Handel« der mfi AG, 09.06.2010, Erlangen.

Kühn, Gerd: »Vorstellung der Difu-Studie ‚Wirkungsanalyse großer innerstädtischer Einkaufscenter‘«, »Strategiegespräch Einzelhandel« der Stadt Ulm, 15.07.2010, Ulm.

Libbe, Jens: »Reduzierung der Flächeninanspruchnahme – Ergebnisse des BMBF-Forschungsschwerpunktes REFINA«, Fachgespräch zum Flächenverbrauch, Bundestagsfraktion Die Grünen, 03.05.2010.

Libbe, Jens: »Research for the Reduction of Land Consumption and for Sustainable Land Management (REFINA)«, Difu-CERTU Meeting, 24.09.2010, Berlin.

Reimann, Bettina: »Stadtumbau in Großsiedlungen: Leben in Großsiedlungen – zwischen Schrumpfung und Stabilisierung (Kommentar)«, Tagung der Transferstellen Stadtumbau West und Stadtumbau Ost, 15.06.2010, Erfurt.

Reimann, Bettina: »Soziale Stadtentwicklung – kommunale Bildungspolitik«, Heinrich-Böll-Stiftung, 19.06.2010, Berlin.

Reimann, Bettina: »Eigentümerstandortgemeinschaften und die Potenziale von Eigentümern für die Quartiersentwicklung«, Projekt Lokales Kooperationsnetz der Eigentümer im Reuterquartier, 02.12.2010, Berlin.

Seidel-Schulze, Antje: »Urban Audit Analysis II«, Statistische Woche, SCORUS-Session, 12.10.2010, München.

Strauss, Wolf-Christian: »Freiraumgestaltung städtischer Quartiere im Rahmen des Programms Soziale Stadt«, Expertenworkshop »Natur-Stadt-Mensch« der Deutschen Umwelthilfe, 09.02.2010, Frankfurt/Main.

Strauss, Wolf-Christian: »Stadtentwicklung und das Programm ‚Soziale Stadt‘« (Vortrag Plenum und Gastreferent) Kurs »Stadtentwicklung und Mitgestaltung – Urbane Herausforderungen an eine junge Generation im 21. Jahrhundert«, Multinationale Akademie Torgelow, Deutsche SchülerAkademie (DAS), 18.08.2010, Schloß Torgelow am See.

Uttke, Angela: »Verfahren und Instrumente der Qualitätssicherung in Städtebau und Planung«, 30.11.2010, Köln.

Uttke, Angela: »Participatory Design with Children and the Youth«, Europäischer Workshop »Fantasy Design«, 03.2010, Gent.

Wohnen

Beckmann, Klaus J.: »Auswirkungen der Wohnstandortwahl auf Raum und Verkehr«, Fachtagung »Individuelle Information bei der Wohnstandortwahl – Steuerung der Siedlungsentwicklung durch weiche Instrumente?« der Technischen Universität Dortmund, 28.01.2010, Dortmund.

Beckmann, Klaus J.: »Mobilität und Wohnen«, Veranstaltungsreihe »Forschungsforum Mobilität für Alle« im Auftrag des Österreichischen Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, 13.10.2010, Wien.

Beckmann, Klaus J.: »Das Programm Soziale Stadt – Unverzichtbarer Bestandteil einer klugen Städtebauförderung«, Tagung »Soziale Stadt – erfolgreich und unverzichtbar«, Friedrich-Ebert-Stiftung, 08.11.2010, Berlin.

Jekel, Gregor: »Gut und günstig – ein Widerspruch?«, Kongress »wohnen hoch 3« von Wirtschaftsministerium und Architektenkammer Baden-Württemberg sowie der Arbeitsgemeinschaft Baden-Württembergischer Bau-sparkassen am 19.02.2010, Stuttgart.

Jekel, Gregor: »Soziale Wohnraumversorgung im Wandel«, Difu-Seminar »Kommunale Strategien zur Sicherung der sozialen Wohnraumversorgung«, 17.05.2010, Berlin.

Jekel, Gregor: »Gemeinschaftliche Wohnformen«, Sommer-Forum Generationendialog des Projektbüros »Dialog der Generationen« in der Verwaltungsakademie des Landes Schleswig-Holstein, 08.06.2010, Bordesholm.

Jekel, Gregor: »Erfahrungen in der Zusammenarbeit von Wohnungsgenossenschaften und Kommunen«, gemeinsame Sitzung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungsgenossenschaften im GdW und der DST-Fachkommission Wohnungswesen, 20.10.2010, Lünen.

Jekel, Gregor: »Wohnungsgenossenschaften in der sozialen Stadt«, August-Bebel-Institut Berlin, 27.10.2010, Berlin.

Jekel, Gregor: »Unterstützung neuer Wohnformen durch die Kommunen«, Difu-Seminar »Neue Wohnformen – Ziele und Unterstützungsmöglichkeiten der Kommunen«, 04.11.2010, Berlin.

Bevölkerung und Soziales

Beckmann, Klaus J.: »Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Verkehrsnachfrage – Was Kommunen beachten sollten!«, Demografie-Dialog des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, 23.02.2010, Frankfurt/Main.

Beckmann, Klaus J.: »Strategien der Kommunen zur Bewältigung des demographischen Wandels – ein Überblick auf Bundesebene«, 2. Sitzung der Lenkungsgruppe »Strategiedialog Halle 2025«, 09.06.2010, Halle.

Beckmann, Klaus J.: Eröffnungsvortrag Fachtagung »Psychisch gestört oder ‚nur‘ verhaltensauffällig? Kooperation von Kinder- und Jugendpsychiatrie in einem schwierigen Umfeld«, Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, 11.11.2010, Berlin.

Böhme, Christa, und Bettina Reimann: »Verankerung von Gesundheitsförderung in sozial benachteiligten Stadtteilen – Handlungsempfehlungen«, Beratender Arbeitskreis des von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung getragenen bundesweiten Kooperationsverbundes »Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten«, 07.09.2010, Berlin.

Floeting, Holger: »Sicherheit in Städten und Gemeinden«, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement, 25.06.2010, Berlin.

Hollbach-Grömig, Beate: »Demografischer Wandel: Kommunale Erfahrungen und Handlungsansätze«, Fachkommission Stadtentwicklung des DST, 28.10.2010, Frankfurt/Main.

Hollbach-Grömig, Beate: Teilnahme Fokusgruppe »Gesund und aktiv älter werden – Herausforderungen und Chancen für die Kommunen«, Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 15.12.2010, Hannover.

Landua, Detlef, und Maja Arlt: Frühe Hilfen als gemeinsame Aufgabe von Jugendhilfe und Gesundheitssystem. Vortrag im Rahmen eines Difu-Diologs zur Zukunft der Städte, 10.02.2010, Berlin.

Reimann, Bettina: »Mehr als gewohnt – Prävention und Gesundheitsförderung in der Kommune. Was können Städte und Gemeinden für die Gesundheit ihrer Bürger/innen tun?«, Friedrich-Ebert-Stiftung, 25.02.2010, Mainz.

Reimann, Bettina, und Christa Böhme: »Mehr als gewohnt: Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung«, Difu-Seminar »Prävention und Gesundheitsförderung in den Kommunen – wo stehen die Städte heute?«, 09.03.2010, Berlin.

Reimann, Bettina, und Heike Hanhörster: »Turkish Homeowners in German Cities. Social Heterogeneity and Stabilization in Ethnically Segregated Neighbourhoods?«, European Network for Housing Research (ENHR), 05.07.2010, Istanbul.

Reimann, Bettina: »Beteiligung jugendlicher Migrant/innen an der Stadt(teil)entwicklung – Themen, Methoden, Qualitätsanforderungen«, Querschnittsarbeitsgruppe Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion, 17.09.2010, Berlin.

Reimann, Bettina: »Mehr als gewohnt. Stadtteile machen sich stark für die Gesundheit von Jugendlichen«. Symposium zur Herausgabe des Weißbuchs Prävention 2010, KKH Allianz und Medizinische Hochschule Hannover, 17.11.2010, Hannover.

Reimann, Bettina: »Krankenkassen als Partner in der gesundheitsfördernden Quartiersentwicklung«, 16. Kongress Armut und Gesundheit, 03.12.2010, Berlin.

Politik, Verwaltung und Recht

Beckmann, Klaus J.: »Kernaufgaben der Kommune(n) heute und morgen – aus der Sicht der Stadtforschung«, Expertenhearing »Was muss sich die Stadt leisten? Was kann sich die Stadt leisten?«, 05.10.2010, Augsburg.

Bunzel, Arno: »Novellierungsbedarf bei der BauNVO? – Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik«, Wissenschaftliche Fachtagung »Aktuelle Fragestellungen des Städtebau- und Umweltrechts – Ansatzpunkte für eine BauGB- und BauNVO-Novelle«, TU Berlin, 16.03.2010, Berlin.

Bunzel, Arno: »Planungsvorhaben der Innenentwicklung nach der BauNVO«, Difu-Seminar »Städtebaurecht aktuell: Baunutzungsverordnung zwischen Anforderungen der Rechtsprechung und praktischen Erfordernissen«, 07.06.2010, Berlin.

Bunzel, Arno: »Novellierung des BauGB und der BauNVO in der Vorbereitung«, Kurs »Städte

bau und Recht«, Institut für Städtebau der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, 27.09.2010.

Wirtschaft

Beckmann, Klaus J.: Podiumsdiskussion »Was kommt nach der Wirtschaftskrise? – Perspektiven der Bauwirtschaft«, Veranstaltung »Tag der Deutschen Bauindustrie 2010«, 20.05.2010, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftswachstum – Möglichkeiten der Verkehrswegefinanzierung«, InnoZ-Symposium: »Autofahren anders bezahlen? Pkw-Maut und Vignette in Deutschland«, 15.06.2010, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: Podiumsdiskussion »Weiche Standortfaktoren im Kreis Mettmann – Kriterien für die Standortwahl von Bevölkerung und Unternehmen?«, 4. IHK-Wirtschaftsforum der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf, 24.11.2010, Haan.

Floeting, Holger: »Regionale und kommunale Arbeitsmärkte: Die Beispiele »Migrantenökonomie« und »informelle Beschäftigung««, Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, 20.01.2010, Berlin.

Grabow, Busso: »Strategien und Instrumente aktiver Gewerbeflächenpolitik«, DST-Ausschuss für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt, 22./23.04.2010, Dortmund.

Grabow, Busso: »Trendbasierte, standortspezifische Gewerbe- und Industrieflächenprognose (TBS-GIFPRO) am Beispiel der Landeshauptstadt Potsdam, Difu-Seminar »Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen – Strategien, Konzepte, Instrumente«, 06.05.2010, Berlin.

Grabow, Busso: Teilnahme Jury-Sitzung zur Auswahl der nationalen Vorschläge für den European Enterprise Award im Institut für Mittelforschung, Bonn.

Hollbach-Grömig, Beate: »Success Factors for Inter-municipal Cooperation«, 3rd Halle Forum on Urban Economic Growth, 03.12.2010, Halle.

Schneider, Stefan: »Szenariobasierte Betrachtung fiskalischer Wirkungen der Gewerbeflächenentwicklung«, Difu-Seminar »Entwicklung und Vermarktung von Gewerbeflächen – Strategien, Konzepte, Instrumente«, 05./06.05.2010, Berlin.

Finanzen und Investitionen

Grabow, Busso: Teilnahme an der Jury-Sitzung zur Auswahl des PPP-Innovationspreises 2010, 12.04.2010, Berlin.

Grabow, Busso: »KfW-Kommunalfbefragung 2009: Wachsender Investitionsrückstand zu befürchten«, KfW-Fachtagung »Kommunaler Investitionsbedarf und die Finanzlage der Kommunen – die Ergebnisse der Kommunalfbefragung 2009«, 09.06.2010, Berlin.

Grabow, Busso: »Zustand der öffentlichen Infrastruktur«, Jahreshauptversammlung des Bundesverbandes PPP, 16.11.2010, Berlin.

Grabow, Busso: »KfW Kommunalpanel 2010. Kommunale Investitionstätigkeit am Scheideweg – Bildung kontra Straßenbau?«, KfW-Fachtagung »Die Finanzlage der Kommunen und ihre Investitionstätigkeit: Zukünftige

Herausforderungen bewältigen«, 15.12.2010, Berlin.

Schneider, Stefan: »Strategisches Investitionsmanagement – Instrumente zum Abbau des kommunalen Investitionsstaus«, Konferenz Kommunales Infrastruktur-Management, 11.06.2010, Berlin.

Schneider, Stefan: »Kommunale Investitionen – Investitionsbedarf, geplante Maßnahmen und Finanzierung«, Info Kommunal, 27.10.2010, Fürstfeldbruck.

Zwicker-Schwarm, Daniel: »Opportunities and Challenges of Transnational Cooperation in Innovation Policy«, Konferenz »Strategien für Innovation und Wettbewerb in Europa« des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg, 14.04.2010, Stuttgart.

Zwicker-Schwarm, Daniel: »Gewerbeflächen – Aktivierung, Sicherung, Entwicklung«, Ansprechpartnertreffen des Deutschen Instituts für Urbanistik, 17.06.2010, Berlin.

Zwicker-Schwarm, Daniel: »Stadtentwicklungs-konzept Gewerbe für die Landeshauptstadt Potsdam«, 26. Sitzung der Fachkommission Wirtschaftsförderung des Deutschen Städtetages, 02.12.2010, Chemnitz.

Infrastruktur

Libbe, Jens: »Infrastrukturbedarfe heute und morgen«, Difu-Seminar »Strategisches Investitionsmanagement«, 04.03.2010, Berlin.

Libbe, Jens: Expertengespräch »CITY POWER – Energetische Erneuerung im Siedlungsbestand«, Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Fakultät Architektur, Bauingenieurwesen und Stadtplanung, Lehrstuhl für Stadttechnik und Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), 18.03.2010, Bonn.

Libbe, Jens: »Zwischen demografischem Wandel und Finanzkrise – Herausforderungen für soziale Infrastrukturen«, Difu-Seminar »Soziale Infrastruktur im Wandel«, 27.10.2010, Berlin.

Libbe, Jens: »Sustainable Urban Infrastructure – Discussion in Germany and the netWORKS Approach«, ATHENS European Week »European Water and Sanitation Services vs. Sustainable Development«, Autumn 2010, AgroParisTech, 18.11.2010, Paris.

Mobilität

Arndt, Wulf-Holger: »Expertensymposium zur Vorbereitung des Klimaschutzkonzepts 2020Plus Baden-Württemberg«, Mitarbeit Arbeitsgruppe »CO₂-armer Verkehr«, 17.02.2010, Stuttgart.

Arndt, Wulf-Holger: »Abschätzung und Bewertung der Verkehrs- und Kostenfolgen von Bebauungs- und Flächennutzungsplänen insbesondere für die kommunale Siedlungsplanung unter besonderer Berücksichtigung des ÖPNV«, Auftakt-Workshop FoPS-Projekt »Anpassung verkehrlicher Infrastrukturen aufgrund des Stadtumbaus«, 18.03.2010, Berlin.

Arndt, Wulf-Holger: Leitung des FGSV-AK 1.8.3 »Erhebungsmethoden im Wirtschaftsverkehr«, Auftaktsitzung, 31.05.2010, Berlin.

Arndt, Wulf-Holger: »Planungsansätze für den postfossilen Verkehr«, Regionalveranstaltung »Mobilität in Stadt und Region – Beiträge zum Klimaschutz«, 06.07.2010, Schwerin.

Arndt, Wulf-Holger: »Verkehrsfolgekosten-schätzung für die kommunale Siedlungsplanung«, AMUS 2010, 16.–17.09.2010, Aachen.

Arndt, Wulf-Holger: »Nutzungskonflikte im Wirtschaftsverkehr in städtischen Hauptverkehrsstraßen«, Difu-Seminar Hauptverkehrsstraßen im Fokus der Verkehrs- und Stadtentwicklung, 20.–21.9.2010, Berlin.

Arndt, Wulf-Holger: »Kommunale Maßnahmen im Wirtschaftsverkehr«, 79. Fachkommission Verkehrsplanung des Deutschen Städtetages, 24.09.2010, Karlsruhe.

Arndt, Wulf-Holger: »Erhebungsmethoden im Wirtschaftsverkehr«, Arbeitsausschuss 1.8 der FGSV, 29.09.2010, Wuppertal.

Arndt, Wulf-Holger: Lehrauftrag »Transportation Planning in Urban Areas in International Context«, Masterstudiengang »Urban Management«, TU Berlin, Sommersemester 2010.

Beckmann, Klaus J.: »Verkehrsplanung multimodal gestalten? – Multimodale Verkehrssystemgestaltung und multimodales Verkehrsverhalten« im Rahmen des Fachsymposiums »Mobilitätsmanagement« von ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena), 10.06.2010, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Zur postfossilen Mobilität und ihrer Bedeutung für die räumliche Entwicklung«, Symposium »STADT+UM+LAND 2030 – ein Blick darüber hinaus...«, 26.08.2010, Braunschweig.

Beckmann, Klaus J.: Moderation Vortragsreihe E »Verkehrsplanung und öffentlicher Verkehr«, Deutscher Straßen- und Verkehrskongress 2010, 17.09.2010, Mannheim.

Beckmann, Klaus J.: Vortrag, Themenblock Impulsvorträge zu den Rahmenbedingungen: »Stadtplanung«, erste Konferenz »Elektromobilität in Kommunen«, veranstaltet von Stadwerke Düsseldorf, Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu), Städtetag Nordrhein-Westfalen, Städte- und Gemeindebund NRW, Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU), 07.10.2010, Düsseldorf.

Beckmann, Klaus J.: Öffentliche Podiumsdiskussion »Verkehrsentwicklungsplanung 2025plus Dresden«, Landeshauptstadt Dresden, 12.10.2010, Dresden.

Beckmann, Klaus J.: Podiumsdiskussion »Elektromobilität – Zukunft des Verkehrs oder überschätzte Hoffnung?«, »Berliner Republik – InnovationsDialoge 2010«, 25.10.2010, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: Einführung und Moderation »Fahrradakademie spezial – Radverkehr und Elektromobilität«, Veranstaltung der Fahrradakademie, 01.12.2010, Berlin.

Beckmann, Klaus J.: »Finanzielle und strategische Herausforderungen der Verkehrsregion Metropole Ruhr«, 3. Verkehrsfachtagung Mobilität Ruhr, 07.12.2010, Bochum.

Bracher, Tilman: »Best-Practice-Beispiele zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs«, Workshop des vom Umweltbundesamt geförderten Projekts »Mobilität 2030 Tübingen/-50 % CO₂ Tübingen«, 20.01.2010, Tübingen.

Bracher, Tilman: Podiumsdiskussion »Herausforderung des demografischen Wandels an/ auf die Verkehrsinfrastruktur«, Veranstaltung »Verkehrspolitik für die Metropole Berlin 2030« der Friedrich-Naumann-Stiftung, 05.03.2010, Berlin.

Bracher, Tilman: »Einkaufen mit dem Fahrrad. Bedeutung und Erfahrungen«, Startveranstaltung der Gemeinschaftsaktion »Fahrradfreundliches Geschäft« der Stadtverwaltung Potsdam, der Industrie- und Handelskammer Potsdam, der Handwerkskammer Potsdam, des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg, des Klimateams der Verbraucherzentrale Brandenburg sowie des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, 18.03.2010, Potsdam.

Bracher, Tilman: »Finanzierungsbedarf einer nachhaltigen Mobilität in Städten bis 2020«, Vortragsveranstaltung des Deutschen Städtetages und der Stiftung Heureka, 22.03.2010, Berlin.

Bracher, Tilman: »50 % CO₂-Minderung in Tübingen«, Expertenworkshop, 30.03.2010, Frankfurt/Main.

Bracher, Tilman: »Lehräder als globaler Trend? Velorution in Paris, Modellversuch in Deutschland«, Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte, 12.05.2010, Berlin.

Bracher, Tilman: »Städtecafé, Nachhaltige Mobilität und Stadtmarketing«, 01.06.2010, Berlin.

Bracher, Tilman: Forum »Die Bedeutung von Fußgängern und Radfahrern für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Städten«, »Cities for Mobility«, 4. Weltkongress des globalen Netzwerks »Cities for Mobility«, 06.07.2010, Stuttgart.

Bracher, Tilman: Fachgespräch Elektrofahrräder, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 17.09.2010, Berlin.

Bracher, Tilman: »Neuordnung der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs«, Friedrich-Ebert-Stiftung, 25.10.2010, Berlin.

Bracher, Tilman: Podiumsdiskussion »Klimaschutz im Bezirk – zukünftige Rolle der Umweltämter?«, 20 Jahre Umweltämter, 18.11.2010, Berlin.

Bracher, Tilman: Moderation Workshop »Optimierte Verkehrsinvestitionen auf kommunaler Ebene«, Fachtagung »Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland«, 23.11.2010, Düren.

Gies, Jürgen: »Urbane Mobilität«, Sitzung der AG 1 »Finanzierung und Kundenorientierung der Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger« zum EU-Aktionsplan, 19.03.2010, Meißen.

Hanke, Stefanie: »Elektromobilität und Recht«, Konferenz »Elektromobilität in Kommunen«, 07.10.2010, Düsseldorf.

Hanke, Stefanie: »Die rechtlichen Spielräume und die Grenzen für das Parkraummanagement«, Seminar »Parkraummanagement in den Städten«, 07.12.2010, Berlin.

Schillemeit, Ulrike: »Aktuelle bundespolitische Rahmenbedingungen für den Radverkehr«, Tagung »Weiterentwicklung der Radwegeinfrastruktur in Brandenburg«, Kommunalakademie Ost der Friedrich-Ebert-Stiftung, 19.05.2010, Beelitz.

Schillemeit, Ulrike: »StVO: Auswirkungen für den Radverkehr aus rechtlicher Sicht«, Fachtagung zur Radfahrsicherheit, Netzwerk »Verkehrssicheres Nordrhein-Westfalen«, 17.06.2010, Gütersloh.

Thiemann-Linden, Jörg: »Les Villes sans Feux. Espaces Partagés en Europe«, Internationale Konferenz »CYCLAB – Le Vélo du Futur – le Futur du Vélo«, 04.02.2010, Bordeaux.

Thiemann-Linden, Jörg: »The City on Foot. Best Practice in Europe«, Internationales ACTIVE-ACCESS-Seminar »A Cidade á Pé – the City on Foot«, 18.03.2010, Aveiro, Portugal.

Thiemann-Linden, Jörg: »Bicycle Infrastructure – A New Way of Doing Urban Planning«, 3. Katalanischer Fahrradkongress, 15.04.2010, Lleida, Spanien.

Thiemann-Linden, Jörg: »Aktuelle Erfahrungen in Europa mit der Mischung des Verkehrs – Begegnungszonen und Shared Space«, 32. Verkehrsplanerisches und Verkehrsökologisches Kolloquium, 16.06.2010, TU Dresden.

Thiemann-Linden, Jörg, und Tilman Bracher: »How to Manage Bicycle & Urban Knowledge – Germany's Clearing House Available Internationally«, Roundtable der Velo-City-Konferenz, 24.06.2010, Kopenhagen.

Thiemann-Linden, Jörg: »Stärkung der Nahmobilität – Fuß- und Radverkehr in der Praxis«, Regionalveranstaltung der Servicestelle Kommunaler Klimaschutz zur »Mobilität in Stadt und Region – Beiträge zum Klimaschutz – Beispiele aus der Praxis«, 06.07.2010, Schwerin.

Thiemann-Linden, Jörg: »Peaceful Co-existence in Public Space – Recent Trends in Europe«, The first Polish Active Mobility Congress, 01.10.2010, Gdansk.

Thiemann-Linden, Jörg: Europäischer Expertenworkshop von ELTIS-plus zu »SUMP – Sustainable Urban Mobility Planning«, 12.10.2010, Szentendre, Ungarn.

Thiemann-Linden, Jörg: »Die Nähe wieder entdecken – Neue Ansätze zur Straßenraumgestaltung für Jung und Alt«, ISW-Fachtagung 15-10 »Nahmobilität – Stadt- und Verkehrsplanung für eine urbane Mobilität der kurzen Wege«, 21.10.2010, München.

Thiemann-Linden, Jörg: »Straßenräume für alle: Barrierefreiheit – Zum Stand der Technik barrierefreier Verkehrsanlagen«, Fachtagung »Mobilitätsmanagement für Senioren – Herausforderung und Chance für Kommunen«, 11.11.2010, Düsseldorf.

Thiemann-Linden, Jörg: Moderation Workshop »Radverkehr und ÖPNV – Konkurrenten oder Partner?«, Fachtagung »Verkehrssichere Städte und Gemeinden im Rheinland«, 23.11.2010, Düren.

Thiemann-Linden, Jörg: »Nahmobilität in der Kommune – Chimäre oder neue Chance auch in Metropolen«, Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte, 08.12.2010, Berlin.

Umwelt

Beckmann, Klaus J.: Präsentation der Ergebnisse und Foren, Konferenz »Kommunalen Klimaschutz erfolgreich gestalten!«, Bundesumweltministerium in Kooperation mit »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz«, 19.11.2010, Bonn.

Kausch, Franziska: »Das Angebot der Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz«, Veranstaltung der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, des Klima-Bündnisses e.V. und der Kreisstadt Bad Hersfeld, 20.05.2010, Bad Hersfeld.

Kausch, Franziska: »Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen«, Informationsveranstaltung der Kreisverwaltung Rheinisch-Bergischer Kreis, 07.06.2010, Bergisch Gladbach.

Kausch, Franziska: »Das Angebot der Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz«, Sitzung des Arbeitskreises »Kommunale Energiekonzepte – Klimaschutz und Wertschöpfung« des Bayerischen Gemeindetags, 29.09.2010, München.

Lorke, Vera: »Participation Approaches in Climate Concepts of German Cities«, Winter School – Public Participation and Climate Protection, 29.–31.03.2010, Prag.

Lorke, Vera: »Kommunale Klimaschutzkonzepte – Ein Instrument zur Festlegung und Umsetzung kommunaler Klimaschutzziele«, Veranstaltung »Stadtentwicklung und Klimawandel – Bilanz und Möglichkeiten der bisherigen Maßnahmen« des Instituts für Städtebau Berlin, 28.–29.04.2010, Berlin.

Lorke, Vera: »Maßnahmen und Handlungskonzepte für Städte und Ballungsräume zur Anpassung an den Klimawandel«, im Rahmen der Veranstaltungsreihe »neu-N Impulse zum Thema Nürnberg« der SPD-Stadtratsfraktion Nürnberg, 14.09.2010, Nürnberg.

Rösler, Cornelia: Podiumsgespräch »Stadt: Klima«, im Rahmen des Kongresses »Stadt: Mensch: Heimat. Die Zukunft unserer Städte« des Ministeriums für Bauen und Verkehr NRW, 25.01.2010, Bonn.

Rösler, Cornelia: Podiumsdiskussion »Kommunales Umweltmanagement, Energiewirtschaft«, im Rahmen der Fachmesse »Zukunft Kommune«, 18.05.2010, Stuttgart.

Rösler, Cornelia: »Aktuelle Entwicklungen im kommunalen Klimaschutz«, Umweltausschuss des Deutschen Städtetages, 10.06.2010, Limburg.

Rösler, Cornelia: »Perspektiven des kommunalen Klimaschutzes«, Nachhaltigkeitskongress des Bundesumweltministeriums in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Grünen Liga, 12.10.2010, Nürnberg.

Rösler, Cornelia: »Kommunaler Klimaschutz und Stadtentwicklung«, Energiekongress Ruhr, 02.11.2010, Essen.

Rösler, Cornelia: »Aktuelle Entwicklungen im kommunalen Klimaschutz«, Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages, 4./05.11.2010, Augsburg.

Rösler, Cornelia: »Kommunaler Klimaschutz«, Einführung und Moderation des gleichnamigen Forums im Rahmen des Hessischen Klimaschutzforums, 25./26.11.2010, Darmstadt.

Rösler, Cornelia: »Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz – Erfahrungen und Ansatzmöglichkeiten zur Weiterentwicklung«, Fachsymposium der KfW »Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik in Kommunen«, 29.11.2010, Berlin.

Rösler, Cornelia: »Handlungsfelder des kommunalen Klimaschutzes«, Stadtverwaltung Aachen, 17.12.2010, Aachen.

Vorwerk, Ulrike: »Förderung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen«, Informationsveranstaltung der Kreisverwaltung Euskirchen, 08.02.2010, Koblenz.

Vorwerk, Ulrike: »Förderung kommunaler Klimaschutzkonzepte«, Informationsveranstaltung der Stadt Langen, 24.08.2010, Langen.

Zwicker-Schwarm, Daniel: »Transnationale Projekte zur Klimaanpassung: Ein Überblick«, Fachveranstaltung »Wie bereiten sich

Regionen auf den Klimawandel vor? Urbane, regionale, nationale und transnationale Ansätze« im Rahmen der Euregia 2010, 26.10.2010, Leipzig.

Steuerung und Aufgabenorganisation

Hanke, Stefanie: »Kommunen im Staatsgefüge und kommunale Zusammenarbeit«, Austausch des Difu mit Vertretern der Bundesrepublik Brasilien, 10.06.2010, Berlin.

Knipp, Rüdiger, Stefan Schneider und Busso Grabow: »ServiceStadt Berlin 2016. Anforderungen an die zukünftige Ausgestaltung der Leistungs- und Serviceangebote im Land Berlin unter sich verändernden Rahmenbedingungen«, Difu-Dialog, 10.03.2010, Berlin.

Libbe, Jens: Interview »Kommunen in der Zwickmühle: Die Tarifrunde startet, die Kassen sind leer«, Sendung NDR Info REDEZEIT, 13.01.2010.

Libbe, Jens: Interview »Wenn keiner mehr durchblickt! Wie fragwürdige Finanzierungsmodelle die öffentliche Hand ruinieren.« Sendung swr2 Kontext, 09.03.2010.

Libbe, Jens: Interview »In der Schuldenklemme – Wie kommen die deutschen Städte und Gemeinden aus der Finanzkrise?« Sendung NDR Info REDEZEIT, 31.03.2010.

Libbe, Jens: »Kommunale Dienste in einer Hand?«, Zweiter kommunalpolitischer Bundeskongress der Heinrich Böll Stiftung, 18./19.05.2010, Berlin.

Libbe, Jens, und Stefanie Hanke: »Rekommunalisierung – neue alte Wege der öffentlichen Daseinsvorsorge«, Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte, 06.10.2010, Berlin.

Weitere Themen

Beckmann, Klaus J.: »Aufgaben, Strukturen und ausgewählte Projekte des Difu«, Jahrestagung des Wissenschaftlichen Beirats des BVÖD, 18.02.2010, Eppstein.

Bock, Stephanie: Workshop »Gender Mainstreaming in der Stadtentwicklung« (gemeinsam mit dem Büro für Integrierte Planung Berlin), Stadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, 23.06.2010, München.

Bock, Stephanie: »Gender Mainstreaming: Ein Beitrag zu lebenswerten Städten für alle. Ziele, Erfolge und Grenzen«, Workshop »Wie kommt mehr Geschlechtergerechtigkeit ins Leitbild einer Kommune/Organisation?«, 04.10.2010, Dessau.

Deutsches Institut für Urbanistik



Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin

Telefon: 030/39 001-0
Telefax: 030/39 001-100
E-Mail: difu@difu.de

www.difu.de